

FoDEx-Studie

Politische Kultur

2. Qualitative Vertiefungsstudie des
Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM)

Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten im ländlichen Raum Niedersachsens

NDM 2023

Nina Kerker, Lucas Kuhlmann,
Stine Marg, Annemieke Munderloh,
Christopher Schmitz



Nr. 13
(2023)

FoDEx

Inhalt

Auf einen Blick	2
Siglenverzeichnis	6
1 Einleitung: Demokratie zwischen Krise, Dekonsolidierung und Erosion	7
1.1 Partikularismus und Universalismus: Ein Beitrag zur aktuellen Cleavage-Forschung	8
1.2 Deutungsmuster und Mentalitäten: Einbettung in die Politische Kulturforschung	10
1.3 Nähe und Distanz: Anknüpfung an den Demokratierückhalt-Index	11
2 Instrumentarium und Rahmen der Untersuchung	13
2.1 (Regionale) Politische Kulturforschung	13
2.2 Methodisches Vorgehen	16
2.2.1 Fallauswahl	16
2.2.2 Datenerhebung und Materialgrundlage	17
2.2.3 Methodik der Datenauswertung	20
3 Entwicklungen und Leben vor Ort in den Fallregionen	21
3.1 Die Gemeinde Rosengarten: Eiland der Glückseligkeit?	21
3.1.1 Historische Entwicklung	21
3.1.2 Gegenwärtige Lage	23
3.2 Die Gemeinde Einbeck: abgehängte Peripherie?	27
3.2.1 Historische Entwicklung	27
3.2.2 Gegenwärtige Lage	29
3.3 Zwischenfazit: Unterschiede und Gemeinsamkeiten	33
4 Deutungsmuster und Mentalitäten: Ergänzung der „ungeschriebenen Verfassung“	35
4.1 Ein theoretischer Blick auf Deutungsmuster und Mentalitäten – Wonach suchen wir?	35
4.2 Deutungsmuster – Sinnstiftende Erklärungen und Kompass im Alltag	39
4.2.1 Deutungsmuster: Technokratischer Blick auf Politik	40
4.2.2 Deutungsmuster: Bedrohung der eigenen Lebenswelt	42
4.2.3 Deutungsmuster: Anprangern des Verfalls der Demokratie	43
4.3 Niedersächsische Mentalitäten – Grundierungen der politischen Kultur	48
4.3.1 Die „kleinbürgerliche Attitüde“	48
4.3.2 Universalismus oder Partikularismus?	52
4.4 Zwischenfazit: Politische Kultur in Niedersachsen – weiterhin erdverwachsen?	57

5	Blick auf Politik und Demokratie	59
5.1	Politikwahrnehmung	59
5.1.1	Probleme des Alltags	59
5.1.2	Politikwahrnehmung zwischen Bundes- und Kommunalebene	61
5.2	Demokratievorstellungen	68
5.2.1	Demokratieverständnis: Volkssouveränität und Rechtsstaatsprinzip	68
5.2.2	Demokratiezufriedenheit: Differenzen zwischen Theorie und Praxis	72
5.2.3	Demokratierückhalt: Starkes Fundament mit potenziellen Bruchstellen	75
5.3	Zwischenfazit: Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Bewertung von Politik und Demokratie	80
6	Kollektive Identitäten: Ein Blick auf die normativen Elemente des Universalismus-Partikularismus-Cleavage	83
6.1	Soziale und kollektive Identitäten: Definitionen und Abgrenzungen	84
6.2	Empirische Befunde: Welche Kollektive sind politisch aktivierbar?	89
6.2.1	Engagierte vs. Unengagierte	90
6.2.2	Moderate vs. Radikale	93
6.2.3	Landbevölkerung vs. Stadtmenschen	94
6.2.4	„Universalist:innen“ vs. „Partikularist:innen“?	97
6.3	Zwischenfazit: Herausforderungen und Potenziale empirischer Untersuchungen der normativen Cleavage-Komponente	100
7	Schlussbetrachtung	101
8	Literaturverzeichnis	109
	Autor:innen	118
	Abbildungsverzeichnis	120

Auf einen Blick

Mit dem Niedersächsischen Demokratie-Monitor beobachten wir regelmäßig und langfristig die Wahrnehmungsmuster der niedersächsischen Bevölkerung zu Politik und Demokratie. Seit dem Jahr 2019 erheben wir in repräsentativen Telefonumfragen quantitativ die politischen Einstellungen der Niedersächs:innen und führen im jährlichen Wechsel außerdem eine qualitative Vertiefungsstudie durch. Das lässt uns einerseits auf einer Einstellungsebene Kontinuitätslinien für die niedersächsische Bevölkerung erfassen und vergleichen sowie Veränderungen oder Brüche identifizieren. Andererseits können wir mittels qualitativ-interpretativer Methoden auf der Vorstellungs- und Deutungsmusterebene Fundamente von Annahmen über das Politische rekonstruieren.

Da wir die Erkenntnisse aus den bisherigen Studien stets auf den Prüfstand stellen und sie neue Fragestellungen für die nachfolgenden Erhebungsrunden anregen, findet ein beständiger Austausch zwischen den quantitativen und qualitativen Studien des Niedersächsischen Demokratie-Monitors statt. In der Konsequenz bauen also die Frage- und Problemstellungen der vorliegenden 2. Qualitativen Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors auf Erkenntnissen und Ergebnissen der vorherigen quantitativen Befragungsrunde(n) auf. Gleichzeitig werden Befunde der 1. Qualitativen Vertiefungsstudie berücksichtigt. Neben dieser gegenseitigen Befruchtung der qualitativen und quantitativen Untersuchungen – im Vergleich zu den Demokratie-Monitoren anderer Bundesländer ein Alleinstellungsmerkmal – gilt es, an Ge-

genstände und Konzeptualisierungen der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung anzuschließen.

Im Rahmen der vorliegenden 2. Qualitativen Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors sollen nicht nur Deutungsmuster einer Teilgruppe der niedersächsischen Bürger:innen in den Blick genommen, sondern gleichzeitig Fragen der aktuellen Demokratieforschung aufgegriffen werden. Und während sich die 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors überwiegend auf die (groß-)städtischen Regionen Niedersachsens konzentriert hat, sollen nun ländliche Räume im Fokus stehen. Dafür haben wir zwei Fallregionen – Rosengarten und Einbeck – ausgewählt, deren politische Kultur wir analysieren.

Die Datengrundlage für diesen qualitativen Fallvergleich zwischen Rosengarten und Einbeck besteht, erstens, aus Informationen, die wir aus der Literatur und Strukturdaten zusammengetragen haben. Zweitens haben wir dokumentierte Feldaufenthalte anlässlich von Gemeindejubiläen und zum Zweck der Rekrutierung von Gesprächspartner:innen für die qualitative Befragung absolviert und, drittens, jeweils zwei Fokusgruppen pro Region durchgeführt. Schließlich haben wir, viertens, den 13 Fokusgruppenteilnehmenden in Rosengarten und den 16 Forschungspartner:innen in Einbeck einen standardisierten und anonymisierten Nachbefragungsbogen vorgelegt. Der Erhebungszeitraum lag zwischen Mai und Oktober 2022.

Folgende Forschungsfragen haben uns angeleitet:

- Gilt im ländlichen Raum Niedersachsens trotz der Pandemie und des Ukraine-Krieges weiterhin eine „ungeschriebene Verfassung“, die sich – wie in der 1. Qualitativen Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2019 herausgearbeitet wurde – durch eine „kleinbürgerliche Attitüde heimeliger Selbstzufriedenheit“ und eine „kosmopolitische Bildungsemphase“ auszeichnet?
- Lassen sich in dienstleistungszentrumsnahen und -fernen ländlichen Räumen Niedersachsens unterschiedliche Vorstellungen über das demokratische System beobachten, wie es der 2021 im 2. Niedersächsischen Demokratie-Monitor ermittelte Demokratierückhalt-Index nahelegt? Wie schauen die Gesprächspartner:innen in den Fallregionen Rosengarten (Landkreis Harburg) und Einbeck (Landkreis Northeim) jeweils auf Politik?
- Finden sich in unserem maximalkontrastiven Sample (in Bezug auf Dienstleistungszentrumsnähe und -ferne sowie hinsichtlich der Entwicklungspotenziale) auf der Ebene der kollektiven Identität Hinweise, für die in der Cleavage-Forschung jüngst verstärkt diskutierte Polarisierung zwischen einer eher partikularistisch gesinnten Land- und einer universalistisch orientierten Stadtbevölkerung?

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir uns für eine vergleichende Fallanalyse zweier ländlicher Regionen Niedersachsens entschieden: Rosengarten im Landkreis Harburg und die Gemeinden um Einbeck im Landkreis Northeim. Die Regionen wurden aufgrund ihrer Demokratierückhalt-Index-Werte ausgewählt, die 2021 im 2. Niedersächsischen Demokratie-Monitor auf Grundlage einer repräsentativen Umfrage errechnet wurden. Die Berechnung basiert auf folgenden Parametern: „Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig“ sowie „Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar“. Der Indikator-Wert ergibt sich aus der Summe der Zustimmung dazu. Erreichbar

ist ein Maximalwert von acht Punkten, wenn beiden Aussagen „voll und ganz“ zugestimmt wird (statt: „eher“, „eher nicht“ oder „überhaupt nicht zu“). Der Demokratierückhalt ist demzufolge im niedersächsischen Norden, in den Regionen um die Landkreise Lüneburg und Harburg, am höchsten, und im Südosten des Bundeslandes am geringsten. Innerhalb dieser Regionen haben wir – entsprechend der Hypothese des 2. Niedersächsischen Demokratie-Monitors, dass die Tatsache, in Dienstleistungszentren zu leben, einen erklärenden Faktor für Demokratierückhalt ausmachen könnte – Regionen mit einer relativen Nähe (Landkreis Harburg) und Ferne (Landkreis Northeim) zu Dienstleistungszentren ausgewählt. Die konkreten Erhebungsorte wurden hinsichtlich ihrer Strukturdaten wie Wahlbeteiligung, kommunale Verschuldung, Anteil an Empfänger:innen der Mindestsicherungsleistung (insbesondere ALG II) und der demografischen Entwicklung mit dem Ziel eines maximalkontrastiven Vergleichs ausgesucht.

So konnte mit Rosengarten unter den zwölf Gemeinden des Landkreises Harburg ein Gebiet identifiziert werden, das sich nicht nur durch die Nähe zu den Großstädten Harburg und Hamburg sowie durch einen relativ hohen Demokratierückhalt auszeichnet, sondern gleichfalls ein überdurchschnittlich hohes Haushaltseinkommen, eine geringe Überschuldung, einen stabilen Finanzhaushalt, eine hohe Wahlbeteiligung und eine positive demografische Entwicklung aufweist. Demgegenüber sind die Gemeinden Einbecks unter den elf Subgliederungen des Landkreises Northeim durch eine größere Distanz zu großstädtischen Zentren und einen niedrigeren Demokratierückhalt gekennzeichnet, sowie durch einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang, eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung, einen hohen kommunalen Schuldenstand und ein geringes Haushaltseinkommen.

Die Studie kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

- Trotz der Differenz zwischen den Regionen hinsichtlich der Strukturdaten und des Demokratierückhalt-Index unterschei-

den sich die Aussagen der Befragten über das Leben vor Ort und ihre Bewertung von Politik nur in Nuancen. Die Befragten bemängeln in beiden Regionen ähnliche Probleme, die mit dem dörflich-ländlichen Siedlungsraum typischerweise verbunden sind. Dazu gehören insbesondere die mangelhafte öffentliche Versorgungslage, eine prekäre Verkehrsinfrastruktur sowie das abnehmende Engagement in dörflichen Gemeinschaftsorganen, insbesondere den hochgeachteten Vereinen.

- Im Demokratieverständnis der Gesprächsteilnehmer:innen lassen sich – trotz individueller Akzentuierungen – keine Anzeichen für eine starke Polarisierung finden. Als Kernelemente gelten den Befragten die Prinzipien der Volkssouveränität und der Partizipation – im Unterschied zu den Befragten der 1. Qualitativen Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors, die noch Meinungsfreiheit als Kernelement der Demokratie identifiziert hatten. Für zentral gehalten werden darüber hinaus der Konflikt samt seiner Auflösung durch den Kompromiss, die Herrschaft des Rechts (und nicht der Religion) sowie die damit verbundene Gewährleistung positiver und negativer Freiheiten, auch die Einschränkung der Herrschaftsgewalt durch Aufspaltung in Regierung und Opposition und das Prinzip des demokratischen Machtwechsels.
- Das Interesse an Politik ist weiterhin groß. Neben den wichtigen Aspekten, die das lokale Zusammenleben vor Ort betreffen, bereiten größere Themen wie der Klimawandel oder die Bildungssituation den Befragten Sorgen. Erwartungsgemäß hat die Corona-Pandemie an Bedeutung eingebüßt und der Krieg in der Ukraine mit seinen gravierenden Folgen dazu gewonnen. Dennoch haben weder diese noch andere Themen innerhalb der Gesprächsgruppen zu einer inhaltlichen Polarisierung geführt.

- Mit Blick auf kollektive Identitäten finden wir kaum Hinweise auf eine Identifikation der Befragten als Universalist:innen auf der einen oder Partikularist:innen auf der anderen Seite. Diese Differenzierung entpuppt sich als eine akademisch-theoretische Kategorisierung, deren Merkmale im Alltagsbewusstsein unserer Befragten keine Entsprechung finden. Auch wenn sich vereinzelt Ansatzpunkte für Gruppenidentifikationen innerhalb dieser Kategorien zeigen, ist den Befragten die jeweilige Zugehörigkeit zu einem solchen Kollektiv (unabhängig von dessen Bezeichnung) weder bewusst, noch begreifen sie ihr konstituierendes Außen als eine geschlossene Gruppe, mit der man sich im politischen Raum zu messen hätte.

Stattdessen zeigen sich drei Gruppenidentifikationen mit politischem Aktivierungspotenzial: erstens: die Engagierten, die als Aktivbürger:innen das Leben ihrer Gemeinde wesentlich mitgestalten und dies auch von anderen Bewohner:innen erwarten; zweitens: die Moderaten, die sich selbst in der gesellschaftspolitischen Mitte wähnen und alles vermeintlich Extreme ausschließen und, drittens: die Landbevölkerung, die sich in ihrer Lebensweise von den Städter:innen abgrenzen.

- Auf lokaler Ebene werden Parteien zunehmend als obsolet erachtet: In beiden Regionen werden Forderungen laut, Parteipolitik beziehungsweise die mit ihr assoziierten negativen Konsequenzen (wie beispielsweise Themenbindung, Fraktionszwang, Profilierung) aus der Kommunalpolitik rauszuhalten oder zumindest ihren Einfluss abzuschwächen. Zudem geht das omnipräsente Bedürfnis, auf kommunaler Ebene eine möglichst geschlossene und konfliktfreie politische Zusammenarbeit im Sinne des lokalen Allgemeinwohls zu bewerkstelligen, mit einer indirekten Delegitimierung des Oppositionsprinzips einher. Diese Aspekte gilt es in zukünftigen Demokratie-Monitoren zu berücksichtigen.

- Die in der 1. Qualitativen Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors beschriebene „kleinbürgerliche Attitüde“ kann auch für unser Untersuchungssample Geltung beanspruchen. Symbolisch kann die Verbundenheit zur eigenen Familie, zum Dorf oder der Region als Wurzelwerk betrachtet werden, welches das Fundament für diese kleinbürgerliche Mentalität bildet. Dieser eher apolitische Mentalitätsbestand als Boden-decker der politischen Kultur ist gekennzeichnet durch Verästelungen von Rationalität, Mittigkeit, selektiver politischer Aktivierbarkeit sowie einer Insistenz auf dem Dörflich-Familiären.
- Darüber hinaus haben wir drei Deutungsmuster identifiziert, die diese Mentalität grundieren und somit die politische Kultur in den Erhebungsregionen charakterisieren: 1) das Deutungsmuster des technokratischen Blicks auf Politik als starke Orientierung der Befragten an wissenschaftlicher Expertise und Logik, welche als zentrale Legitimationsressourcen für die Bewertung des Politischen angeführt werden; 2) das Deutungsmuster der Bedrohung der eigenen Lebenswelt, in dem Veränderungen im persönlichen Nahraum oftmals als Gefährdung und selten als Chance begriffen werden; 3) das Deutungsmuster des Verfalls der Demokratie, das sich speziell auf das politische System und sein Personal bezieht und kritisiert, dass eine gerechte Politikgestaltung aufgrund abnehmender Systemperformance verunmöglicht werde.
- Diese tendenziell negativen Perspektiven sind Hinweise auf Affinitäten zu populistischen Argumentationsweisen. Zudem stechen nostalgische Sehnsüchte in den Erzählungen der Befragten hervor, welche oftmals als Niedergangserzählungen diskursiven Eingang finden. Sie bieten einen Nährboden insbesondere für rechtspopulistische Rhetoriken, weshalb deren Virulenz zukünftig aufmerksam beobachtet werden sollte. Dennoch können wir in unserem Sample starke Resilienzen gegen populistische Rhetoriken identifizieren, die positiv auf den insgesamt hohen Demokratierückhalt in Niedersachsen wirken.

Siglenverzeichnis

Da die vorliegende Studie in enger Bezugnahme auf die Vorgängerstudien des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) steht, haben wir uns aus Gründen der besseren Lesbarkeit entschieden, Siglen zu verwenden mit denen die Studien nachfolgend bezeichnet sind.

NDM 2019	1. Niedersächsischer Demokratie-Monitor (2019)
NDMQ 2020	1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (2020)
NDM 2021	2. Niedersächsischer Demokratie-Monitor (2021)
NDMQ 2023	2. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (2023)

1 Einleitung: Demokratie zwischen Krise, Dekonsolidierung und Erosion

Demokratie-Monitore auf Landesebene, also turnusmäßige Erhebungen über die Einstellungen zu Politik und Demokratie, wurden in Deutschland lange Zeit exklusiv in den ostdeutschen Bundesländern durchgeführt. Die – im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern – geringere Demokratieakzeptanz oder höhere Ausprägung rechtsextremistischer und antisemitischer Einstellungen stehen und standen beispielsweise beim Thüringen- oder Sachsen-Monitor im Vordergrund (Reiser et al. 2023; Schlinkert et al. 2022). In Niedersachsen, flächenmäßig das zweitgrößte Bundesland der Republik, das mit rund acht Millionen Einwohner:innen ein knappes Zehntel der deutschen Bevölkerung beheimatet, wird seit dem Jahr 2019 ein Demokratie-Monitor durchgeführt.

Grundsätzlich, so lässt sich über die niedersächsische Demokratie nach zwei quantitativen und zwei vertiefenden qualitativ-interpretativen Erhebungen zur Vermessung der politischen Kultur in Niedersachsen urteilen, besteht kein Grund zum Alarmismus. Basierend auf den Daten des 2. Niedersächsischen Demokratie-Monitors (im Folgenden: NDM 2021) kann geschlussfolgert werden, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie im Jahr 2021 – im Schatten eines, so nahmen es die

Befragten wahr, langwierigen und für die gesamte Gesellschaft kräftezehrenden, aber nicht enttäuschenden Pandemiemanagements – im Vergleich zu 2019 leicht gestiegen ist. Dies betrifft sowohl die Demokratie als Regierungsform (Regime) als auch das demokratische Regierungshandeln (Governance) gerade auf Landesebene.

Dem steht jedoch eine stärkere Polarisierung in der Frage gegenüber, wie die Legitimität der Demokratie als Regime bewertet wird. Im NDM 2021 stellten wir fest, dass die Zahl derer, die ihre Zufriedenheit mit der Demokratie äußern, ebenso gestiegen ist wie der Anteil jener, die das Gegenteil tun. Zwar handelt es sich hierbei lediglich um Änderungen im Bereich weniger Prozentpunkte und auch die Vergleichbarkeit mit den Daten aus dem 1. Niedersächsischen Demokratie-Monitor aus dem Jahr 2019 (im Folgenden: NDM 2019) ist eingeschränkt.¹ Dennoch deutet sich hier möglicherweise ein Trend an, den es im Rahmen der

¹ Erstens handelt es sich beim NDM nicht um eine Panelbefragung, es wurden also unterschiedliche Personen befragt. Zweitens sind zwischen den beiden Erhebungszeiträumen zwei Jahre mit gesellschaftlich einschneidenden Ereignissen vergangen; überdies können auch tagespolitische Schwankungen Einfluss nehmen.

vorliegenden 2. Qualitativen Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (im Folgenden: NDMQ 2023) auszuleuchten gilt.

1.1 Partikularismus und Universalismus: Ein Beitrag zur aktuellen Cleavage-Forschung

Während in der 1. Qualitativen Vertiefungsstudie des Demokratie-Monitors (im Folgenden: NDMQ 2020) in Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig und Salzgitter die Bewohner:innen eher urbaner Räume in den Blick genommen wurden (Schenke et al. 2020: 7), konzentrieren wir uns nun vorwiegend auf die Deutungsmuster und Mentalitäten derjenigen, die in ländlichen Regionen beheimatet sind. Dieses Design ermöglicht es uns, erstens, die im NDMQ 2020 identifizierte „ungeschriebene Verfassung“ Niedersachsens weiter auszuleuchten (Kapitel 4.2) und zweitens einen Beitrag zu den in der Forschung gegenwärtig viel beachteten Differenzen zwischen Stadt und Land zu leisten.

Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen und die damit verbundenen strukturellen, parteipolitischen und einstellungsbasierten Implikationen dienen im Rahmen der Cleavage-Theorie als Erklärung für unterschiedliche Muster der Wähler:innenbindung. Die Cleavage-Theorie wurde ursprünglich von Stein Rokkan in Zusammenarbeit mit Seymour Martin Lipset (1967) entwickelt, um die Entstehung und Stabilität der westeuropäischen Parteiensysteme zu erklären. Ähnlich wie Mario Rainer Lepsius (1973) gingen sie davon aus, dass sich im Zuge der Nationalstaatsbildung und Reformation, der Französischen Revolution und Säkularisierung sowie der Industrialisierung vier zentrale Konflikte herausgebildet haben, die die Gesellschaft strukturieren. Sie beziehen sich auf die Gegensätze zwischen: 1) Zentrum und Peripherie, 2) Staat und Kirche, 3) Arbeit und Kapital sowie 4) Stadt und Land. Da Parteien diese Konflikte aufgriffen und beständig aktualisierten, um Wähler:innen auf Basis ihrer Interessenlagen zu mobilisieren und zu binden, erlangten die Cleavages eine ge-

wisse Dauerhaftigkeit und prägten die Etablierung der Parteien in den sich herausbildenden nationalstaatlichen Demokratien insbesondere Westeuropas.

Während Lipset und Rokkan zwar ausführlich die Entstehung der Parteiensysteme auf Grundlage der Wirkmächtigkeit und Dauerhaftigkeit einzelner Cleavages beschrieben, vernachlässigten sie die Operationalisierung des Begriffes an sich. Hierfür wird üblicherweise auf Mair (2006) zurückgegriffen. Cleavages sind nach ihm ein analytisches Konzept, das die Bestandteile Einstellung, Struktur und Institutionen beinhaltet. Das heißt, nur wenn sich, erstens, Überzeugungen und Werte zu einem kohärenten politischen Narrativ ausformulieren lassen, das, zweitens, von unterscheidbaren sozialen Gruppen und Individuen getragen wird und, drittens, durch Institutionen und Organisationen mobilisiert, in den politischen Wettbewerb eingebracht und aktualisiert wird, könne man von einem voll entwickelten Cleavage sprechen.

Mit der abnehmenden Wähler:innenbindung, dem Wandel der Arbeitswelt und dem Niedergang der klassischen Großorganisationen lösten sich die Bedingungen für die Erklärungskraft der Cleavages nach und nach auf und es rückten zunehmend Wertpräferenzen für die Erklärung des Wahlverhaltens in den Vordergrund (vgl. Kriesi 1998). Auch die ökonomischen, politischen und kulturellen Auswirkungen der Globalisierung trugen zur Neustrukturierung des politischen Raumes bei (vgl. Kriesi 2012). Für Deutschland galt im Rahmen der Cleavage-Theorie überdies, dass sich die Kluft zwischen Stadt und Land sowie zwischen Zentrum und Peripherie seit den 1960er Jahren verringert und daher an Bedeutung verloren habe, während die Spaltung zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Staat und Kirche in der Rechts-Links-Polarität aufgegangen sei (vgl. Franzmann 2016). Wahlverhalten konnte demzufolge immer weniger mit Rückgriff auf die alten Konfliktlinien erklärt werden. Stattdessen gewann der Verweis auf die sogenannte GAL-TAN-Dimension des Parteiensystems (vgl. Hooghe/Marks/Wilson 2002) an Erklärungskraft: Demnach finden sich ökonomische und kulturelle Präferenzen auf der

einen Seite zu einem grün-alternativen, den Wohlfahrtsstaat und staatliche Regulierung präferierenden Lager zusammen, während auf der anderen Seite individuelle ökonomische Freiheiten sowie traditionalistisch und autoritäre Vorstellungen dominieren und dieses Lager eine eindeutige Präferenz für den Nationalstaat aufweist.

Jenseits dieser beschreibenden Dimensionen des Parteienwettbewerbs wurde die Cleavage-Theorie aktualisiert. Für die Entwicklung in Deutschland in den 1980er Jahren analysierte Jürgen Gerhards eine „triadische Struktur politischer Konfliktlinien“ (Gerhards 1993: 47). Er identifizierte drei ideologische Gruppierungen, die er in zwei „Sinnorientierungen“ gruppierte: die postmaterialistischen Linken, die die sogenannte „neue Politik“ abbildeten und demgegenüber die „alte Politik“ mit einer materialistischen Linken und einer materialistischen Rechten. Diese Lager seien durch Konfliktlinien voneinander getrennt, die den jeweiligen Themen spezielle Sinnprägungen verliehen und so die öffentliche Diskussion strukturierten. Umfangreiche vergleichende Untersuchungen jüngerer Datums kamen demgegenüber zu dem Schluss, dass nicht allein die Etablierung der neuen Politik und der sogenannten postmaterialistischen Bewegungen in den 1970er Jahren zur Entstehung einer neuen Konfliktlinie geführt hätten, sondern dass erst die gesellschaftspolitischen Reaktionen auf diese sozialen Bewegungen zur Genese des Cleavage beigetragen hätten (vgl. Grande und Kriesi 2012; Hutter 2014). Der gesellschaftliche Wandel in den 1980er und 1990er Jahren und die Interaktion zwischen der Neuen Linken und der Neuen Rechten habe sich – so die These – zu einer neuen, meist kulturell adressierten Konfliktlinie entwickelt (vgl. Bornschieer 2010; Hutter 2014), die ihren politisch-institutionellen Ausdruck nicht nur in der Etablierung links-grüner, postmaterialistischer Akteur:innen, sondern auch in der Etablierung rechtspopulistischer Parteien gefunden habe. Während die Differenzen auf der Ebene der gesellschaftlichen Einstellungen deutlich zu Tage treten, seien jedoch die sozialstrukturellen Wurzeln des Cleavage demgegenüber eher schwach ausgeprägt, d.h. nicht

alle Elemente einer voll entwickelten Konfliktlinie seien aktuell nachweisbar.

In der neueren Forschungsdebatte werden verschiedene Begriffspaare verwendet, um die Pole zeitgenössischer Cleavages zu beschreiben. „Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus“ (vgl. Koopmans und Zürn 2019), „Universalismus vs. Partikularismus“ (vgl. Bornschieer 2021) oder „Integration vs. Abgrenzung“ (vgl. Kriesi 2008) verweisen auf eben jene neue gesellschaftliche Spaltung jenseits der alten Konfliktlinien. Der durch die Globalisierung verursachte neue Cleavage beschreibt den Grundkonflikt zwischen liberal-individualistischen, universalistischen Werten auf der einen und traditionellen Werten, mit Fokus auf die nationale Souveränität und eine ausgeprägte Präferenz für Mehrheitsentscheidungen, auf der anderen Seite (vgl. Merkel 2017). Es lassen sich also, mit den Worten des Politikwissenschaftlers Yves Bizeul, „Anhänger einer offenen und einer geschlossenen kollektiven Identität“ identifizieren (Bizeul 2019: 2).

Wir wollen mit der vorliegenden Studie an diese Debatte anknüpfen. Die bisherigen Erkenntnisse, die zur aktuellen Cleavage-Theorie zusammengetragen wurden und die sich insbesondere auf die organisatorischen (Parteien und soziale Bewegungen) und strukturellen (sozioökonomische Faktoren) Elemente der Konfliktlinie beziehen, wollen wir durch eine detaillierte Analyse der normativen Komponente ergänzen. Da Werte als Konstrukte selbst schwer zu fassen sind und sie für den Parteienwettbewerb auch nur dann interessant sind, wenn sie sich in Kollektiven ausprägen (Wurthmann 2022: 86), möchten wir unter Rückgriff auf das im Rahmen der Cleavage-Theorie bisher eher weniger berücksichtigte Konzept der kollektiven Identitäten herausfinden, ob sich die auf der Wähler:innenebene identifizierte Spaltung zwischen Universalist:innen und Partikularist:innen gleichfalls auf der Vorstellungsebene niederschlägt (vgl. Kapitel 6).

Zudem wollen wir den jüngst viel diskutierten Zusammenhang der Ausprägungen von Cleavages anhand ländlicher und städtischer Räume näher beleuchten. In den letzten Jahren haben Studien vermehrt Hinweise darauf gefunden, dass sich die Pole dieses

neuen Cleavage zunehmend in distinkten Räumen verteilen und in eher universalistisch orientierten Städter:innen und partikularistisch veranlagten Landbewohner:innen aufgehen (vgl. Iversen und Soskice 2019; Maxwell 2019 und 2020; Bornschieer et al. 2022; Haffert 2022). Gerade die beobachtete Zunahme der Politikverdrossenheit in nichtmetropolitanen Orten, die gleichzeitig ein fruchtbarer Boden für nationalistische und populistische Einstellungen sei, müsste näher betrachtet werden (vgl. Kenny und Luca 2021). Zudem wird vermutet, dass das Stadt-Land-Gefälle als geografische Kluft noch an Bedeutung gewinnen könnte (vgl. Cramer 2016; Lyons und Utych 2021). Daher nehmen wir die Hinweise auf, dass eine mögliche urbane universalistisch-kulturelle Identität mit dem suburbanen, ländlichen Umland in Spannung stehen könnte, und fokussieren unsere Analyse der kollektiven Identitäten auf zwei ländliche Räume.

Indes: Das schematische Sprechen über Dorf und Stadt soll keinesfalls suggerieren, dass die Räume homogen wären oder in klarer Abgrenzung zueinander stünden. Wir gehen vielmehr davon aus, dass zwischen diesen Siedlungsformen ein Kontinuum existiert und harte strukturelle Differenzkriterien kaum auszumachen sind. Der ländliche und urbane Raum mit seinen zugeschriebenen Eigenschaften ist vielmehr als Imagination präsent und wirksam (vgl. Dürr 2005). Auch aus diesem Grund wird vermutet, dass sich hinter dem vordergründigen Stadt-Land-Gegensatz eine Struktur verberge, die eher auf den Cleavage zwischen Zentrum und Peripherie verweise (vgl. Ziblatt/Hilbig/Bischof 2021). Daher haben wir mit Rosengarten einen ländlichen Raum mit Dienstleistungszentrumsnähe ausgewählt und vergleichen diesen mit der peripheren Region Einbeck.

1.2 Deutungsmuster und Mentalitäten: Einbettung in die Politische Kulturforschung

Die vergleichende Fallanalyse betten wir in eine (regionale) Politische Kulturforschung ein. Innerhalb dieses ausdifferenzierten For-

schungsfeldes werden Einstellungen und Vorstellungen der Bürger:innen eines abgegrenzten Gebietes (Gemeinde, Bundesland oder Nationalstaat) mit einem vielfältigen Set an Methoden erhoben. Die von der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) betriebene Politische Kulturforschung setzt sich aus einer quantitativen und einer qualitativen Analyse im Rahmen des Niedersächsischen Demokratie-Monitors zusammen. So wird nicht nur die vordergründige Einstellungsebene erfasst, sondern angelehnt an die Arbeiten von Karl Rohe versucht, die tieferliegenden und „grundlegenden Vorstellungen“ über Politik (Rohe 1994: 1; auch Schwelling 2001: 609) zu identifizieren.

Rohe hatte die für die Politische Kulturforschung bereichernde Idee, dass politische Kultur aus dem Zusammenspiel von Soziokultur und Deutungskultur bestehe. Die Soziokultur speise sich aus politischen Alltagstheorien, die den internalisierten Handlungsrahmen bildeten. Demgegenüber sei die Deutungskultur an spezifische aktuelle Entwicklungslagen gebunden, liege in der politisch-kulturellen Diskussion an der Oberfläche und kristallisiere sich durch politische Handlungen und Sinnsetzungsprozesse aus. Dementsprechend komplex gestaltet sich die Entschlüsselung der Soziokultur. Diese versuchen wir zu erschließen, indem wir, erstens, Deutungsmuster und Mentalitäten rekonstruieren, die das Wechselverhältnis zwischen Sozio- und Deutungskultur grundieren² (Kapitel 4). Und, zweitens, indem wir die Bewertungen des zentralen Kerns der politischen Kultur, die Deutungen über das politische System und über Politiker:innen, darstellen (Kapitel 5).

Mentalitäten definieren wir in Anlehnung an Eversberg et al. (2021) als Neigung zu spezifischen Formen der Wahrnehmung und Bewertung des Politischen, die tiefer liegen und somit langlebiger und beständiger sind als

² Wir sprechen von Mentalitäten und nicht wie im NDMQ2020 von Mentalitätsströmen, da sich der Mentalitätsbegriff auf Basis der Forschungsliteratur gewinnbringender konzeptualisieren lässt.

Einstellungen zu tagesaktuellen Sachfragen. Dieser kulturelle Unterbau ist eng an die langen Linien der politisch-kulturellen Entwicklung und an kollektive Erfahrungsräume geknüpft und den Individuen nicht reflexiv verfügbar. Deutungsmuster, unser zweiter Analysegegenstand, sind für die Reproduktion politischer Mentalitätsbestände strukturbildend (Schenke et al. 2020: 10), gleichzeitig ist die Mentalität der Möglichkeitsraum, vor dem sich angesichts aktueller Herausforderungen neue Deutungsmuster entwickeln können. Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Mentalitäten und Deutungsmustern, die beide Bestandteile der politischen Kultur sind, ist ihre praktische Relevanz für das Individuum: Während Deutungsmuster dem Subjekt relevante Denk- und Handlungsorientierungen im Alltag bieten, wirken sich Mentalitäten als Handlungsneigungen aus und sind als „untergründige verklammernde und vermittelnde Sinnstrukturen wirksam“ (Schenke 2020: 470). Daher eignen sich Mentalitäten auch eher als Beschreibung für größere Kollektive. Deutungsmuster sind demgegenüber Begründungs- und Interpretationszusammenhänge, die aufgrund konkreter alltagsweltlicher Herausforderungen und Probleme entwickelt wurden und auch auf andere Bereiche übertragbar sind (vgl. Bögelein und Vetter 2019). Deutungsmuster bestehen aus einer Problemwahrnehmung und der damit zusammenhängenden Ursachenzuschreibung, an die eine moralische Bewertung geknüpft wird und aus der eine adäquate Handlung resultiert (vgl. Entmann 1993). Sie sind somit auf individueller Ebene analysierbar und kristallisieren sich in einer sich wiederholenden Struktur als Muster heraus. Deutungsmuster und Mentalitäten sind demzufolge in erster Linie ein Hilfsmittel, um die Soziokultur zu erschließen, wirken jedoch gleichfalls auf die Deutungskultur ein.

Im NDMQ 2020 identifizierten die Autor:innen eine „kleinbürgerliche Attitüde“, die wir als kleinbürgerliche Mentalität übersetzen: „In ihr vereinen sich die Insistenz auf dem Dörflich-Familiären, die Orientierung an Harmonie, Rationalität und ‚Mittigkeit‘ gegen drohende gesellschaftliche Desintegrationstendenzen

mitsamt der Aversion gegenüber entschlossener politischer Selbstoptimierung ohne Rückendeckung durch die Gruppe, die Reduktion komplexer gesellschaftspolitischer Zusammenhänge auf die Schablonen von hintergründig lenkenden Lobbys, medialen Verzerrungen und einer leicht verführbaren politisch polarisierten Masse mitsamt der Funktion individueller Verantwortungsabwehr mit der Ablehnung politischer Konfliktivität“ (Schenke et al. 2020: 86).

Wir fragen, ob wir Elemente dieser Mentalitätsbeschreibung in unserem Material gleichfalls identifizieren können, um somit das Bild der „ungeschriebenen Verfassung“ festigen zu können oder modifizieren zu müssen. Gleichzeitig schauen wir auf die im NDMQ 2020 herausgearbeiteten Deutungsmuster, wie die „distinkte Trennung der harmonisch gezeichneten privaten Lebenswelt von der ‚großen‘ und unruhigen Sphäre gesellschaftspolitischer Fragen“, das Deutungsmuster einer „politischen Technokratie“ als Stilllegung gesellschaftlicher Konflikte und „das Deutungsmuster der (politischen) Bildung als gesellschaftspolitische Impfung gegen Gefährdungen der demokratischen Gesellschaftsordnung“ (Schenke et al. 2020: 88). Im Anschluss daran wagen wir uns an eine aktualisierte Beschreibung der Deutungsmuster der ländlichen Regionen Niedersachsens (Kapitel 4).

1.3 Nähe und Distanz: Anknüpfung an den Demokratierückhalt-Index

Auch wenn die Zufriedenheit der niedersächsischen Bevölkerung mit der Demokratie auf den ersten Blick groß sein mag, gibt es ebenfalls Anzeichen für einen steigenden Verdross. Diese Unzufriedenheit lässt sich über den Demokratierückhalt-Index abbilden, der im Rahmen des NDM 2021 erstmals für Niedersachsen erhoben wurde. Im Index wurden zwei Fragen zusammengefasst: „Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig“ und „Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar“. Es

wurde davon ausgegangen, dass jene Befragten, die zu diesen Aussagen *nicht* ihre volle Zustimmung gegeben haben, über Deutungsmuster verfügen, die sie im Krisenfall eher zu demokratieskeptischen Einstellungen neigen lassen. Hintergrund der Überlegung ist, dass sowohl die Bejahung von Parteien als wichtige Agenten der Interessenartikulation und -aggregation auf der einen und die Akzeptanz politischer Opposition auf der anderen Seite für eine funktionierende repräsentative Demokratie unerlässlich sind (Schenke et al. 2021: 33).

Über die Hälfte der Befragten äußerte im NDM 2021 ihre volle Zustimmung zu diesen Items – die Mehrheit gibt damit ihre uneingeschränkte Unterstützung der Demokratie zu Protokoll. Doch konnten mit diesem Index auf regionaler Ebene kleine Abweichungen identifiziert werden, die möglicherweise Hinweise auf eine sich längerfristig verstetigende Entwicklung geben könnten. Rund 14 Prozent der Befragten antworteten auf mindestens eine der Fragen ablehnend (stimme eher nicht zu/ stimme überhaupt nicht zu). Regional aufgeschlüsselt lässt sich erkennen, dass die Demokratie den höchsten Rückhalt im niedersächsischen Norden genießt, in den Regionen um die Landkreise Lüneburg und Harburg. Demgegenüber fällt der Südosten des Landes durch in Relation niedrigere Werte auf.

Die genauen Gründe für diese regionalen Differenzen harren noch einer Exploration und Plausibilisierung. Erste Fragen an diesen Befund lauten also: Warum ist die Bejahung politischer Opposition und die Akzeptanz von Parteien zwischen Heide und Elbe im niedersächsischen Vergleich hoch, während sie im Dreieck zwischen Oberweser, Harz und Autostadt niedriger liegt? Erschöpft sich die Erklärung für hohen Demokratierückhalt in der Nähe zu urbanen Dienstleistungszentren (Hamburg/Bremen) und der geringere Rückhalt in einer entsprechenden Distanz zu diesen Städten und den dort gebotenen Optionen, wie im NDM 2021 vermutet wurde (Schenke et al. 2021: 33)? Oder liegen die Gründe tiefer und sind gesellschaftlich-kulturell und historisch grundiert, beispielsweise entlang alter konfessioneller Traditi-

onlinien und soziokultureller Milieus? Lassen sich möglicherweise unterschiedliche Mentalitätsbestandteile identifizieren, die die Differenz erklären könnten? Und: Wie gestalten sich diese Unterschiede in der Deutungspraxis der Niedersächs:innen aus?

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir eine vergleichende Fallanalyse in zwei ländlichen Gebieten Niedersachsens durchgeführt: Rosengarten im Landkreis Harburg mit einem hohen und Einbeck im Landkreis Northeim mit einem relativ niedrigen Wert im Demokratierückhalt-Index. Während sich Rosengarten durch ein überdurchschnittlich hohes Haushaltseinkommen, eine geringe Überschuldung, einen stabilen Finanzhaushalt, eine hohe Wahlbeteiligung und eine positive demografische Entwicklung auszeichnet, ist Einbeck durch einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang, eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung, einen hohen kommunalen Schuldenstand und ein geringes Haushaltseinkommen geprägt (zum Forschungsdesign und der Fallauswahl vgl. Kapitel 2). Wir analysieren also die (historische) politische Kultur in einer – so die auf dem Index fußende Hypothese – demokratieskeptischen Region, die durch strukturschwache Rahmenbedingungen gebeutelt ist, und in einem eher demokratie-bejahenden Gebiet, dessen ökonomische und demografische Voraussetzungen deutlich besser sind (Kapitel 3), um herauszufinden, ob sich durch die genannten Faktoren die unterschiedlichen Werte des Demokratierückhalt-Index erklären lassen. Darüber hinaus versuchen wir eine Antwort auf die Frage zu geben, welche Bestandteile einer demokratischen Regierungsform für die von uns Befragten essenziell sind. Decken sich die Vorstellungen davon, was eine (gute) Demokratie ausmacht, mit den im Demokratierückhalt-Index abgebildeten Strukturelementen – also Parteien als Akteure und das Vorhandensein einer funktionierenden politischen Opposition – oder müssten hier künftig ergänzende Faktoren berücksichtigt werden (Kapitel 5.2)?

2

Instrumentarium und Rahmen der Untersuchung

2.1 (Regionale) Politische Kulturforschung

Wie einleitend angedeutet, lässt sich die vorliegende Untersuchung mit ihrem Interesse an kollektiven Identitäten und Deutungen von Politik und Gesellschaft grundsätzlich im weiten Feld der Politischen Kulturforschung verorten. Als vergleichende Fallstudie ist sie darauf ausgelegt, auf der Ebene des Lokalen die oftmals latenten Tiefenstrukturen und Grammatiken offenzulegen, die präfigurieren, wie vor Ort über politische Phänomene gedacht und gesprochen wird.

Die Politische Kulturforschung ist ein ausdifferenziertes Forschungsfeld mit sehr heterogenen Zugängen (vgl. Dörner 2006). Den jeweiligen Ansätzen ist allerdings die Grundannahme gemein, dass die Einstellungen und Vorstellungen der Bürger:innen eines bestimmten Territoriums (mit)bestimmend für die Stabilität und Dauerhaftigkeit der demokratischen Regierungsform sind. Daher stehen als Bezugsobjekte der Politischen Kulturforschung auch die politische Gemeinschaft, die politische Ordnung, die Politiker:innen und die Bewertung des *Citoyens* als politischer Akteur im Zentrum (Westle und Gabriel 2009:

45) Im Rahmen der *quantitativ* ausgerichteten Studien des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM 2019, NDM 2021) steht die gesamte politische Kultur Niedersachsens im Zentrum, während in den *Qualitativen* Vertiefungsstudien (NDMQ 2020, NDMQ 2023) in kleinere regionale Strukturen hineingezoomt werden kann.

Die hier erprobte regionale Politische Kulturforschung verfolgt allerdings keinen rein einstellungszentrierten Ansatz, sondern verbindet – angeregt durch jüngere Studien zur regionalen politischen Kultur (vgl. Werz und Koschkar 2016) und durch die von Karl Rohe geprägten Begrifflichkeiten – die langen historischen Entwicklungslinien eines Raumes mit seiner gegenwärtigen politischen Kultur. In diesem Zugriff wird politische Kultur verstanden als „grundlegende Vorstellung darüber, was Politik ist und sein kann“ (Rohe 1994: 1), und beschreibt „aus kognitiven, normativen und ästhetischen Vorstellungen, nicht Einstellungen bestehende mental verankerte politische ‚Weltbilder‘ [...], die einen sichtbaren Ausdruck gefunden haben und über Kommunikationsprozesse ständig reproduziert werden müssen“ (Rohe 1991: 17). Durch dieses Vorgehen werden einerseits die historisch prägenden Strukturen des Politischen sichtbar sowie andererseits die gegenwärtige dispa-

rate Ausgangslage der Fallregionen verstehbar. Überdies werden durch die Präsentation der lokalen politischen Kultur und ihrer Entwicklungslinien die Regionen vorgestellt und die Fälle in ihrer Gesamtstruktur anschaulich gemacht.

Weil die Ausdrucksformen und Manifestationen politischer Kultur breit aufgefächert sind, historischen Prägungen ebenso wie aktuellen Entwicklungen unterliegen, differenzierte Rohe zwei konstitutive und notwendige Modi derselben: die Deutungs- und die Soziokultur. Die Soziokultur (gelegentlich auch als Sozialkultur bezeichnet) wird aus politischen Alltagstheorien gespeist; diese umfassen zu „Deutungs- und Handlungskonventionen geronnenes Wissen darüber, welche Probleme angegangen werden, welche Antworten sich in der Vergangenheit bewährt haben, wie man im Feld politisch agiert“ (Rohe 1994: 9). Sie sind der internalisierte Handlungsrahmen, der latent und unbewusst die lebensweltliche Realität strukturiert. Demgegenüber ist die Deutungskultur eine „raum-zeitlich gebundene Besonderheit“ (Rohe 1994: 5). Sie stellt den Überbau der Soziokultur dar; in ihrem Rahmen wird politisch gehandelt und politischer Sinn konstruiert, hier manifestiert sich die (eventuell vorhandene) Eigenlogik eines politischen Milieus. Erst im Wechselverhältnis zwischen Sozio- und Deutungskultur – erfassbar durch die Analyse der politischen Performanz und des politisch Imaginären (vgl. Diehl 2019) und hier konzeptualisiert mit Hilfe von Deutungsmustern und Mentalitäten – entstehe der „Wesensmoment“ (Rohe 1987: 43) einer politischen Kultur.

Nimmt man diese Grundannahmen ernst, folgt daraus, dass sich politische Kultur nicht allein über standardisierte Umfragen erfassen lässt, sondern das Text-, Sprach-, Begriffs- und Symbolanalysen ebenso erforderlich sind, wie die Analyse der konkreten Handlungsstrukturen und Interaktionsspielräume, sowie der kulturell-historischen Indikatoren (vgl. Salzborn 2009). Dieses umfassende Programm möchten wir zumindest in Ansätzen einlösen, indem wir durch Feldforschung (Ortsbegehungen und Besuche von Festivitäten) Symbolanalyse betreiben und Interaktionszusammen-

hänge erforschen und durch die Rekonstruktion der historisch prägenden Strukturen die Handlungsspielräume innerhalb der Milieus ausloten, um ein möglichst vollständiges Bild der regionalen politischen Kultur beschreiben zu können. Darüber hinaus haben wir im Rahmen der Fokusgruppen Deutungsmuster und Mentalitätsbestände rekonstruieren können, die uns weitere Hinweise über die Konstitution der lokalen politischen Kultur liefern, da wir hier u. a. die Reproduktion der Kommunikationsprozesse beobachten konnten.

Neben den Feldbegehungen und der Teilnahme an lokalen Festakten, haben wir Fokusgruppen überwiegend mit lokalpolitisch und zivilgesellschaftlich engagierten Menschen durchgeführt (siehe Kapitel 2.2.2). Diese können auf der einen Seite als Bürger:innen der jeweiligen Gemeinden betrachtet werden, deren Aussagen eher Rückschlüsse auf die Soziokultur zulassen. Auf der anderen Seite können diese prominent engagierten Lokalvertreter:innen auch als Produzent:innen der Deutungskultur interpretiert werden. Aufgrund dieses Doppelcharakters der Befragten hoffen wir über die Erschließung der Mentalitäten und Deutungsmuster auf der einen und ihre Bewertung des politischen Systems und dessen Akteur:innen auf der anderen Seite, genau jenes Wechselverhältnis zwischen Sozio- und Deutungskultur einzufangen, aus dem sich – laut Karl Rohe – die politische Kultur einer regionalen Einheit ergibt.

Auch kollektive Identitäten lassen sich auf dem Feld der politischen Kultur verorten. Ein etablierter und verfestigter (neuer) Cleavage wäre demzufolge dann nicht nur über Strukturen, Institutionen und Wählergruppen sichtbar, sondern würde auch in der politischen Kultur zu Tage treten. Wir argumentieren (in Kapitel 6), dass die Identifikationsprozesse und Modi der Grenzziehung – die als Vorbedingung für die Entstehung von kollektiven Identitäten notwendig sind – gleichfalls aus dem Wechselverhältnis zwischen Sozio- und Deutungskultur entstehen und hier deshalb beobachtbar sind. Kollektive Identitäten mit politischem Aktivierungspotenzial und bereits politisch aktivierte kollektive Identitäten werden jedoch stärker durch die Deutungskultur prä-

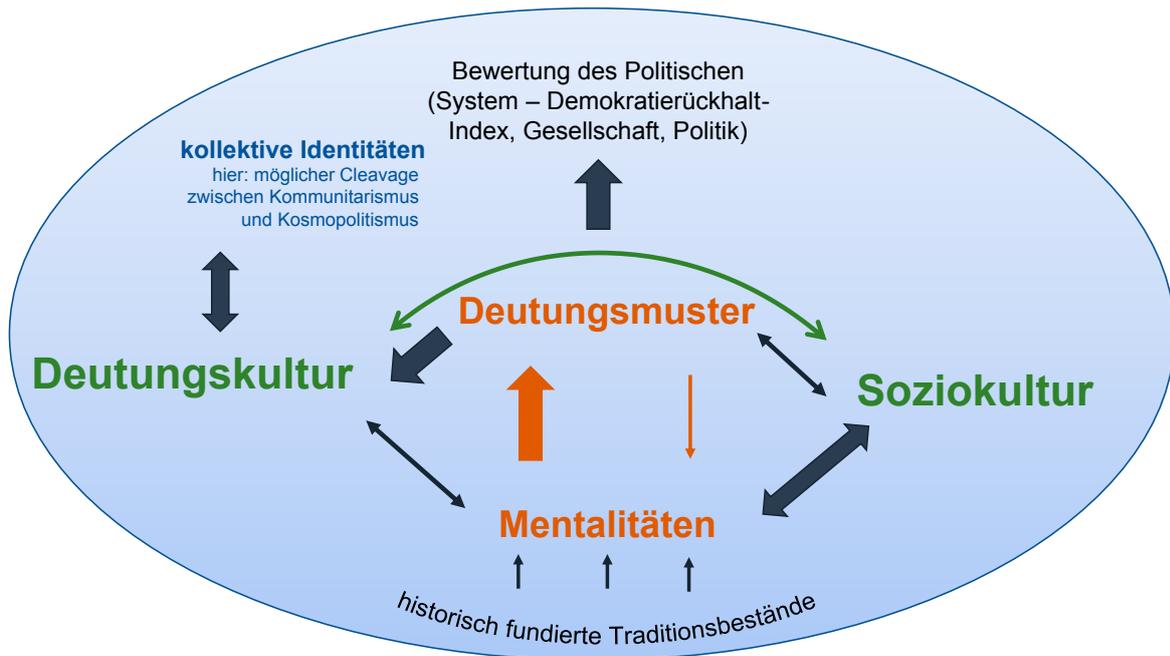


Abbildung 1: Schematische Darstellung der behandelten Elemente der politischen Kultur. Quelle: Eigene Darstellung.

figuriert, weil es oftmals im politischen und/oder öffentlichen Raum präsente Eliten sind, die diese adressieren und mobilisieren. Wenn wir demzufolge hier die kollektiven Identitäten ausleuchten (als Bestandteil des häufig analysierten Partikularismus-Universalismus-Cleavage), können wir diese gleichfalls im Rahmen unserer Analyse der politischen Kultur einfangen.

Auf dieser Grundlage haben wir die historischen Prägungen der regionalen politischen Kultur (Kapitel 3), und ihre zentralen Deutungsmuster und Mentalitätsbestände (Kapitel 4) erforscht. Außerdem haben wir die Vorstellungen über die zentralen Objekte der politischen Kultur – also die Bewertung des politischen Systems und der Politiker:innen herausgearbeitet (Kapitel 5), ebenso wie die kollektiven Identitäten innerhalb der Regionen (Kapitel 6). Um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Weil wir – wider Erwarten – in beiden Fallregionen hinsichtlich der Deutungsmuster, Mentalitäten, Bewertungen des Politischen und der kollektiven Identitäten kaum regionale Besonderheiten feststellen konnten, haben wir uns in Folge weniger auf die Analyse spezifischer Regionalkulturen fokussiert, sondern vielmehr am regional erhobenen Material (beider Re-

gionen) einen Beitrag zur Erforschung der allgemeinen politischen Kultur (Niedersachsens) geleistet.

Abbildung 1 zeigt die von uns in dieser Studie betrachteten Elemente der politischen Kultur, die grundsätzlich alle in wechselseitiger Beziehung zueinanderstehen, jedoch – verdeutlicht durch die Ausprägung der Pfeile – aus analytischer Perspektive in abgestuften Intensitätsgraden von bestimmten Elementen deutlicher beeinflusst sind als von anderen. Während die Deutungs- und Soziokultur durch eine gegenseitige Bezugnahme den Kern der politischen Kultur bilden, als deren Ausfluss die Bewertung des Politischen analysiert werden kann, bemühen wir uns im NDMQ 2023 gleichfalls um eine Rekonstruktion der Mentalitäten, die den Möglichkeitsraum für die handlungsleitenden Deutungsmuster bilden und die durch die historisch fundierten Traditionsbestände grundiert sind. Mentalitäten und Deutungsmuster wirken zwar sowohl auf die Deutungs- als auch auf die Soziokultur, doch in unterschiedlichen Intensitätsgraden. Gleiches gilt für die (politisierten) kollektiven Identitäten, die primär durch die Deutungskultur geformt werden. Zusätzlich stellen wir uns im NDMQ 20230 die Frage, ob dieser

Raum der politischen Kultur durch eine Konfliktlinie zwischen Partikularismus auf der einen und Universalismus auf der anderen Seite strukturiert wird.

2.2 Methodisches Vorgehen

2.2.1 Fallauswahl

Für die Auswahl unserer Erhebungsorte war die im NDM 2021 formulierte Hypothese leitend, dass die Nähe zu ausgeprägter urbaner Infrastruktur womöglich eine maßgebliche Scheidelinie konstituiert, anhand derer sich der Rückhalt der Demokratie in Niedersachsen sortiert. Während in Regionen in unmittelbarer Nähe zu einem prosperierenden Dienstleistungszentrum ein (relativ) hoher Demokratierückhalt vorherrsche, sei dieser im dienstleistungszentrumsfernen, peripheren Raum geringer ausgeprägt. Und zwar vermutlich aufgrund der hier herrschenden Strukturprobleme und damit womöglich verbundenen Gefühlen des „Abgehängtseins“ – so ein von den Autor:innen vorsichtig formuliertes Erklärungsangebot für die festgestellten regionalen (Mikro-)Abweichungen im Bereich der Unterstützung wesentlicher demokratischer Prinzipien (Schenke et al. 2021: 33–36).

In der Absicht diesen Befund einer genaueren Prüfung zu unterziehen, haben wir im Rahmen unserer Fallauswahl eine kontrastierende Abbildung dieses Nähe-Distanz-Verhältnisses angestrebt. Wir fokussierten uns deshalb auf eine dienstleistungszentrumsnahe Region (Landkreis Harburg) mit hohem Demokratierückhalt und eine dienstleistungszentrumsferne Region mit einem vergleichsweise niedrigen Demokratierückhalt (Landkreis Northeim). Im nächsten Auswahlschritt wurde nach einer Sichtung der jeweiligen Einheits- und Samtgemeinden die Erhebungsregion weiter eingegrenzt, um den maximalkontrastiven Charakter des Vergleichs sicherzustellen, den wir anhand der Indikatoren Wahlbeteiligung, kommunale Verschuldung, Anteil an Empfänger:innen von Mindestsicherungsleistungen (insbesondere ALG II) und Geburtenüberschuss respektive -defizit bestimmten.

Basierend auf diesen Indikatoren, die in ein Punktesystem übersetzt wurden, identifizierten wir auf Strukturdatenebene im Landkreis Harburg unter den zwölf Gemeinden eine mit besonders guten Werten (Rosengarten) und im Landkreis Northeim, für den im NDM 2021 eine gewisse Tendenz zur Demokratieskepsis festgestellt werden konnte, unter den insgesamt elf Gemeinden eine mit auffällig schlechten Werten (Einbeck) (siehe Abbildung 2).



Abbildung 2: Die Erhebungsgebiete Landkreis Harburg und Landkreis Northeim. Die Gemeinden Rosengarten (im Norden) und Einbeck (im Süden) wurden jeweils rot eingefärbt. Quelle: Wikipedia ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Germany_\(%2Bdistricts_%2Bmunicipalities\)_location_map_2013.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Germany_(%2Bdistricts_%2Bmunicipalities)_location_map_2013.svg)). Originalquelle mit allen Grenzen: GeoBasis-DE/BKG 2013 according Verordnung zur Festlegung der Nutzungsbestimmungen für die Bereitstellung von Geodaten des Bundes vom 19. März 2013 (BGBl. I S. 547) (GEONutzV).

2.2.2 Datenerhebung und Materialgrundlage

Um unserem mehrdimensionalen Erkenntnisinteresse gerecht werden zu können, haben wir uns für einen Erhebungsansatz entschieden, der zwei Zugänge der qualitativen Sozialforschung gewinnbringend miteinander kombiniert: Feldforschung und Fokusgruppen. Die Feldforschung zielt grundsätzlich darauf, durch die physische Präsenz vor Ort Einsicht in das Innenleben spezifischer gesellschaftlicher Gruppen und Milieus zu erhalten, um so Dynamiken des Lebensvollzugs möglichst aus ihrer jeweils eigenen Perspektive nachzuvollziehen (Breidenstein et al. 2013: 7).

Angesichts forschungsökonomischer Grenzen entschieden wir uns für eine „fokussierte Ethnografie“, welche die Defizite vergleichsweise kurzer Feldaufenthalte durch eine möglichst intensive Erhebung unterschiedlicher Datenformate (z. B. Gesprächsnotizen, Feldberichte, Tonbandaufnahmen, Fotos und Videos) zu kompensieren versucht (Knoblauch 2001: 123ff.). Sie stand am Anfang unseres Erhebungsprozesses, um informiert die nachfolgenden Fokusgruppen moderieren zu können. Durch die Feldaufenthalte erhielten wir erste Einblicke in die Lebensumstände, sowie Wissen über relevante lokale Akteur:innen und Themen. Dies ermöglichte uns auch, in den Gruppendiskussionen Gesagtes besser kontextualisieren bzw. spezifische lokale Inhalte gezielt anmoderieren zu können.

Im Rahmen von jeweils zwei Feldaufenthalten in den Gemeinden Rosengarten und Einbeck bemühten wir uns, unsere Erhebungsorte zu explorieren und mit Bewohner:innen in einen lockeren Austausch über das Leben vor Ort zu treten. Während der ersten beiden Erkundungstouren versuchten wir außerdem, mittels Flyern Personen für die Teilnahme an den Fokusgruppen zu gewinnen. Bei den zwei darauffolgenden Feldaufenthalten wohnten wir als teilnehmende Beobachter:innen lokalen Dorffesten bei: der Feierlichkeit „50 Jahre Rosengarten“, die am 27. und 28. August 2022 in Nenndorf stattfand, und dem Fest „1000 Jahre Wenzen“, das vom 2. bis 4. September 2022 in dem entsprechenden Einbecker Orts- teil begangen wurde.

In dieser Forschungsphase war es notwendig (und eine Herausforderung), das Nähe-Distanz-Verhältnis stets neu auszubalancieren, um die gewünschte Unmittelbarkeit der Eindrücke, aber auch die Möglichkeit ihrer wissenschaftlichen Reflexion zu gewährleisten. Im Feld agierten wir zunächst verdeckt, offenbarten unsere Rolle als Wissenschaftler:innen jedoch stets auf Nachfrage sowie teils auch eigeninitiativ, wenn es notwendig erschien, unsere Präsenz und unser überdurchschnittliches Interesse rechtfertigen zu müssen. Zu allen Feldaufenthalten wurden Feldberichte angefertigt, in denen Auffälligkeiten und Eindrücke festgehalten (vgl. Schöne 2005), Identitätsbezüge und Symbolhandlungen vermerkt wurden. Sie erwiesen sich nicht nur bei der Entwicklung unseres Themenleitfadens für die Fokusgruppen als äußerst hilfreich, sondern auch im Rahmen der feinanalytischen Auswertung des Materials.

Bei unserem Haupterhebungsinstrument, den Fokusgruppen, handelt es sich um eine bereits im NDMQ 2020 angewandte Form des Gruppengesprächs (vgl. Abbildung 3), in dem eine alltagsnahe, möglichst offene und eigen-dynamische Diskussion ausgewählter Teilnehmer:innen angestrebt wird (vgl. Krueger 1998; Marg 2014: 71–83). Ihr Vorteil: Als gezielt konstruierte „Gesellschaft im Kleinen“ macht der kollektive Diskussionszusammenhang selbst latente Deutungs- und Wissensreservoirs, alltagsmoralische Vorstellungen und geltende Kommunikationsregeln zugänglich und intersubjektiv nachvollziehbar. Auch für die vorliegende Untersuchung, die sich um die Rekonstruktion von Deutungsmustern, Mentalitäten und kollektiven Identitäten bemüht, bilden Fokusgruppen folglich ein adäquates Erhebungsinstrument. Durch einen anfangs durch die Moderation gesetzten, dem Erkenntnisinteresse entsprechenden Gesprächsstimulus wird eine – so zumindest das Ziel der Methode – selbstläufige Diskussion zwischen den Teilnehmenden hergestellt, um die Soziokultur offenzulegen. Bereits im NDMQ 2020 wurde auf Fokusgruppen zurückgegriffen, um die politische Kultur analysieren zu können: „Fokusgruppen simulieren alltagsnahe Diskussionssituationen, die den Prozess politischer Urteils-

NDM 2019	NDMQ 2020	NDM 2021	NDMQ 2023
<ul style="list-style-type: none"> ■ Standardisierte Befragung ■ Repräsentative Stichprobe der niedersächsischen, deutschsprachigen Wohnbevölkerung ■ 1.001 Befragte ■ CATI-Erhebung mit Dual-Frame-Ansatz (70% Festnetz, 30% Mobilfunk) ■ Interviewdauer: 26,1 Minuten ■ Gewichtung nach Maßgabe der amtlichen Bevölkerungsstatistik ■ Erhebungszeitraum: 9.11.2018 – 4.12.2018 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Qualitative Fokusgruppenstudie ■ Maximal kontrastiver Vergleich zwischen den Großregionen Weser-Ems und Raum Braunschweig ■ Selbstrekrutiertes Sample aus Einwohner:innen der vier Städte Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig und Salzgitter ■ Acht ca. zweistündige Fokusgruppen mit jeweils sechs bis neun Personen (insgesamt 60 Personen) ■ 16,5 Stunden Gesprächsmaterial, 632 Seiten Transskript ■ Erhebungszeitraum: November 2019 – Februar 2020 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Standardisierte Befragung ■ Repräsentative Stichprobe der niedersächsischen, deutschsprachigen Wohnbevölkerung ■ 1.001 Befragte ■ CATI-Erhebung mit Dual-Frame-Ansatz (70% Festnetz, 30% Mobilfunk) ■ Interviewdauer: 25,6 Minuten ■ Gewichtung nach Maßgabe der amtlichen Bevölkerungsstatistik ■ Erhebungszeitraum: 30.4.2021 – 13.6.2021 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Qualitative Fokusgruppenstudie mit vier Feldforschungsaufenthalten ■ Maximal kontrastiver Vergleich zwischen zwei ländlichen Fallregionen (dienstleistungszentrumsnah/-fern) ■ Selbstrekrutiertes Sample aus Einwohner:innen der zwei Gemeinden Einbeck (LK Northeim) und Rosengarten (LK Harburg) ■ Vier ca. zweistündige Fokusgruppen mit jeweils sechs bis neun Personen (insgesamt 29 Personen) ■ 8,25 Stunden Gesprächsmaterial, 329 Seiten Transskript ■ Erhebungszeitraum: Mai bis Oktober 2022

Abbildung 3: Strukturdaten der NDM-Studien im Vergleich. Quelle: Eigene Darstellung.

bildung nachvollziehbar präsentieren. Sie fördern die in der Gruppe sozial gültige ‚Alltagsmoral‘ (Lepsius 1990: 111) zutage, welche sich häufig erst in praktischer kollektiver Interaktion konstituiert. Einerseits reizen sich die Diskussionsteilnehmer wechselseitig zu Zustimmung, Widerspruch oder Ergänzung, was im günstigsten Fall die in Einzelinterviews häufig schwer überwindbaren psychologischen Hemmschwellen außer Kraft setzt. Andererseits lässt sich über die Diskussionsdynamik verfolgen, durch welche Assoziations- und Argumentationswege sich gültige Meinungshegemonien herstellen, und welche Positionen unterliegen, ferner ob und inwiefern Kriterien sozialer Erwünschtheit den Redefluss limitieren“ (Schenke et al. 2020: 9).

Fokusgruppen sind allerdings nicht repräsentativ. Überdies stellen sie für die befragten Personen eine verhältnismäßig anspruchsvolle Form der sozialwissenschaftlichen Erhebung dar. Neben der Bereitschaft und Fähigkeit, zwei Stunden mit zuvor unbekanntem Menschen über Gesellschaft und Politik zu sprechen, können sich Hierarchieprobleme

und Statusdifferenzen problematisch auswirken. Auch dürfen die Moderationseffekte auf die Dynamik der Gruppendiskussion nicht unterschätzt werden. Letztere lassen sich durch einen methodisch abgesicherten und erprobten Themenkatalog sowie durch eine erfahrene Moderation positiv beeinflussen. Zuletzt ist die Auswahl der Teilnehmenden oft nicht so heterogen wie angestrebt. Auch für diese Studie konnten lediglich Personen aus einem spezifischen gesellschaftlichen Kreis gewonnen werden. Auf die Einladung zur Teilnahme an der Studie, die wir in den Gemeinden fast flächendeckend ausgesprochen hatten, haben sich nur wenige Personen zurückgemeldet, sodass wir über die vorhandenen zivilgesellschaftlichen und institutionellen Strukturen aktiv rekrutieren und potenzielle Forschungspartner:innen direkt ansprechen mussten.

Mit diesen haben wir in unseren Erhebungsregionen Einbeck und Rosengarten zwischen August und September 2022 jeweils zwei Fokusgruppen durchgeführt. Die Teilnehmenden wurden über Flyer, Social Media und direkte Ansprache via Telefon oder bei Feld-

besuchen rekrutiert. Die Gruppengespräche erfolgten in den Abendstunden und wurden von zwei Moderator:innen geleitet, unterstützt durch eine weitere Person, die sich um die Technik kümmerte und Eindrücke protokollierte. Die Moderation folgte einem Themenleitfaden, der so konzipiert war, dass unsere Erkenntnisgegenstände (z. B. Gruppenzugehörigkeiten und damit verbundene Identitätskonstruktionen, Wahrnehmung von Politik) in einem möglichst offenen Kontext thematisiert werden konnten. Nach einer kurzen Vorstellungsphase sprachen wir über das Leben in den Regionen und wodurch dieses geprägt ist. Die kollektiven Identitäten versuchten wir zunächst möglichst offen zu erfassen, indem wir in einem ersten Schritt postulierten, dass sich die Gesellschaft aus unterschiedlichen Gruppen zusammensetze und die Teilnehmer:innen aufforderten, zunächst jene Gruppen zu benennen, die für sie selbst wichtig seien. In einem zweiten Schritt legten wir den Gesprächspartner:innen zahlreiche Bilder mit Gruppen und Kollektiven vor. Die Abbildungen zeigten Gruppierungen der Zivilgesellschaft (z. B. die Freiwillige Feuerwehr, Schützenvereine), LGBTQI+-Zusammenhänge, verschiedene Religionsgemeinschaften, unterschiedliche Arbeitszusammenhänge und zahlreiche politische Vereinigungen (Parteien, Jugendverbände) sowie Protestformationen (z. B. Anti-Corona-Proteste und Fridays-for-Future-Demonstrationen). Anhand dieser Anregungen vertieften wir dann das Gespräch darüber, welche Gruppen für die Befragten relevant sind oder welchen sie sich zugehörig fühlen. Wir sprachen auch darüber, was die jeweiligen Zusammenhänge kennzeichnet und wer aus ihrer Perspektive zu diesen Kollektiven dazugehört und wer nicht, auch inwiefern diese Gruppen durch die Politik vertreten werden.

Nach den Fokusgruppen erhoben wir mittels eines Fragebogens soziökonomische Daten, Mitgliedschaften in Vereinen oder Verbänden sowie Wahlabsichten und stellten die oben erläuterten Fragen auf deren Basis der Demokratierückhalts-Index berechnet wird.

Basierend auf diesen Angaben lässt sich unser Sample folgendermaßen charakterisie-

ren: Die insgesamt 29 Gesprächsteilnehmer:innen (13 in Rosengarten, 16 in Einbeck) ...

- ... sind zu 59 Prozent männlich; in Rosengarten war die Verteilung ausgeglichen, während in Einbeck die Männer (elf) gegenüber den Frauen (fünf) deutlich in der Mehrzahl waren; in beiden Erhebungsregionen identifiziert sich keine Person als divers.
- ... sind in beiden Regionen mehrheitlich über 60 Jahre alt; in Rosengarten sind lediglich zwei, in Einbeck vier Personen unter 50 Jahre alt.
- ... sind allesamt in Deutschland geboren; drei Personen gaben an, dass ein Elternteil oder beide nicht deutschstämmig seien.
- ... sind überwiegend verheiratet und Eltern.
- ... sind in Einbeck bis auf zwei Ausnahmen allesamt Angehörige einer Konfessionsgemeinschaft, überwiegend in der evangelischen; in Rosengarten gaben lediglich zwei Personen an, Mitglied einer Konfessionsgemeinschaft zu sein.
- ... in Rosengarten haben insgesamt ein höheres Haushalts-Nettoeinkommen als jene in Einbeck. In Einbeck stehen fast der Hälfte der Teilnehmenden pro Monat 3.000 Euro oder weniger netto zur Verfügung (19 Prozent davon verfügen lediglich über bis zu 1.500 Euro). In Rosengarten hingegen verfügen 70 Prozent über mehr als 3.000 Euro, vier von ihnen sogar über mehr als 5.000 Euro netto monatlich.
- ... sind in Rosengarten größtenteils Freiberufler:innen bzw. Selbständige (nur zwei in Einbeck), vier respektive zwei sind Angestellte, zwei bzw. drei Personen verbeamtet; zwei Personen in Rosengarten sind bereits Rentner:innen, in Einbeck sind es vier; in Einbeck nahmen zudem eine arbeitslose und eine studierende Person teil.

- ... aus der Region Einbeck leben fast ausschließlich „schon immer“ in der Region (knapp 70 Prozent), ebenso wie bereits ihre Eltern; in der Region Rosengarten trifft dies lediglich auf zwei Personen zu.
- ... in Rosengarten sind zu 85 Prozent Mitglieder in Vereinen oder Organisationen, in Einbeck zu 100 Prozent; demgegenüber gaben insgesamt acht der befragten Personen (28 Prozent) an, Mitglied in politischen Vereinigungen zu sein.

2.2.3 Methodik der Datenauswertung

Alle Fokusgruppen wurden in Bild und Ton aufgezeichnet; das Audiomaterial wurde auf rund 330 Transkriptseiten verschriftlicht und mithilfe der Textanalyse-Software MAXQDA2022 und einem hermeneutischen Verfahren ausgewertet. Der gesamte Prozess folgte einem mehrstufigen, methodisch reflektierten Verfahren, das transparent dokumentiert wurde und dem Prinzip der interpretativen Offenheit unterliegt (Schenke et al. 2020:9).

Im ersten Schritt wurde das Material mithilfe eines Kategoriensystems strukturiert und in einzelne Sequenzen aufgeteilt. Das Kategoriensystem setzte sich sowohl aus deduktiven Kategorien, die aus den theoretisch-konzeptionellen Vorüberlegungen abgeleitet waren (dies betrifft vor allem Codes zur kollektiven Identität und zum Stadt-Land-Cleavage), als auch aus im Auswertungsprozess induktiv generierten Analysekatégorien zusammen (die auf die Deutungsmuster, Mentalitäten und politischen Objekte fokussieren). Im nächsten Schritt wurden die deduktiven Kategorien inhaltsanalytisch gefüllt. Hieraus wurden dann Strukturhypothesen generiert, die in induktiven Codes gebündelt wurden. Während des mehrere Monate andauernden Auswertungsprozesses wurden die jeweiligen Codes stets in Memos reflektiert, gegenüber anderen Codes abgegrenzt, sowie regelmäßig in Auswertungstreffen, an denen zwischen zwei und vier Forschende teilnahmen, zu übergeordneten Interpretationslinien im Hinblick auf unsere Forschungsfragen „zusammengedacht“

bzw. hermeneutisch ausinterpretiert (Bohnsack 2014).

Auf diese Weise gelang es, die latenten Sinnstrukturen und subjektiven Deutungen innerhalb des jeweiligen Falls (sowohl in Bezug auf das Individuum, die Fokusgruppe und die Untersuchungsregion) als auch fallübergreifend (also innerhalb der zwei Fokusgruppen in einer Region sowie zwischen Einbeck und Rosengarten) zu analysieren und Deutungsmuster, Mentalitäten und Identitätskonstruktionen über einen hermeneutischen Zugang aus dem Material (den Protokollen der Feldforschung und aus den Transkripten der Fokusgruppen) herauszupräparieren.

3 Entwicklungen und Leben vor Ort in den Fallregionen

Unsere lokalen Tiefenbohrungen haben wir in zwei Fallregionen vorgenommen, die sich trotz ihres ländlichen Charakters im Hinblick auf Strukturmerkmale und Indikatoren wie Dienstleistungszentrumsferne bzw. -nähe, kommunaler Schuldenstand, Wahlbeteiligung, Geburtensaldo und Demokratierückhalt unterscheiden. Im Folgenden sollen, basierend auf einer Literatur- und Desktoprecherche, verknüpft mit Befunden aus der Feldforschung und den Fokusgruppen, die historischen Entwicklungslinien der Regionen und das Leben vor Ort beschrieben werden. Auf diese Weise gelangen neben den Strukturmerkmalen und Traditionslinien auch die subjektiven Perspektiven auf das Leben in Einbeck und Rosengarten in den Blick. Es entsteht ein umfassendes Fallverständnis, auf das wir zur Kontextualisierung der Ergebnisse in der Analyse zurückgegriffen haben.

3.1 Die Gemeinde Rosengarten: Eiland der Glückseligkeit?

Die Einheitsgemeinde Rosengarten liegt im Zentrum der Harburger Berge und gehört zum Landkreis Harburg. Sie grenzt südlich an Buchholz, nördlich an Hamburg und ist somit Teil der sich um die Hansestadt herum herausbildenden Metropolregion. In ihrer jetzi-

gen Ausdehnung existiert die Gemeinde seit dem Jahr 1972, in dem in Folge kommunaler Gebietsreformen ein „Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden im Raum Harburg“ erlassen wurde. In der Absicht, deren Zahl deutlich zu reduzieren, wurden die drei Großgemeinden Neu Wulmstorf, Seevetal und Nenndorf gebildet; letztere umfasste nunmehr die zehn Ortschaften Ehestorf (mit Alvesen), Eckel, Emesen, Iddensen, Klicken, Leversen, Nenndorf, Sottorf, Tötensen sowie Vahrendorf und wurde rund ein Jahr später amtlich in Rosengarten umbenannt.

3.1.1 Historische Entwicklung

Möchte man verstehen, wie Rosengarten zu seiner Blüte gelangen konnte, so ist es notwendig, sich die Geschichte der Region vor Augen zu führen. Die Gemeinde und die nahegelegene Hansestadt sind topografisch und verwaltungstechnisch voneinander getrennt. Zwar dominierte die Stadtrandlage zu Hamburg maßgeblich die Entwicklung der Gemeinde, insbesondere die der unmittelbar an Harburg grenzenden Ortschaften, dennoch ist die Struktur in Rosengarten bis heute eher ländlich beziehungsweise dörflich geprägt.

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich neben dem Handelszentrum Hamburg das Industriezentrum Harburg (Denkhaus 2001: 14). Als Motor für seine industrielle Entwicklung erwies

sich die Großstadtanbindung, die mit der im Jahr 1889 fertiggestellten Eisenbahnstation Klecken an der Strecke Hamburg-Bremen infrastrukturell weiter konsolidiert wurde (Peters 1997: 12). So waren es im Wesentlichen Hamburger Geschäftsleute, welche die Standortvorteile Harburgs erkannten und hier (Zweig-)Firmen ansiedelten, in denen zunehmend auch Bewohner:innen umliegender Ländereien eine Anstellung fanden. Um die Jahrhundertwende verfügte Harburg dank seinem Kapital, das rund drei Viertel aller Unternehmensansiedlungen zugrunde lag (Becker und Tiedemann 2001: 6f.), über eine beachtliche Zahl von Betrieben, darunter Eisengießereien, Maschinen- und Chemiefabriken, Kesselschmiedereien, sowie Dampfbootsbau, Bierbrauerei als auch Palmkernöl- und Gummiproduktion.

Politisch war in der Region im Kaiserreich, neben der Nationalliberalen Partei (NLP), die konservativ-protestantische Deutsch-Hannoversche Partei (DHP), auch Welfenpartei genannt, von großer Bedeutung. Bei den Reichstagswahlen konnten zwischen 1867 und 1912 die NLP und die DHP – in wechselnder Vorherrschaft – im damaligen Regierungsbezirk Lüneburg, in dem die heutige Gemeinde Rosengarten liegt, zusammen stets über 55 Prozent, bis 1887 sogar über 95 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die an Einfluss gewinnende, von Bismarck allerdings unterdrückte Sozialdemokratie konnte hingegen zunächst eher schlecht Fuß fassen, was sich jedoch in der Weimarer Republik änderte: Bis zum Jahr 1930 verzeichnete die Sozialdemokratie kontinuierlich 30 Prozent der abgegebenen Stimmen und wurde damit stärkste Kraft in der Region. Damit korrespondierte der Bedeutungsverlust der DHP, die sich in weiten Teilen früh der völkisch-nationalistischen und antisemitischen Bewegung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) anschloss (vgl. Schröder 2016a).

Im Laufe der Zeit und abhängig von der zu wählenden Institution änderten sich Wahlkreiszuschnitte beständig, daher kann hier nur ein grober Blick auf die ländlichen Gebiete um Lüneburg, dem Bereich der heutigen Gemeinde Rosengarten, geworfen wer-

den. Eine klare Hinwendung zum Nationalsozialismus lässt sich in Rosengarten spätestens 1932, erste Etappenerfolge in zugehörigen Ortschaften aber bereits im Jahr 1930 konstatieren (vgl. Peters 1997: 37 und 81). Dass die Nationalsozialisten in den Wahljahren 1932/33 im Landkreis Harburg überdurchschnittliche Resultate erzielen konnten (vgl. Denkhaus 2001: 17f.), hatte verschiedene Ursachen: Als ausschlaggebend gilt, dass die Nationalsozialisten gerade in den Gebieten in und um die Lüneburger Heide aus einem „bäuerlich-mittelständisch[en] Sozialmilieu zumeist konfessionell rein evangelisch-lutherischer Ausrichtung“ (Peters 1997: 82) schöpfen konnten. Im heutigen Rosengarten gedieh vor allem Buchholz, Wohnort des späteren Gauleiters von Lüneburg-Stade, zu einer Hochburg des Nationalsozialismus in der Region Ost-Hannover (Peters 1997: 76 und 82).

Doch nicht nur die politischen Kräfteverhältnisse änderten sich in der Weimarer Republik, auch die Sozialstruktur des heutigen Rosengartens hatte sich stark gewandelt. Einige Ortschaften waren durch einen hohen Anteil von Arbeiter:innen gekennzeichnet, die ihren Lebensunterhalt in aller Regel in den nahegelegenen Fabriken verdienten (Peters 1997: 19f.; Denkhaus 2001: 25ff.). Zudem waren die ländlichen Stadtrandgebiete bereits in der Kaiserzeit beliebtes Ausflugsziel geworden, was das Gaststättengewerbe belebte. Gerade Ehestorf konnte mit dem Bismarckturm auf dem Kiekerberg und einem nahegelegenen Hotel viele wanderfreudige Tourist:innen aus Hamburg anlocken (Denkhaus 2001: 25f.). Der Agrarsektor blieb in den ruralen Harburger Randgebieten zwar strukturprägend, war aber vielerorts bereits in der Weimarer Republik im Rückgang begriffen (Peters 1997: 20).

Unter dem nationalsozialistischen Regime wurde den nördlichen Gebieten des Landkreises die Nähe zu Hamburg schließlich zum Verhängnis. In und um Ehestorf wurde ein Truppenübungsplatz errichtet, auf dem Pioniere aus Hamburg ausgebildet sowie zahlreiche Flugabwehrgeschütze installiert wurden, die der Verteidigung der Hansestadt dienen sollten (Denkhaus 2001: 33ff.). Von den Luftangriffen der Alliierten waren die Rosengarten-

Gemeinden infolgedessen unmittelbar betroffen (Denkhaus 2001: 75ff.). Ehestorf wurde im vorletzten Kriegsjahr, in dem die Harburger Industrie- und Hafenanlagen verstärkt ins Visier genommen wurden, besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen und gilt als eine der am stärksten zerstörten Gemeinden des gesamten Landkreises (Denkhaus 2001: 82 und 117).

In der Nachkriegszeit war Rosengarten wie alle anderen nördlichen, an das fast völlig zerstörte Hamburg grenzenden Gemeinden des neugegründeten Niedersachsens besonders stark von der massiven Zuwanderung durch Vertriebene und Ausgebombte betroffen. Der damit einhergehende Bevölkerungswachstumstrend setzte sich auch nach der Wiederaufbauphase fort. Wie die anderen Umlandgemeinden profitierte auch Rosengarten Anfang der 1960er Jahre enorm von der Zuwanderung aus der Hamburger Kernstadt (Pohl 2019). In Folge des „Wirtschaftswunders“ und der zunehmenden Mobilität hatten viele (Durchschnitts-)Hanseat:innen neue Wohnpräferenzmuster ausgebildet und es war ihnen nun möglich, den eigenen Lebensmittelpunkt aus der Stadt heraus zu verlagern. Der Landkreis Harburg bildete eines der Hauptziele von jungen und kapitalträchtigen Haushalten, die dem Großstadtdschungel zu entfliehen und sich ihren Traum vom „Eigenheim im Grünen“ zu erfüllen suchten (Pohl 2019). Die Vororte boten ausreichend (Bau-)Fläche, eine ruhige und grüne Umgebung sowie erreichbare und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Großstadt. Für die Gemeinde Rosengarten gilt dies ganz besonders: Sie erfreute (und erfreut) sich äußerst großer Beliebtheit bei einkommens- und kapitalstarken Personen. Zu ihnen zählt seit 1993 auch Dieter Bohlen mit einem geschätzten Vermögen von einer viertel Milliarde Euro, der im Ortsteil Tötensen seine „Villa Rosengarten“ bezog.

3.1.2 Gegenwärtige Lage

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren drückte die parteipolitische Dynamik (nicht nur) in Harburg gewisse Findungsschwierigkeiten aus, die sich in einer kurzweiligen Dominanz der Deutschen Partei (DP), Nachfol-

ger der DHP und konservativ-rechtsgerichteter Konkurrent der Union, in vielen, vor allem protestantisch geprägten, Gebieten Niedersachsens manifestierten, darunter auch in Rosengarten. Zudem konnte in dieser Zeit auch der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) hier beachtliche Wahlerfolge verzeichnen. Bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 wurde die DP im Wahlkreis Harburg stärkste, 1957 zweitstärkste Kraft. Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) konnte in diesem Zeitraum bis zu 12,8 Prozent (1953) der Zweitstimmen gewinnen (vgl. Bundeswahlleiter 2023). Der Erfolg beider Parteien, insbesondere aber der der DP, die mit ihrem Parteivorsitzenden Heinrich Hellwege von 1955 bis 1959 gar den niedersächsischen Ministerpräsidenten stellen konnte, gilt gemeinhin als „landeskulturelles Spezifikum“ (vgl. Finkbeiner et al. 2019: 42).

Seit der Konsolidierung des niedersächsischen Parteiensystems ging die CDU im Wahlkreis Harburg aus den Bundestagswahlen zwischen 1957 und 1994 stets als stärkste Kraft hervor – mit Höchstwerten von über 50 Prozent. Die Sozialdemokratie bildete kontinuierlich die zweitstärkste Kraft, bis sie die CDU 1998 schließlich erstmals überholen konnte. Dass die Christdemokrat:innen ihre lokale Vormachtstellung 2009 bis zur erneuten Ablösung durch die SPD im Jahr 2021 zurückgewinnen konnten, verweist auf die Kontinuität eines politischen Konservatismus, der sich im Harburger Raum früh etabliert hatte und in dieser Konstanz keineswegs typisch für Gesamtniedersachsen ist.

Eine relativ stabile, gleichwohl nicht ungebrochene Affinität zum (christdemokratischen) Konservatismus zeigt sich auch auf anderen politischen Ebenen: Bei den Landtagswahlen zwischen 2008 und 2022 erhielt die CDU – anders als in Niedersachsen insgesamt – im Wahlkreis Seevetal, der auch Rosengarten umfasst, kontinuierlich die meisten Stimmen, wenn auch der Vorsprung auf die SPD schwand (vgl. Landesamt für Statistik: Landtagswahl 2008, 2013, 2017 und 2022). Auch aus den Kommunalwahlen zwischen 2011 und 2021 ging die CDU in vielen Orten der Ge-

meinde Rosengarten als stärkste Kraft hervor und stellt seither in den Orts- und Gemeinderäten sowie im Harburger Kreistag in aller Regel die Mehrheit (vgl. Landesamt für Statistik: Kommunalwahl 2011, 2016 und 2021).

Der seit 2014 amtierende Bürgermeister Rosengartens, Dirk Seidler, ist indes parteilos und wird von einer fraktionellen Mehrheit aus SPD, Grünen und einer Unabhängigen Wählergemeinschaft (mit-)getragen – ein erster Hinweis auf die abgeschwächte Bedeutung parteipolitischer Zugehörigkeit auf Kommunal Ebene, die von vielen unserer Gesprächspartner:innen dezidiert eingefordert und in Kapitel 5 genauer betrachtet wird.

Trotz der historisch tradierten Präferenz für eher konservative (Mitte-Rechts-)Positionen haben in Rosengarten respektive Harburg-Land auch andere parteipolitische Strömungen einen Platz: Die Grünen konnten im Wahlbezirk Harburg erstmals 1983 ernstzunehmende Erfolge verzeichnen und verbuchen seither im niedersächsischen Vergleich leicht überdurchschnittliche Stimmenanteile bei Bundestagswahlen. Analog zur Entwicklung auf Landes- und Bundesebene überholen sie seit 2002 regelmäßig die Freien Demokraten als traditionell drittstärkste Kraft in der Region. Demgegenüber konnte die AfD im Bundeswahlbezirk Harburg, für den im Jahr 2013 der Parteigründer Bernd Lucke kandidierte, in den Jahren 2013 und 2017 zunächst mehr Zuspruch ernten als im niedersächsischen Durchschnitt. Erst bei der Bundestagswahl 2021 fügte sich der Wahlkreis in das für Niedersachsen typische Muster ein und der AfD wurden weniger Stimmen zuteil als im Bundesdurchschnitt. Zieht man die Ergebnisse der niedersächsischen Landtagswahl von 2022 vergleichend heran, zeigt sich zudem: Je feinteiliger wir in unseren konkreten Erhebungsort (eine Ortschaft der Gemeinde Rosengarten) „reinzoomen“, umso geringer wird die Zustimmung zur AfD.³ Am meisten Unterstützung er-

fährt die Partei, deren niedersächsischer Landesverband aufgrund von Verbindungen zu rechtsradikalen Akteur:innen vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft wird (Wallbaum 2022), in den Ortschaften südlich und östlich von Rosengarten. Damit decken sich die lokalen Hochburgen der AfD auffällig stark mit den Gebieten des Landkreises Harburg, für die sich auch heute noch rechtsradikale Strukturen nachweisen lassen wie etwa Tostedt und Buchholz, aber auch Winsen und Neu Wulmsdorf (vgl. Arbeit und Leben 2013).

Stand 2021 leben in Rosengarten rund 13.700 Einwohner:innen bei einer Bevölkerungsdichte von 215 Personen pro Quadratkilometer. Damit liegt die Gemeinde zwar sowohl über dem niedersächsischen Landes- als auch über dem Landkreisdurchschnitt, ist aber im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen mit Großstadtnähe dennoch relativ dünn besiedelt (vgl. Kontor 21 2016: 8). Dies offenbart sich auch in der Siedlungsstruktur: Abgesehen von Klecken, wo sich der Regionalbahnhof mit Anbindung an Hamburg befindet, und Nenndorf als lokalem Nahversorgungszentrum und Standort des Rathauses, finden sich in Rosengarten vorrangig sehr kleine Ortschaften mit einer Einwohner:innenzahl zwischen 455 (Iddensen) und 1.854 (Eckel).

Die zu Rosengarten gehörigen Orte liegen eingebettet in die leicht hügelige Landschaft der Harburger Berge; viele sind mit durchgehenden Fahrradwegen verbunden. Die Straßen führen durch Wälder – Rosengarten beheimatet einen der größten Buchenwaldkomplexe des niedersächsischen Tieflands – und entlang landwirtschaftlich genutzter Felder, die auch heute noch rund 40 Prozent der Gemeindefläche ausmachen (Kontor 21 2016: 25). Die unmittelbare Nähe zu Hamburg ist in Rosengarten kaum spürbar, das Lebensumfeld mutet ländlich an. Dieser im Rahmen der Feldforschung gewonnene Eindruck korrespondiert mit derjenigen des Bürgermeisters Dirk Seidler, der von einem „überwiegend dörflichen Umfeld“ (Moin! Rosengarten: 4) spricht, und demjenigen unserer Fokusgruppenteilnehmer:innen:

3 Bei der niedersächsischen Landtagswahl 2022 erhielt die AfD insgesamt 11 Prozent der Zweitstimmen, im Landkreis Harburg 9,8 Prozent, in Rosengarten 9 Prozent und im Untersuchungsort nur noch knapp 7 Prozent (Vgl. Landesamt für Statistik, Landtagswahl).

„Unser Dorf liegt direkt an der Grenze zur Großstadt und bietet das, was ich mir vorstelle. Nämlich zum einen die Nähe zur Großstadt, zur Kultur der Großstadt, zum Leben der Großstadt. Parallel dazu die Ruhe und die Nachbarschaft. Das haben Sie in Hamburg so nicht, eine Nachbarschaft, die funktioniert. Und das ist sehr viel wert. Und ich denke, an der Stelle ist unser Dorf noch ganz weit vorne.“ (Rosengarten)

Betrachtet man die Region als Ganze, so ist diese Wahrnehmung mehr als zutreffend. Die Gemeinde Rosengarten ist ursprünglich agrarisch geprägt, obwohl die Landwirtschaft bereits stärker zurückgedrängt worden ist (KONTOR 21 und Niedersächsische Landesgesellschaft mbH. 2008: 68f.). Wirtschafts-, Infra- und Siedlungsstruktur haben sich in Folge der sich seit einigen Jahrzehnten rasant vollziehenden Suburbanisierung stark verändert. Mittlerweile sind in der Gemeinde Rosengarten mehr als 1.000 Firmen gemeldet, vorwiegend klein- und mittelständische Unternehmen aus den Bereichen (Dienstleistungs-)Gewerbe, Handel und Handwerk (Moin Rosengarten: 6). Auch der Tourismus ist zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor avanciert, nicht zuletzt wegen des Wildparks Schwarze Berge sowie des Freilichtmuseums am Kiekeberg.

Gewerbe und Unternehmertum richtet sich an eine spezifische Klientel. Es finden sich viele Reitställe und Geschäfte für Artikel rund um das Pferd, eine Golfschule, Kunst-Ateliers, Design- und Architekturstudios, Unternehmensberatungen sowie eine breite Auswahl an körper- bzw. gesundheitsbezogenen Dienstleistungen wie Yoga-Studios, Personaltrainer:innen, Osteopath:innen oder Chiropraktiker:innen. Dichte und Qualität des Angebots deuten auf eine gutsituierte Kund- und Bewohnerschaft sowie eine vorteilhafte wirtschaftliche Gesamtlage hin, die sich auch anhand von Zahlen belegen lässt: Das durchschnittliche Haushalts-Nettoeinkommen liegt in Rosengarten – weit überdurchschnittlich – bei 65.000 Euro. Zudem bildet Rosengarten die kaufkraftstärkste Gemeinde des Landkreises und landet im niedersächsischen Ver-

gleich auf Platz zwei (Kontor 21 2016: 33f.). Die Arbeitslosigkeit ist mit etwa vier Prozent unterdurchschnittlich, ebenso der Anteil an Sozialhilfeempfänger:innen. Neun von zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten indes in Hamburg (vgl. Landesamt für Statistik: Tabellen P70I5115, P70I5105 und P70I5107⁴). Dass es der Gemeinde auch trotz der hohen Anzahl von Auspendler:innen und dem damit verbundenen Abfluss von Wirtschaftsleistung nicht an finanziellen Mitteln mangelt, lässt sich keineswegs nur auf dem Papier ablesen.⁵ Von einem konsolidierten Haushalt zeugen ferner der 2018 fertiggestellte, imposante Neubau des Rathauses ebenso wie die gute Straßenqualität. Die hohen Durchschnittseinkommen lassen sich an den zum Teil äußerst kostspielig anmutenden Neubauten und aufwendig restaurierten Fachwerk- und Bauernhäusern ablesen. Wohneinheiten, die auf Mehrfamilienhäuser oder preisgünstige Sozialwohnungen schließen lassen, sieht man hingegen kaum. Die privilegierte sozioökonomischen Ausgangslage wird sowohl von einigen Fokusgruppenteilnehmenden als auch vom Bürgermeister hervorgehoben, der in seinen Ansprachen zu den Feierlichkeiten „50 Jahre Rosengarten“ gleich mehrfach auf die gute finanzielle Situation der Gemeinde verwies. Diese entbinde jedoch nicht von der Notwendigkeit, künftig noch mehr Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Dem Zukunftskonzept Rosengarten 2030 lässt sich entnehmen, dass man vor allem für Selbständige und Freiberufler:in-

⁴ Die folgenden Tabellenbezeichnungen beziehen sich auf Daten aus dem Portal des Landesamtes für Statistik Niedersachsen „LSN-Online – die Regionaldatenbank für Niedersachsen“ und können dort abgerufen werden (vgl. Landesamt für Statistik Niedersachsen 2023).

⁵ Der kommunale Schuldenstand wird üblicherweise über die Formel Schulden der Kernhaushalte in 1.000 Euro je Einwohner:in angegeben. Rosengarten kommt hier über den Zeitraum von 2010 bis 2020 auf einen Wert von 190. Durchschnittlich liegt die Verschuldung des Landkreises Harburg bei rund 400 und damit deutlich unter der unserer zweiten Fallregion, dem Landkreis Northeim (900) (vgl. Landesamt für Statistik: Tabelle K9601052 und Z9601052).

nen attraktiv sein möchte. Auf Großgewerbeansiedlung wolle man weitgehend verzichten, um den ländlichen Charakter der Gemeinde zu erhalten (vgl. KONTOR 21 2016: 9).

Die vorteilhafte finanzielle Situation, die günstige Lage im Speckgürtel einer Großstadt und allgemein die hohe Lebensqualität der Region wirken sich auch auf die demografische Entwicklung aus. Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 ist die Gemeinde Rosengarten kontinuierlich und moderat gewachsen – insgesamt um rund 43 Prozent. Über 95 Prozent der Bewohner:innen besitzen eine deutsche Staatsangehörigkeit, einen Migrationshintergrund haben nicht einmal 9 Prozent (vgl. Landesamt für Statistik 2014⁶). In den letzten 30 Jahren hat die Gemeinde zudem fast ausnahmslos einen Geburtenüberschuss zu verzeichnen – ein Indiz dafür, dass sie gerade für jüngere Bevölkerungsgruppen und Familien attraktiv ist. Zum Vergleich: Das Land Niedersachsen hatte zuletzt einmalig 1992 einen positiven Geburtensaldo, davor lediglich bis in die 1970er Jahre (vgl. Landesamt für Statistik: Tabelle Z1100001).

Doch in den Fokusgruppen wurde auch deutlich: Vor lokalen Problemen ist die Region trotz ihrer allgemeinen Strukturstärke nicht gefeit. Interessanterweise werden von den Menschen in Rosengarten viele Missstände adressiert, die auch – wie wir noch sehen werden – in Einbeck bemängelt werden, wie etwa die eher spärliche Infrastruktur für den täglichen Einkauf. Vor allem im Norden der Gemeinde gilt das; selbst Bäckereien oder Lebensmittelgeschäfte existieren in einigen Ortschaften mittlerweile nicht mehr. Mit oftmals nostalgischem Unterton wird erzählt, dass es früher ein deutlich breiteres Gastronomieangebot gegeben habe, doch vieles aufgrund ausbleibender Kundschaft, fehlendem Personal oder pandemiebedingt habe schließen müssen. Als potenzielle Treffpunkte bleiben somit nur noch Dorfgemeinschaftsräume sowie Räumlichkeiten von Vereinen oder der

Freiwilligen Feuerwehren – Einrichtungen, denen man (wie auch in Einbeck) als „letzten Bastionen“ dörflichen Gemeinschaftslebens in den Fokusgruppen höchsten Respekt zollt.

„Ich glaube schon, dass man sich zusammen treffen muss, wenn man es von sich aus nicht macht, trifft man sich über die Vereine. Ich wohne in der Ecke, da kommt man sehr viel zusammen. Also, es gibt da keine Neuen, die nicht sofort irgendwie eingegliedert werden bei uns. Wenn man nicht diese Gemeinschaft hat, dann muss man die irgendwie anders zusammenstricken. Also, ich glaube schon, dass das Dorf eine Dorfmitte braucht, einen Dorfkern, irgendwo, damit man zusammenkommt.“ (Rosengarten)

Analog zu den Zukunftsängsten der Einbecker:innen kreisen die Sorgen der Menschen in Rosengarten hauptsächlich um das Fortbestehen ihrer dörflichen Infrastruktur, gerade auch der Vereine. Zwar scheint nach wie vor ein intaktes Vereinsleben in der Gemeinde zu existieren (vgl. Moin! Rosengarten), gleichwohl stünden auch hier – so erzählte man uns – viele der insgesamt sieben Schützenvereine, neun Freiwilligen Feuerwehren, 14 Sportvereine und zahlreichen weiteren Einrichtungen vor geradezu existenzgefährdenden Nachwuchsproblemen. Trotz der positiven Bevölkerungsentwicklung scheint eine Vereinsmitgliedschaft nicht mehr für alle Bewohner:innen selbstverständlich zu sein.

Darüber hinaus sieht sich die Gemeinde Rosengarten vor Herausforderungen gestellt, die aus ihrer Lage inmitten der Metropolregion Hamburg erwachsen: Anstatt mit Abwanderung zu kämpfen, steht die Gemeindeverwaltung vor der Herausforderung einer „dorfverträglichen“ Steuerung von Bevölkerungswachstum; statt mit Gebäudeleerstand muss sie mit der hohen Nachfrage nach Wohnraum sowie mit kaum noch bezahlbaren Miet- und Grundstückspreise umgehen; statt fehlender touristischer Attraktivität und unbefestigter Straßen gilt es, das erhöhte Verkehrsaufkommen durch Tagestourist:innen zu reduzieren; und anstatt um jede einzelne Unterneh-

⁶ Die Daten beziehen sich auf den Zensus von 2011. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung unserer Studie war der Zensus 2022 zwar bereits erhoben, die Daten jedoch noch nicht öffentlich zugänglich.

mensansiedlung kämpfen zu müssen, ist es erforderlich, die wirtschaftliche Entwicklung so zu kanalisieren, dass sie mit dem ländlichen Lebensumfeld harmoniert. Kurzum: Rosengarten sieht sich als strukturstarker, großstadtnaher Raum mit der Notwendigkeit konfrontiert, die negativen Begleiterscheinungen seines „Erfolgsrezepts“ und Entwicklungstreibers – der Suburbanisierung – in den Griff zu bekommen.

3.2 Die Gemeinde Einbeck: abgehängte Peripherie?

Die selbständige Gemeinde Einbeck ist die flächenmäßig größte Gemeinde des Landkreises Northeim und grenzt direkt an die Landkreise Holzminden und Hildesheim. Zwischen 1971 und 1974 gab es zahlreiche Eingemeindungen. Zuletzt wurde 2013 die Gemeinde Kreiensen eingegliedert, wodurch Einbeck in der Fläche zur größten Stadt Niedersachsens wurde, d. h. die Gemeinde Einbeck besteht aus dem Stadtgebiet und 46 verstreuten kleinen Ortschaften. Die Einwohner:innenzahl der Ortschaften variiert stark: Elf haben weniger als 100 Einwohner:innen und 37 weniger als 500. Zu den drei größten Orten zählen Kreiensen (2.430), Salzderhelden (1.760) sowie Greene (1.500). Die nächstgelegenen Großstädte sind im Norden Hildesheim und Hannover (etwa anderthalb Autostunden entfernt) und im Süden Göttingen (etwa vierzig Minuten Fahrtzeit). Die Stadt Einbeck setzt sich aus der Kernstadt, die sich etwa im Zentrum der Gemeinde befindet, sowie 46 umliegenden Ortsteilen zusammen, die sich in 25 Ortsräten organisieren.

3.2.1 Historische Entwicklung

Zur Reflexion unsere Befunde vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung der Gemeinde Einbeck sind insbesondere ihre Auf- und Abstiegserfahrungen und die damit verbundenen Wandlungsprozesse von Interesse. Eine historische Traditionslinie, welche bis

in die Gegenwart fortwirkt und ursächlich für eine Blütezeit der Stadt Einbeck im Mittelalter ist, ist die seit dem 14. Jahrhundert belegte Bierbrauerei sowie dessen Export. Im Jahr 1368 trat Einbeck der Hanse bei, wodurch sich das Absatzgebiet des Bieres stark erweiterte und der damaligen Mittelstadt dauerhaftes überregionales Ansehen bescherte. Ab der Frühen Neuzeit setzte jedoch ein rapider Niedergang ein: Während Hannover als regionales Zentrum aufstieg, erlitten insbesondere Städte wie Goslar und Einbeck radikale Statureinbußen (vgl. Hauptmeyer 2004 :93). Zu Beginn des 19. Jahrhunderts sei die Stadt, so der damalige Bürgermeister Einbecks, „im Ganzen ein ärmlicher Ort“ (zit. nach Mittendorf 1999: 13), ein Eindruck, den ein schottischer Reisender mit der Formulierung bestätigte, Einbeck sei „a little dirty black town“ (zit. nach Schubert 1997: 345).

Doch im Laufe des 19. Jahrhunderts nahm Einbeck wieder am wirtschaftlichen Aufschwung teil und entwickelte sich zu einem regionalen Unterzentrum mit Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen (Jungmann 2002: 26). Neben dem Ackerbau avancierten besonders die Spinnerei und Weberei zu zentralen wirtschaftlichen Standbeinen. In der frühen Phase der gewerblichen Expansion formierten sich neben der Textilindustrie weitere Gewerbebezüge (u. a. Tabakverarbeitung und Tapetenindustrie). Auch das Brauhandwerk erfuhr einen erneuten Aufschwung: Im Jahr 1873 wurde erstmals seit mehr als 200 Jahren wieder Bier für den Export gebraut (Burschel 1990: 200).

Dieser wirtschaftliche Aufstieg ging auch mit einer Zunahme der Bevölkerung einher: Um 1880 erreichte Einbeck mit ca. 7.000 Einwohner:innen wieder den vermuteten historischen Höchststand des Jahres 1500 (Jungmann 2002: 25). Ab 1879 versuchte man die Infrastruktur der Stadt an die Erfordernisse des Industriezeitalters anzupassen, jedoch erfolgte der Eisenbahnanschluss Einbecks vergleichsweise spät. Schließlich bremsten die Kriegs- sowie die Inflationsjahre den regionalen Fortschritt zunehmend aus.

Diese für eine ländliche Region recht typische wirtschaftliche Entwicklung wurde von

als erwartbar zu charakterisierenden politischen Verhältnisse im Regierungsbezirk Hildesheim der Provinz Hannover, welchem Einbeck im Kaiserreich zugeordnet war, flankiert. Darüber hinaus ähnelten sie denen in der Region um Rosengarten. Zunächst waren die Nationalliberalen sowie die konservativ-protestantische DHP auch hier die stärksten Kräfte, jedoch entwickelten sich spätestens ab 1890 sichtbare Differenzen zwischen unseren beiden Untersuchungsregionen: Während die unterdrückte Sozialdemokratie rund um Rosengarten schlecht Fuß fasste, konnte die SPD nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 rund um Einbeck ihren Stimmanteil im Vergleich zur vorherigen Reichstagswahl deutlich steigern. Gleichzeitig wurde die Talfahrt der Nationalliberalen abgebremsst, während die DHP starke Wählereinbußen hinnehmen musste, die sich im markanten Kontrast dazu rund um Rosengarten bis 1912 stets Stimmanteile über zwanzig Prozent sichern konnte (vgl. Schröder 2016b).

Im 11. Wahlkreis des Reichstages, der neben Einbeck auch Northeim, Uslar und Osterode umfasste, erhielten die konservativen und nationalliberalen Parteien zwischen 1889 und 1912 deutlich mehr Zuspruch als im zugehörigen Regierungsbezirk und im Reichsdurchschnitt. Bis 1907 konnten diese Parteien stets zwischen 50 und 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Im Wahlkreis erlebte die DHP im Kontrast zum Regierungsbezirk Hildesheim bei der Reichstagswahl 1912 einen regelrechten Aufschwung und holte 29,4 Prozent der Stimmen (Wittrock 2012: 40). Die Wahlergebnisse der Sozialdemokraten bewegten sich zwischen 1898 und 1907 stets um die 30 Prozent, erst bei der Wahl 1907 legten sie um 10 Prozentpunkte zu und überholten damit die konservativen Kräfte in der Region. Dass diese Entwicklung nicht bei allen Bewohner:innen Einbecks, insbesondere nicht beim kleinstädtischen Bürgertum (Wittrock 2012:36), auf Gegenliebe stieß, verdeutlicht die Gründung der Ortsgruppe des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ im Jahr 1908 (Jungmann 2002: 262).

Erst mit der Gründung der Weimarer Republik setzte sich die SPD als stärkste Kraft

bis zum Aufstieg der NSDAP in unseren beiden Fallregionen durch. In Einbeck lagen die Stimmanteile für die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1920 bei 36,9 Prozent und 1930 bei 43,2 Prozent (vgl. Wittrock 2012:77). Neben der SPD waren bis 1928 auch die nationalliberale DVP sowie die völkisch-nationalistische DNVP einflussreiche Parteien in Südniedersachsen. Letztere versuchte seit Beginn der Weimarer Republik mit ihrer antisemitischen Propaganda zu reüssieren. Bei den Reichstagswahlen 1920 und 1930 erlangten beide Parteien in Einbeck Stimmanteile, die deutlich über dem Reichsdurchschnitt lagen (Wittrock 2012: 77 und 109).

In den folgenden Jahren forcierte eine wirtschaftliche Regression die Nöte der Einbecker:innen im Alltag. Zahlreiche Unternehmen meldeten Konkurs an, die Arbeitslosigkeit stieg (Wehner 2020: 7) und trieb die Menschen politisch den Nationalsozialisten in die Arme. Im Jahr 1932 überfielen SA-Männer eine Einbecker Arbeitersiedlung, die als lokale Hochburg der Sozialdemokratie galt. Rund um Einbeck verlor das konservative Milieu bereits vor der Machtübertragung seine Vorherrschaft an die NSDAP. Bereits im Jahr 1924 wurde in der Stadt der Völkisch-soziale Block gegründet, eine Wahlbündnis extrem rechter Parteien, das jüdischen Menschen schon in diesem Jahr den Zutritt zu Versammlungen verwehrte. Bei den Reichstagswahlen 1930 gewann die NSDAP in Einbeck bereits ein Viertel der Stimmen; ein Ergebnis, das deutlich über dem Reichsdurchschnitt lag. 1932 erhielt die NSDAP im damaligen Landkreis Einbeck dann ganze 55,4 Prozent (vgl. Braun 2012). Der lokale sozialdemokratische Widerstand wurde nach der Machtübertragung 1933 rasch gebrochen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die politische und wirtschaftliche Situation auch in Einbeck. Anhand des zu Einbeck gehörenden Dorfes Wenzen lässt sich der Wandel der dörflichen Gegend exemplarisch nachvollziehen: Während Wenzen noch Anfang des 20. Jahrhunderts sinkende Einwohner:innenzahlen verzeichnen musste, wurde dieser Trend durch die Flüchtlingsströme aus den umliegenden ausgebombten Städten sowie den ehemaligen deutschen Ostgebieten unterbrochen. Die Ein-

wohner:innenzahl Einbecks verdoppelte sich 1946, zusätzliche Wohnungen mussten gebaut werden. Der Zuzug sorgte für ein reges öffentliches Leben; es entstanden neue Fabriken, eine Blütezeit des Handwerks und des Handels waren die Folge (Wehner 2020: 8). Noch im Jahr 1966 erreichten täglich etwa 40 Züge mit Pendler:innen den Bahnhof. „Anfang der 70er Jahre stand Einbeck auf dem höchsten Punkt seiner Entwicklung“ (Wehner 2020: 8), berichtete der ehemalige Einbecker Bürgermeister im Jahr 2002.

Doch wie so oft in der Geschichte der Region folgte auf den Aufstieg alsbald ein Abwärtstrend. Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sorgten die wirtschaftliche Rezession und die Gebietsreform im Jahr 1974 für negative Effekte. Die Gebietsreform führte zur Auflösung des Landkreises Einbeck und dem damit einhergehenden Verlust des Kreissitzes, was die Verlegung von ansässigen Institutionen und öffentlichen Einrichtungen nach Northeim zur Folge hatte (Wehner 2020: 9). Des Weiteren brachten die demografischen Entwicklungen und die Folgen des ländlichen Strukturwandels zahlreiche soziale und wirtschaftliche Herausforderungen mit sich. Bis heute befindet sich Einbeck in einer Phase der Neujustierung und Anpassung, um die Attraktivität des Standortes zu sichern und die lokale Wirtschaft konkurrenzfähig zu gestalten.

3.2.2 Gegenwärtige Lage

Die Gemeinde Einbeck hat aktuell etwa 30.500 Einwohner:innen bei einer Bevölkerungsdichte von 138 Personen pro Quadratkilometer. Davon wohnt rund die Hälfte in der Einbecker Kernstadt. Die Bevölkerungsdichte liegt unter dem niedersächsischen Durchschnitt, aber noch über dem Wert für den eher bevölkerungsarmen Landkreis Northeim (vgl. Landesamt für Statistik: Tabelle A100001G). Unsere Untersuchungsregion innerhalb der Gemeinde setzt sich aus kleineren Ortschaften zusammen, die kaum mehr als 500 Einwohnende vorzuweisen haben. Die Gegend zwischen Leine und Soling ist mit seiner leicht bergigen Landschaft, Kornfeldern, Wäldern und Flösschen recht be-

schaulich. Viele Dörfer liegen hinter Anhöhen versteckt oder auf Hügeln mit entsprechend schönem Ausblick. Während wir bei den Besuchen in Rosengarten kaum Menschen antrafen, sahen wir in den Dörfern um Einbeck zwar mehr Personen, doch ins Gespräch kamen wir mit ihnen in beiden Regionen nur schwerlich.

Politisch war Einbeck seit der Nachkriegszeit überwiegend sozialdemokratisch geprägt. Nach einem kurzen Machtkampf mit der CDU in den Anfangsjahren der Republik, setzten sich die Sozialdemokraten spätestens ab 1965 deutlich ab und blieben bis 2005 stärkste Kraft bei den Bundestagswahlen. 2009 schrumpfte der Vorsprung allerdings auf 6 Prozentpunkte. Ein anderes Bild zeigt sich bei den Landtagswahlen: 2022 vereinte die SPD im Wahlkreis Einbeck 39 Prozent der Zweitstimmen auf sich, auf die CDU entfielen 25,3 Prozent. Am stärksten konnten jedoch die Grünen (+4,6 Prozent auf 10,6 Prozent) und die AfD (+6 Prozent) ihre Zweitstimmenanteile ausbauen. Der Aufwärtstrend der Grünen zeichnete sich bereits bei der Bundestagswahl 2021 ab, wo die Partei ihre Stimmanteile im Wahlkreis Einbeck im Vergleich zur Wahl 2017 auf 12 Prozent fast verdoppelte. Mit 12 Prozent der Zweitstimmen für die AfD bei der Landtagswahl 2022 liegt der Wahlkreis Einbeck leicht über dem niedersächsischen Durchschnitt; dasselbe gilt für die Bundestagswahl 2021 und den Wahlkreis Goslar/Northeim/Osterode, zu dem Einbeck gehört.

Die Wahlbeteiligung fällt in der Gemeinde Einbeck auffällig niedrig aus, insbesondere in den letzten Jahren lag sie häufig unter der des Bundeslandes. Der Rat der Stadt Einbeck wird seit 2013 von der Bürgermeisterin Sabine Michalek (CDU) angeführt. Sie wurde von CDU, Gemeinsam für Einbeck (GFE) und der FDP aufgestellt und konnte sich 2020 in der Stichwahl gegen den SPD-Kandidaten durchsetzen. Die 37 Ratsmitglieder haben drei Gruppen gebildet, „Gruppe SPD/CDU“, „Gruppe Grüne-Plus“ und Gruppe „Liberal und Klar“. Über die letzten 15 Jahre konnte die SPD bei Kommunalwahlen stets die meisten Stimmen für sich vereinen, auch im aktuellen Gemeinderat Einbecks haben sie die meisten Sitze. Es fällt

zudem auf, dass die meisten der 25 Ortsräte ausschließlich aus Wähler:innengemeinschaften bestehen. Auf kommunalpolitischer Ebene scheinen demzufolge – wie aktuell an vielen Orten – die Grenzen zwischen den Parteien innerhalb eines politischen Lagers zunehmend zu verwischen.

Zur regionalen politischen Kultur des Raumes Einbeck gehören auch rechtsradikale Akteur:innen, die sich jenseits der Parteien organisieren. Seit rund dreißig Jahren gilt Northeim als Schwerpunktregion des niedersächsischen Rechtsradikalismus (Finkbeiner/Trittel/Geiges 2019: 73–76). Stärkste Kraft in Einbeck war bisher die neonazistische Kameradschaft Einbeck (Paul 2020a). Es ist anzunehmen, dass die meisten Mitglieder nach der Auflösung der Vereinigung nun größtenteils dem 2020 gegründeten Kreisverband Einbeck/Northeim der Partei Die Rechte angehören (Paul 2020b), welche in der Region regelmäßig mit Demonstrationen in Erscheinung tritt (o.V. Süddeutsche Zeitung, 10.10.2020). Im Zentrum der Vernetzung auch mit überregionalen und internationalen Neonazistrukturen steht das Mitglied des Bundesvorstands der NPD, Thorsten Heise, der – obwohl mittlerweile verzogen – im Ort einschlägig bekannt ist, wie eine von uns befragte Person bestätigt:

„Also, ich bin auch kein unpolitischer Mensch und obwohl ich mich eigentlich von gar keiner Gruppe so richtig angesprochen fühle [...] war ich irgendwie ab und zu mal auf Demonstrationen in Einbeck [...] Und da hat sich auch irgendwas gebildet. Und man weiß nicht genau, ob die jetzt ferngesteuert sind von dem Heise, von dem Altnazi, der hier schon vor 20, 25 Jahren da mit seinem Kübelwagen irgendwelche Leute auf dem Bürgersteig angefahren hat, der scheinbar hier schalten und walten kann, wie er will, ne? Und ich habe da auch Angst vor denen. Da fühlt man sich ja meistens so isoliert. Wenn die dann martialisch auftreten, das ist ja die Einschüchterungsweise von denen.“ (Einbeck)

Der gebürtige Northeimer Heise gilt als Bindeglied zwischen militanten Kameradschaften, Parteistrukturen der NPD und internationalen Netzwerken. Das Wirken der Neonazis und das Ausmaß ihrer Radikalität in und um Einbeck wurden besonders durch einen Sprengstoffanschlag auf eine junge Frau, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete einsetzt, im Jahr 2020 deutlich. Die Präsenz und die Aktionen rechtsradikaler Akteure werden von der lokalen Bevölkerung, die teilweise von Aktivist:innen aus dem linken politischen Spektrum unterstützt werden, nicht passiv hingenommen, sondern rufen in der Regel organisierte Gegenreaktionen hervor. Nach Angaben lokaler Beobachter:innen sind die Proteste Teil eines „Kleinkriegs“ zwischen Neonazis und aktiven lokalen Antifaschist:innen (Volpers 2019), die 2019, so wird vermutet, ein Haus, das von Personen der rechtsradikalen Szene bewohnt wird, beschmierten sowie dessen Fenster einwarfen und ein davorstehendes Auto in Brand setzten (Gödecke 2019).

Während solche politischen Konfrontationen bei Feldaufenthalten nicht im Alltag des Ortes sichtbar werden, springt der wirtschaftliche Verfall hingegen ins Auge. Bis auf wenige landwirtschaftliche Betriebe ist in den Dörfern kaum Gewerbe vorzufinden, sie werden überwiegend als reine Wohnstätten genutzt. Einige alte Gehöfte und aktiv betriebener Obst- und Gemüseanbau zeugen zwar weiterhin von der agrarischen Prägung, doch dominieren die mehrheitlich unsanierten Altbauten oder ungepflegten großen Grundstücke, die gegenüber Neubauten klar überwiegen. Obwohl es viel Leerstand zu geben scheint, sahen wir häufig mehrere Klingelschilder und Briefkästen an Einfamilienhäusern, die darauf hindeuten, dass unterschiedliche Personen (wahrscheinlich mehrere Generationen oder Parteien einer Familie) darin wohnen. Nur vereinzelt gibt es Einkaufsläden oder Bäckereien, mancherorts entdeckten wir eine Dorfkneipe, die allerdings zumeist nur für angemeldete Veranstaltungen geöffnet zu sein scheint. Obwohl der Dienstleistungssektor als Erwerbszweig an Bedeutung verloren hat, übernimmt Einbeck als ehemalige Kreisstadt weiterhin traditionelle Versorgungsfunktionen. Als Mittelzentrum ist

sie übergeordnete Schul- und Einkaufsstadt für den Nordwesten des Kreises. Lediglich Wenzen im Norden der Gemeinde und Vogelbeck im Süden haben eine eigene Grundschule, in Drüber findet sich zudem eine Sonderschule. Hier und da ist ein Pflanzencenter, ein Friseursalon, Handwerksgewerbe oder ein Hof- bzw. Dorfladen zu sehen. Die unregelmäßigen Busfahrtzeiten und größeren Distanzen deuten auf eine für ländliche Räume typische Abhängigkeit vom Individualverkehr hin; es gibt nur wenige durchgehende Fahrradwege zwischen den Ortsteilen. Die stündlich frequentierte Bahntrasse zwischen Göttingen und Hannover hält zwar in Einbeck (Salzderhelden), der Bahnhof ist aber rund 15 Kilometer von unserem Untersuchungsgebiet entfernt. Das etwas trostlose Aussehen mancher Ortschaften im Nordwesten der Gemeinde Einbeck und die teils deutlichen Unterschiede in der Straßenqualität sind im Hinblick auf den Schuldenstand der Gemeinde – insbesondere im Kontrast zu Rosengarten – indes wenig überraschend.

Die angespannte Haushaltslage stellt einen zentralen Bremsklotz für die Entwicklung Einbecks dar. Die Gemeinde hat (Stand: 2020) rund 25 Millionen Euro Schulden. Der Schuldenstand liegt für den Zeitraum 2010 bis 2020 betrachtet durchschnittlich über 500 Prozent (!) höher als in Rosengarten (vgl. Landesamt für Statistik: Tabelle K9601052). Bereits im Jahr 2009 schloss das Land Niedersachsen einen Zukunftsvertrag mit den kommunalen Spitzenverbänden, um den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine Entschuldungshilfe zu gewähren und deren Haushalte zu konsolidieren. Um die angebotenen finanziellen Leistungen bestmöglich nutzen zu können, entschieden sich Kreiensen und Einbeck für eine – 2013 vollzogene – Fusionierung, welche zwar wieder finanzielle Handlungsspielräume schuf, die weiterhin bestehenden enormen finanziellen Belastungen der heutigen Gemeinde Einbeck jedoch nicht tilgen konnte (vgl. Landesamt für Statistik: Tabelle K9602052).

Neben den erheblichen Unterschieden in der Haushaltslage divergieren Rosengarten und Einbeck auch im Hinblick auf das durchschnittlich verfügbare Einkommen pro Kopf

sowie die Bevölkerungsentwicklung. Im Landkreis Northeim lag das Einkommen pro Kopf 2019 bei ca. 23.000 Euro, im Landkreis Harburg bei ca. 26.600. Das mittlere Brutto-Monatsgehalt betrug 2021 in Einbeck 3.292 Euro, während es in Rosengarten 4.237 Euro waren (vgl. Zeit-Gehaltsvergleich 2022). Betrachtet man die letzten dreißig Jahre, liegt das durchschnittliche Geburten*defizit* in Einbeck bei -172 (Landesamt für Statistik: Tabelle Z1100001). Seit 1995 wurden für den Landkreis Northeim durchgängig deutliche Bevölkerungsrückgänge verzeichnet (Wagner 2022: 29). Der Anteil der unter 15-Jährigen sinkt immer weiter, ebenso die Zahl der erwerbsfähigen Menschen; dafür ist mittlerweile über ein Drittel der Einbecker:innen über 60 Jahre alt. Über 94 Prozent der Bewohner:innen besitzen eine deutsche Staatsangehörigkeit, ca. 15 Prozent haben einen Migrationshintergrund, womit der Anteil etwas höher liegt als in Rosengarten (vgl. Landesamt für Statistik 2014).

Auch die Einbecker Wirtschaft steht heute vor enormen Herausforderungen. Wie die gesamte Region Südniedersachsen, die als wirtschaftliches Sorgenkind des Bundeslandes gilt (Hauptmeyer 2004: 134), ist Einbeck nicht nur besonders stark vom demografischen Wandel, sondern auch vom ländlichen Strukturwandel betroffen. Die traditionelle Kombination von Landwirtschaft, Rohstoffverarbeitung und Gewerbe sorgen für Entwicklungsschwierigkeiten (Hauptmeyer 2004: 134). Obwohl in Einbeck einige sogar international agierende Unternehmen ansässig sind, sichern diese keineswegs die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde, denn das verarbeitende Gewerbe gerät zunehmend unter Druck. Im Wachstumskonzept 2015 wurde festgehalten, dass einzig der Dienstleistungssektor keinen wesentlichen Rückgang bei den Beschäftigungszahlen zu verzeichnen habe, allerdings auch kein Wachstum (Stadt Einbeck 2015: 3). Angesichts des vergleichsweise hohen Anteils der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe im Landkreis Northeim erscheint diese Entwicklung besonders besorgniserregend. Der Zukunftsatlas zählte den Landkreis 2016 und 2022 zu einer Region mit einem „ausgeglichenen Chancen-Risiko-Mix“ für die Zukunft (Arndt et al. 2022: 12). Im

bundesweiten Vergleich rangiert Northeim damit im Mittelfeld der prognostizierten regionalen Zukunftsfestigkeit. Auffälliger ist hingegen die als „sehr gering“ eingestufte Dynamik des Landkreises (Arndt et al. 2022: 12), welche sich aus Indikatoren wie Bevölkerungsentwicklung, Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) oder der Gründungsintensität ergibt.

Die Fortschreibung des städtischen Handlungs- und Wachstumskonzeptes sowie die Ausrichtung der in Anspruch genommenen Förderprogramme verdeutlichen indes, dass die Gemeinde Einbeck sichtlich bemüht ist durch Engagement und kreative Ideen die Attraktivität der Region zu wahren und diese wirtschaftlich zu stärken. Die Stadt Einbeck hat es sich im Rahmen einer Wirtschafts- und Innovationsoffensive zum Ziel gesetzt, zukunftsfähige Leitbranchen aufzubauen. Dabei steht insbesondere die Profilierung als „Biotech-City“ mit einer Kompetenzbündelung in der Agrar- und Biotechnologie im Vordergrund (Puche und Brudniok 2015: 14f.). Auch für andere Wirtschaftssektoren wurde 2007 das Ziel einer Profilschärfung festgelegt, z. B. für den Dienstleistungssektor im Gesundheits- und Sozialwesen oder für die Förderung des Bauhandwerks und -technologie. Anders als die Gemeinde Rosengarten indiziert die Einbecker Wirtschaftsförderung größtmögliche Offenheit für Unternehmensansiedlungen aller Art und versucht die Attraktivität des Standorts herauszustellen.

Die Notwendigkeit der beschriebenen Förderprogramme wird bei einem Blick auf die Beschäftigungsquote im Landkreis im Jahr 2021 deutlich, welche unter dem niedersächsischen Durchschnitt lag (Wagner 2022: 34) sowie dem deutlich erhöhten Anteil an Mindestsicherungs-Empfänger:innen beziehungsweise Empfänger:innen von ALG II. Allerdings lassen sich auch Indizien für die sich bereits entfaltende Wirksamkeit der unternommenen Bemühungen finden: Zwischen 2016 und 2021 waren die Arbeitslosenzahlen im Landkreis stark rückläufig, so dass die Arbeitslosenquote in Northeim mit 5,4 Prozent mittlerweile durchschnittlich ist (Wagner 2022: 47).

Einige der beschriebenen Entwicklungen wurden auch von den Teilnehmenden unse-

rer Fokusgruppen als zentrale Herausforderungen adressiert, wirkt sich die mangelnde Daseinsfürsorge doch beachtlich auf den Alltag der Menschen aus. Die rückläufige Infrastruktur, die Angewiesenheit auf das eigene Auto, der Pendler:innenverkehr, das Vereinssterben durch fehlenden Nachwuchs sowie der Wegfall sozialer Begegnungsorte wie Gaststätten, prägen das Leben vor Ort und wecken Zukunftsängste. Bemerkenswert ist jedoch, dass diese Probleme von unseren Befragten nicht als unüberwindbare Hürden wahrgenommen werden, sondern als Herausforderungen, denen sich politische Entscheider:innen und die Dorfgemeinschaften stellen müssten. Dieser zukunftsgestaltende Blick war in Rosengarten etwas weniger sichtbar.

Anlass für einen positiven Blick in die Zukunft bieten besonders die (zwar wenigen) Neubauten in den Ortschaften und teilweise aufwändig restaurierten Häuser, die auf wenige wohlhabendere Bewohner:innen hindeuten. Der Anblick der neuen Gebäude und der registrierte Zuzug junger Familien ist für viele Bewohner:innen ein Zeichen, dass die Befürchtungen des Dorfsterbens sich zumindest bei ihnen doch nicht bewahrheiten. Die Befragten betonen wiederholt die Attraktivität ländlicher Gegenden für junge Familien. Besonders die sichere Umgebung für Kinder, die Ruhe und die Möglichkeiten des alltäglichen Naturerlebnisses sowie das Leben in der Gemeinschaft werden als Vorteile angeführt. Die Erweiterung der Dorfgemeinschaft durch Zugezogene wird grundsätzlich begrüßt, besonders eine Belebung des Dorfgeschehens durch Kinder erfreut unsere Gesprächsteilnehmer:innen. Allerdings lässt sich aus den Fokusgruppen auch der Anspruch rekonstruieren – äquivalent zur Gemeinde Rosengarten –, dass sich Neuankömmlinge aktiv in das Dorf- und Vereinsleben einbringen sollen. Dazu gehört für die Einbecker:innen ganz selbstverständlich und stellvertretend ein gegenseitiges Grüßen im Alltag und die Teilnahme an Veranstaltungen wie Dorffesten. Das kleine soziale und räumliche Gefüge in den Ortschaften ist Ausgangspunkt für enge zwischenmenschliche Beziehungen und teilweise auch Verwerfungen, welche im Laufe der Gespräche zu Tage

traten. Anonymität im Dorfalltag wird grundsätzlich negativ bewertet und von den Befragten vielfach als Kontrastfolie zum Leben in städtischen Regionen angeführt. Das Zusammenleben in der Gemeinschaft wird somit zu einem konstituierenden Merkmal des Dorfes stilisiert, dessen Bedeutung wiederkehrend durch einen (teilweise verklärten) Blick in die Vergangenheit Betonung erfährt, in der es einen solchen Zusammenhalt deutlich ausgeprägter als heute gegeben habe.

Als zentrale Begegnungsstätte dienen die Vereine, denen eine große Bedeutung beigemessen wird. Laut den Befragten hat das Vereinsangebot in den einzelnen Dörfern jedoch stark abgenommen und sich auf zwei bis drei Stammvereine (meist Sport-, Gesangs- und Schützenverein) reduziert. Dies führt dazu, dass die Anwohner:innen häufig Freizeitangebote in den Nachbarorten oder in der nächstgelegenen Kleinstadt wahrnehmen, was teilweise als weitere Ursache für die Erosion der Dorfgemeinschaften wahrgenommen wird. Besondere Bedeutung kommt den Freiwilligen Ortsfeuerwehren zu: So gibt es in 43 der 45 Ortsteile Feuerwehren und auch die Erzählungen der Befragten deuten auf eine hohe Attraktivität der Feuerwehr als Anlaufstelle für die Dorfgemeinschaft und Freizeitgestaltung hin.

3.3 Zwischenfazit: Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Die Gegenüberstellung der beiden Fallregionen zeigt sowohl Gemeinsamkeiten, als auch markante Differenzen mit Blick auf die gegenwärtige Situation, die geschichtliche Entwicklung und die politisch-kulturellen Rahmenbedingungen. Auffällig ist, dass die Diskrepanzen insbesondere die gegenwärtige Lage betreffen, während die Beurteilung der Lebensqualität durch die von uns Befragten überwiegend Gemeinsamkeiten erkennen lässt. Diese Gemeinsamkeiten – trotz der strukturellen Unterschiede – sind überraschend. Beide Aspekte – Unterschiede *und* Gemeinsamkeiten – dienen uns als Grundlage, um unsere Be-

funde einzuordnen und zu erklären, und sollen daher an dieser Stelle pointiert zusammengefasst werden.

Gemeinsamkeiten:

- Sowohl die Menschen in Einbeck als auch in Rosengarten nehmen ihren Lebensraum als ländlich wahr und identifizieren sich als Land- bzw. Dorfbewohner:innen. In bewusst formulierter Abgrenzung zu einem städtischen Lebensstil drücken die Befragten eine große Wertschätzung für das Dorfleben und seine Institutionen aus und schauen grundsätzlich positiv auf ihr eigenes Umfeld.
- Trotz der Differenz hinsichtlich der Strukturdaten bemängeln die Befragten dieselben Probleme, die mit dem dörflich-ländlichen Siedlungsraum typischerweise verbunden sind. Dazu gehören insbesondere die mangelhafte öffentliche Versorgungslage, eine prekäre Verkehrsinfrastruktur sowie das abnehmende Engagement in dörflichen Gemeinschaftsorganen, allen voran in den durchweg hochgeachteten Vereinen.
- Noch zu Beginn des Kaiserreichs bestimmten die DHP und die Nationalliberale Partei das politische Klima. Die Sozialdemokratie gewann bereits in der Spätphase der Monarchie an Bedeutung und war in der Weimarer Republik dann durchweg die stärkste politische Kraft – bis zum Aufstieg der NSDAP, die sowohl in Rosengarten als auch in Einbeck überdurchschnittlich viel Zuspruch erfuhr.

Unterschiede, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von Strukturmerkmalen:

- Während Rosengarten seit den 1970er Jahren aufgrund der Nähe zur Metropolregion Hamburg und der damit verbundenen Ansiedlung einer gutsituierten Anwohnerschaft zu einer der wohlhabendsten Gemeinden Niedersachsens avancierte, kann sich die Gemeinde Einbeck

hingegen nicht auf eine vorteilhafte zentrumsnahe Lage stützen. Sie befindet sich auf einer Talfahrt, die sich in wirtschaftlicher Rezession, Abwanderung von Personen und Gewerbe sowie einer formalen bzw. gebietskörperschaftlichen Degradierung manifestiert(e).

- Während die Gemeinde Rosengarten gegenwärtig durch eine äußerst vorteilhafte sozioökonomische Lage (sehr hohes Durchschnittseinkommen, stabiler Finanzhaushalt, geringe Arbeitslosigkeit etc.) gekennzeichnet ist, ist in Einbeck die Verschuldung hoch, ebenso wie die Zahl der Sozialleistungsempfänger:innen. Dennoch ist erkennbar, dass – basierend auf Unterstützung durch Förderprogramme – eine kommunale politische und wirtschaftliche Elite um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der südniedersächsischen Region bemüht ist.
- In Einbeck wiegen viele Mängel, gerade die infrastrukturelle Unterversorgung, faktisch schwerer, da sich keine großstädtische Metropole in der Nähe befindet, die diese Nachteile kompensieren könnte. Abwanderung, ein hohes Geburtendefizit, ausbleibende Investitionen und der durch die Verschuldung begrenzte kommunale Handlungsspielraum begünstigen zudem weitere Problemlagen, wie z. B. Gebäudeleerstand oder Sanierungsstau. Die Gemeinde Rosengarten ist hiervor weitgehend gefeit, hat dafür jedoch mit den negativen Begleiterscheinungen und strukturellen Herausforderungen zu kämpfen, die aus einer rasanten Suburbanisierung resultieren (z. B. Flächenmangel, hohe Grundstückspreise oder eine empfundene Bedrohung der „Dorfidentität“).
- Auch wenn die politisch-historischen Entwicklungen in Rosengarten und Einbeck auf den ersten Blick sehr ähnlich und niedersachsentypisch erscheinen, konnte die Sozialdemokratie rund um Rosengarten schlechter Fuß fassen als in Einbeck. Der Einfluss rechtskonservati-

ver Parteien – allen voran der DHP – war gerade in der Lüneburger Heide als einer ihrer angestammten Hochburgen deutlich länger spürbar, was einem ausgeprägten Konservativismus in den ländlichen Gebieten in und um Rosengarten Vorschub leistete. In der Gegenwart spiegelt sich dies in einer tradierten (aber nicht ungebrochenen) Vormachtstellung der CDU wider, die im Kontrast zur traditionellen Dominanz der SPD in Einbeck steht.

- (Marginale) Diskrepanzen zeigen sich auch gegenwärtig mit Blick auf die parteipolitischen Vertreter:innen: Sowohl bei der Landtagswahl 2022 als auch bei der Bundestagswahl 2021 lag der Zuspruch für die AfD in Rosengarten (leicht) unter dem niedersächsischen Durchschnitt. In Einbeck konnte sie leicht überdurchschnittliche Erfolge verbuchen. Umgekehrt verhält es sich bei den Grünen: Sie erhielten in Rosengarten bei beiden Wahlen mehr Zweitstimmen als im niedersächsischen Durchschnitt, in Einbeck fiel ihr Ergebnis hingegen vergleichsweise schwach aus. Schließlich lässt sich in Einbeck eine niedrigere Wahlbeteiligung (insbesondere bei Bundes- und Europawahlen) beobachten sowie eine deutlich aktivere rechtsradikale Szene.

4 Deutungsmuster und Mentalitäten: Ergänzung der „ungeschriebenen Verfassung“

In diesem Kapitel stehen zwei zentrale Bestandteile der politischen Kultur – Deutungsmuster und Mentalitäten – im Zentrum. Im Anschluss an NDMQ 2020 erfolgt eine kritische Reflexion sowie eine Erweiterung der dort für die Niedersächs:innen rekonstruierten „ungeschriebenen Verfassung“. Während im NDMQ 2020 die Bewohner:innen urbaner Räume in Niedersachsen in den Blick genommen wurden, stehen nun die Bürger:innen ländlicher Gebiete im Vordergrund. Diese Vergleichsebene ermöglicht uns sowohl die Offenlegung übergeordneter kollektiver Bestandteile der politischen Kultur des Bundeslandes als auch die Überprüfung von Hypothesen zu sozialräumlichen Differenzen. Im Rahmen der Deutungsmuster-Analyse werden zwei weitere politisch-kulturelle Phänomene betrachtet, die wir induktiv im Material identifizieren konnten: Populismus und damit verbundene Retrotopien (vgl. Kapitel 4.2.3).

4.1 Ein theoretischer Blick auf Deutungsmuster und Mentalitäten – Wonach suchen wir?

Wie bereits herausgearbeitet wurde, erschöpft sich die Vorstellung davon, was politische Kultur ist, nicht im bloßen politischen Handeln, Denken und Reden. Zentral ist die Tiefendimension, die Soziokultur, in der sich sozialer Sinn und kulturelle Selbstverständlichkeiten überhaupt erst konstituieren und Praxisformen, die auf das Politische zielen, wesentlich präformiert werden. Um diesen schwer fasslichen Bereich zugänglich zu machen, bedarf es klarer Eingrenzungen und Gegenstandsfokussierungen, die – so argumentieren wir in Anschluss an frühere FoDEx-Studien (vgl. exempl. Finkbeiner et al. 2021; NDMQ 2020) – durch den Rückgriff auf zwei Begriffe gewährleistet werden können: Deutungsmuster und Mentalitäten. Mit Hilfe dieser Konzepte lässt sich die Soziokultur indirekt erschließen beziehungsweise in der Anlage unserer Studie durch die Analyse der Produzenten der Deutungskultur das Wechselverhältnis zwischen Sozio- und Deutungskultur einfangen.

Mit „Deutungsmuster“ ist ein Konzept benannt, das sich in den Sozialwissenschaften spätestens seit den 1970er Jahren großer Be-

liebtheit erfreut und das sich für die Analyse politisch-kultureller Strukturprinzipien des ländlichen Raumes in Niedersachsen nutzbar machen lässt. In der Vergangenheit sind Deutungsmuster in vielfältiger Weise konzeptualisiert worden, wobei grundsätzlich zwischen zwei Hauptströmungen – einer strukturalistischen und einer wissenssoziologischen – unterschieden werden kann (Bögelein und Vetter 2019: 19f.). Gemeinsam ist beiden Theorietraditionen, dass sie Deutungsmuster als kollektive, soziokulturell tradierte Routinen verstehen, auf die Individuen (ohne sich dessen bewusst zu sein) zurückgreifen, wenn sie Ausschnitte der Realität einordnen und interpretieren müssen. Sie fügen gleichsam das, was der bzw. die Einzelne beobachtet und zu verstehen versucht, in bereits erworbene Sinn- und Wissensstrukturen ein und stellen dadurch eine Form von Kompatibilität her, die unerlässlich ist, um sich in der sozialen Wirklichkeit zurechtzufinden und zu agieren (Bögelein und Vetter 2019: 12–14).

Unsere konzeptuelle Feinjustierung orientiert sich im Kern an Ulrich Oevermann, der den Begriff zwar nicht erstmalig prägte – bereits Lepsius spricht in seiner Habilitationsschrift 1963 von „kulturellen Deutungsmustern“ (Lepsius 2015: 65) –, mit seinem strukturalistischen Ansatz jedoch den Grundstein für dessen Erfolgsgeschichte legte (Pfister 2020: 152). Oevermann spricht dezidiert von *sozialen* Deutungsmustern und versteht hierunter Entitäten *sui generis*, d. h. geschlossene Begründungs- und Interpretationszusammenhänge, die eine gewisse Eigendynamik aufweisen und von Individuen nicht bewusst durchdrungen werden können. Sie erwachsen aus konkreten, alltagsweltlichen Handlungsproblemen, die als „krisenhaft“ erlebt werden und für die es eine interpretative Lösung braucht, mit der sich entstandene kognitive Dissonanzen aufheben und adäquate Handlungsreaktionen entwickeln lassen (Oevermann 2001a/b). Entscheidend ist, dass es sich um wiederkehrende Problemlagen handeln muss. Denn erst wenn das Bezugsproblem mit einer gewissen Regelmäßigkeit auftritt, kann sich ein Deutungsmuster, sprich: eine typisierte Figur herausbilden, derer sich

Individuen routinemäßig bedienen können, um ihren alltäglichen Lebensvollzug zu meistern (Bögelein und Vetter 2019: 19f.). Gleichwohl sind die so gewonnenen Interpretationsfiguren keineswegs starr an ihr ursprüngliches Bezugsproblem gebunden. Sie können als internalisiertes Regelwissen auch auf andere Kontexte übertragen werden und nehmen insofern „den Charakter relativ freier Situationsdeutungen an“ (Finkbeiner et al. 2021: 32), die sich aus gemeinschaftlichen Mentalitätsbeständen speisen und in Sozialisationsprozessen weitergegeben und internalisiert werden. Ursprünglich waren damit vor allem milieubzw. gruppenspezifische Entstehungs- und Vermittlungskontexte gemeint (Bögelein und Vetter 2019: 20). Wie wir noch zeigen werden, lassen sich Ursprung und Geltungsbereich von Deutungsmustern jedoch auch nach anderen Gesichtspunkten (z. B. ländliche versus städtische Räume) bestimmen.

Deutungsmustern kommt für unsere Analyse gleich in doppelter Hinsicht eine Schlüsselrolle zu: Generell gewinnen sie als relativ flexible „Alltagstheorien mittlerer Reichweite“ (Oevermann 2001a: 10) in einer gesellschaftlichen Gegenwart, in der universelle Weltanschauungen und Glaubenssysteme erkennbar an Wirkungskraft eingebüßt haben und für wichtige Sinnfragen keine vorgefertigten Antworten existierten, geradezu zwangsläufig an Bedeutung. Individuen stehen unter diesen Bedingungen verstärkt vor der Herausforderung, objektive Handlungsprobleme weitgehend eigenständig interpretativ verarbeiten zu müssen. Dies gilt – wie Franz Walter und Tobias Dürr herausgearbeitet haben – auch für den Bereich (partei-)politischer Weltanschauungen (Walter und Dürr 2000: 213). Wir gehen davon aus, dass die hintergründigen, politisch-kulturellen Tiefenstrukturen, die beeinflussen, wie auf politische Phänomene Bezug genommen wird, wesentlich stärker durch Deutungsmuster vermittelt werden, seitdem gesellschaftliche Transformationsprozesse wie Individualisierung, Enttraditionalisierung und Säkularisierung an Fahrt aufgenommen haben. Somit ist die Analyse von Deutungsmustern prädestiniert als Zugang zur Tiefendimension der politischen Kultur der Gegenwart.

Der analytische Rückgriff auf das Deutungsmusterkonzept ermöglicht demnach eine Annäherung an den Bereich politischer Kultur, der üblicherweise im Verborgenen bleibt: die unhinterfragten Selbstverständlichkeiten, Normvorstellungen sowie Mentalitäts- und Identitätsstrukturen, die wesentlich bestimmen, wie sich politisch positioniert und geäußert wird. Denn Deutungsmuster fungieren als eine Art Transmissionsriemen, sie vermitteln zwischen kollektiven Sinn- und Wissensstrukturen auf der Makro- und individuellem Handeln auf der Mikroebene (Bögelein und Vetter 2019: 15) respektive – mit Rohe gesprochen – zwischen politischer Soziokultur im Hintergrund und den vordergründig beobachtbaren Phänomenen politischer Deutungskultur.

So vielversprechend eine Anbindung an Oevermann grundsätzlich auch sein mag, in forschungspraktischer Hinsicht ist sie aus unserer Sicht mit einer Unzulänglichkeit verbunden, die eine systematische Analyse von Deutungsmustern erschwert. Zwar macht sein Ansatz deutlich, wie Deutungsmuster individuelle Alltagserfahrungen bzw. -handlungen organisieren und somit strukturieren. Dass sie jedoch selbst strukturiert sind, eine innere Konsistenz aufweisen, verbleibt in der Oevermann'schen Konzeption weitgehend außen vor. Problematisch ist dies vor allem deshalb, weil ohne ein klares Verständnis für das „Innenleben“ dieser Alltagstheorien unklar bleibt, worauf sich der Blick in der empirischen Analyse konkret zu richten hat; schließlich müssen Deutungsmuster sukzessive aus Einzelaussagen rekonstruiert werden. Wenn kein Verständnis davon vorliegt, wie sich Deutungsmuster zusammensetzen, werden diese Rekonstruktionsbemühungen anfällig für Beliebigkeiten – was von einigen als Vorteil gesehen werden mag, unserer Auffassung jedoch eine systematische Analyse erschwert.

Daher ergänzen wir die bisherigen Überlegungen durch den Framingansatz von Robert Entmann (1993: 51–58), da er Auskunft gibt über (mögliche) interne Strukturierungsprinzipien von kollektiven Interpretationsangeboten, die sich auf nicht-strategische, alltagsweltliche Deutungsroutinen – sprich: Deutungsmuster im Sinne Oevermanns – übertra-

gen lassen. Im Rückgriff auf Entmann schreiben wir Deutungsmustern vier aufeinander bezogene Bestandteile bzw. Funktionen zu: (1) die Definition eines konkreten Bezugsproblems, (2) die Identifikation von Ursachen dieses Problems, (3) moralische Bewertungsvorschläge des Problems sowie (4) die Benennung von adäquaten Handlungsstrategien zu seiner Lösung. Diese Kernbestandteile schaffen ein Verständnis für die interne Struktur von Deutungsmustern und fließen daher als Analysekatoren in unsere qualitativ-rekonstruktive Analyse ein.

Folgt man den hier ausgeführten Prämissen zu Deutungsmustern, können sie auch als Phänomen behandelt werden, das *vor* den Mentalitäten sichtbar wird und somit eindeutiger als diese identifizierbar ist. Wir gehen davon aus, dass Mentalitäten ein wichtiger Bestandteil der politischen Kultur sind und über lange Zeiträume hinweg die volatile und affektive Einstellungsebene grundieren. Ein Ziel unserer Studie ist es daher, auch den regionalen-geschichtlichen Besonderheiten Niedersachsens näher zu kommen, um kulturelle Mentalitätsbestände aufzudecken. Die Frage, was genau unter „Mentalitäten“⁷ zu verstehen ist, ist aufgrund der oft kritisierten mangelnden Präzision des Konzeptes nicht einfach zu beantworten (vgl. Flaig 2011). Obwohl auf Mentalitäten in diversen Disziplinen und Forschungssträngen Bezug genommen wird, erfolgt dies meist ohne strikte Abgrenzung zu inhaltsnahen Konzepten und ohne die einzelnen Bestandteile festzulegen. Wir lesen dann beispielsweise von Mentalitäten „als Disposition oder als Einstellung, als Prägung oder als Deutungskultur, als Lebenserfahrung oder Orientierungsmacht“ (Kuhlemann 1996: 183).

⁷ Aufgrund der ohnehin herausfordernden Begriffstradition verwenden wir im Unterschied zum NDMQ 2020 den Terminus „Mentalitäten“ anstatt „Mentalitätsströme“. Diese Begriffsänderung geht nicht mit einem abweichenden inhaltlichen Verständnis einher, sondern bietet den Vorteil, multiple theoretische Bezugspunkte zu liefern, wodurch eine differenziertere Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes ermöglicht wird.

Die begriffliche Vagheit verwundert insofern nicht, als der Terminus Mentalität in der deutschsprachigen Soziologie nie zu ihrem begrifflichen Kernbestand gehörte (Eversberg et al. 2021: 14). Gleichwohl steht er in gewissen Fachtraditionen: Obwohl Max Weber den Begriff Mentalität selbst nicht anbrachte, sondern vielmehr von „Geist“, „Gesinnung“ oder später auch „Habitus“ sprach (Weber 1920), gilt dieser als Klassiker des soziologischen Verständnisses von Mentalitäten (Eversberg et al. 2021: 14). Er nutzte den Terminus, um Grundhaltungen und Handlungsorientierungen spezifischer sozialer Gruppen näher zu beschreiben und verstand diese mentalen Strukturen als etwas historisch Verwurzeltes, Kollektives sowie Spezifisches (vgl. Gebhardt und Kamphausen 1994: 16). Seiner Auffassung nach entwickelten sich solche Strukturen über lange Zeiträume hinweg und in Auseinandersetzung mit spezifischen Situationen oder sozialen Gruppen, wodurch sich eine relative Stabilität herausbilde (vgl. Eversberg et al. 2021: 15f).

Neben Weber operierte auch Theodor Geiger in den frühen 1930er Jahren mit dem Begriff Mentalität. Er beschrieb diese als „subjektiven Geist“, „geistig-seelische Haltung“, „Geistesverfassung“ oder „Lebensrichtung“ (Geiger 1972: 77f.) und verstand darunter die inneren Dispositionen, die sich in praktischen Positionierungen und in der eigenen Lebensführung ausdrückten. Aufschlussreich ist zudem das von ihm beschriebene Beziehungsverhältnis zwischen Mentalität und Ideologie, deren Grenzen – gleichwohl begrifflich zu unterscheiden – fließend seien: So wachse „aus der Mentalität [...] die Ideologie als Selbstauslegung hervor und umgekehrt“ (zit. nach Kuhlemann 1996: 186). Mentalitäten umfassen nach diesem Verständnis sowohl funktionale Dispositionen als auch substanzielle Elemente wie Inhalte, Ideen oder Ideologien.

Insbesondere in Frankreich stieg die von der Annales-Schule begründete Mentalitätsgeschichte in den 1980er und frühen 1990er Jahren zum prominentesten Strang der Geschichtswissenschaft auf. Frank-Michael Kuhlemann (1996) lieferte in diesem Kontext und im Versuch, dem Konzept begriffliche Trennschärfe zu verleihen, wertvolle konzeptionelle

Anreicherungen. Zur Präzisierung differenzierte der Historiker zwischen einem funktionalen und einem substanziellen Mentalitätsbegriff: Funktionell sieht er in Mentalitäten einen Transmissionsriemen zwischen der Lebenswelt und einer sich daraus ergebenden Lebenshaltung, welche z. B. durch Prozesse der Sozialisation bestimmt werde. Substanzielle Inhalte von Mentalitäten seien hingegen Deutungen und Positionsbeschreibungen sowie politische und weltanschauliche Einstellungen. Des Weiteren unterscheidet Kuhlemann in Anlehnung an Geiger zwischen Mikro- und Makromentalitäten: Erstere stellen für ihn Partikularmentalitäten dar, welche sich auf der Makroebene synthetisierten und dort zum Beispiel als nationale Unterschiede oder Spezifika in einem bestimmten Zeitrahmen hervortreten würden, in Abgrenzung zu den Geigerschen „Totalmentalitäten“ (Geiger 1972), welche als epochale und kollektiv geteilte Einstellungen und Selbstverständlichkeiten beschrieben werden.

Ebenso stützten sich die Soziologen Winfried Gebhardt und Georg Kamphausen auf den Mentalitätsbegriff und verstanden diesen als „die Summe eingelebter, routinierter, über Generationen hinweg stabiler Glaubensüberzeugungen und Sinngevißheiten mit alltäglicher Handlungsrelevanz, die sich in stereotypisierten und ritualisierten Glaubensgevißheiten, Überzeugungen, Urteilen und Vorurteilen, Fremd- und Selbstbildern und affektuellen Normierungen Ausdruck verschaffen“ (Gebhardt und Kamphausen 1994: 20).

Auch Theodor W. Adorno (1999) griff in seinen „Studien zum Autoritären Charakter“ auf den Begriff zurück: Er sieht darin ein übergeordnetes Konstrukt, welches die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen des Individuums zusammenhalte. Für Rohes Verständnis der politischen Kultur ist der Mentalitätsbegriff ebenso relevant. Er beschrieb diesen in Anlehnung an Max Weber als „mentale Auskristallisierung von Kultur“ (Rohe 1992: 16), also als die Gesamtheit der Sinnbezüge in der Deutungskultur spezifischer Milieus (Finkbeiner und Trittel 2019: 62). Sie bestimme demzufolge das, was man überhaupt denken könne (Rohe 1992: 18). Rohe

identifizierte erhebliche Überschneidungen zwischen der Politischen Kultur- und Mentalitätsforschung, da beide sich auf die Identifikation mental verankerter Orientierungsmuster und Verhaltensmaximen fokussierten. Er betonte allerdings, dass die Politische Kulturforschung nicht in der Mentalitätsforschung aufgehe, sondern einen darüber hinausreichenden Mehrwert biete (Rohe 1990: 336).

Vor dem Hintergrund dieses kurzen Abrisses verstehen wir Mentalitäten in Anlehnung an Eversberg et al. als „sozial spezifische Komplexe von Wahrnehmungs-, Bewertungs-, Empfindungs- und Handlungsneigungen oder Dispositionen“ (2021: 12). Sie sind als kultureller Unterbau zu betrachten, in den andere Bestandteile der politischen Kultur wie Ideen, Ideologien oder Deutungsmuster hineinwirken können, der aber für das Individuum nicht reflexiv verfügbar ist. Die von uns im Rahmen der vorliegenden Studie extrahierten Deutungsmuster können folglich Bestandteil von Mentalitäten sein und sind für die Genese und Reproduktion politischer Mentalitätsbestände strukturbildend (Schenke et al. 2020: 10). Mentalitäten bilden demzufolge einen Möglichkeitsraum für die Entfaltung von Deutungsmustern.

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Mentalitäten und Deutungsmustern, die beide Bestandteil der politischen Kultur sind, ist ihre praktische Relevanz für das Individuum: Während Deutungsmuster dem Subjekt relevante Denk- und Handlungsorientierungen im Alltag bieten, wirken sich Mentalitäten als Handlungsneigungen aus und sind als „untergründige verklammernde und vermittelnde Sinnstrukturen wirksam“ (Schenke 2020: 470). Da Mentalitäten gesellschaftspolitische Zusammenhänge in weitreichender Weise überbrücken und somit auch größere Kollektive verbinden, ist ihnen eine tiefgreifendere Prägekraft zu attestieren als Deutungsmustern. Unter diesen Prämissen ist auch erwartbar, dass sich die Entwicklung eines Cleavage zunächst in der Etablierung politisierter Kollektive zeigt, die durch eine Polarisierung auf der Ebene der Deutungsmuster getrieben sein wird, sich in den Mentalitätsbeständen jedoch erst zuletzt festsetzen wird.

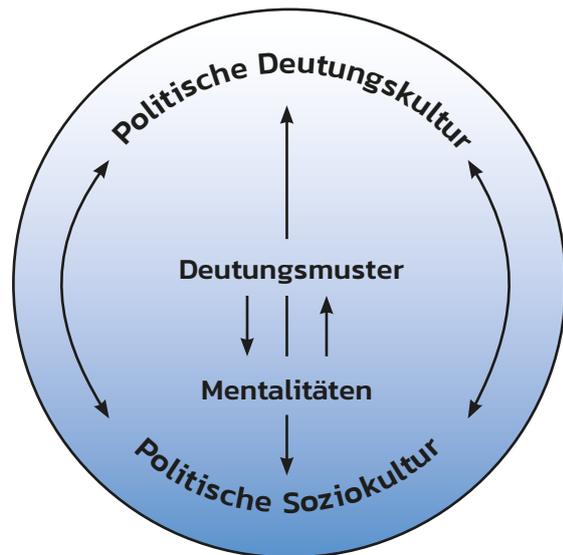


Abbildung 4: Zusammenhang von Deutungsmustern und Mentalitäten innerhalb der Deutungs- und Soziokultur der politischen Kultur. Quelle: Eigene Darstellung.

Grundsätzlich können mentale Strukturen sowohl für Individuen als auch für Gruppen oder Gesellschaften rekonstruiert werden (vgl. die Unterscheidung von Kuhlemann (1996) zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene). Wir konzentrieren uns auf niedersächsische Mentalitätsbestände als regionales Spezifikum, also auf die Mesoebene. Dabei berücksichtigen wir die regionalen historischen Entwicklungen und kollektiven Erfahrungen der Befragten, die sich beispielsweise aus dem gemeinsamen Lebensraum ergeben. Des Weiteren gilt es, gemeinsame Themensetzungen und Bezugspunkte zu identifizieren und diese vor dem Hintergrund von verbalisiertem Verhalten und Interaktionen im Verlauf der Gruppengespräche kritisch zu reflektieren. Aufschlussreich ist bei der Analyse dieser überindividuellen Strukturen insbesondere das Nicht-Gesagte.

4.2 Deutungsmuster – Sinnstiftende Erklärungen und Kompass im Alltag

Da Deutungsmuster im Gegensatz zu Mentalitäten vordergründig sichtbar sind, beginnen

wir mit der Analyse dieses überindividuellen Bestandteils der politischen Kultur. Unserer Konzeptualisierung folgend konnten wir drei Deutungsmuster identifizieren, welche sich zum Teil mit denen aus dem NDMQ 2020 decken (Schenke et al. 2020: 88), aber auch darüber hinaus neue Erklärungsperspektiven aufzeigen. Überschneidungen mit dem NDMQ 2020 ergeben sich beim Deutungsmuster eines technokratischen Blicks auf Politik (4.2.1), welches wir auch in den von uns untersuchten ländlichen Fallregionen identifiziert haben. Die beiden weiteren von Schenke et al. beschriebenen Deutungsmuster konnten – möglicherweise aufgrund der unterschiedlichen Konzeptualisierung beider Studien – hingegen nicht bestätigt werden. Während das Deutungsmuster der (politischen) Bildung als „gesellschaftspolitische Impfung“ (Schenke et al. 2020: 88) keine Rolle in unseren Fallregionen spielt, betrachten wir das dritte im NDMQ 2020 benannte Deutungsmuster, die Trennung privater Lebenswelt und gesellschaftspolitischer Fragen, als integralen Bestandteil der kleinbürgerlichen Mentalität. In unseren Fokusgruppen verdichten sich die Hinweise auf zwei weitere Deutungsmuster: die Bedrohung der eigenen Lebenswelt (4.2.2) und das Anprangern des Verfalls der Demokratie (4.2.3).

4.2.1 Deutungsmuster: Technokratischer Blick auf Politik

Die bereits im NDMQ 2020 dargelegte Sympathie für Technokratie und Expertentum (vgl. Schenke et al. 2020: 72) kann auch für die Fallregionen Einbeck und Rosengarten attestiert werden. Wenngleich unter den Teilnehmer:innen der Fokusgruppen offenkundig Differenzen in der zugeschriebenen Rolle und in den Erwartungen an Expert:innen vorliegen, ist man sich im Grunde einig – auch getrieben durch den rationalistischen Anspruch an sich selbst –, dass Expert:innen in der politischen Sphäre unentbehrlich sind:

„B1⁸: Also Meinungsbildung ja, aber die [Parteien, Anm.d.Verf.] haben nicht die Aufgabe zu regieren. Das ist der Punkt.

B2: Na ja, wer soll es denn sonst machen? Mal ganz ehrlich (lacht).

B1: Gute Fachleute, die sich mit Problemlösungen auskennen und die gibt es.

B2: Aber die werden ja zu Rate gezogen. Also, es gibt ja die Beratenden.“

(Rosengarten)

Schenke et al. hoben hervor, dass die Befragten die Funktionsfähigkeit von Staat und Demokratie zunehmend an der Fähigkeit bemessen, „Konflikte stillzustellen (und nicht zu formen) und wirtschaftliche Interessengruppen auszuschließen“ (2020: 88). Auch diese Sichtweise erlangt wiederkehrend diskursive Relevanz in unseren Gesprächsrunden. Als Ausgangsproblem definieren die Teilnehmer:innen die nicht zufriedenstellende Politikgestaltung und die damit verbundenen Formen der Entscheidungsfindung. Diese dauere schlichtweg zu lange oder wird als undemokratisch bemängelt. Die Ursache für den als qualitativ schlecht wahrgenommenen politischen Output sei indes bei den Politiker:innen selbst zu suchen, blockierten diese, so die Befragten, doch durch ihre Inkompetenz, fehlende Orientierung an wissenschaftlicher Expertise und durch parteipolitische Streitigkeiten die Etablierung gemeinwohlorientierter Politikgestaltung (vgl. Kapitel 5.1). Hinter diesen Problem- und Ursachenzuschreibungen verbergen sich grundierende Vorstellungen wie Sachlichkeit und Objektivität, welche das vorliegend analysierte Deutungsmuster nähren, und ein Harmoniebedürfnis, in dem wissenschaftliche Expertise zu einer zentralen Legitimitätsressource stilisiert wird (Bogner 2021: 8). Aus dieser Verantwortungszuschreibung an die Poli-

⁸ Zum Zwecke der Anonymisierung sind unterschiedliche Befragte in den Zitaten stets mit B1 und B2 gekennzeichnet. Es handelt sich dabei nicht immer um dieselben Personen.

tik leitet sich die Handlungsempfehlung ab, besonders bei der Bewältigung politischer Krisen und Konflikte primär auf die Kompetenz von Expert:innen zu setzen oder diese mindestens beratend hinzuzuziehen, um die Kompetenz politischer Verantwortungsträger:innen zu stärken:

„Die Wissenschaft muss im Grunde ein Korrektiv für das sein, was die Politiker machen, indem sie feststellt: Nein, das und das ist so und so weit gelungen, und insoweit nicht. Und dann muss korrigiert werden.“ (Rosengarten)

Im Alltag der Befragten funktioniert dieses Deutungsmuster in erster Linie als Orientierungsmaxime und Versicherung, stets rational zu denken und zu handeln. Mit diesem Deutungsmuster geht man davon aus, dass rationales Denken und Handeln die Politik effizienter und Krisenlösungen nachhaltiger mache. Naturwissenschaftlichen Denkmustern wird dabei eine herausragende Rolle zugeschrieben und ein besonders hoher Grad an Objektivität attestiert, welche es am ehesten vermöge, losgelöst von egoistischen Interessen gerechte Entscheidungen für das Gemeinwohl herbeizuführen:

„Wir brauchen Allgemeinwohlpolitik. Und die Politiker brauchen dafür eine ganz andere Bildung als die, die in unseren Schulen und Universitäten vermittelt wird. Und das ist das Problem. Wenn wir eine Allgemeinwohlqualität brauchen, dann brauchen wir einen naturwissenschaftlichen Ansatz, wo man alles das, was man macht, mit wissenschaftlichen Methoden untersucht, und die Effekte feststellt von dem, was dabei rauskommt.“ (Rosengarten)

Die im NDMQ 2020 angeführte Charakterisierung der Niedersächs:innen kann in dieser Hinsicht bestätigt werden: Sie haben „eine distanziert-rationalistische, letztlich technokratische Sicht auf gesellschaftspolitische Probleme, deren Lösung man lieber berufenen Experten anvertraut wissen möchte als

(so die Wahrnehmung des Status quo) sie in den Händen amoralischer Machtgruppen und trickreicher Volksverführer zu belassen“ (Schenke et al. 2020: 87).

Das Deutungsmuster eines technokratischen Blicks auf Politik besitzt das Potenzial, Mentalitätsbestände nachhaltig zu beeinflussen. Wenngleich dies für Menschen in Niedersachsen zunächst nur vermutet werden kann, aber anhand des Materials nicht eindeutig belegbar ist (weil dieses Deutungsmuster noch nicht bei der Mehrheit der Befragten in vollumfänglicher Breite und Tiefe verankert zu sein scheint), gibt die Forschungsliteratur zu Technokratie vielfältige Hinweise darauf, dass die Wirkmächtigkeit dieses Deutungsmusters möglicherweise weitreichender ist als aus unseren Befunden abgeleitet werden kann (vgl. Bertsou und Caramani 2022). Das rationalistische Weltbild, das Selbstverständnis als Wissensgesellschaft sowie die Wertschätzung epistemischer Tugenden forcieren den Eindruck, die Wissenschaftsgläubigkeit der Moderne würde eine Renaissance erleben, welche sich überspitzt als „allgemeiner Glaube an die Allmacht des Wissens“ (Bogner 2021: 16) beschreiben lässt. Als Mentalität würde dieser alle gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdringen und in besonderer Weise in der politischen Sphäre zum Tragen kommen. Virulent wurde eine solche Mentalität ansatzweise bereits im Zuge der politischen Bearbeitung der Corona-Pandemie, in der besonders naturwissenschaftlicher Expertise hohes Vertrauen entgegengebracht wurde.

In diesem Zusammenhang stellt sich auf theoretischer Ebene auch die Frage, unter welchen Bedingungen ein Deutungsmuster so relevant wird, dass es in die Mentalitätsbestände einwirken kann. Anders gefragt: Ab wann wird das Deutungsmuster, das sich aufgrund eines konkreten neuen gesellschaftspolitischen Handlungsproblems herausgebildet hat, so wirkmächtig, dass es auf die Mentalität zurückwirkt und diese nachhaltig zu beeinflussen vermag? In einem ersten Schritt muss sich das Deutungsmuster – in diesem Fall der technokratische Blick auf Politik – in verschiedenen Situationen bewähren. Mit der Corona-Pandemie und dem Klimawandel sind

gegenwärtig zwei Krisen virulent, deren Bearbeitung durch dieses Deutungsmuster sich anbietet. Sollte darüber hinaus – so hier eine erste Hypothese – das vielfach bewährte Deutungsmuster durch politische Akteure aufgegriffen und politisiert werden, mithin in einen Bestandteil der politisierten kollektiven Identitäten (vgl. Kapitel 6) eingehen, wären die Voraussetzungen für das Deutungsmuster günstig, mentalitätsbeeinflussend wirken zu können. Bisher sehen wir dies bei den von uns identifizierten Deutungsmustern am deutlichsten im technokratischen Blick auf Politik und nicht bei der Anprangerung des Verfalls der Demokratie oder der Bedrohung der eigenen Lebenswelt.

4.2.2 Deutungsmuster: Bedrohung der eigenen Lebenswelt

In den Fokusgruppen wurde deutlich, dass das Dorf als eigener Lebensraum stark romanisiert und idealisiert wird (vgl. Kapitel 3). Es scheint daher nachvollziehbar, dass gesellschaftliche Entwicklungen, die das eigene Dorf vermeintlich in seinem Fortbestehen gefährden, als Problem und Bedrohung empfunden werden. In beiden Regionen identifizieren die Befragten Gefährdungspotenziale für den eigenen Lebensraum, die zwar teilweise stark differieren, aber in ihrem Kern auf regionale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie räumliche Differenzen rekurrieren.

In Rosengarten ist dies zum einen die Nähe zur Großstadt und der damit verbundene Zuzug von Städter:innen, die sich laut einigen Befragten nicht angemessen in das Dorfleben integrierten und damit die eigentlich familiäre und gemeinschaftliche Dorfkulisse anonym werden ließen. Des Weiteren hat insbesondere Rosengarten im Umland von Hamburg mit einer Überlastung der Verkehrsinfrastruktur zu kämpfen. Der lokale Tierpark und das Museum sowie der bereits historisch verankerte Charakter als Naherholungsgebiet sind mittlerweile für Hamburger:innen so attraktiv, dass die daraus entstandene Verkehrssituation ein Ärgernis für die Bewohner:innen und eine Be-

drohung der so hoch geschätzten Idylle und Ruhe darstellt:

„B1: Naherholungsgebiet mit zwei Zentren hier. Einmal das Museum und der Wildpark, die uns auch stark beschäftigen, weil dieser Ausflugsverkehr hierher an den Wochenenden wirklich meiner Meinung nach ziemlich extrem ist und die Ruhe unterbricht.“

B2: Nicht so gut.

B3: (lacht) Die Ruhe unterbricht.

B4: Ja, die Ruhe ist an den Wochenenden hier vor der Tür ein bisschen eingeschränkt.

B1: Das bringt auch Belastung mit sich.

B2: Stau.“ (Rosengarten)

Ebenfalls rufen die Baumaßnahmen, die der Gemeinde seine charakteristischen Bauten nehmen, sowie überbezahlte Miet- und Grundstückspreise Zukunftsängste in Rosengarten hervor (zu den Ursachen vgl. Kapitel 3.1). Dieser finanzielle Druck zwingt Einheimische teilweise dazu, die Region verlassen zu müssen. Des Weiteren haben die Bewohner:innen beider Untersuchungsregionen mit dem Wegbrechen und dem Bedeutungsverlust von Vereinsstrukturen und dörflicher Infrastruktur (Kneipen und Gaststätten) beziehungsweise einem schwindenden Interesse am Engagement für die Dorfgemeinschaft zu kämpfen:

„Schauen wir auf die Gesangsvereine, die gibt es ja kaum noch, die sterben aus im Laufe der Jahre. Es gibt zwar in einzelnen Orten Gesangsvereine, wo mal 20, 25 Leute drin waren, Männer oder gemischte Chöre, da sind nur noch 10 drin. Zum Beispiel bei uns im Ort hier. Wir treffen uns jetzt jeden dritten Freitag im Monat in der Gastwirtschaft. Wir sind 8, 9 Leute noch. Und wir singen nicht mehr. Wir können nicht mehr singen, weil eben die Stimmen nicht aufgeteilt werden können.“

Also, das sind die ersten, die aussterben. Die Männergesangsvereine und auch die Frauenchöre. Das sehe ich jedenfalls so.“ (Einbeck)

Außerdem machen die Befragten in beiden Regionen auf gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse wie z. B. Mobilitätsexpansion, Urbanisierung und veränderte Rollenbilder als Ursprung negativer Entwicklungen vor Ort aufmerksam. Aus der Ursachenzuschreibung geht hervor, dass für das Deutungsmuster die Annahme einer Stadt-Land-Dichotomie konstituierend ist. Der eigene Lebensraum (=Dorf) wird hier positiv und der externe (=Stadt) negativ konzeptualisiert. Diese Differenzmarkierung fällt in Rosengarten etwas ausgeprägter aus, wirken sich die voranschreitenden Prozesse der Urbanisierung hier doch markanter auf den Alltag der Bewohner:innen aus und werden zumindest teilweise als Gefahr interpretiert. Der Halt, den das Dorf „als Signum der Beständigkeit“ (Marg et al. 2013: 107) vermittelt, erodiere zusehends, was bei vielen Zukunftsängste hervorruft. Werte, die Bestandteile der eigenen Identität sind und durch die Dorfgemeinschaft geprägt werden, wie Gemeinschaftlichkeit, Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft, erscheinen zunehmend existenziell gefährdet. Wie die Ergebnisse des NDM 2021 zeigen, dürfte sich diese Sorge infolge der Pandemie verstärkt haben. Die von den Befragten daraus abgeleitete Handlungsmaxime lautet daher, durch gemeinsame Aktivitäten, Rituale und Engagement diesen Entwicklungen entgegenzuwirken und so zur Aufrechterhaltung einer intakten Dorfgemeinschaft beizutragen.

Das Deutungsmuster der Bedrohung der eigenen Lebenswelt kann sich auf unterschiedliche Bezugsrahmen wie Nation, Gesellschaft oder Region beziehen. Während einige das Bedrohungs-Deutungsmuster lediglich auf ihren eigenen Nahraum anwenden, übertragen andere es auch auf die nationale Ebene:

„Ich habe das Gefühl, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt so ein bisschen zurückgeht. Das hängt in gewisser Weise mit unserer Freiheit zusammen.

Unsere Gesellschaft ist so vielfältig und jeder kann im Grunde genommen tun und lassen, was er will.“ (Einbeck)

Als Probleme der „bedrohten Heimat“ werden durch die Befragten verschiedene negativ konnotierte gesellschaftliche Tendenzen identifiziert, wie zum Beispiel die vermeintliche Meinungspolarisierung und radikalere Artikulation eigener Interessen, welche es erschwerten, einen common ground in gesellschaftlichen Diskursen zu etablieren. Dies führe oft zu einer Verstärkung von Ressentiments und zu Feindseligkeiten gegenüber Menschen, die anderer Meinung seien sowie zu einer Erosion des Vertrauens in die politischen Institutionen und demokratischen Prozesse. Ursächlich sind für die Befragten ausschließlich gesellschaftliche Wandlungsprozesse, wie Singularisierung, woraus eine rückläufige Bereitschaft resultiere, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Die gesellschaftlichen Vereinzelungsprozesse führten – so diagnostizieren unsere Gesprächspartner:innen – zu weniger gemeinschaftlichen Austauschprozessen und diese Reduzierung münde in einer Verhärtung der jeweiligen Fronten und Positionen. Auch weitläufigere Themen wie der Wandel der Arbeitswelt und Digitalisierungsprozesse werden herangezogen, um die gesellschaftlichen Veränderungen zu erklären. Für sich selbst leiten die meisten der von uns Befragten aus dieser Diagnose ab, sich lokal stärker zu engagieren und den gesellschaftlichen Problemen wenigstens im Kleinen entgegenzuwirken.

4.2.3 Deutungsmuster: Anprangern des Verfalls der Demokratie

Das dritte von uns ausgemachte Deutungsmuster fokussiert das Problem eines vermuteten politischen bzw. demokratischen Verfalls. Obwohl die Demokratie als Staats- und Regierungsform befürwortet wird (vgl. Kapitel 5), identifizieren die Befragten ein Umsetzungsproblem in die politische Praxis. Die Politikgestaltung – insbesondere auf nationaler Ebene – sei schlecht und die Problembewältigung mangelhaft. Ursächlich hierfür ist

laut den Befragten die Inkompetenz des politischen Personals (vgl. Deutungsmuster des technokratischen Blicks auf Politik) sowie die fehlende Responsivität politischer Entscheidungsträger:innen. Vornehmlich Politiker:innen aus Berlin wird vorgeworfen, sie seien „abgehoben“ beziehungsweise „realitätsfern“ und würden die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger:innen nicht berücksichtigen. Des Weiteren werden System- und Funktionsdefizite adressiert, wie parteipolitische Machtkämpfe und daraus hervorgehende Blockaden, sowie auf eine egoistische Politikgestaltung verwiesen, welche durch das ausschließliche Streben nach der eigenen Wiederwahl genährt werde.

Wie bereits angedeutet, offenbart dieses Deutungsmuster Anknüpfungspunkte an bisherige Befunde sowie verschiedene Aspekte der politischen Kultur. Recht eindeutig zeigen sich in der thematisierten Elitenkritik (ebenso wie im Deutungsmuster des technokratischen Blicks auf Politik) Andockstellen für populistische Erklärungsmuster. Populistische Argumentationen können an das Deutungsmuster des demokratischen Verfalls gleich doppelt andocken: Einerseits durch die im Zentrum der Ursachenzuschreibung stehende Kritik an politischen Eliten sowie durch die abgeleitete Bewertung, das „einfache Volk“ leide unter den von Politiker:innen verschuldeten demokratischen Erosionsprozessen. Andererseits ist tendenziell auch die Ableitung einer Handlungsempfehlung durch die Befragten sichtbar, die aufgrund der Problem- und Ursachenzuschreibung dem demokratischen Repräsentationsmodus seine Legitimität implizit absprechen. Es geht jedoch keiner der von uns Befragten so weit, eine stärkere Orientierung an direktdemokratischen Elementen zu fordern.

In der wissenschaftlichen Debatte wird seit geraumer Zeit betont, dass populistische Argumentationsweisen oftmals mit einer nostalgischen Orientierung an vermeintlich besseren Vergangenheitszuständen einhergehen – eine Tendenz, die von Zygmunt Bauman (2017) treffend mit dem Begriff „Retrotopia“ eingefangen wurde (für eine nähere Erläuterung der beiden Phänomene siehe Infobox: Populismus und Vergangenheitsorientierung). Dass wir unseren Analysehorizont um diese Facette er-

weitert haben, ist indes weniger der akademischen Konjunktur als vielmehr der Eindringlichkeit geschuldet, mit der sie uns im empirischen Material begegnet ist, denn im Zuge der Auswertung verdichteten sich Hinweise auf die Wirkmächtigkeit von Populismus und Retrotopia in beiden Fallregionen.

Infobox: Populismus und Vergangenheitsorientierung

Eine allgemeingültige Definition von Populismus liegt nicht vor – zu unterschiedlich verhandeln verschiedene Forschungsstränge das Phänomen. Jedoch lassen sich in der Populismusforschung drei verschiedene Gegenstandsakzentuierungen und damit verbundene Konzeptualisierungsangebote differenzieren: die Verhandlung als (a) Ideologie, (b) Strategie oder (c) Diskurs (vgl. Moffit 2020). Für uns steht die Betrachtung von Populismus als „dünne Ideologie“ (Freeden 1998) im Vordergrund und wir schließen uns einem graduellen Begriffsverständnis an, demzufolge sich die populistische Kernideologie nicht immer in „Reinform“ artikuliert, sondern versatzstückartig adaptiert werden kann und daher häufig nur partiell sichtbar wird. Kennzeichnend für populistische Argumentationen ist der Rekurs auf zwei konstituierende Konfliktachsen: zum einen auf den politischen Konflikt, der die Gesellschaft in manichäischer Weise in das „authentische Volk“ und die „korrupte Elite“ (Mudde und Kaltwasser 2019) unterteilt (Elitenkritik bzw. Anti-Establishment-Haltung); sowie zum anderen auf einen sozialen Konflikt, der zwischen „schädlichen Minderheiten“ („nefarious minorities“) (Ostiguy und Casullo 2017) und der vermeintlichen „Mehrheit“ aufgespannt wird (Antipluralismus). Aus der letztgenannten Vorstellung speist sich wiederum die von Mudde beschriebene populistische Perspektive, dass die Politik ein Ausdruck des *volonté générale* (des gemeinsamen Willens) des Volkes sein sollte (Mudde 2004: 543). In der populistischen Logik resultiert hieraus die Annahme, es existiere ein gemeinsamer, homogener Volkswille (Volkszentriertheit) (Lewandowsky 2022: 18). Als „dünne Ideologie“ kann der Populismus sich mit einer anderen „Wirtsideo-logie“ (Huber und Schimpf 2017) synthetisieren und so unterschiedliche Erscheinungsformen annehmen. Neben diesen Basiselementen gibt es weitere Merkmale einen: etwa klassischerweise der mitunter stark romantisierte Rekurs auf „das Volk“, dem spezifische Tugenden wie z. B. Aufrichtigkeit, Fleiß oder gesunder Men-

schensverstand zugeschrieben werden (Decker 2018: 360). Spätestens seit der Wesensbeschreibung des Populismus durch Paul Taggart wird allerdings auch in einer ausgeprägten, häufig ebenso romantisierende Grundzüge tragenden Vergangenheitsorientierung gemeinhin ein Kernmerkmal populistischer Agenden gesehen. Er prägte hierzu den Begriff des „heartland“ (Taggart 2000: 95) als Projektion und „rückwärtsgewandte Utopie einer romantisierten, unhistorischen, idealen Welt“ (Priester 2012: 5), der populistische Akteur:innen im Angesicht vermeintlicher Bedrohungen mit dem Ziel nachtrauerten, sie zu revitalisieren und ihr zur (erneuten) Blüte zu verhelfen.

Zygmunt Bauman (2017) bezeichnet diesen typisch populistischen Rekurs auf ein zeitliches Gestern als „Retrotopia“. Im Unterschied zu Taggart sieht er mit diesem Begriff jedoch nicht bloß ein strukturelles populistisches Muster eingefangen, sondern eine gesellschaftliche Zeitdiagnose: Der Mensch von heute fände sich in einer fragmentierten, aber auch verrohten Gesellschaft wieder, die sich in weiten Teilen zunehmend unfähig zeige, Probleme in den Griff zu bekommen, Orientierung zu stiften und tragfähige Visionen zukünftiger Verbesserungen zu produzieren. Aus diesen (Enttäuschungs-)Erfahrungen in der Gegenwart erwachse der verklärte Blick zurück. Anstatt die Hoffnung auf Problemabhilfe und verbesserte Lebensumstände in der Zukunft zu verorten, werde sie in der Vergangenheit gesucht. Es ist also – mit Stephan Lessenich (2022) argumentiert – der Wunsch, vergangene Normalitätszustände zu restaurieren und durch gesellschaftliche Wandlungsprozesse unterbrochene vermeintliche Kontinuitätslinien wiederherzustellen, aus dem sich „Retrotopien“ speisen. Populistische Akteur:innen müssen in diesem Verständnis als jene politischen Kräfte betrachtet werden, die dieses Bedürfnis (strategisch) mit ihren Forderungen nach einer Rückkehr zu alter, im Laufe der Zeit vermeintlich verlorengegangener Größe aufgreifen und ideologisch anreichern.

Mit Blick auf die Frage, wie stark die „dünne Ideologie“ des Populismus die Deutungsmuster der Gesprächsteilnehmer:innen beeinflusst, gilt es zunächst festzuhalten, dass wir zwar kaum Anzeichen für enthemmte populistische Einstellungen, wohl aber eine argumentative Anschlussfähigkeit für Populismus finden: Besonders augenfällig ist in beiden Fallregionen die Elitenkritik, welche sich primär an Politiker:innen und ihre angebliche Untätigkeit bzw. Unfähigkeit richtet. Eine befragte Person äußert sich folgendermaßen über politische Entscheidungsträger:innen auf Bundesebene:

„Und zwar deshalb, weil ich wirklich den Eindruck habe, dass die Leute, die da, in Berlin jetzt, in den Parteien, die sonst das Sagen haben, von Tuten und Blasen viel zu wenig verstehen. Das heißt, denen fehlt einfach die Fachkompetenz, wie man Probleme löst. Wie man mit der Gesellschaft umgeht.“ (Rosengarten)

Vor dem Hintergrund des hohen kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Engagements der Teilnehmer:innen ruft dieser Befund zunächst Verwunderung hervor. Gerade aufgrund des vielfach bekundeten Kontaktes zu Politiker:innen auf Kreis- und Landesebene hätten wir hier eine differenziertere und erfahrungsgesättigte Perspektive erwartet. Jedoch werden in allen Fokusgruppen die Auswirkungen von vermeintlichen politischen Scheindebatten und der beobachteten Verkündung inhaltsloser Phrasen ventiliert. So resümiert eine teilnehmende Person: „Die da oben reden nur und handeln nicht.“ (Rosengarten) Vereinzelt wird die Elitenkritik auch in der antagonistischen Logik „Wir – das Volk“ vs. „Die – da oben“ in Stellung gebracht. Deutlich wird dies beispielsweise in dem Vorwurf einer verzerrten Repräsentation der Bürger:innen im Bundestag. Entsprechend dieser Argumentation würden die Interessen des „gemeinen Volkes“ aktuell in der Politikgestaltung auf Bundesebene nicht hinreichend berücksichtigt, da die Verfahren durch elitäre Berufsgruppen dominiert würden:

„Ein Problem ist ja sicherlich, dass so wenig Berufsgruppen vertreten sind in den hohen Ständen. Das sind ja alles Studierende. Anwälte und weiß der Himmel was. Aus dem gemeinen Volk kommt ja kaum noch jemand in den Bundestag oder in den Landtag.“ (Einbeck)

Die virulente Elitenkritik konnte für die Fallregionen indes nicht nur in unseren Fokusgruppen nachgewiesen werden, sondern zeichnete sich bereits im NDM 2021 ab. Dort stimmten im Postleitzahlgebiet um Rosengarten ca. 46 Prozent und um Einbeck ca. 44 Prozent der Befragten der Aussage voll oder eher zu, dass das Volk und nicht Politiker:innen wichtige Entscheidungen treffen sollten. Noch höhere Zustimmung (67 Prozent beziehungsweise 70 Prozent) erhielt das Statement, Deutschland brauche einen Wechsel des politischen Führungspersonals.

In Rosengarten finden wir jenseits dieser Form von Elitenkritik nur vereinzelt Äußerungen mit populistischer Anschlussfähigkeit. Ein Befragter verfolgt eine protektionistische Argumentationsweise, eine weitere Person verweist auf die Bedeutung des „gesunden Menschenverstands“, den auch populistische Akteur:innen mobilisieren und gegen eine vermeintlich abgehobene Weltsicht von Politiker:innen in Stellung bringen:

„Bevor heute eine Entscheidung auf großer Ebene getroffen werden kann, wie viele Berater da herangezogen werden, das ist unglaublich! Das kostet Geld ohne Ende. Wir machen hier keine Entscheidung mehr für eine Straße oder ein Baugelände, ohne vorher nicht fünfzehn Berater gefragt zu haben [...] Es dauert länger und im Endeffekt kommen sie dahin, wo man quasi mit gesundem Menschenverstand und unter Berücksichtigung der Perspektiven das auch so hätte machen können.“ (Rosengarten)

Unter den anderen Mitdiskutant:innen stößt diese Argumentation auf erheblichen Anklang. Viele der Befragten kennen durch ihr kommunalpolitisches Engagement die Bremswirkung

der rotierenden Verwaltungsmühlen und sind verärgert über ein „System von Bedenkenträgern“ (Rosengarten).

Etwas anders sieht es in der Region um Einbeck aus. Populismus lässt sich hier direkter beobachten, d. h. dass sich beide Basiselemente – Elitenkritik und Antipluralismus – offenbaren. Auch Rekurse auf den „common man“ und den „gesunden Menschenverstand“ lassen sich hier deutlicher identifizieren als in Rosengarten. Auffällig ist ferner eine vergleichsweise ausgeprägte Orientierung an der Vergangenheit, die strukturelle Analogien zur populistischen Vorstellung eines „heartland“ (Taggart 2000) aufweist. Sie lässt sich primär dann beobachten, wenn das örtliche Zusammenleben und seine Veränderung im Zeitverlauf beschrieben werden. So zeigt sich eine Person bekümmert über ein unbeseeltes soziales Miteinander, das mit der Zeit immer mehr zugenommen habe:

„Die Offenheit, die 1982 noch war, auch hier im Ort, ist nicht mehr da. Man trifft sich. Verein. Fest. Alles keine Frage, aber das Miteinander, wie es früher war [...] Ich sag mal so, aus meiner Kindheit kannte ich es noch, dass die Leute vor der Haustür saßen. (Gelächter) Die Leute saßen vor der Haustür auf einer Bank und wurden angesprochen. Ach, wie geht's euch denn? Und so weiter. Heute sieht man keinen mehr vor der Haustür.“ (Einbeck)

Gleichwohl bleibt das Leben auf dem Dorf nicht der einzige Bezugspunkt eines hinterhertrauernden Blickes in die Vergangenheit. Argumente der Art „früher war (all)es besser“ nehmen zum Teil auch allgemeinere Form an und richten sich auf gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse wie z. B. die Digitalisierung, die eine atomisierte, auf sich und ihr Smartphone fokussierte Jugend hervorbringe:

„Die Kinder reden doch heute gar nicht mehr miteinander. Die hängen doch nur an ihren Dingen. Das ist das Problem, was wir heute haben.“ (Einbeck)

Unabhängig davon, ob sie sich auf den lokalen oder einen größeren Rahmen beziehen: Retrotopien nehmen – so machen die Textausschnitte deutlich – oftmals die Gestalt von Verfalls- bzw. Niedergangserzählungen an, die das Neue stereotypisch ab- und das Alte romantisierend aufwerten. In ihnen muss folglich eine potenzielle Andockstelle für populistische Mobilisierungsversuche gesehen werden. Einschränkend gilt es jedoch hervorzuheben, dass es vor allem die Einbecker:innen der älteren Generation(en) sind, die ihren Blick hochgradig an der Vergangenheit ausrichten.

Doch auch über diese Gruppe hinaus verdichten sich die Hinweise auf ein rechtspopulistisches Aktivierungspotenzial in Einbeck. Es handelt sich um einzelne Anmerkungen, welche nicht das Gesprächsklima der Fokusgruppen dominieren, jedoch registriert werden müssen, können sich doch gerade durch solche anscheinend beiläufigen Aussagen tieferliegende Mentalitätsbestände offenbaren. Zum einen lässt sich – wenn auch eher vereinzelt – eine rechtspopulistische Rhetorik beobachten, die teils als provokanter, bewusst inszenierter Bruch mit einem „politisch-korrekten“ Sprachgebrauch daherkommt. So wird „Gelumperei in Berlin“ (Einbeck) beanstandet, Politiker:innen vorgeworfen, „nichts geschissen [zu] kriegen“ (Einbeck) oder ihnen angeraten, „die Schnauze“ (Einbeck) zu halten. Des Weiteren bedienen sich einige dem auch unter rechtspopulistischen Akteur:innen beliebten Heimatbegriff (vgl. Marg 2017). Er ist für viele – und das gilt wiederum auch für Rosengarten – sowohl an das Landschaftsbild als auch an die Menschen und die damit assoziierte Dorfgemeinschaft geknüpft.

Expliziter werden rechtspopulistische Versatzstücke in dem von immerhin zwei etwas älteren Befragten angeführten nativistischen Topos der Leitkultur. Hier zeigt sich die Bevorzugung und Vorrangstellung des Eigenen, der „deutschen“ respektive „abendländischen“ Kultur. Beide bestärken sich in ihren Argumentationen gegenseitig; es kulminiert in dem offen erhobenen Anspruch, „fremde Kulturen“ sollten in erster Linie zuhause praktiziert werden, während der eigenen Kultur ohne weitere Begründung eine dominantere

Position und der Vorrang im öffentlichen Leben zugesprochen wird.

„Das sollte unbedingt bleiben! Bei allem! Wir haben Einwanderer aus der ganzen Welt und die haben auch das Recht, ihre Kultur zu Hause zu leben. Aber für mich ist auch wichtig, dass die abendländische Kultur Vorrang hat in unserem Staat. Das ist mir ganz wichtig. Vor allem, wenn ich an die Schulen denke.“ (Einbeck)

Neben den stärker nationalistischen bis nationalistischen Grundtönen sind es die Kritik an „falscher Toleranz“ bzw. Rücksichtnahme sowie die Ablehnung von eher linksliberalen Ideologemen wie der „Cancel Culture“ oder geschlechtergerechter Sprache, die einen Nährboden für einen rechten Populismus in Einbeck im direkten Vergleich zu Rosengarten konstituieren.

Allerdings finden wir gleichzeitig in beiden Fallregionen bei den Befragten auch Resilienzen gegenüber populistischen Narrativen. Die durchaus virulente Elitenkritik wird abgefedert durch Verständnisbekundungen der herausfordernden Situation, in der sich politische Entscheidungsträger:innen befänden und dem artikulierten Eindruck, dass „die Elite“ nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheide, sondern die Bürger:innen aktiv auf die Geschehnisse Einfluss nehmen könnten. Ebenso liegen keine Hinweise auf Vorstellungen eines homogenen Volkswillens vor. Aus allen Fokusgruppen wurde der Eindruck gewonnen, dass die Befragten die gesellschaftliche Diversität und die damit verbundene Interessenvielfalt reflektieren und diese maßgeblich in ihr Demokratieverständnis Eingang findet.

Zuletzt dürfte auch die ausdrückliche Abgrenzung von radikalen politischen Akteur:innen insbesondere des rechten Spektrums ein Verfangen rechtspopulistischer Argumentationsweisen ausbremsen. Sie speist sich aus einem ausgeprägten Bedürfnis nach (politischer) Mittigkeit, auf das im Folgenden bei der Mentalitätsbeschreibung näher eingegangen wird. Gleiches gilt für die diskussionsprägende Kraft spezifischer, bisweilen universalis-

tisch eingefärbter Sagbarkeitsgrenzen, mit denen nur in Einbeck in Ausnahmen gebrochen wurde. Insgesamt drängt sich aufgrund dieser (durchaus beachtlichen) Widerstandsfähigkeiten das Resümee auf, dass trotz der identifizierten Andockstellen die „dünne Ideologie“ des Populismus für die politische Kultur vor allem in Rosengarten und etwas weniger deutlich in Einbeck nur eine untergeordnete Rolle spielt. Es gibt keine Anzeichen für eine breite Affinität der Befragten zu demokratiegefährdenden populistischen Argumentationsweisen – weder in Rosengarten noch in Einbeck. Gleichwohl dürfen die Differenzen zwischen beiden Fallregionen nicht gänzlich ausgeblendet werden. Eine auffälligere populistische Rhetorik in Einbeck lässt sich nicht negieren und bietet genug Anlass, die regionalen Differenzen bezüglich der Wirkmächtigkeit von Populismus weiter im Auge zu behalten.

4.3 Niedersächsische Mentalitäten – Grundierungen der politischen Kultur

4.3.1 Die „kleinbürgerliche Attitüde“

Ein Grund, warum möglicherweise Populismus und Retrotopie in den hier identifizierten Deutungsmustern nicht wirkmächtiger zu Tage treten, liegt sicherlich in den vorhandenen Mentalitätsbeständen, die als Grundierungen der politischen Kultur weit über die politische Sphäre hinausreichen. Wir haben sie sowohl aus der Analyse der historischen Entwicklung der beiden Fallregionen als auch aus dem in den Fokusgruppen gewonnenen Materialien heraus rekonstruiert.

Im NDMQ 2020 wurde in Anlehnung an Berthold Frankes geistesgeschichtliche Topologie (Franke 1988: 214f.) eine „kleinbürgerliche Attitüde“ als elementarer und überbrückender kultureller Grundzug in Niedersachsen beschrieben. Dieser sei gekennzeichnet durch „die Insistenz auf dem Dörflich-Familiären, die Orientierung an Harmonie, Rationalität und ‚Mittigkeit‘ gegen drohende gesellschaftliche Desintegrationstendenzen mitsamt

der Aversion gegenüber entschlossener politischer Selbstoptimierung ohne Rückendeckung durch die Gruppe, die Reduktion komplexer gesellschaftspolitischer Zusammenhänge auf die Schablonen von hintergründig lenkenden Lobbys, medialen Verzerrungen und einer leicht verführbaren politisch polarisierten Masse mitsamt der Funktion individueller Verantwortungsabwehr mit der Ablehnung politischer Konfliktivität“ (Schenke et al. 2020: 86).

Während diese Mentalität die Differenzen zwischen den im NDMQ 2020 berücksichtigten Erhebungsgebieten zu überbrücken vermochte, stellt sich für unsere Analyse die Frage, inwiefern diese ebenso für die untersuchten ländlichen Fallregionen attestiert werden kann. Als auffällige Überschneidung ist zunächst das *Insistieren auf das Dörflich-Familiäre* und die damit verbundene Fokussierung auf den eigenen Nahraum zu nennen. Die Familie stellt für die Mehrheit der Befragten einen zentralen Bezugspunkt dar und wurde überdies auch als essenzieller Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft beschrieben. Illustrieren lässt sich dies anhand der Antworten der Befragten auf die Aufforderung, für sie relevante gesellschaftliche Gruppen zu benennen (vgl. Kapitel 6). In beiden Fallregionen wurde die Familie vor Freund:innen und Kolleg:innen am häufigsten als wichtigste Gruppe gelistet. Eine befragte Person erläutert die familiäre Relevanz folgendermaßen:

„Für mich persönlich steht die Familie ganz oben, auch über meiner Arbeit, über der Feuerwehr. Familie ist mein Grundstock, das ist das, was mir am wichtigsten ist. Es gibt nichts wichtigeres als Familie und den Rückhalt.“ (Rosengarten)

Die Familie wird jedoch nicht nur als elementares Beziehungsgeflecht für das Individuum gesehen, sondern von den Befragten auch zur „Wurzel des Dorfes“ stilisiert. Die Familie als Bindeglied mehrerer Generationen sei für den Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft bedeutsam. Das gemeinschaftliche Zusammenleben im Dorf und in der Nachbarschaft, in ihren Darstellungen häufig mit retrotopischen Anklängen versehen, ist für fast alle Befrag-

ten ein zentrales Merkmal ihrer alltagsweltlichen Erfahrungen und Bestandteil der heimeligen Idylle des eigenen Lebensraums. Laut den Erzählungen der Teilnehmenden in beiden Regionen ist das Leben in der dörflichen Gemeinschaft durch eine hohe Hilfsbereitschaft, gegenseitige Unterstützung und ein aktives Sozialleben gekennzeichnet, was vermutlich seinen Teil dazu beiträgt, dass die Befragten den eigenen Wohnort als „Insel der Seligkeit“, „heile Welt“ oder sogar als „Urlaubsort“ aufgrund der „schönen Atmosphäre“ charakterisieren.

Während im Mentalitätsbestand demzufolge noch die „heile Welt“ verankert ist, bricht im Deutungsmuster zunehmend die Bedrohung der eigenen Lebenswelt als Perspektive durch. Und gerade, weil die Befragten diesen Widerspruch – Harmonie im Dorf vs. Niedergangserzählungen – selbst nicht bemerken, ist es uns möglich, diese divergierenden Zuschreibungen in den unterschiedlichen Elementen der politischen Kultur zu verorten. Im Mentalitätsbestand der Befragten genießen die Kinder auf dem Dorf ein behütetes Leben, man kennt die Nachbar:innen persönlich und auf der Straße grüßt man sich noch – anders als in der Großstadt. Dieses Bild wird häufig in stereotyper Weise als Kontrastfolie herangezogen, um den Erzählungen über das harmonische Landleben Nachdruck zu verleihen (vgl. Kapitel 3). Der kleinräumliche Bezug in den Erzählungen und die Präferenz für ein Leben im überschaubaren Nahraum sind augenfällig, vermutlich, weil ländliche Gebiete für die Befragten einen Rückzugsort vor Problemen darstellen, denen man sich dort (zumindest teilweise) entziehen kann. Wenngleich die Perspektivwechsel auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene in den Fokusgruppen rar gesät waren, ging die Thematisierung gesellschaftlicher Problemlagen häufig mit einer geografischen Distanzierung einher: So schwappe zwar vereinzelt Kriminalität aus den Großstädten in das Dorf hinüber oder es wird von Konfrontationen mit Personen rechter Gesinnung im Ortsrat berichtet. Allerdings sind Einbrüche, prekäre familiäre Verhältnisse und extreme politische Akteure nach Ansicht der

Befragten eher Erscheinungen, die urbane Gebiete prägen.

Nur selten wurde das harmonische Bild der eigenen Lebenswelt durch Verweise auf soziale Probleme vor Ort durchbrochen, welche allerdings von der Mehrheit der Befragten als Ausnahmesituationen verhandelt wurden, die nicht repräsentativ für das Leben vor Ort seien. In allen Gesprächsrunden kreisten die Erzählungen vornehmlich um alltägliche Erfahrungen sowie die nähere geografische Umgebung. So berichteten die Befragten primär von dem Leben und den Problemen vor Ort, den kommunalpolitischen Herausforderungen sowie der Rolle der ansässigen Vereine. Sie beklagten sich über schlecht ausgebauten Gehwege, die mangelnde Durchführung des Winterdienstes oder die lokalen Verkehrsrowdys, während gesamtgesellschaftliche Probleme und Konflikte weitgehend ausgeblendet wurden.⁹ Lokale Problematiken werden indes nicht beiläufig in den Gesprächsverlauf eingeflochten, sondern haben das Potenzial, die Befragten in besonderer Weise zu emotionalisieren. Deutlich wird dies durch die Aussage einer Person, sie könne beim Thema Bürgersteige „echt die Wände hochgehen“ (Rosengarten). Es zeigt sich folglich auch in der vorliegenden Studie eine klare Trennung zwischen privater Lebenswelt und gesellschaftspolitischen Fragen.¹⁰ Die starke Fokussierung auf den unmittelbaren Lebensraum und die damit verbundene thematische Schwerpunktzugewichtung erweist sich als besonders interessant, da dieser Mentalitätsbestand am Ende einer Gesprächsrunde

von den Befragten selbst reflektiert wurde. Zudem können der Wunsch nach einer intakten Dorfgemeinschaft sowie die Verdrängung gesellschaftlicher Problematiken und Streitthemen als Ausdruck eines *Harmoniebedürfnisses* oder sogar einer *Konfliktaversion* gelesen werden (ähnlich zu den Ergebnissen des NDMQ 2020). Denn oftmals entstand der Eindruck, das Betreten von polarisierendem Terrain würde tunlichst vermieden. Offensichtliche Meinungsdivergenzen wurden nicht ausbuchstabiert, sondern mit folgender Begründung unter den Tisch gekehrt: „Du hast deine vorgefasste Meinung und deswegen brauchen wir nicht zu diskutieren“ (Einbeck). Ebenso wurde sich der Verwendung rechtspopulistischer Semantiken nicht entgegengestellt, wenngleich die getroffenen Aussagen höchstwahrscheinlich nicht von allen Anwesenden geteilt wurden. Dies lässt auf ein ausgeprägtes inneres Unbehagen schließen, Konflikte offen auszutragen und Meinungsdivergenzen zu adressieren. Zugespitzt formuliert scheint das dörflich fundierte Harmoniebedürfnis einer konstruktiven Konfliktbearbeitung im Weg zu stehen.

Des Weiteren finden wir eine deutliche Abgrenzung von „extremen“ Akteuren, was als Ausdruck eines starken Bedürfnisses nach *Mittigkeit* interpretiert werden kann. In beiden Fallregionen distanzieren sich die Befragten bei der Vorlage jener Bilder, die ein Potpourri an gesellschaftlichen und politischen Gruppen zeigen, mit auffälliger Vehemenz von jenen Kollektiven, denen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes radikale politische Einstellungen zugeschrieben werden. Besonders eindeutig fällt diese Grenzmarkierung bei als rechtsradikal gelesenen Kollektiven sowie Corona-Leugner:innen aus (vgl. Kapitel 5; vgl. ebenfalls Franzmann und Helmer 2022).

Abweichend von der Mentalität der *kleinbürgerlichen Attitüde* finden sich bei unseren Befragten jedoch kaum Anzeichen für eine *individuelle Verantwortungsabwehr*. Im Gegenteil, bei den Teilnehmenden wurde eine hohe Handlungsbereitschaft identifiziert, welche sich auch in ihrem gesellschaftlichen und politischen Engagement widerspiegelt. Besonders die Kommunalpolitik und die Vereins-

⁹ Hier muss kritisch reflektiert werden, dass der Einstieg des Themenleitfadens darauf abzielte, Erzählungen über den lokalen Nahraum zu evozieren. Dass die Gespräche diese Ebene allerdings nicht verließen, kann als auffälliger Befund gewertet werden.

¹⁰ Während die Trennung zwischen privater Lebenswelt und gesellschaftspolitischen Fragen im NDMQ 2020 noch als eigenständiges Deutungsmuster verhandelt wurde, sehen wir die vorgenommene Differenzierung als Bestandteil der Mentalität der „kleinbürgerlichen Attitüde“ an, zeigt sich doch hier, dass die Befragten gedanklich im geografischen und sozialen Nahraum verharren.

arbeit stellen für sie Bereiche mit einer persönliche Praxisperspektive dar und werden als Mittel zur Behebung der erkannten Probleme sowie als Beitrag zur Gesellschaft im Kleinen verstanden. So berichtet eine teilnehmende Person, die im Gegensatz zu anderen Befragten ansonsten nicht kommunalpolitisch aktiv ist, beispielsweise von der Mitwirkung an einer lokalen Verkehrsinitiative:

„Wir waren im Nu dreihundert Leute, haben uns getroffen und ziemlich was bewegt [...] Wenn Interesse da ist, machen, einfach machen.“ (Rosengarten)

Der persönliche Tatendrang erwächst auch aus den ausbleibenden Handlungen auf politischer Ebene. Obwohl die primäre Verantwortung für den Schutz und das Wohlergehen der Gesellschaft nach wie vor dem Staat und den Regierungen zugeschrieben wird (vgl. Schenke et al. 2020: 62), postulieren einige der Befragten, dass es in Situationen des politischen Versagens nicht ausreichend sei, lediglich Kritik zu üben, sondern es obliege den Bürger:innen selbst, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen:

„Ich finde es ganz schlimm, wenn Leute nur schimpfen und meckern. Ich habe das Gefühl, dass sich eine Dienstleistermentalität gegenüber der Politik entwickelt hat: Ich will nur noch, ich will Ausgleichspakete, ich will das, das, das. Aber der Staat ist kein Dienstleister. Man kann selber enorm viel tun. Man ist eine Gemeinschaft in Deutschland, so sehe ich das.“ (Rosengarten)

Diese „Macher-Mentalität“, die wir in beiden Erhebungsregionen gleichermaßen identifizierten, verdeutlicht, dass sich die Mehrheit nicht als machtloses Individuum im demokratischen System versteht (konträr dazu Schenke et al. 2020), sondern die eigenen Möglichkeiten politischer Einflussnahme durchaus reflektiert. Die hier artikulierte Kritik an der „Dienstleistermentalität“ und das stets mitschwingende Credo „weniger reden, mehr handeln“, artikuliert ein neoliberales Ar-

gumentationsmuster der Befragten, bei dem lokale und gesellschaftliche Probleme nicht einfach akzeptiert werden, sondern vielmehr an Eigeninitiative und Beteiligungswillen appelliert wird, um Veränderungen anzustoßen. Der Aktivismus der Befragten erinnert mitunter an die Konzeption des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007), da auch hier der Wille zur Optimierung aller Prozesse und das Dogma der Effizienz anklingen. Ebenso erwecken die Ausführungen der Befragten den Eindruck, das soziale und politische Engagement würde in besonderer Weise durch ein positives Gefühl von Selbstwirksamkeit angetrieben; so kann die Unterstützung von geflüchteten Familien im eigenen Ort möglicherweise das Gefühl vermitteln, zumindest auf der Mikroebene einen Teil zur Bewältigung der Probleme beizutragen.

Überdies bedarf auch der im NDMQ 2020 herausgearbeitete Aspekt der *Reduktion komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge* vor dem Hintergrund des neu gewonnenen Materials einer näheren Ausleuchtung. Zwar lassen sich auch hier in Einzelfällen verkürzte Erklärungsversuche identifizieren – so sind einige Teilnehmer:innen unserer Fokusgruppen davon überzeugt, dass „Lobbyisten die Politik bestimmen“ und „schlussendlich das Sagen haben“ (ausführlicher zur Lobbykritik Schenke et al. 2020: 52f.) –, doch bringen die Befragten in der Regel für beobachtete Entwicklungstendenzen erstaunlich vielseitige Erklärungsangebote vor; mitunter lassen sich klare Vorstellungen über Ursachen und Zusammenhänge komplexer Entwicklungen identifizieren. So werden beispielsweise als Gründe für die auf der Deutungsmusterebene wahrgenommene Erosion der Dorfgemeinschaft neben einem vermuteten Wertewandel auch Veränderungen der Arbeitswelt, die sich wandelnde Frauenrolle, neue Familienkonzepte, Konsumentscheidungen, Mobilitätsmöglichkeiten sowie die infrastrukturellen Herausforderungen ländlicher Räume thematisiert:

„Im Laufe der Zeit ist man mobiler geworden. Früher hatte man gar nicht die Möglichkeit, seine Freizeit außerhalb des Dorfes zu verbringen, weil die Eltern die

Kinder nicht fahren konnten. So ist man im Ort geblieben mit den Freizeitmöglichkeiten, die da waren.“ (Einbeck)

Insgesamt manifestiert sich entlang dieser Befunde – trotz der identifizierten Differenzen – der Eindruck, dass die kleinbürgerliche Attitüde in ihren Grundzügen einen relevanten Mentalitätsbestand der Niedersächs:innen konturiert, wodurch die Ergebnisse des NDMQ 2020 zunächst bestärkt werden. Dennoch sind auch einige Unterschiede hervorgetreten: Zum einen konnten wir eine größere Handlungs- und Gestaltungsbereitschaft und zum anderen auch eine Neigung zur Verantwortungsübernahme identifizieren, wenn die wahrgenommenen Problemlagen einen direkten Bezug zum eigenen Lebensumfeld aufweisen. Das mag auf der einen Seite mit dem spezifischen Hintergrund unserer Befragten zusammenhängen. Auf der anderen Seite können sie eben aufgrund dieser herausragenden Positionierung auch als Produzenten der lokalen Deutungskultur interpretiert werden, die wiederum im Wechselverhältnis mit der Soziokultur einen nicht unwesentlichen Beitrag zur politischen Kultur insgesamt leisten.

Neben der Problemwahrnehmung hat auch die Handlungsbereitschaft in der Regel einen lokalen Bezug. Das kommunalpolitische Engagement wird vorrangig als ein Dienst am Ort und für die Dorfgemeinschaft verstanden und ist nur äußerst selten an parteipolitische Zielsetzungen geknüpft. Es existiert indes nicht das Bedürfnis Veränderungen auf Bundesebene zu evozieren. Die Macher-Attitüde besitzt somit keine gesamtgesellschaftliche Allgemeingültigkeit, sondern ist vielmehr an den regionalen Kontext gebunden. Diese Rahmung verdeutlicht, dass die im Grunde apolitische kleinbürgerliche Mentalität immer dann durchbrochen wird, wenn gesellschaftliche Herausforderungen im Alltag der Individuen spürbar werden. Das Subjekt kreist folglich in allen Facetten des eigenen Lebens um den lokalen Nahraum und schenkt lediglich gesellschaftspolitischen Bereichen mit örtlichen Rückbindungsmöglichkeiten Aufmerksamkeit. Grundsätzlich scheint dieser Mentalitätsbestandteil kein räumlich gebundenes Spezifikum zu

sein; allerdings tritt diese Eigenheit durch die engen lokalen Bezüge in ländlichen Räumen deutlicher in Erscheinung.

4.3.2 Universalismus oder Partikularismus?

Im NDMQ 2020 wurde eine kosmopolitische Bildungsemphase identifiziert, die dort vornehmlich als rhetorischer Überhang skizziert wurde (Schenke et al. 2020: 88). In Erscheinung trete dieser insbesondere als eine vereinigende kosmopolitische Gruppenmoral der Befragten (Schenke et al. 2020: 75), welche spezifische Sagbarkeitsgrenzen vorgebe und zur Vermeidung konflikthafter politischer Urteile beitrage (Schenke et al. 2020: 84). Der Begriff „Bildungsemphase“ rekurriert auf das Verständnis von politischer Bildung als Allheilmittel zur Abwendung demokratischer Gefahrenlagen (Schenke et al. 2020: 87): „Als adäquates Rezept gegen die drohende Anomie emotionalisierter Massen schlagen einige – längst nicht alle – Niedersachsen das Rezept (politischer) Bildung vor. Es sind in erster Linie Pädagogen, Studierende und Studierende, Gewerkschaftsnahe und sich selbst als politisch links Verstehende, die die rechtzeitige mentale Impfung durch ein engmaschiges Netz wissensvermittelnder, charakterveredelnder und vernunftfördernder Bildungsofferten vorschlagen“ (Schenke et al. 2020: 79). Die Beschreibung dieser Haltung erinnert stark an das, was in der Literatur auch als Universalismus beziehungsweise Kosmopolitismus bezeichnet wird. Wolfgang Merkel beschreibt dessen drei wesentliche Prinzipien und die damit verknüpften moralischen und politischen Überzeugungen folgendermaßen: „Individualismus, Universalismus und Offenheit. Kosmopoliten priorisieren individuelle Rechte, offene Grenzen, liberale Zuwanderung, erleichterte Einbürgerung, kulturellen Pluralismus sowie eine globale Verantwortung für universell gültige Menschenrechte und den Umweltschutz. Universalisten betonen die Chancen der Globalisierung, Partikularisten die Gefahren. Letztere präferieren überschaubare Gemeinschaften, kontrollierte Grenzen; befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung; op-

tieren für kulturelle Identität und betonen den Wert des sozialen Zusammenhalts“ (Merkel 2018: 64). Bei der Prüfung der vermeintlichen niedersächsischen Mentalität der kosmopolitischen Bildungsemphase fällt eines schnell auf: Der attestierte „Bildungsfetisch“ (Schenke et al. 2020: 61) ist für die Fokusgruppenteilnehmer:innen in unseren Fallregionen nicht haltbar. Das Thema politische Bildung wurde von den Befragten kaum adressiert – und das, obwohl Bildungsthematiken im Allgemeinen hohe Bedeutung zugewiesen wurde. Lediglich eine befragte Person verweist auf politische Bildung als Aufgabe von Parteien, jedoch nicht zur Vorbeugung gegen unliebsame (un)demokratische Entwicklungen. Es muss folglich die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es sich nicht um einen allgemeingültigen Mentalitätsbestand handelt, der sich über unterschiedliche (Sozial-)Räume aufspannt. In der Tradition der kleinbürgerlichen Mentalität wird Bildung in unseren Fallregionen eher in Bezug auf Fragen der Schulbildung bzw. des Bildungswesens im Allgemeinen diskutiert. Es erfolgt also auch hier die Konstruktion eines nahräumlichen Bezugs. Ob diese Differenz auf divergierende Studienkonzeptionierungen¹¹ zurückzuführen ist oder ein Indiz für sozial-räumliche Differenzen ist, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt und sollte durch zukünftige Untersuchungen geprüft werden.

Dafür lassen sich zahlreiche Hinweise für den „rhetorisch-kosmopolitischen“ Überhang finden, welcher durch eine offene, tolerante und progressive Selbstdarstellung der Befragten ausgedrückt wird.¹² Viele der Teilnehmen-

11 Der Themenleitfaden des NDMQ 2020 stellte stärker auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und Problemlagen ab und könnte daher zu einer höheren Fokussierung auf politische Bildung zur Bewältigung der diagnostizierten Problematiken geführt haben.

12 Während wir an dieser Stelle der Virulenz einer universalistischen Mentalität der Bewohner:innen Niedersachsens nachgehen, werden in Kapitel 6 universalistische und partikularistische kollektive Identitäten als Bestandteil der normativen Cleavage-Komponente näher beleuchtet. Stehen an dieser Stelle

den Gaben an, die Vielfalt kultureller Prägungen sowie sexueller Orientierungen wertzuschätzen und die Menschenrechte und ihren universellen Anspruch auf die Gleichheit aller Menschen zu befürworten. So auch eine Person aus Rosengarten, die den Wert freier religiöser Selbstentfaltung erkennt und den muslimischen Bevölkerungsanteil als Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft begreift:

„Jeder hat das Recht, so zu sein, wie er will. Davon bin ich fest überzeugt. Jeder soll so sein, wie er will. Er soll es anderen nicht aufdrängen. In Hamburg haben wir viele Moscheen und ich habe freitags dort immer viele Menschen gesehen. Insofern, das ist ein Spiegelbild der Gesellschaft.“ (Rosengarten)

Ein weiteres Beispiel liefert die Aussage einer Person aus Einbeck, die ihre Freude über die kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz bekundet:

„Kollegen – da trifft eine Vielfalt von Menschen aufeinander. Das ist total interessant, total viele Nationalitäten, die das Leben richtig bunt machen. Und das macht mir Spaß, das zu beobachten und daran teilzuhaben.“ (Einbeck)

Die Befragten bejahen demzufolge überwiegend die kulturelle, soziale und religiöse Vielfalt. Ein Teil von ihnen versteht sich als liberal und steht gesellschaftlichen Veränderungsprozessen offen gegenüber. Bisherige Konsum- und Lebensformen werden in Frage gestellt und trotz der auftauchenden Retrotopien befinden einige Befragte, dass es gesellschaftspolitisch nicht so weiter gehen könne wie bisher. Veränderungsbedarf wird mithin auf lokaler als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene diagnostiziert:

also überindividuelle, tieferliegende politisch-kulturelle Grundierungen im Vordergrund, folgt später die Analyse der Gruppenzugehörigkeiten von Subjekten. Dennoch stehen die analytisch betrachteten Bestandteile der politischen Kultur in enger Verbindung zueinander und befördern eine Komplementierung der jeweiligen Perspektive.

„Dieses Denken, dass man sagt, bloß nicht allzu viel Zuzüge und so weiter. Ich sage, viele von denen sind alle irgendwann mal hergekommen und haben das wunderbar gefunden, hier zu sein. Und über den Tellerrand zu gucken und das den nachfolgenden Generationen auch zu ermöglichen, das halte ich für einen gesunden Prozess, dass wir uns hier [im Dorf, Anm.d.Verf.] auch öffnen müssen und dass wir auch größer werden. Das muss nicht so kuschelig und so gemütlich bleiben.“ (Rosengarten)

„Es wäre eine solidarische Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Sozialismus notwendig. Also irgendwo was Neues, wo ‚Teilen‘ das neue ‚Haben‘ ist oder so. Wo man solidarisch zusammenlebt und gemeinsam die Probleme angeht und möglichst löst.“ (Rosengarten)

Eine tiefergehende Analyse offenbart indes ein inkonsistentes Bild dieses Mentalitätsbestandes. Wie bereits im NDMQ 2020 beschrieben wurde, beobachten auch wir eine simultane und versatzstückartige Verwendung kosmopolitischer und kommunitaristischer beziehungsweise universalistischer und partikularistischer Argumentationsfiguren. Es lassen sich zwar eindeutig diskursive Sagbarkeitsgrenzen rekonstruieren, die einen common ground darstellen, gleichsam ist dieser jedoch, wie Schenke et al. treffend beschreiben, ein „Toleranzraum des zulässigen Meinungsspektrums mit Platz für kosmopolitische wie auch für nationalkonservative Argumente“ (2020: 42). So bekunden einige Befragte ihre Erleichterung darüber zuhause – im Gegensatz zum Arbeitsplatz in der Großstadt – dem „Genderwahn Sinn“ entkommen zu können und erkennen in der Verbannung der Schriften von Karl May eine deutliche Grenzüberschreitung.

„Also, ich bin auf jeden Fall froh, dass wir viele Gruppen hier nicht haben. Ich kenne das von meinem Büro. Alles super, alles bunt und man muss sich möglichst korrekt ausdrücken. Dass ich hier beim Bäcker noch normal sprechen kann,

ohne Gendersternchen und diesen ganzen Quatsch [...] Ich bin froh, dass das in der Stadt bleibt und ich das nicht mit nach Hause nehmen muss (lacht).“ (Rosengarten)

„Ich habe ein bisschen Probleme mit der 25 [Bild einer Moschee, Anm.d.Verf.], nicht wegen dem Islam. Sondern, was wir an unserer deutschen Kultur, deutschen Sprache [...] jetzt wollen sie Karl May verbieten. Hallo? So in dieser Richtung, boah, ich krieg Gänsehaut, wenn ich daran denke. Das dürfen wir uns irgendwo nicht nehmen lassen. Andere Kulturen akzeptieren, gar keine Frage. Aber was gerade hier in Deutschland passiert, geht mir doch einen Tuck zu weit.“ (Einbeck)

Die Passagen verdeutlichen, dass sich die explizite Selbstcharakterisierung als tolerant und vielfalts- bzw. diskriminierungssensibel bei einigen Befragten nicht mit Äußerungen, die an anderer Stelle im Gespräch fallen, decken. Gerade in einer Gesprächsgruppe in Rosengarten wirkt der Rekurs auf universalistische Wertvorstellungen eher eklektisch, um nicht zu sagen: fadenscheinig. Einerseits begrüßen einige Teilnehmer:innen die kulturelle Vielfalt und das Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, gleichzeitig bleiben Migrant:innen und „Ausländer:innen“ in ihrer Vorstellungswelt eine essentialistische Outgroup, über die sich auch pauschalisierend sprechen lässt. Andere wiederum beziehen sich positiv auf Abbildungen einer Pride Parade und signalisieren so Unterstützung für die LGBTQI+-Community, nehmen es im weiteren Gesprächsverlauf dann aber widerspruchslos hin, wenn Teilnehmer:innen ironisch über die Praxis des Genderns sprechen.¹³ Weiterhin wird die universalistische Selbstdarstellung in anscheinend beiläufig-

¹³ Dies überrascht gerade auch deshalb, weil sich nicht wenige Befragte in unseren Gesprächen fähig gezeigt haben, Widerspruch einzulegen und stereotype Vorstellungen – wie z. B. das Bild der anonymen und gefährlichen Großstadt – zu dekonstruieren.

gen Beschreibungen der eigenen Lebenswelt durchbrochen; so werden Widersprüche zwischen der vermeintlichen Offenheit und Toleranz sowie der Beschaffenheit des sozialen Umfeldes und den täglichen Erfahrungen aufgedeckt. Eine Person aus Einbeck berichtet beispielsweise, dass in den letzten Jahren mehrere geflüchtete Familien in der Gegend gewohnt hätten, die jedoch „alle wieder weiter“ gezogen seien. Ebenso wird in Rosengarten die Nachbarschaft als „wohlhabend, wohl-situiert“ und „sehr gebildet“ charakterisiert, mit dem Nachschub: „Migrationshintergrund ist hier eher weniger auf den Dörfern“. Solche Aussagen mögen isoliert betrachtet noch keine handfesten Indizien für Verslossenheit oder gar Intoleranz sein, stellen jedoch wichtige Puzzleteile in der Rekonstruktion der politischen Kultur dar. Zumindest vor dem Hintergrund der Schilderungen von ausgrenzendem Verhalten gegenüber gesellschaftlich diskriminierten Gruppen und gegenüber Personen, die aufgrund ihrer sexuellen, ethnischen oder religiösen Ausrichtung benachteiligt werden, werfen diese Aussagen Fragen auf. Alarmierend ist, dass die Befragten dieses Verhalten speziell als ein Problem ländlicher Räume wahrnehmen.

„Ja, was in der Politik immer wenig beachtet wird, dass die Menschen doch starke Probleme haben, wenn man eine andere Religionszugehörigkeit hat als der Mainstream. Also ich glaube, in Großstädten kann das okay sein, aber wir haben hier auch auf den Dörfern einige, die nicht aus Deutschland kommen und andere Religionszugehörigkeiten haben und hier stark zu kämpfen haben. Und ich glaube, das ist in der Politik gerade jetzt natürlich durch den, ich nenne es mal ein bisschen provokativ, Rechtsruck, den es hier in den letzten Jahren gab, auch wieder schlechter geworden ist.“ (Rosengarten)

„Also, es geht ja bei den Bildern jetzt auch um Gefühle, die da hochkommen. Und bei der zwei [Bild einer Pride Parade, Anm.d.Verf.] ist es so, dass sich je-

der orientieren kann, wie er möchte. Da denke ich an Vorkommnisse, die jetzt gar nicht so alt sind, dass Personen aufgrund ihrer Orientierung misshandelt werden, zusammengeschlagen werden, wie auch immer. Das finde ich schon beängstigend, dass jemand, der nichts getan hat, der gesund ist und wie auch immer lebt, da um seine Gesundheit bangen muss. Und ich glaube auch, dass es einfacher ist, so-was in der Stadt auszuleben als auf dem Dorf.“ (Einbeck)

Durch solche Aussagen wirken die Eingangserzählungen von der harmonischen und toleranten Dorfgemeinschaft brüchig. Das zuvor etablierte Bild der „Problemstädte“ als Negativbeispiel gegenüber der ländlichen Idylle gerät in Erklärungsnot, wenn Anfeindungen gegenüber Minderheiten thematisiert und explizit als Problem ländlicher Räume eingestuft werden. Intoleranz als lokales Problem und mögliches Indiz für partikularistische Einstellungen vor Ort können also nicht von der Hand gewiesen werden. In dem angeführten Gesprächsausschnitt zur Pride Parade werden zudem die erheblichen Differenzen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung deutlich. Die unscheinbare Frage „was ist das denn?“ gibt zu verstehen, dass der Person keinerlei Kontextualisierungsoptionen zur Verfügung stehen und vermutlich bisher kaum eine Auseinandersetzung mit der LGBTQI+-Community stattgefunden hat. Kurzum: Eine Pride-Parade liegt weit außerhalb der Lebensrealität der befragten Person.

Des Weiteren offenbart sich eine Nähe zu partikularistischen Einstellungen durch die ausgeprägte Wertschätzung der kleinen und überschaubaren Gemeinschaft als integralem Bestandteil der kleinbürgerlichen Mentalität. Der Fokus auf das Eigene und Gemeinschaftliche – das Kernstück partikularistischer Identitätskonstruktionen – lässt sich indes nicht nur in einem solch kleinteiligen Maßstab feststellen. Wir können ferner unterschiedliche Formen von Nationalismus beobachten, die in ihrer Ausprägung variieren. Eine eher gemäßigte Spielart grundiert den Rekurs auf die

„Fußballnation Deutschland“ und ihre angebliche identitäts- und kohäsionsstiftende Kraft:

„B1: Fußball ist nicht jeder. Wo wir das Sommermärchen hatten, war fast die ganze Nation angesprochen. Nicht, weil wir gewonnen haben, das war einfach so ein Lebensgefühl hier und fast jeder Dritte hatte irgendeine Deutschlandfahne an seinem Außenspiegel. Und da hat man sich einfach gefreut. Das soll einfach ausdrücken, dass das das Lebensgefühl von fast allen hier war.“

B2: Das ist Zusammenhalt im Großen.“
(Einbeck)

Deutlich radikaler tritt die nationalistische Tendenz im Mentalitätsbestand hingegen in Erscheinung, wenn das Eigene – die eigenen Leute, die eigene Nation, die eigene Heimat – als benachteiligt oder gar bedroht wahrgenommen und ein Nationalprotektionismus gefordert wird, der die vermeintlichen Ungerechtigkeiten korrigieren soll. Notwendig sei dies aus Sicht einer Person beispielsweise bei der Versorgung von Obdachlosen bzw. der Verteilung von Wohnraum:

„Am Ende des Tages kann sich jeder überlegen, ob derjenige, der da jetzt unter der Brücke schläft, das selber zu verantworten hat. Aber in dem Moment, wo er da schläft, geht es ihm erst mal scheiße, um es vorsichtig zu sagen, und ihm muss geholfen werden. Da habe ich dann so ein bisschen Probleme, das muss ich ganz ehrlich bekennen. Eigene Leute, denen es schlecht geht, denen stelle ich keinen Wohnraum zur Verfügung und ich hole hier einen Haufen Leute rein, denen ich Wohnraum zur Verfügung stelle.“ (Rosengarten)

Aufgrund solcher Argumentationen fällt es schwer, der Mehrheit der Befragten eine universalistische Mentalität zu attestieren. Vielmehr scheinen sich die Teilnehmer:innen – aller Altersstufen – fast beliebig universalistischer *und* partikularistischer Argumentati-

onsweisen zu bedienen. Wir sehen also beides – und zwar oftmals bei ein und derselben Person in amalgamierter Form.

Wir schlussfolgern hieraus, dass weder eine rein kosmopolitische Bildungsemphase noch ein rein universalistisches Weltbild kennzeichnend für die niedersächsische Mentalität ist. Obwohl theoretisch inkompatibel bzw. komplementär, schließen sie sich empirisch nicht aus. Weder ist eine Fundamentalkritik am universalistischen noch am partikularistischen Weltbild nachweisbar. Vielmehr werden einzelne, als zu „radikal“ wahrgenommene Denk- und Handlungsformen entschieden abgelehnt. Dies mündet in der Distanzierung von extrem nationalistischen und rechtsradikalen Äußerungen einerseits sowie von „Cancel Culture“ und vermeintlicher „Genderideologie“ andererseits. Die Polarisierung zwischen Universalist:innen und Partikularist:innen wird dadurch erkennbar abgemildert: Unsere Gesprächsrunden sind nicht, wie die dichotome Gegenüberstellung suggeriert, durch einen unüberwindbaren moralischen Antagonismus gekennzeichnet. Es scheinen zwar moralische Anknüpfungspunkte zur Formierung von Lagern zu existieren, aber keine Flamme zu lodern, die einen Konflikt entzündet.

Entgegen der ursprünglichen Hypothese, dass im zentrumsnahen Rosengarten eher universalistische Einstellungen flottieren als im zentrumsfernen Einbeck, finden wir große Überschneidungen in der Argumentationsweise und im versatzstückartigen Rückgriff auf universalistische und partikularistische Weltbilder in beiden Regionen. Kennzeichnender als eine rein universalistische oder partikularistische Mentalität scheint eine Art „Mischmentalität“ zu sein, die eine Interferenz des Zentrum-Peripherie und Universalismus-Partikularismus-Cleavage daher (mindestens in Anbetracht unserer Forschungsergebnisse für den niedersächsischen ländlichen Raum) eher zweifelhaft erscheinen lässt. Auch die sozioökonomischen Differenzen der beiden Gebiete entfalten vor dem Hintergrund dieser Befunde keine Erklärungskraft. Die Ergebnisse deuten – konträr zu den bisherigen Annahmen – nicht auf eine deutlich stärkere Virulenz partikularistischer Mentalitätsbestände in vermeint-

lich abgehängten, strukturschwächeren Gebieten hin. Plausibler erscheint aufgrund der herausgearbeiteten Gemeinsamkeiten der ländlichen Fallregionen eine stärkere Prägung Niedersachsens durch die Stadt-Land-Konfliktlinie. Die auffällige Grenzmarkierung durch die Bewohner:innen ländlicher Räume gegenüber städtischen Zentren, welche in multiplen Dimensionen Sichtbarkeit erlangt (s. auch Kapitel 6), hat das Potenzial, die Herausbildung und Aufrechterhaltung sozial-räumlicher Differenzen zu befördern.

4.4 Zwischenfazit: Politische Kultur in Niedersachsen – weiterhin erdverwachsen?

Zwar bietet das Bundesland Niedersachsen als Bezugsgröße für unser Sample – wie auch für die Befragten des NDMQ 2020 – keinen Referenzrahmen, aber die gemeinhin attestierte „Erdverwachsenheit“ scheint zumindest für die ländliche Bevölkerung Gültigkeit zu behalten. Symbolisch kann die Verbundenheit zur eigenen Familie, zum Dorf oder der Region als Wurzelwerk betrachtet werden, welches das Fundament für die kleinbürgerliche Mentalität bildet. Dieser eher apolitische Mentalitätsbestand als Bodendecker der politischen Kultur ist gekennzeichnet durch Verästelungen der Rationalität, Mittigkeit, selektiven politischen Aktivierbarkeit sowie durch die Insistenz auf dem Dörflich-Familiären. Verdichtet wird diese politische Kultur-Schicht in Niedersachsen durch weitere eher rudimentäre Mentalitätsbestände, die einander überlagern und auch widersprechen: Betonung von Gleichheit *und* sichtbarer Antipluralismus, Lob der Vielfalt *und* Nationalismus, Liberalismus hier *und* Konservatismus da. Da diese disparaten Bestandteile der Mentalität durch die vorgelegte Untersuchung noch nicht endgültig bestimmt werden konnten, bleibt offen, ob diese primär universalistisch oder partikularistisch grundiert sind (wenn man an dieser Differenzierung festhalten möchte), und ob sie tatsächlich in der Mentalität verankert sind oder wir

lediglich ein universalistisches Federkleid als Kostüm zu sehen bekommen.

Aus diesen Mentalitäten speisen sich auch die von den Befragten aktivierten Deutungsmuster:

- Das Deutungsmuster des **technokratischen Blickes auf Politik** offenbart eine starke Orientierung an wissenschaftlicher Expertise und Logik, welche als zentrale Legitimationsressourcen für die Bewertung des Politischen angeführt werden. Aus dieser Sichtweise ergeben sich die Forderungen auf der politischen Ebene Expert:innen stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden und im Alltag stets rational zu denken und zu handeln.
- Des Weiteren hat die Analyse der politischen Kultur gezeigt, dass gesellschaftliche Veränderungen, sowohl lokal als auch gesamtgesellschaftlich, oftmals als **vermeintliche Bedrohungen der eigenen Lebenswelt** wahrgenommen werden, denen es entgegenzuwirken gelte. Mehrere Befragte beschreiben den Niedergang dörflicher Strukturen, denen durch ihr persönliches Engagement aktiv begegnet werden soll.
- Das dritte Deutungsmuster fokussiert ebenfalls **Verfallsentwicklungen**, hier **der demokratischen Sphäre**. Das politische Personal und systemische Fehlkonstruktionen würden eine gerechte Politikgestaltung und demokratische Entwicklung verhindern, weshalb verschiedene Vorschläge zur Prozessoptimierung unterbreitet werden.

Die genannten Mentalitäten und Deutungsmuster verästelten sich zu einem nur schwer durchdringbaren Dschungel der politischen Kultur und werden durch weitere Strukturelemente wie die populistischen Argumentationsweisen oder Retrotopien umrankt.

- In den Fallregionen treten sowohl Hinweise für eine Affinität zu populistischen Argumentationsweisen als auch Resilien-

zen zu Tage, die den Demokratierückhalt in Niedersachsen stärken. Obgleich die Wirkmächtigkeit populistischer Ideologien als gering eingeschätzt wird, erscheint es ratsam, regionale Unterschiede vor dem Hintergrund der historischen-politischen Kultur näher auszuleuchten und deren Beschaffenheit zu spezifizieren.

- Zudem stechen nostalgische Sehnsüchte in den Erzählungen der Befragten hervor, welche oftmals als Niedergangserzählungen diskursiv Eingang finden. Sie bieten theoretisch einen fruchtbaren Nährboden insbesondere für rechtspopulistische Rhetoriken, weshalb ihre Virulenz in Folgestudien aufmerksam beobachtet werden sollte.

5

Blick auf Politik und Demokratie

Wie blicken die von uns befragten Bewohner:innen des ländlichen Raumes auf Politiker:innen, auf die Institutionen des politischen Betriebs und auf die dort getroffenen Entscheidungen? Was verstehen sie unter Demokratie, wie bewerten sie diese politische Ordnung und wie groß ist der demokratische Rückhalt? Schreiben sich eventuell Muster fort, die im NDM 2021 identifiziert wurden, beispielsweise regionale Differenzen hinsichtlich Demokratieunterstützung? Für die Beantwortung dieser Fragen nehmen wir nun den inhaltlichen Kern der politischen Kultur, die politischen Objekte, in den Blick.

5.1 Politikwahrnehmung

Die Wahrnehmung von Politik hat viele Facetten; um Anschlussfähigkeit an die vorherigen Studien des NDM zu gewährleisten, fokussieren wir uns im Folgenden auf die Fragen, für welche politischen Themen sich die Befragten interessieren und wie sie die unterschiedlichen politischen Ebenen wahrnehmen und bewerten.

5.1.1 Probleme des Alltags

Allgemein lässt sich festhalten: Das für die Menschen in Niedersachsen kennzeichnende und bereits in früheren Studien konstatierte

Interesse an Politik (Schenke et al. 2021: 15f.) ist auch in unserem Sample klar erkennbar. Zwar kreisen viele Erzählungen in den Fokusgruppen um das unmittelbare Nahfeld und die lokalen Lebensbedingungen. Doch sobald genuin politische aktuelle Themen zur Sprache kommen, zeigt eine große Mehrheit beachtliche Diskussionsfreude. Teilweise wirkt es gar so, als wolle man die eigene Haltung und seinen Kenntnisstand gezielt unter Beweis stellen. Wir werten diese Zurschaustellung als erstes Indiz dafür, dass eine fundierte, aus interessierter Anteilnahme an der (tages-)politischen Berichterstattung gespeiste Sprech- und Diskutierfähigkeit offenkundig nicht nur im urbanen Raum zum „guten Ton“ gehört, sondern auch in den ländlichen Gefilden Niedersachsens. Erhärtet wird diese Annahme durch die Auswertung der Nachbefragungsbögen, in denen sowohl das allgemeine politische Interesse (vgl. Abbildung 5) als auch verschiedene Formen des politischen Engagements abgefragt wurden.

Wie sich Abbildung 5 entnehmen lässt, geben (bis auf eine Ausnahme) alle Gesprächsteilnehmenden an, sich für Politik zu interessieren. Unter den Befragten in Einbeck ist das Interesse etwas stärker ausgeprägt, andererseits geben hier weniger Befragte als in Rosengarten an, politisch aktiv (gewesen) zu sein. In Rosengarten hingegen haben wir es mit einer politisch hochgradig interessierten *und* aktiven Untersuchungsgruppe zu tun. Dass hohe Aktivitätsniveau (12 von 13 Teilnehmenden sind politisch engagiert) muss allerdings zuvorderst als Besonderheit der Sam-

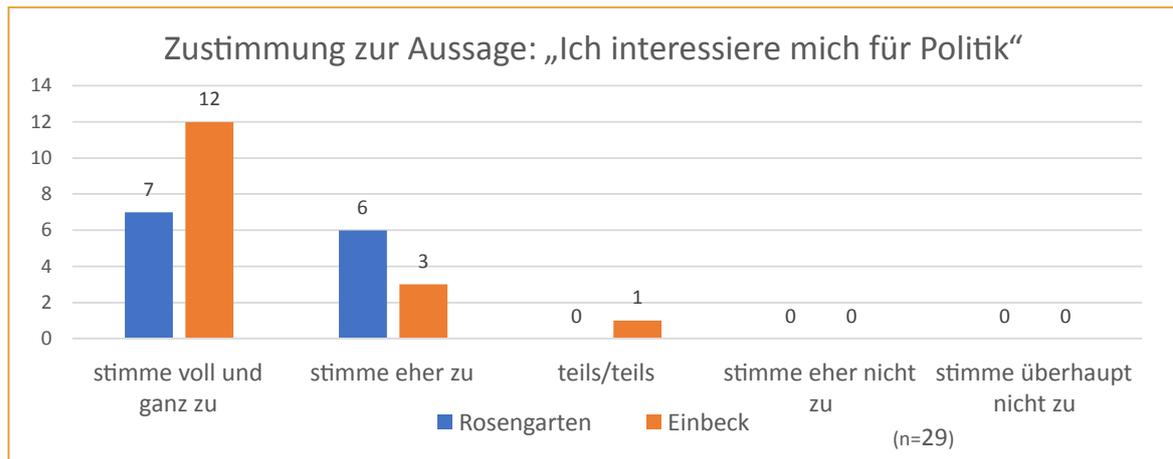


Abbildung 5: Politisches Interesse in Einbeck und Rosengarten. Quelle: Eigene Berechnung und eigene Darstellung auf Grundlage der Nachbefragungsbögen.

plestruktur verstanden werden (vgl. Kapitel 2.2.3). Es steht jedoch auch in einem erklärungsbedürftigen Kontrast zur konstatierten politischen Unzufriedenheit der Befragten.

Dieses hohe Politikinteresse schlägt sich in regen Debatten um soziale und politische Herausforderungen nieder. Unsere Befragten spannen ein breites Spektrum von Problemlagen auf und nehmen dabei unterschiedliche Hierarchisierungen vor.¹⁴ Wie in Kapitel 3 bereits ausgeführt, sind es zuvorderst Probleme des lokalen Zusammenlebens, die affektiv verfangen und deshalb für diskussionswürdig gehalten werden. Lokale Herausforderungen, die in beiden Fallregionen adressiert werden (insbesondere Nachwuchsprobleme im Vereinswesen und in der Lokalpolitik, fehlende Angebote im Bereich der Daseinsvorsorge und der Freizeitgestaltung sowie Mängel im Bereich der Verkehrsinfrastruktur), verweisen eindeutig auf Strukturprobleme ländlicher Räume; es sind diese Alltagsgegenstände, welche die Problemwahrnehmung strukturieren.

Gesamtgesellschaftliche Problemlagen werden in weitaus geringerem Maße besprochen, verschwinden jedoch keinesfalls vollständig aus dem Blickfeld der Befragten. Beson-

ders besorgt zeigen sie sich über ein veraltetes, unterversorgtes und von der Pandemie gezeichnetes Bildungssystem sowie über Probleme im Bereich der Verkehrswende. Auch über den voranschreitenden Klimawandel und die ökologische Krise, den Krieg in der Ukraine mitsamt seinen Folgen für die Wirtschaft und (Energie-)Sicherheit, sowie, seltener, über den demografischen Wandel, die Zunahme von Extremismus, Armut und sozialer Ungleichheit sowie Kriminalität, die gemeinhin vor allem in großstädtischen, migrantisch geprägten Räumen verortet wird, machen sich die Befragten Gedanken. Damit unterscheidet sich ihre Problemwahrnehmung und -priorisierung recht deutlich von der des niedersächsischen Durchschnitts im Jahr 2021. Besonders auffällig ist der Bedeutungsverlust der Coronapandemie, die zum damaligen Zeitpunkt dem Großteil der Niedersächs:innen noch als dringlichstes Problem erschien (Schenke et al. 2021: 16f.), in unseren Gesprächsrunden im Spätsommer und Herbst 2022 allerdings nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Der Krieg in der Ukraine wird war angesprochen, aber in überraschend geringem Ausmaß thematisiert. Besonders viel Platz wird dem Thema Verkehr eingeräumt, das in ländlichen Räumen offenkundig von großer Bedeutung ist.

Auffällig mit Blick auf die Problemdefinitionen ist schließlich, dass der massenmedial und in Fachdiskussionen jüngst wieder verstärkt aufgegriffene Topos der „multip-

14 Überraschend ist die Bandbreite adressierter Problemlagen vor allem deshalb, weil wir unsere Gesprächspartner:innen nicht darum gebeten haben, die (aus ihrer Sicht relevanten) politischen bzw. gesellschaftlichen Herausforderungen zu benennen.

len Krise“ auch im Bewusstsein einiger Befragter präsent ist.¹⁵ So zeigt sich eine Person aus Rosengarten erkennbar besorgt darüber, dass sich Krisen akkumulieren und überlagern würden:

„Ja, Frau Merkel, also das finde ich toll. Leider ist die Zeit von ihr jetzt vorbei. Und davor waren ja nicht so viele Krisen, jetzt haben wir so viele auf einmal. Und ob die so gut gelöst werden im Moment oder bearbeitet werden, ist die Frage, nicht?“ (Rosengarten)

Den Eindruck einer perpetuierten Krisenhaftigkeit teilen weitere Befragte. Er leistet den im vorangegangenen Kapitel skizzierten Retropopien Vorschub und geht teils mit der Sorge vor einer sich zuspitzenden gesellschaftlichen Gesamtlage einher, die die Niedersächs:innen bereits seit längerem begleitet.¹⁶ Entsprechende Ängste artikuliert eine Person aus Rosengarten:

„Ich denke, da wird noch eine schwierige Zeit die nächsten Monate auf uns alle zukommen [...] Ich glaube ganz einfach auch die ganzen Kosten, alles das, was auf die Bürger zukommt. Davor habe ich aufrichtige Angst [...] Und die Bürger werden immer unzufriedener, egal, wo man hinsieht, mit wem man diskutiert oder spricht, da ist eine Unzufriedenheit unter den Menschen, unglaublich, weil die auch Existenzängste haben. Und davor habe

ich echt Angst. Wenn ein Aufstand ist hier.“ (Rosengarten)

Im Vergleich zum NDMQ 2020 ist die Angst vor gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen, wie sie in dieser Äußerung exemplarisch zum Ausdruck kommt, jedoch ein eher randständiges Phänomen.

5.1.2 Politikwahrnehmung zwischen Bundes- und Kommunalebene

Bei näherer Betrachtung derjenigen Gesprächssequenzen, die um politische Problemstellungen kreisen, bestätigt sich ein Befund des NDMQ 2020 hinsichtlich der Verhandlung des lokalen Zusammenlebens: „Niedersachsen als Referenzrahmen spielt für die Interviewten keine Rolle“ (Schenke et al. 2020: 15). Stattdessen differenzieren unsere Befragten sinngemäß (nicht unbedingt sprachlich) zwischen „kleiner“ und „großer“ Politik, anstatt den Politikbetrieb wie sonst üblich in Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu unterteilen. Erstere fände auf kommunaler Ebene statt und wird als grundsätzlich nahbar erlebt, zweitere umfasse die Vorgänge und Entscheidungsprozesse auf Bundesebene, die oftmals fernab von der eigenen Lebensrealität stattfänden.¹⁷ Die Landespolitik findet nur in Ausnahmen Erwähnung, und wenn, dann zumeist, um ihr ein eigenständiges Profil abzusprechen: „Land und Bund, da sehe ich keinen Unterschied drin“ (Einbeck).

Ein weiterer Grund für das geringe Interesse an der landespolitischen Ebene dürfte darin liegen, dass sie gemeinhin für eher unbedeutend gehalten wird. Nicht nur in Niedersachsen, sondern in der Bundesrepublik generell herrscht die (irrig) Einschätzung vor, im politischen Mehrebenensystem würde die Bundes- die Landesebene stets ausstechen (können) und die Landespolitik sei daher bis zu einem gewissen Maße vernachlässigbar.

¹⁵ Die Diskussion um eine „multiple Krise“ in kapitalistischen Gesellschaften ist keineswegs neu. Sie wird spätestens seit der Weltwirtschaftskrise von 2008 geführt, unter maßgeblicher Beteiligung von Vertreter:innen (neo-)marxistischer Strömungen, vgl. Bader et al. 2011; Demirovic 2013.

¹⁶ Im NDMQ 2020 wurden wachsende gesellschaftliche Desintegrationstendenzen als die zentrale Sorge der Befragten identifiziert. Ein Jahr später, im NDM 2021, konnte festgestellt werden, dass Fragen des Zusammenhalts und der Systemstabilität von rund 20 Prozent der Menschen in Niedersachsen für das zweitwichtigste Problem gehalten wurden, vgl. Schenke et al. 2020: 31 ff. und Schenke et al. 2021: 17.

¹⁷ Diese Differenzierung gewinnt sicherlich auch dadurch an Bedeutung, dass sich viele Lokalpolitiker:innen bzw. lokalpolitisch Interessierte in unserem Sample befinden.

Noch weniger Aufmerksamkeit als der Landes- wird in unseren Gesprächen der internationalen Politik zuteil. Zwar werden Probleme, die internationale Tragweite besitzen, insbesondere der Klimawandel, die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg, benannt und (an-) diskutiert. In Rosengarten sind zudem die Terroranschläge vom 11. September ein mehrfach adressiertes Thema – wohl auch deshalb, weil die Gemeinde an den Bezirk Harburg und damit an die Wirkungsstätte von Mohammed Atta, eine der beteiligten Schlüsselfiguren, grenzt. Allerdings fällt auf, dass selbst sie oftmals nicht als Themen von internationaler Tragweite besprochen werden. So kreist die Diskussion des Ukrainekriegs in der Regel um die Folgen für die nationale Wirtschaft und Energiesicherheit sowie die Lage der Bundeswehr; die Corona-Pandemie bietet vor allem angesichts ihrer Auswirkungen auf die Ausbildung der eigenen Kinder und das hiesige Vereinsleben Anlass zur Sorge; und auch Gespräche über den Klimawandel wirken insofern perspektivisch verengt, als sie zumeist hauptsächlich auf die deutsche Energiewende Bezug nehmen. Die politische Diskussion verbleibt dadurch auf lokaler oder maximal nationaler Ebene – auch wenn sie durch Themen angeregt ist, die klar über diesen Bezugsrahmen hinausreichen.

Aus zwei Gründen überrascht dies nicht: Zum einen ist unser Gesprächsleitfaden nicht darauf ausgelegt gewesen, eine Diskussion internationaler Politik anzuregen. Ganz im Gegenteil: In weiten Teilen diente er uns als Hilfestellung, um die Befragten zur „Preisgabe“ ihres Blicks auf das Zusammenleben vor Ort zu veranlassen – selbstverständlich mit dem Ziel, die Befunde mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Fragen einzuordnen. Warum die Befragten entsprechende Themen nicht von sich aus in die Diskussion einspeisten, ist damit indes noch nicht beantwortet. Wir erklären uns diesen Umstand mit der in weiten Teilen unseres Samples zu beobachtenden Fokussierung, ja perspektivischen Verengung auf das unmittelbare Lebensumfeld, die wir in Kapitel 4.3 als Begleiterscheinung einer typisch niedersächsischen kleinbürgerlichen Mentalität gewertet haben. Sie durchdringt offenkundig

auch das Politikbild unserer Befragten, das sich zwischen kommunalpolitischem Nahfeld und seiner Kontrastfolie, der „großen“ (Bundes-)Politik, aufspannt.

Blick auf die („große“) Bundespolitik

Die Wahrnehmung bundespolitischer Akteur:innen, Prozesse und Outputs – in ihrer Gesamtheit oftmals schlicht als „die Politik“ adressiert – lässt sich grundsätzlich als ambivalent charakterisieren: In beiden Fallregionen lassen sich sowohl Verständnis- und Zufriedenheitsbekundungen feststellen als auch diverse Formen von Kritik, die mal mehr, mal weniger sachlich vorgetragen wird.

Die Vorwürfe, mit denen die Bundespolitik in unseren Gesprächen konfrontiert wird, nähren sich vielfach aus den bereits ausgeführten Deutungsmustern und sind ebenso breitgefächert wie die Intensität, mit der sie vorgetragen werden. Auf der einen Seite finden wir Kritik, die sich dezidiert an die hochrangigen politischen Entscheider:innen der Bundesrepublik richtet. Ein gerade in Rosengarten beliebter Vorwurf, der sich wesentlich aus dem Deutungsmuster eines technokratischen Blicks auf Politik (vgl. Kapitel 4.2.1) speist, lautet: Diejenigen, die die Schaltzentralen in den Ministerien und Ämtern besetzen, würden nicht über die Fachkompetenzen verfügen, die für ihre jeweilige Position erforderlich wären. Als Ursache hierfür wird unter anderem auf eine veränderte Rolle von (Berufs-)Politiker:innen verwiesen, die zunehmend „in Themen eingesetzt werden, von denen sie vorher noch nie was gehört haben“ (Rosengarten). In Konsequenz degeneriere der bzw. die moderne Politiker:in zu einer bloßen Führungskraft, die von Ressort zu Ressort gereicht werde und sich deshalb inhaltlich nicht in dem Maße in das jeweilige Politikfeld einarbeiten könne, wie es eigentlich notwendig sei:

„Ich sehe heute immer wieder in Großbetrieben, dass wir Mitarbeiter mit Führungserfahrung von A nach B verschieben. Die haben zwar von der Sache keine Ahnung, aber sie können führen. Und da-

her können sie alles. In der Politik ist es nichts anderes. Und da geht es in die Hose. Ob ich nun heute Familienminister mache [...] und morgen dann bei der Bundeswehr bin und danach nach Europa gehe. Das ist schon grenzwertig.“ (Rosengarten)

Diese technokratisch überformte Kritik an der Figur des Berufspolitikers und seiner vermeintlichen Inkompetenz mündet in Ausnahmefällen in einer grundsätzlichen Skepsis bezüglich der politischen Problemlösungskompetenz:

„Und zwar deshalb, weil ich wirklich den Eindruck habe, dass die Leute, die da, egal, in Berlin jetzt, in den Parteien, die sonst das Sagen haben, von Tuten und Blasen viel zu wenig verstehen. Das heißt, denen fehlt einfach die Fachkompetenz, wie man Probleme löst. Wie man mit der Gesellschaft umgeht.“ (Rosengarten)

Außerdem werden Vorwürfe an Politiker:innen gerichtet, die auf einem Zweifel an ihrer charakterlichen Eignung gründen. Sowohl in Einbeck als auch in Rosegarten wird bemängelt, Politiker:innen seien in weiten Teilen stärker am eigenen Machterhalt interessiert als am gesellschaftlichen Gemeinwohl, für das sie sich als Volksvertreter:innen per definitionem eigentlich einzusetzen hätten. In Berlin mangle es an politischem Personal, das „weiterdenkt als die eigene Machtperiode“ (Rosengarten). Zumindest indirekt werden Politiker:innen damit als egozentrisch und „macht-hungrig“ präsentiert; als Personen, die sich zwar dem Wohle Anderer verschrieben hätten, sich letztlich aber doch vornehmlich um sich selbst sorgen würden.

In Anbetracht der Kritik an der fachlichen respektive charakterlichen Befähigung von Politiker:innen verwundert es kaum, dass auch deren Entscheidungsergebnisse vielfach für unzulänglich gehalten werden. Das Fehlen eines langfristigen Planungshorizonts ist in den Augen einiger Befragter eine der Hauptursachen, auf die die mangelhafte Qualität vieler Entscheidungen zurückgeführt werden müsse.

Andere Beschlüsse wiederum, wie beispielsweise das 9-Euro-Ticket, das in der Metropolregion Hamburg zu einem Verkehrschaos im öffentlichen Nahverkehr geführt habe, seien per se undurchdacht und nicht einmal mit Blick auf kurzfristige Konsequenzen sorgfältig genug überprüft worden. Anstatt eine langfristige, in sich schlüssige politische Agenda zu verfolgen, würden viele affektgesteuerte Beschlüsse gefällt, die bloß dazu dienten, peu à peu die dringlichsten Brandherde zu löschen. Statt aktiv zu gestalten, reagiere die Politik bloß:

„B1: Also, wir wollen es mal so sagen: Diese Gruppe, die jetzt regiert, die hat es schwer. [...] Die versuchen es zumindest, aber die [...] schießen irgendwas raus. Hätten sie die Schnauze gehalten, dann wäre es besser gewesen.“

B2: Die können ja nur reagieren, ne?

B1: Ja [...] Die agieren gar nicht richtig.“ (Einbeck)

Darüber hinaus werden bundespolitische Entscheidungen mitunter als partikularistisch und realitätsfern empfunden. Verwiesen wird in diesem Kontext einerseits auf eine Überrepräsentation spezifischer Berufsgruppen – insbesondere Jurist:innen – in den Schaltzentralen der Politik, andererseits auf eine vermeintliche politische Vormachtstellung der Bewohner:innen urbaner Räume samt der ihr zugeschriebenen Mentalitäten. Erneut wird dabei das Thema der Verkehrswende von einigen Befragten als Beleg herangezogen, um zu argumentieren, dass sich so mancher politischen Entscheidung eine „urbane Schlagseite“ attestieren lasse, die die Lebensbedingungen in ländlichen Räumen nicht ausreichend berücksichtige:

„B1: Plus, dass die Busse hier katastrophal fahren. Wir sollen alle auf Bus umsteigen. (lacht) Ja, schön, danke [...] Also es ist wirklich eine Katastrophe.“

B2: Aber, ich frage mich: Wie kann man in Deutschland nur so partikularistisch denken?

B1: Weil die Politiker in Berlin in ihrer Stadt sitzen. Von denen wohnt keiner auf dem Dorf.“ (Rosengarten)

Dass sich Politik immer mehr von ihrem Ursprung und ihrer Legitimationsquelle, der Bevölkerung, entfernt habe, wird auf verschiedene Umstände zurückgeführt: auf eine Zusammensetzung der politischen Entscheidungszentren, insbesondere des Bundestags, welche die gesellschaftliche Realität nicht abbilde; auf die Fokussierung des politischen Personals auf die eigenen (partei-)politischen Erfolge und Interessen sowie auf die als unzureichend bewerteten bundespolitischen Einflussmöglichkeiten. Wie wir in Kapitel 4.2.3 bereits konstatiert haben, bergen diese Argumente eine populistische Anschlussfähigkeit.

Äußerungen, die von diesem negativen Politikbild abweichen oder ihm gar ein paar hellere Töne hinzufügen, finden sich vergleichsweise selten: Teilweise wird Verständnis für die schwierigen und komplexen Bedingungen geäußert, unter denen Bundespolitiker:innen ihre Entscheidungen zu treffen hätten. Manch ein:e Befragte:r geht gar so weit, ihnen Dank zu zollen – dafür, dass sie sich bereit erklären, einen so anspruchsvollen und zeitraubenden Job zu erledigen:

„Aber ich finde diese Politikverdrossenheit immer so ein bisschen schwierig, ich bin eigentlich total dankbar, dass es da noch Leute gibt, die diesen Job machen, ganz ehrlich. Ich bin dir dankbar, dass du das machst, ich bin dankbar, Herr Scholz und Habeck und allen Leuten, weil das ist, glaube ich, ein Mörderjob. Und ich weiß immer gar nicht, wann die überhaupt noch schlafen und wie die das alles drauf kriegen. Natürlich sind das keine Fachleute. Aber was die alles draufhaben, was die alles denken und verknüpfen müssen. Da bin ich froh, dass die das machen, also ganz ehrlich.“ (Rosengarten)

Des Weiteren bleibt nicht jede Kritik unwidersprochen: Eine befragte Person aus Einbeck kontert beispielsweise den Vorwurf der Bürger- bzw. Volksferne, den seine Mitdiskutant:innen aussprechen, mit dem Verweis darauf, dass sich Abgeordnete im Rahmen von Bürger:innensprechstunden in den Wahlkreisbüros durchaus um Nahbarkeit bemühten und damit eigeninitiativ auf Bürger:innen zugehen würden. Eine befragte Person aus Rosengarten wiederum richtet sich gegen ihre Vorredner:innen, wenn sie argumentiert, man dürfe die Schuld für gesellschaftliche Probleme nicht allein auf die Bundespolitik abwälzen, sondern müsse sich in Selbstverantwortung üben. Auch den Vorwurf, Bundespolitiker:innen wüssten nichts über die ländliche Lebensrealität, lässt sie nicht gelten:

„Also, ich finde immer das auf Berlin schimpfen ein bisschen schwierig. Ich muss mich auch echt an die eigene Nase fassen [...] Immer nur nach Berlin zu zeigen, glaube ich, ist nicht... Da muss ich hier vor Ort denn auch was machen in den Parteien, damit das irgendwie umgesetzt wird und auch erklärt wird, was die da machen.“ (Rosengarten)

Darüber hinaus finden wir – vorrangig in Einbeck – Aussagen, die sich dezidiert positiv auf die Bundespolitik beziehen. Erfreut zeigt man sich beispielsweise über die zunehmende politische Unterstützung von Familien, über die Bemühungen um Geschlechterparität in der Bundesregierung oder auch allgemein über deren aktuelle Zusammensetzung:

„B1: Man kann nicht mit allem einverstanden sein, aber im Großen und Ganzen, ja, kann man sehr zufrieden sein. Also, aus meiner Sicht, ist es gut, jetzt bundespolitisch, dass wir jetzt auch eine grüne Beteiligung haben. Das ist nach meiner Einschätzung mehr Segen als Fluch. Insofern kann es nur gut sein [...] Im Großen und Ganzen bin ich doch zufrieden damit.“

B2: Das kann ich eigentlich auch sagen. Ich bin auch zufrieden [...] Ich denke, un-

sere Politiker sind von der Gesellschaft gut ausgesucht, dann bin ich damit auch zufrieden.“ (Einbeck)

Insgesamt weist der Blick der Befragten auf die Bundespolitik also sowohl positive als auch negative Facetten auf. Beide Formen der Bezugnahme stehen indes in einem ungleichen Verhältnis zueinander: Verständnissvolle oder gar lobende Äußerungen sind eher rar gesät (und eher in Einbeck vorzufinden), dominierend ist eine kritisch-distanzierte Haltung, die vereinzelt in massive Entrüstung und populistisch anschlussfähige Elitenkritik umschlägt. Zudem fällt auf, dass die Politikwahrnehmung in Einbeck stärker polarisiert zu sein scheint: Hier finden wir sowohl die massivste, mitunter sehr stigmatisierend vorgebrachte Form der Kritik als auch die explizitesten Zufriedenheitsbekundungen.

Blick auf die („kleine“) Kommunalpolitik

Das Pendant zur Bundes- bildet die Kommunalpolitik. Ihrer politisch nachgelagerten Position zum Trotz nimmt sie in unseren Fokusgruppen eine herausragende Stellung ein, ist intensiv sowie kontrovers diskutierter Gesprächsgegenstand und veranlasst einige Befragte gar dazu, Loblieder und nostalgische Reminiszenzen vorzutragen. So auch eine befragte Person aus Rosengarten, die ihre erstmalige Begegnung mit Heinrich Meyer-Hüdig, dem ersten Bürgermeister ihres Wohnorts nach dem Zweiten Weltkrieg, als einschneidendes Erlebnis rekapituliert:

„Mein erster Kontakt mit der Politik hier war Herr Meyer-Hüdig [...] Der war, ich glaube, der dienstälteste Bürgermeister Deutschlands [...] Er war berühmt dafür, dass er alles blitzschnell machte. Ich brauchte also den Personalausweis. Sagt er: ‚Ach, Sie brauchen keinen neuen. Da kleben wir was drauf.‘ Zog an einem riesigen Stapel, zog ein Formular raus, das musste ich ausfüllen. Mittlerweile hatte er schon irgendwie so einen Zettel draufgeklebt, fertig, tschüss. Das war mein erster

Kontakt mit Politik hier. Und das fand ich großartig.“ (Rosengarten)

Warum sich unsere Gesprächsteilnehmer:innen derart häufig und gefühlsbeladen über Kommunalpolitik äußern, ist schnell nachvollziehbar, wenn man sich erneut die Besonderheit unseres Samples vor Augen führt: Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, kennen sich alle Befragten – selbst jene, die nicht aktiv in der lokalen Politik sind – mit den im Orts- und Gemeinderat verhandelten Themen gut aus. Allein die Tatsache, dass sie diese Ebenen auseinanderhalten können, verweist auf einen hohen (und vermutlich überdurchschnittlichen) kommunalpolitischen Kenntnisstand. Überraschend ist dieses Differenzierungsvermögen aus unserer Sicht gerade insofern, als es an anderer Stelle anscheinend völlig fehlt: Während die Politik von Bund und Land einigen Befragten zufolge nicht getrennt betrachtet werden könne, werden mit Blick auf die Kommunalpolitik „deutliche Unterschiede zwischen Gemeinde und Ort“ (Rosengarten) hervorgehoben.

Es sind genau diese Inneneinsichten, die viele unserer Gesprächsteilnehmer:innen dazu befähigen, über die Arbeit lokaler Politiker:innen zu rasonieren. Das bedeutet umgekehrt: Hätten wir mit kommunalpolitisch weniger stark Interessierten bzw. Engagierten gesprochen – sprich: mit Personen, die über solche Beurteilungskompetenzen nicht verfügen – dann wäre diesem Bereich sicherlich ein deutlich geringerer Gesprächsanteil zugekommen. Hierauf deutet auch der kursorische Vergleich mit dem NDMQ 2020 hin: Die Kommunalpolitik erhält in den Gesprächen mit Bewohner:innen niedersächsischer Städte erkennbar weniger Raum, stattdessen dominiert der Bezug zu gesamtgesellschaftlichen Problemstellungen und folglich zur Ebene der Bundespolitik. Inwiefern sich diese Diskrepanz als Hinweis auf eine erhöhte Bedeutung von Kommunalpolitik in ländlichen Regionen werten lässt, kann nicht final geklärt werden. Denn es gilt zu berücksichtigen: Viel stärker als unser Gesprächsleitfaden war jener im NDMQ 2020 bewusst darauf ausgelegt, eine Diskussion bundespolitischer Probleme zu evozieren.

Von daher verwundert es nicht, dass die Bundespolitik dort deutlich mehr Aufmerksamkeit erfährt.

Verbindende Konsenslinien zwischen Rosengarten und Einbeck offenbaren sich nicht nur hinsichtlich des generellen Stellenwerts von Kommunalpolitik. Weitgehend einig ist man sich ferner bezüglich ihrer konkreten Funktion und Funktionsweise. Als „Sachpolitik auf Ortsebene“ (Einbeck) habe sie sich um die dringlichen Probleme und Aufgaben des unmittelbaren Lebensumfeldes zu kümmern, anstatt um „richtungsgebende Sachen für gesellschaftliche Strömungen“ (Einbeck). In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich sowohl von der Bundes- als auch von der Landesebene:

„Von daher kann man Kommunalwahlen nie mit Landtagswahlen und Bundestagswahlen gleichsetzen. Die Ergebnisse sind nicht spiegelbar, weil: Hier geht es um ganz was anderes. Hier geht es um örtliche Belange, hier geht es nicht um irgendwelche große Parteipolitik, sondern hier geht es um die Menschen hier vor Ort, die Umgebung und darum, das Leben so leicht wie möglich zu machen.“ (Einbeck)

Der Verfügungsbereich von Kommunalpolitik ist damit zwar geografisch enorm eingeeignet, reiche aber nichtsdestoweniger stark in die Realität des Ortes und seiner Einwohner:innen hinein. Erst hierdurch gewinnt Kommunalpolitik die ihr zugeschriebene Relevanz: Gerade weil sie mit „handfeste[n] Gegenwartsprobleme[n]“ (Einbeck) betraut sei und sich um unmittelbar sicht- und spürbare Aufgabenbereiche kümmere – exemplarisch angeführt werden Straßensanierung und lokale Bauvorhaben –, dürfe sie keinesfalls unterschätzt werden.

Um diesen Pflichten gerecht zu werden, müsse auf kommunalpolitischer Ebene ein spezifischer Modus der Zusammenarbeit gepflegt werden: Gewünscht und gefordert wird eine möglichst vorbehaltlose, ideologiefreie und geschlossene Kooperation beteiligter Akteur:innen, da es diesen darum gehen müsse, „das Beste“ für die Dorfgemeinschaft heraus-

zuholen. Anstatt sich gegenseitig aus individuellen oder parteistrategischen Erwägungen heraus zu blockieren, sei Einigkeit und ein gemeinsamer Fokus auf das Allgemeinwohl der lokalen Gemeinschaft vonnöten. Die bereits angesprochene Differenzierung von Orts- und Gemeindeebene ist vor allem in dieser Hinsicht bedeutsam: So wird uns gleich mehrfach von Personen mit kommunalpolitischer Inneneinsicht berichtet, dass die Arbeit im gegenwärtigen Ortsrat dem erwünschten Ideal durchaus nahekäme, während auf Gemeindeebene parteipolitisches Denken eine effektive Gemeinwohlausrichtung nach wie vor erschwere:

„Ich glaube, dass wir mit dem Ortsrat eine Konstellation haben, die ganz gut zusammenarbeitet. Und egal aus welcher Gruppe oder Schattierung die Leute kommen, dass wir da eine hohe Einigkeit haben. In der Gemeinde ist es problematisch, weil dort tatsächlich mehr dieses Wolkendenken ist: Ich bin in der und der Partei und ich mache nun mal das. Und wenn die anderen was sagen, will ich das besser machen, und erst mal lehne ich das ab. Und das ist eine kritische Situation, an der da die Gesamtgemeinde im Moment leidet.“ (Rosengarten)

Die beachtliche Affinität unserer Befragten zur Sphäre der Kommunalpolitik führt also nicht – wie man intuitiv annehmen könnte – zu eintönigen Lobgesängen. In beiden Fallregionen wird auch Kritik an kommunalpolitischen Prozessen und Entscheidungen laut. So sorgt es wie gezeigt für besonderen Unmut unter unseren Gesprächsteilnehmer:innen, wenn statt der Interessen der Dorfgemeinschaft Parteipolitik als Handlungsmaxime kommunalpolitischer Entscheidungsträger:innen fungiere. Fehlende Sach- und Gemeinwohlorientierung bilden in beiden Regionen eindeutig den Hauptkritikpunkt bei der Beurteilung von Kommunalpolitik. Als eine Lösung für dieses Problem schlägt eine befragte Person aus der Region Einbeck die Gründung von parteipolitisch unabhängigen Wählergemeinschaften vor:

„Dann habe ich gegen den Widerstand meiner eigenen Partei, in der ich war, in der ich bin, das im Ortsrat durchsetzen können, weil man da auch schon keine Leute mehr gefunden hat, die bereit waren, sich für den Ortsrat zu engagieren, zumindest hat man keine 13 Leute in einer Partei mehr zusammengekriegt. Der SPD ging es genauso wie der CDU. Und die fanden keine Leute mehr. Und dann habe ich gesagt: ‚Diese Zankereien, die da immer stattfinden, das ist eine Schau für die Leute.‘ Die Leute ticken sich an den Kopf und sagen: ‚Sind die bekloppt oder was. Die sollen was für die Dörfer tun hier.‘ Und das war immer mein oder unser Bestreben. Und gegen den Willen meiner eigenen Partei habe ich das durchgesetzt, dass wir jetzt eine Wählergemeinschaft haben [...] Wir haben ganz viele junge Leute jetzt da drin. Das ist wirklich schön [...] Es soll den Leuten nur, also die da sich reinwählen lassen und die das möchten, denen soll es um die Dörfer gehen und nicht um irgendeine Partei, hier gerade unten auf der untersten Ebene auch noch.“ (Einbeck)

Dem beklagten parteipolitischen Dogmatismus ließe sich also – so das Argument, das nicht nur diese befragte Person vorträgt – durch die Gründung von freien bzw. unabhängigen Wähler:innengemeinschaften Abhilfe schaffen. Gerade in Einbeck erscheinen sie regelrecht als Hoffnungsträger, mit denen sich das politische Geschehen vor Ort nicht nur von hinderlichen Konflikten und parteipolitischen Querelen befreien, sondern auch insgesamt revitalisieren ließe. Indem sich mit ihnen die Möglichkeit zum überparteilichen Engagement für das dörfliche Allgemeinwohl realisieren lasse, steigere man die Attraktivität der Lokalpolitik und des Engagements für jüngere Menschen und durchbreche ihre (augenscheinlich auf den Unwillen zur Konfliktintervention zurückgeführte) Politikverdrossenheit. Einer von Nachwuchsproblemen geplagten Kommunalpolitik tue man damit einen enormen Gefallen. In dieser Vorstellung offenbart sich eine bisweilen paradox anmutende Umdeutung: Während

man Wähler:innengemeinschaften zugesteht, durch die Tilgung des (partei-)politischen Konflikts das lokale Politikgeschehen wieder mit Leben zu füllen, kassiert das Instrument des parteipolitischen Wettbewerbs implizit den Vorwurf, politischen Stillstand und Pattsituationen zu bedingen. Das Potenzial einer belebenden, dynamisierenden Wirkung parteipolitischer Konkurrenz bleibt verkannt.

Parteipolitischer Dogmatismus und fehlende Gemeinwohlorientierung sind gleichwohl nicht die einzigen Kritikpunkte an der Kommunalpolitik. Auch mit ihren Entscheidungsergebnissen zeigt sich ein Teil der Befragten sehr unzufrieden. So wird sich über die Errichtung eines Sendemastes in der Nähe des örtlichen Friedhofs echauffert, über fehlende Straßenbeleuchtung und einen schlecht funktionierenden Winterdienst oder über ein neugebautes Parcours-Gelände, das lediglich von einem sehr begrenzten Personenkreis genutzt werden könne und daher als „Riesengeldverschwendung“ (Rosengarten) betrachtet wird. Ein weiterer an die Kommunalpolitik gerichteter Vorwurf bezieht sich auf die Geschwindigkeit, mit der Entscheidungen getroffen und vor allem umgesetzt würden. Oftmals dauerten Bau- und Sanierungsprojekte mehrere Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte, ehe sie endgültig fertiggestellt seien:

„Ein gutes Beispiel für Kommunalpolitik im Kleinen: Wenn man hier in die Dorfstraße weiterfährt [...] Fünfzehn Jahre hat es gebraucht, um diese Straße mit einem Fußweg zu versehen. Vorher war der Fußweg mit einer gezackten Linie von der Fahrbahn abgetrennt. Fünfzehn Jahre hat es gebraucht, bis man endlich diese Birkenreihe weggekriegt hat.“ (Rosengarten)

Auffällig ist, dass insbesondere jene, die selbst kommunalpolitisch aktiv sind, mit einem äußerst positiven, in Teilen gar idealistisch verklärten Blick auf ihre Handlungsarena schauen. Und auch andere Befragte beider Fallregionen bringen Kommunalpolitiker:innen grundsätzlich hohe Wertschätzung entgegen. Sie seien – so wird vielfach betont – besonders nahbar, könne man sie doch problemlos

auf der Straße ansprechen oder bei den frei zugänglichen Ortsratssitzungen mit den eigenen Auffassungen konfrontieren:

„B1: Die Wege sind kürzer und man kennt sich, Ansprechbarkeit ist gegeben. Man kommt auch schneller ins Gespräch. Also man muss ein bisschen offen sein.

B2: Ja, man kann bei der Ortsversammlung auch aufstehen und was sagen. Das finde ich gut. Also im Parlament habe ich es noch nicht gemacht. (lacht)“ (Einbeck)

Außerdem böte kommunale Politik mehr, vor allem aber vergleichsweise niedrighschwellige Partizipationsangebote, die genutzt werden könnten, um seinen eigenen Positionen Gewicht zu verleihen. In den Augen des Großteils der Befragten ist sie somit nicht nur deutlich nahbarer als die „große“ Bundespolitik, sondern die Hürden, selbst „mitzumischen“ (und sei es nur durch die Teilnahme an Ortsratssitzungen), ließen sich leichter überwinden. „Wenn ich mich beteiligen möchte, dann kann ich das machen und mich so einbringen, dass mein Wort auch gehört wird“ (Rosengarten) – so bringt eine befragte Person es auf den Punkt. Im Unterschied zur oftmals als lebensfern und der eigenen Verfügungsgewalt entzogen wahrgenommenen Bundespolitik wird die kommunalpolitische Sphäre somit als nahbar und responsiv erlebt, als Raum, der Teilhabe ermögliche und an die eigene Lebenswelt rückgekoppelt sei. Vor dem Hintergrund des Demokratieverständnisses unserer Befragten, auf das wir nun näher eingehen möchten, erscheint die kommunale Politik damit als Ort der Demokratie per excellence.

5.2 Demokratievorstellungen

Ohne dies stets auszuformulieren, scheint all unseren Fokusgruppenteilnehmer:innen grundsätzlich klar zu sein, dass es sich bei der besprochenen und bewerteten Politik um *demokratische* Politik handelt beziehungsweise die Politiker:innen sich innerhalb eines demo-

kratischen Rahmens bewegen. Das Leben in einer Demokratie wird als Selbstverständlichkeit betrachtet, die nicht unbedingt einer Explikation bedarf. Dennoch wird diese Form der Herrschaftsorganisation in allen Gesprächsrunden erwähnt und in unterschiedlicher Intensität besprochen. Anhand dieser Sequenzen lassen sich die Konturen des Demokratieverständnisses unserer Befragten rekonstruieren und Antworten auf die Fragen geben, wie zufrieden sie mit der Demokratie als Ordnungsprinzip sind und wie stabil sie in den Augen der Befragten ist.

5.2.1 Demokratieverständnis: Volkssouveränität und Rechtsstaatsprinzip

Analog zum NDMQ 2020 offenbart sich in unserem Forschungskontext ein ausgeprägter Konsens im Hinblick auf die Kernkomponenten der Demokratie. In beiden Fallregionen herrscht weitgehend Einigkeit, was unter „Demokratie“ zu verstehen ist und welche Prinzipien ihr zuzurechnen sind. Welchen Elementen dabei jeweils wie viel Bedeutung beigemessen wird, ist zwar schwer zu durchdringen – oftmals wird nur recht implizit über sie gesprochen –, einige Abstufungen lassen sich aber dennoch herausarbeiten.

Unsere Gesprächsteilnehmer:innen setzen einen anderen Schwerpunkt als diejenigen im NDMQ 2020. Anstatt der Meinungs- und Pressefreiheit (Schenke et al. 2020: 3) gilt dem Großteil unserer Befragten die spezifische Legitimation nach dem „bottom up“-Prinzip als *das* demokratische Kernprinzip. Demokratie erfordere – so ist man sich einig – stets die Rückbindung an respektive Einbindung von Bürger:innen, damit die Herrschaft „von unten“ ausgehe und „nicht über die Köpfe anderer hinweg entschieden wird“ (Rosengarten). Im Zentrum ihres Demokratieverständnisses steht also das Prinzip der Volkssouveränität, demzufolge die Bevölkerung Macht- und Legitimationsquelle sei und die Politik ihre Entscheidungen an deren Wohlergehen zu bemessen habe. Untrennbar damit verbunden ist der Anspruch auf Partizipation. Es müsse gewährleistet werden,

„dass von unten heraus mit den Wahlen, über die Parteien, der Bürger mitbestimmen kann, was passiert in diesem Staat [...] Und, dass wir kein ‚Von-oben-runter-regieren‘ haben, sondern dass man immer noch weiß, wir hier unten sind diejenigen, die bestimmen, was passiert. Und das kann ich in allen vier Jahren und fünf Jahren Abstand durch meine Wahl zum Ausdruck bringen.“ (Einbeck)

Wahlen sind zwar das Haupt-, nicht aber einzige Instrument, mit dessen Hilfe sich die erforderliche Rückbindung an die Bevölkerung bewerkstelligen ließe. Gerade in Rosengarten wird die Bedeutung bürgerlichen Engagements betont und argumentiert, eine vitale Demokratie erfordere mehr als nur den Gang zur Wahlurne. Die Teilnahme an Orts- bzw. Gemeinderatssitzungen, vor allem aber an Demonstrationen und Bürgerinitiativen wird gelobt und zur Ausdrucksform „gelebte[r] Demokratie“ (Rosengarten) stilisiert. Entsprechend viel Anerkennung erfahren die Bemühungen einer Person aus Rosengarten, die sich im Rahmen einer Bürgerinitiative gegen die Schließung einer wichtigen Verbindungsstraße zu Hamburg engagiert hatte:

„Aber ich denke, solche Initiativen, wie diese Verbindungsstraße, das finde ich auch total wichtig. Nicht, dass solche Sachen einfach von oben irgendwie administrativ geregelt werden und die Bevölkerung schüttelt nur den Kopf und sagt: ‚Na, uns fragt ja keiner.‘“ (Rosengarten)

Lobreden dieser Art speisen sich augenscheinlich auch aus einer allgemeineren politischen Leitvorstellung, der eine Identifikation als „Engagierte:r“, als guter demokratischer Staatsbürger:in, zugrunde liegt. Sie lässt sich als Derivat des bis auf die Französische Revolution zurückdatierbaren Idealbilds des *citoyens* verstehen. Getragen von einer aufklärerischen Konzeption von Staatsbürgerlichkeit, begreifen sich viele Befragte – ohne dies so klar zu formulieren – als „gute“ bzw. „richtige“ Bürger:innen, die den „schlechten“ insofern überlegen seien, als sie sich der de-

mokratischen Verpflichtung, aktiv und eigenverantwortlich am Gemeinwesen teilnehmen zu müssen, nicht nur bewusst sind, sondern sie auch praktisch umsetzen. Paradox mutet in diesem Zusammenhang an, dass im impliziten Rekurs auf demokratische Wertvorstellungen eine antiegalitäre Unterscheidung von „guten“ und „schlechten“ Bürger:innen fortgeschrieben wird. Zu letzteren zählt eine befragte Person aus Rosengarten jene, die „immer nur schimpfen“ und „meckern“.

In Einbeck finden wir das Argument, auch die Bürger:innen müssten in einer Demokratie aktiv dazu beitragen, die Herrschaft „von unten“ zu gestalten, hingegen etwas seltener. Stärker als das Individuum wird hier der Staat mit dieser Aufgabe betraut. Ihm schreibt man die über die Gewährleistung von Wahlen hinausgehende Pflicht zu, seine Einwohner:innen umfassend zu informieren und Rechenschaft über getroffene Entscheidungen abzulegen. Einer befragten Person zufolge ähnele demokratische Politik in dieser Hinsicht der Praxis im Vereinswesen:

„Also, ich war immer im Vereinswesen und da gibt es ja auch solche demokratischen Züge. Natürlich, der Vereinsvorsitzende oder die Vereinsvorsitzenden machen auch nicht, was sie wollen, sondern sie besprechen das. Oder sie geben Information weiter, damit alle informiert sind [...] Es kommt zur Abstimmung und dann muss man eben die Dinge auch mittragen, auch wenn man das vielleicht manchmal gar nicht so gut findet. Diese mit dem normalen Menschenverstand gehandhabten Dinge, demokratischen Verläufe, die sind ja auch in den Vereinen drin.“ (Einbeck)

Ein weiterer Kernbestandteil, der fallübergreifend demokratischer Politik zugeschrieben wird, ist der Streit (und seine Auflösung durch den Kompromiss). Während die Befragten im NDMQ 2020 „den leidenschaftlichen Konflikt eher als demokratischen Störfall auffassen“ (Schenke et al. 2020: 3), lehnen ihn viele unserer Gesprächsteilnehmer:innen nicht per se

ab. Im Gegenteil, sie verstehen Streit vielfach als Ausdruck lebendiger Politik:

„Na ja, so viel Kommunalpolitik habe ich gar nicht mitgemacht, außer, dass ich zu einer Ortsratssitzung mal gehe. Und da ist es teilweise tatsächlich turbulent gewesen [...] Als das mit dem Altersheim vorgestellt wurde. (lacht) Da ging es rund. Und das macht dann auch Spaß, wenn dann nun plötzlich auch Leute aufstehen und sagen: ‚Also, das ist ja auch unmöglich, jetzt‘ (lacht) und pöbeln herum [...] Das bringt Spaß, das ist lebhaft. Und da prallen auch die Meinungen wirklich aufeinander. Und das ist dann erlebte Politik.“ (Rosengarten)

Ohne hierin ein Problem oder gar eine Gefahr für die Gesellschaft zu sehen, konstatieren auch andere Befragte, in einer Demokratie gehöre es schlichtweg dazu, „sich immer wieder zu treffen und zu streiten“ (Rosengarten). Zwei Dinge fallen auf: Zum einen wird politischen Parteien in diesem Kontext sowohl eine konstruktive, konfliktformierende als auch eine destruktive, den demokratischen Konflikt blockierende Wirkung zugeschrieben. Zum anderen ist offenkundig, dass die große Mehrheit unter Konflikt vorrangig den (ergebnis-)offenen, aber regulierten Schlagabtausch unterschiedlicher Meinungen, Positionen und Inhalten im Rahmen von Beratungen und Debatten versteht. Vielfach schwingen die Idealvorstellungen deliberativer Demokratietheorien mit, gewiss ohne explizit ausformuliert zu werden.

Dominant ist eine Auffassung über das Wesen und die Legitimität des demokratischen Konflikts, die auch folgender Äußerung zugrunde liegt:

„Solange sich Menschen streiten und an einen Tisch setzen und unterhalten, kann ich doch nichts dagegen haben. Ich erinnere mich an den G20-Gipfel, den ich hautnah mitgemacht habe in der Schanze. Und was ich einfach nicht verstanden habe, gut, die Chaoten, die gekommen sind, wollten nur Zoff haben [...] Aber ich

kann doch nichts dagegen haben, dass sich Staatsoberhäupter miteinander hinsetzen, unterhalten und den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen. Das ist doch gut. Denn solange sie sitzen, können sie keine Bomben werfen. Aber in dem Moment, wo du jemanden vom Tisch wegnimmst, dann fühlt er sich doch ausgeschlossen. Deswegen ... das gehört einfach dazu, dass man sich an einen Tisch setzt, dass man sich streitet, vortrefflich streitet, aber es müssen immer gewisse Regeln gewahrt bleiben.“ (Rosengarten)

Diese Person aus Rosengarten differenziert klar erkennbar zwischen der inhaltlichen Beratung unter Staatsmännern und -frauen einerseits und dem „dreckigen“, verrohten politischen Kampf auf der Straße andererseits. Der Grund, warum sie erstere als konstruktiv und zweite als destruktiv bewertet, ist evident: Während sich die Politiker:innen an Regeln und Vorgaben halten und ihre (Meinungs-)Differenzen in einem zivilisierten Rahmen austragen würden, hätten die Demonstrationsteilnehmer:innen des G20-Gipfels jedwede Regeln über Bord geworfen und ihren Unmut völlig enthemmt in die Tat umgesetzt. Auch in einer Demokratie habe sich der politische Konflikt jedoch an Gesetze und Regeln zu halten. Tut er dies nicht, wird er von unseren Befragten als „Störfall“ betrachtet und abgelehnt. Insofern müssen wir unseren Befund präzisieren: Der Schlagabtausch unterschiedlicher Meinungen und Positionen wird zwar grundsätzlich als wichtiger Teil einer lebendigen Demokratie befürwortet, allerdings nur dann, wenn er einem weiteren der Demokratie zugeschriebenen Prinzip – der Herrschaft des Rechts – nicht entgegensteht.

Gerade in Einbeck finden wir zudem die Position, in einer Demokratie dürfe zwar argumentativ gestritten, am Ende dieser Auseinandersetzung müsse jedoch zu einem Kompromiss gelangt werden, der den Konflikt überwinde. Der Kompromiss wird hier als genuin demokratisches Element gefeiert. Er sei Grundlage und Resultat demokratischer Entscheidungsprozesse, müsse daher im Zentrum der Anstrengungen der beteiligten (partei-)

politischen Akteur:innen stehen und von der Bevölkerung mitgetragen werden:

„Die Parteien müssen sich zu Kompromissen zusammenfinden, wenn sie nicht gerade alleine sind. Und dann muss die Gesellschaft aus meiner Sicht auch bereit sein, diese Kompromisse mitzutragen. Kritik gibt es immer, auch an der Partei, der man am nächsten steht. Das ist für mich kein Thema [...] Die Parteien sollten einfach sachlich objektiv sein, dass sie auch die Positionen der anderen sehen, auch vielleicht akzeptieren, aber mit der eigenen Begründung, mit der eigenen Meinung dagegenhalten. Und dann muss man zu einem Kompromiss kommen.“ (Einbeck)

Folgendes deutet sich an dieser Stelle an: Die Ausweisung des Konflikts als demokratische Realität ist in der Regel mit dem Wunsch verbunden, ihn am Ende zu lösen und die Lage zu harmonisieren. Erst hierdurch lässt sich der anscheinende Widerspruch zwischen der in Kapitel 4.2.1 konstatierten Konfliktaversion unserer Befragten einerseits und ihrer Hervorhebung des Konflikts als demokratischem Normalfall andererseits auflösen. Er wird zwar als Bestandteil der Demokratie hervorgehoben, aber zugleich hegt man den Wunsch, ihn zu zivilisieren und letztlich zu befrieden. Seine Permanenz bzw. Untilgbarkeit bleibt von den Befragten unerkannt ebenso wie die Existenz von unauflösbaren Interessensgegensätzen.

Darüber hinaus wird mit Demokratie eine Herrschaft des Rechts und die hiermit verbundene Gewährleistung spezifischer Freiheiten assoziiert. Die am häufigsten benannte Freiheit, die in einer Demokratie zu gewährleisten sei, ist Meinungsfreiheit. In den Augen unserer Befragten ist es von größter Bedeutung, dass man sich frei äußern kann und „unterschiedliche Perspektiven [...] auch gehört werden“ (Rosengarten). Der gerade unter Rechtspopulist:innen beliebte Topos einer „Meinungsdiktatur“ verfährt unter unseren Befragten nicht. Sie sind durchweg der Auffassung, ihre (politischen) Überzeugungen kundtun zu können, ohne dafür sanktioniert zu werden. Auch

der durch Demokratien zu leistende Schutz vor staatlicher Willkür und Tyrannei wird mit Bezug zur Meinungsfreiheit ausformuliert. So wird in Einbeck argumentiert, dass in diesem Herrschaftssystem niemand „unterdrückt werden kann, weil er eine schlechte Meinung hat, ins Gefängnis geschmissen werden kann, weil er eine andere Meinung hat“ (Einbeck). Die enorme Bedeutung, die unsere Befragten analog zu denen im NDMQ 2020 diesem Prinzip beimessen, verwundert nicht, markiert es doch die Grundvoraussetzung für den deliberativen Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen Positionen, der wiederum als Kernelement demokratischer (Streit-)Praxis betrachtet wird.

Der Begriff des Rechtsstaates selbst fällt in diesem Kontext zwar nicht, dennoch wird hervorgehoben, dass sich auch die politischen Kräfte an Recht und Gesetz zu halten hätten. Ihre Verfügungsgewalt sei, so die Befragten, in einer Demokratie niemals allumfänglich, sondern sowohl zeitlich (durch Legislaturperioden) als auch sachlich (durch den rechtlich garantierten Schutz individueller Freiheiten) begrenzt. Als wichtiges Element demokratischer Machtbeschränkung gilt vielen Befragten ferner das Prinzip der Opposition, das – wie wir im nachfolgenden Abschnitt ausführlicher erläutern – eine wichtige Korrekturfunktion erfülle. In der Einhegung von Herrschaft sehen einige Befragte erneut eine Parallele zum Vereinswesen. Wie der bzw. die Vorsitzende eines Vereins, so müssten auch die demokratischen Eliten stets damit rechnen, im Rahmen von Wahlen abgesetzt werden zu können.

Schließlich wird sowohl in Rosengarten als auch in Einbeck in der Trennung von Kirche und Staat ein Merkmal demokratischer Politik identifiziert. Dort, wo Recht herrsche und die Bevölkerung die Staatsgewalt innehatte, könne Religion folglich allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Nicht die Religion oder eine inwiefern auch immer von „Gottes Gnaden“ hergeleitete Macht dürfe in einer Demokratie diktieren, wie entschieden werde, sondern allein das Volk bzw. die von ihm gewählten politischen Vertreter:innen. Zusammenarbeit und Verbindungslinien zwischen beiden Sphären

sind damit zwar nicht ausgeschlossen, Vorrang müsse jedoch stets die Politik genießen.

Insgesamt erweist sich das Demokratieverständnis der Befragten als äußerst facettenreich. Um seinen Kern – das Prinzip der Volkssouveränität – werden weitere Elemente gruppiert, die subjektiv jeweils einen unterschiedlichen Stellenwert genießen. Zwei Schlussfolgerungen werden dadurch nahegelegt: Zum einen weisen diese Vielschichtigkeit ebenso wie die mitunter erkennbaren Diskontinuitäten im Vergleich zum Demokratieverständnis der Befragten im NDMQ 2020 auf die Tatsache hin, dass es sich bei „Demokratie“ um einen *fuzzy term* handelt, der durch seine begriffliche Unschärfe hochgradig wandel- und unterschiedlich aufladbar ist (vgl. Marg et al. 2019). Zum anderen scheint unter den Menschen in Niedersachsen eine minimalistische Demokratiekonzeption in der Tradition Anthony Downs oder Joseph Schumpeters vergleichsweise unbeliebt zu sein. Unsere Befragten assoziieren mit Demokratie weitaus mehr als nur das Wahlprinzip. Gleichwohl muss betont werden, dass längst nicht alle Dimensionen der Demokratie in den Fokusgruppen benannt wurden. Ein nicht unerheblicher Teil der Konnotationen, die mit einem umfassend gedachten Demokratiebegriff verknüpfbar wären, blieben im Sprechen unserer Befragten außen vor, darunter beispielsweise politische und rechtliche Gleichheit, Sozialstaatlichkeit, Gewaltenteilung oder auch Pluralismus.

5.2.2 Demokratiezufriedenheit: Differenzen zwischen Theorie und Praxis

Eine Auswertung der Nachbefragungsbögen macht deutlich, dass der Demokratie als Idee¹⁸ in beiden Fallregionen hohe Zufriedenheitswerte zuteilwerden: In Rosengarten sind alle 13

Fokusgruppenteilnehmer:innen grundsätzlich zufrieden mit der Demokratie als Idee im Allgemeinen, 6 davon sehr und 7 eher. Gleiches gilt für Einbeck: Von den 16 Teilnehmenden sind 9 sehr und 6 eher zufrieden; eine Person machte hier keine Angabe (vgl. Abbildung 6). Hinsichtlich des praktischen Funktionierens der Demokratie in der Bundesrepublik wird in beiden Fallregionen hingegen eher Unzufriedenheit signalisiert: In Rosengarten ist nur eine Person sehr zufrieden mit der demokratischen Praxis, 7 sind eher zufrieden, 2 teils/teils, 2 eher unzufrieden und ein:e Befragte:r ist sehr unzufrieden. In Einbeck sind immerhin 2 Personen sehr zufrieden und 9 eher zufrieden; drei Personen enthalten sich (siehe Abbildung 7). Auf einer Skala von 0 („sehr unzufrieden“) bis 4 („sehr zufrieden“) beträgt der Mittelwert in Rosengarten damit 2,38 und in Einbeck 3,0. Der Vergleich mit dem NDM 2021 macht deutlich: Die von uns befragten Personen sind tendenziell etwas unzufriedener mit der demokratischen Praxis als der jeweilige regionale Durchschnitt: In den (Postleitzahl-)Regionen Lüneburg und Göttingen (einschließlich des Landkreises Northeim) lag der Mittelwert im Jahr 2021 bei 3,31 respektive 3,32.¹⁹

Freilich: Die aus den Nachbefragungsbögen gewonnenen Mittelwerte sind angesichts der geringen Fallzahl nicht statistisch signifikant und müssen daher mit Vorsicht bewertet werden. Gleichwohl weisen sie als erste Indizien auf zwei Gegebenheiten hin, die bereits in vorangegangenen Untersuchungen festgestellt wurden: Zum einen offenbart sich auch in unserem Sample eine ungebrochene Kontinuität der hohen Demokratiezufriedenheit, die der NDM 2021 den Menschen in Niedersachsen im Allgemeinen attestiert hatte. Des Weiteren deutet sich an dieser Stelle der im NDMQ 2020 herausgearbeitete Spalt an, der „zwischen demokratischem Ideal und bundesrepublikanischer Praxis klafft“ (Schenke et al. 2020: 2).

¹⁸ Gefragt wurde dort nach der Zufriedenheit mit der Demokratie als Idee im Allgemeinen, mit der Festlegung der Demokratie in der Verfassung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis. Als Antwortmöglichkeiten standen zur Auswahl: sehr unzufrieden, eher unzufrieden, teils/teils zufrieden, eher zufrieden und sehr zufrieden.

¹⁹ Im NDM 2021 wurde nach dem „Zustand der Demokratie“ gefragt, nicht nach dem „Funktionieren der Demokratie“. Beide Fragen sind indes üblich und gleichermaßen geeignet, um (Un-)Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis zu erfassen.

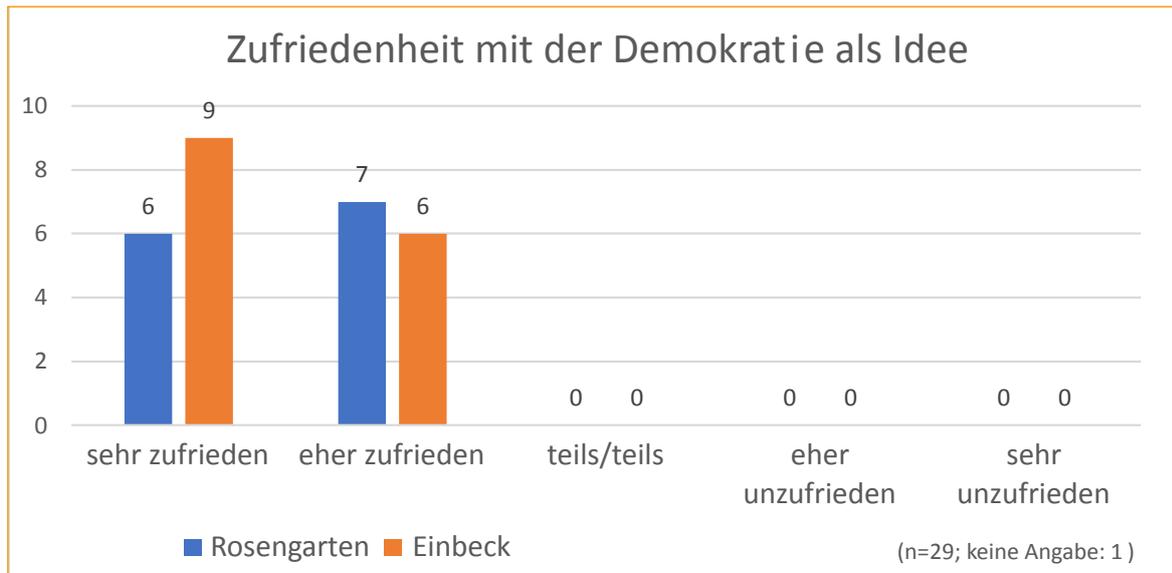


Abbildung 6: Zufriedenheit mit der Demokratie als Idee in Einbeck und Rosengarten. Quelle: Eigene Berechnung und eigene Darstellung auf Grundlage der Nachbefragungsbögen.

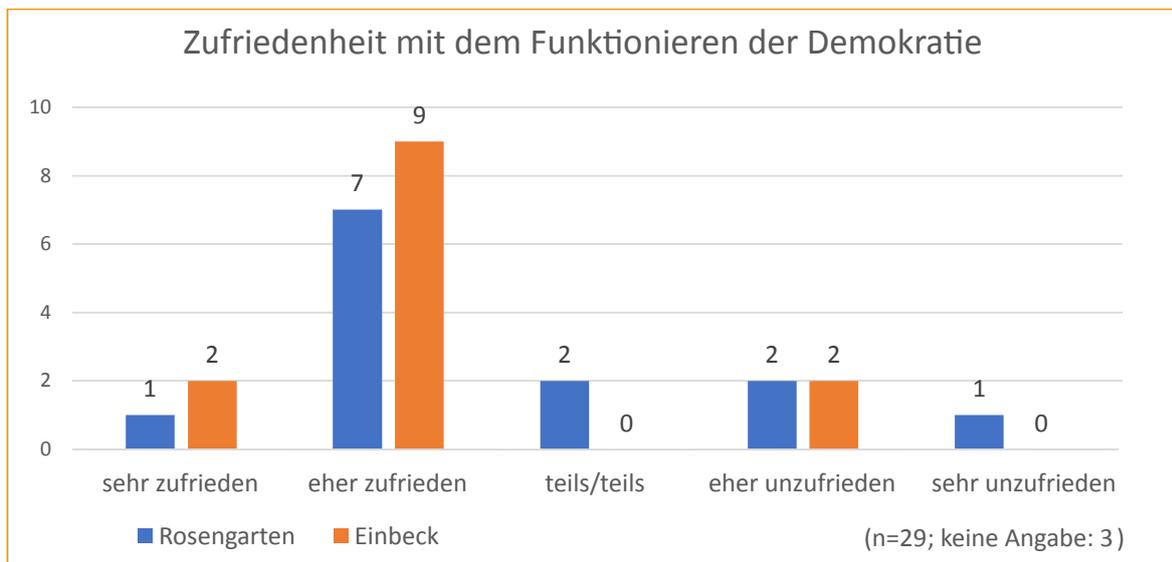


Abbildung 7: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Einbeck und Rosengarten. Quelle: Eigene Berechnung und eigene Darstellung auf Grundlage der Nachbefragungsbögen.

Die Unzufriedenheit mit dem Status Quo der Demokratie ist in allen Gesprächsrunden deutlich erkennbar. Sie wird fallübergreifend sehr ähnlich formuliert, ist in weiten Teilen durch die Deutungsmuster des technokratischen Blicks auf Politik und des politischen Verfalls vermittelt (siehe Kapitel 4.2) und untrennbar verwoben mit der im vorangegangenen Kapitel dargestellten Kritik an den politischen Verhältnissen, Akteur:innen und Entscheidungen.

Der folgende Gesprächsausschnitt verdeutlicht gleich mehrere relevante Aspekte:

„B1: Da sind wir genau beim Kernproblem. Häufig wird eben die andere Seite, die andere Partei, gar nicht gehört, weil man kategorisch dagegen ist. Weil, die Idee kommt ja nicht von mir selbst, die Idee kommt ja von den anderen. Und da wird Politik für mich schwierig. Ich weiß [...], dass ich eben nicht das Ziel verfol-

ge, sondern nur versuche, mich selbst zu stärken, mich selbst in den Vordergrund zu stellen. Ist auch menschlich, aber [...] das führt nicht zum Zweck [...] Und auch was (deutet auf B2) du sagtest, dass Themen mal länger verfolgt werden sollten. Das sollte auch gemacht werden. Nur: Wie wollen wir es machen, wenn diejenigen nach vier Jahren weg sind und wir in Deutschland nun mal so aufgestellt sind, dass da Neue kommen und genau das ist ...

B2: ... das ist Demokratie.

B1: Ja richtig, wollte ich sagen, das ist die Demokratie, die wir aber auch eigentlich haben wollen, nicht?“ (Rosengarten)

Als Hauptursache für die praktischen Funktionsprobleme der bundesrepublikanischen Demokratie wird (erneut) die ausufernde Orientierung an parteipolitischen Positionen sowie an machstrategischen Erwägungen benannt. Sie lägen sowohl einer schlechten Regierungs- als auch Oppositionsarbeit zugrunde und werden von einigen Befragten als Strukturprobleme parteiförmig organisierter Demokratien begriffen, die nur schwer zu überwinden seien:

„B1: Man hat den Eindruck, dass viel Opposition nur aus Prinzip Opposition ist. Und das finde ich ziemlich rüdig.

B2: Ja, das ist aber scheinbar das System und ob man da jemals von runter kommt, weiß ich nicht, aber es ist so.“ (Einbeck)

Darüber hinaus zeigt sich hier auch Kritik am demokratischen Machtwechsel. Auf dieses Prinzip wird mitunter zurückgeführt, dass Politik oftmals die nötige Langfristigkeit und Planungsperspektive vermissen lasse. Hinzu kämen Inkonsistenzen und uneinheitliche Implementierungen demokratischer Beschlüsse, die vereinzelt als Ausfluss des bundesrepublikanischen Föderalismus diskutiert werden. Seine negativen Begleiterscheinungen hätten sich deutlich hinsichtlich der Auswirkungen

der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf das Bildungswesen gezeigt:

„B1: Ja oder Hannover [...] was die uns während der Coronazeit alles ins Klassenzimmer gesendet haben. Also, das war alles Quatsch, ja [...] Unter aller Sau [...] Die ganze Corona-Schulpolitik, die war jetzt super gigantisch nicht innovativ. Also (lacht), oder überhaupt mal durchdacht oder, ach.

B2: Boah, ich sage euch, also sie war ja auch immer sehr gegensprüchlich.

B3: Heute so, morgen so.

B2: Und die armen Kinder, die hier wohnen und mit den Kindern spielen, die hier bei mir noch sind, das ist achthundert Meter weiter und die gehen dann in Hamburg zur Schule. Da ist es dann irgendwie ganz anders.

B3: Himmelweiter Unterschied, ja.

B2: Das kann doch nicht sein, dass sie Schulpolitik nach Bundesland und dann auch noch völlig unterschiedlich machen.“ (Rosengarten)

Ein weiterer Kritikpunkt, aus dem sich die Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis speist, bezieht sich auf den Charakter des demokratischen Entscheidungsprozesses. An Bürokratisierungs- bzw. Überregulierungstendenzen sowie an das wahlssystembedingte Anwachsen des Bundestags wird das Argument rückgebunden, es dauere hierzulande schlicht viel zu lange, selbst für die einfachsten Probleme und Handlungsbedarfe (wie z. B. Straßensanierung) eine schnelle und adäquate politische Lösung zu finden. Demokratische Politik sei – so die mitschwingende Kritik – (zu) träge und langsam. Erschwerend käme hinzu, dass eine zügige und unabhängige Entscheidungsfindung auch dadurch torpediert werde, dass neben den Politiker:innen als eigentlichen Verantwortungsträger:innen vielfach auch wirtschaftliche Interessens-

gruppen in den politischen Prozess miteingebunden seien. Vereinzelt lässt sich eine damit verbundene Lobbyismuskritik identifizieren, die sich in der verkürzten Auffassung niederschlägt, „die Industrie regier[e] das Land“ (Einbeck). Im Unterschied zum NDMQ 2020, der entsprechende Deutungen noch als einen wichtigen Mentalitätsbestand der Menschen in Niedersachsen ausgewiesen hatte (Schenke et al. 2020: 52), lässt unser Material nicht auf eine ausgeprägte Affinität zu simplizistischen Erklärungsschablonen und verschwörungsmystisch anmutenden Kritiken an einer angeblichen Unterminierung demokratischer Politik durch geheime wirtschaftliche Einflussgruppen schließen.

Analog zur Bewertung der (bundes-)politischen Verhältnisse sind dezidierte Bekundungen von Zufriedenheit mit dem Status quo der Demokratie in allen Gesprächsrunden vergleichsweise rar gesät. Wird der Demokratie Lob ausgesprochen, dann primär in sehr allgemeiner, das Modell als solches betreffenden Art und Weise. Zumindest auf den ersten Blick mutet die auffällige Diskrepanz zwischen dem hohen Maß an Demokratiezufriedenheit, das sich in der Nachbefragung zeigt, und der Vehemenz und Dominanz der Kritik im Gesprächskontext widersprüchlich an. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich indes, dass sich die Kritik an den demokratischen Verhältnissen (auch) aus einer hohen Internalisierung der zugrundeliegenden Ideale speist, genauer gesagt: aus der Unzufriedenheit über ihre unzureichende Realisierung. Je mehr Bedeutung ihnen beigemessen wird, umso enttäuschter scheint man zu sein, wenn sie in der Realität nicht zufriedenstellend eingelöst werden.

Trotz überwiegender Konsenslinien im Bereich der Demokratiezufriedenheit, zeigen sich zwischen den beiden Fallregionen auch Abweichungen. Analog zu den (leicht) erhöhten Zufriedenheitswerten in der Nachbefragung sowie dem ausgeprägteren Lob der Bundespolitik, wirken die Befragten aus der Region Einbeck in der Tendenz etwas zufriedener mit der Demokratie. Immerhin zeigt man sich hier – wie wir in Kapitel 3.2.2 konstatiert haben – mit einigen Bereichen demokratischer Politik durchaus zufrieden, beispielsweise dem

Parteienangebot oder der adäquaten Repräsentation und Förderung spezifischer gesellschaftlicher Gruppen. Gleichzeitig lässt sich hier ebenso die schärfste Kritik an der demokratischen Praxis beobachten. Es liegt daher der Verdacht nahe, dass zumindest innerhalb dieser Fallregion das Muster der „polarisierten Demokratiezufriedenheit“, von dem im NDM 2021 die Rede ist, also eine Vergrößerung sowohl jener Gruppen, die mit der Demokratie zufrieden, als auch dieser, die unzufrieden sind (Schenke et al. 2021: 2), gewisse Gültigkeit beanspruchen kann.

5.2.3 Demokratierückhalt: Starkes Fundament mit potenziellen Bruchstellen

Die vorgestellte Kritik an einigen wesentlichen Strukturmerkmalen von Demokratien bietet genug Anlass, um sich mit der Frage nach dem Ausmaß des Demokratierückhalts zu beschäftigen. Denn auch hinter den vordergründigen Lobreden können sich prinzipiell Auffassungen verbergen, die demokratischen Grundprinzipien (womöglich auch unbewusst bzw. ungewollt) zuwiderlaufen oder ihre Existenzbedingungen unterminieren (vgl. Linz 1978). Den zentralen Beweggrund dafür lieferte indes der Demokratierückhalt-Index des NDM 2021, der regionale Differenzen zwischen unseren beiden Fallregionen nachweisen konnte und einen „Resonanzboden für Personen und Parteien mit demokratieskeptischen Einstellungen“ im zentrumsfernen Einbeck nahelegte.²⁰ Wir möchten uns daher im Folgenden zunächst der Überprüfung dieser Hypothese

20 Bei den im NDM 2021 festgestellten regionalen Abweichungen handelt es sich um statistische Mikroabweichungen. Im Allgemeinen ist der Demokratierückhalt in Niedersachsen hoch: Über 86 Prozent der Befragten erreichen auf dem Index einen Wert zwischen 6 und 8, der einen „klaren Rückhalt für die repräsentative Demokratie“ (vgl. Schenke et al. 2021: 34) signalisiert. Auch die anhand der Postleitzahlen gebildeten Regionen Niedersachsens erreichen allesamt hohe Durchschnittswerte, die Maximaldifferenz liegt zwischen der Region Göttingen (PLZ: 34XXX+37XXX) mit 6,7 und Lüneburg (PLZ: 19XXX+21XXX) mit 7,2 nur bei 0,5 Punkten.

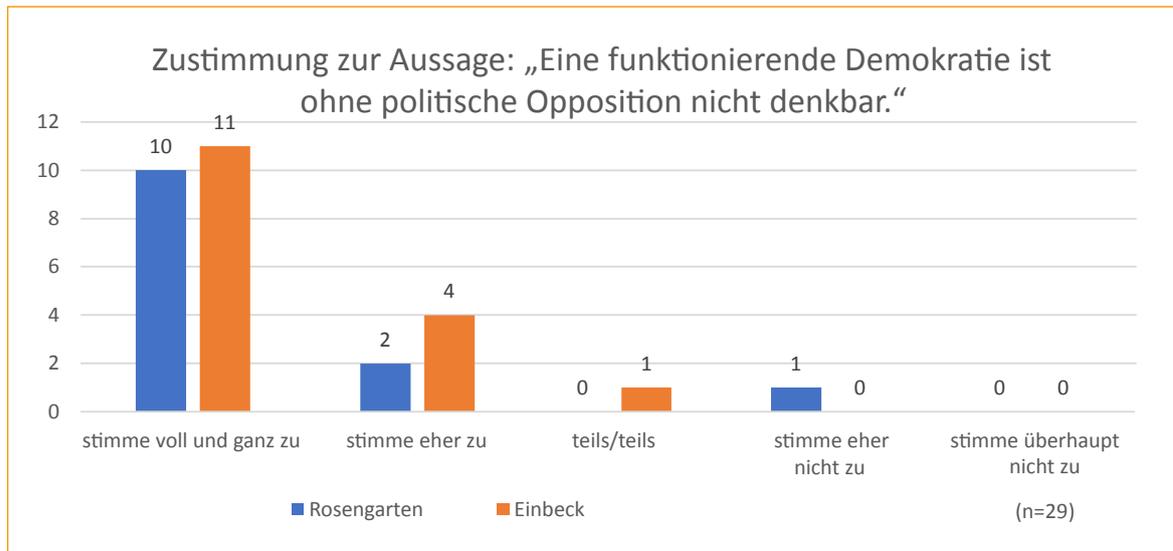


Abbildung 8: Zustimmung zum Oppositionsprinzip in Einbeck und Rosengarten. Quelle: Eigene Berechnung und eigene Darstellung auf Grundlage der Nachbefragungsbögen.

widmen, um dann, in einem nächsten Schritt, den Blick zu weiten und nach weiteren demokratie(de)stabilisierenden Faktoren zu suchen.

Der Demokratierückhalt-Index ist ein einfacher Indikator, der sich aus der Unterstützung von zwei zentralen Prinzipien der repräsentativen Demokratie zusammensetzt: politischen Parteien und dem Oppositionsprinzip. Konkret ergibt sich der jeweilige Indikatorwert aus der Summe der Zustimmung zu den Aussagen „Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig“ und „Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.“ Der Maximalwert von 8 Punkten wird erreicht, wenn beiden Aussagen voll und ganz zugestimmt wird. Abweichungen werden als Indiz für die Wirkmächtigkeit von Deutungsmustern und Einstellungen gewertet, die in Krisensituationen in demokratieskeptische Haltungen umschlagen könnten (Schenke et al. 2021: 33). Weitere Konstitutionsprinzipien demokratischer Systeme werden nicht erfasst und insofern vermag der Index lediglich einen kleinen, aber dafür relevanten Ausschnitt der Demokratieunterstützung zu erfassen.

Im Rahmen unserer Erhebung haben wir die Fokusgruppenteilnehmenden mit beiden Komponenten konfrontiert – sowohl in den Fokusgruppen als auch mit Hilfe der Nachbefragungsbögen. Grundsätzlich lässt sich erken-

nen: Sowohl politische Parteien als auch das Prinzip der Opposition werden, von einem Ausreißer abgesehen, prinzipiell befürwortet, und zwar in beiden Fallregionen nahezu gleichermaßen. Beachtliche fallübergreifende Einigkeit herrscht insbesondere hinsichtlich des Oppositionsprinzips. Eine Auswertung der Nachbefragungsbögen zeigt, dass die Befragten in Rosengarten und in Einbeck der Aussage „Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar“ im Durchschnitt in nahezu identischem Maße zustimmen: In Rosengarten stimmen ihr 10 voll und ganz, 2 eher und eine Person eher nicht zu (Durchschnittswert: 3,62 von 4 Punkten). In Einbeck stimmen ihr 11 Befragte voll und ganz, 4 eher und eine Person teils/teils zu (Durchschnittswert: 3,63 von 4 Punkten). Enthaltungen gibt es in beiden Fällen keine (vgl. Abbildung 8).

Anhand unseres Materials können wir rekonstruieren, was hinter diesen hohen Zustimmungswerten steht. Opposition wird konsensual als stützende Säule und unerlässliches Korrektiv von demokratischen Regierungssystemen begriffen. Sie beuge der stets drohenden Gefahr des Machtmissbrauchs vor, kontrolliere die Regierung, weite ihren Blickwinkel und könne ferner zu einer umfassenderen Repräsentation gesellschaftlicher Strö-

mungen und Interessen(sgruppen) im politischen Raum beitragen:

„Natürlich, die, die die Mehrheit haben, stellen die Regierung, aber all die anderen gibt es ja in einer Gesellschaft auch. Und die sind ja gewählt worden. Und insofern ist Opposition natürlich auch ein Spiegelbild der Gesellschaft und total wichtig, weil sie die Gedanken und Ideen und Interessen transportiert, die auch in der Gesellschaft vorhanden sind [...] Opposition bringt wirklich auch die anderen weiter, will ich sagen.“ (Rosengarten)

In der demokratischen Realität verfehle sie dieses Ideal jedoch bisweilen. Sowohl in Rosengarten als auch in Einbeck wird der Vorwurf laut, eine konstruktive politische Zusammenarbeit scheitere in der Praxis vielfach an Oppositionsparteien, die zu keinen Kompromissen bereit wären und Beschlüsse der Regierung selbst dann torpedierten, wenn sie eigentlich in die richtige Richtung wiesen. Gerade die AfD müsse sich diese Kritik gefallen lassen:

„B1: Und was in der letzten Legislaturperiode im Bund irgendwie war, das war natürlich immer diese Hammelsprungtaktik von der AfD, ne? [...] Das ist ja irgendwie auch keine richtige Opposition, ne? Also die machen jetzt keine richtigen konstruktiven Vorschläge, sondern arbeiten immer nur dagegen, behindern den Vorgang [...] Aber das war ja keine richtige Opposition, so, ne? Also immer nur dieses Verzögern.“

B2: Würde ich zustimmen, ja, ja.“ (Einbeck)

Die Ebene der Kommunalpolitik weist in diesem Kontext eine Besonderheit auf: Obwohl den Befragten generell bewusst zu sein scheint, dass auch kommunalpolitische Themen unterschiedlichen Bewertungen unterliegen, lässt sich in beiden Fallregionen ein ausgeprägter Wunsch nach einem möglichst geschlossenen und harmonischen Engage-

ment für das lokale Allgemeinwohl feststellen. Die konsequente Forderung, im kommunalen Bereich nicht gegen-, sondern miteinander zu arbeiten delegitimiert erkennbar den politischen Antagonismus und damit indirekt auch das Prinzip politischer Opposition. Direkt nach dessen Bedeutung gefragt, verweisen die Befragten zwar auf seine demokratie-stabilisierende Wirkung. Räsonieren sie jedoch im weiteren Gesprächsverlauf ausführlich über den eigenen politischen Nahraum, offenbart sich eine ausgeprägte Abneigung gegenüber vermeintlichen Querulanten und Blockierern aus den Reihen der oppositionellen Parteien.

Ein ähnliches Muster zeigt sich in der Diskussion um die Stellung politischer Parteien innerhalb der bundesrepublikanischen Demokratie. Erneut geben die Gesprächsteilnehmer:innen in der Nachbefragung (fast) geschlossen an, Parteien für wichtig zu halten. Der entsprechenden Aussage stimmen in Rosengarten 11 Befragte voll und ganz, einer eher und eine Person überhaupt nicht zu (Durchschnittswert: 3,62 von 4). In Einbeck stimmen 14 Personen voll und ganz, eine eher und eine teils/teils zu (Durchschnittswert: 3,81 von 4) (vgl. Abbildung 9).

Auch in den Fokusgruppen wird in aller Regel keine Fundamentalkritik an politischen Parteien geäußert. Stellt sich im Gesprächsverlauf die Frage nach ihrer Relevanz, rekurren die Teilnehmenden analog zu den hohen Zustimmungswerten in der Nachbefragung in der Regel zunächst auf ihre wichtigen Funktionen. Ihnen wird zugestanden, die praktisch-politische Arbeit wesentlich mitzutragen. Zudem komme ihnen per Verfassung die Aufgabe zu, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, wie eine befragte Person aus Rosengarten äußert:

„B1: Wobei ich wichtig finde, diese Arbeit, die in den einzelnen politischen Gremien stattfindet, die ist auch wichtig. Auch da [...] wird ja viel vorgearbeitet. Ich stelle es mir schwierig vor, wenn es jetzt keine Parteien mehr geben würde, wie arbeitet man dann noch zusammen? Wie funktioniert das dann noch, wie setzen sich dann gewisse Themen zusammen? Das,

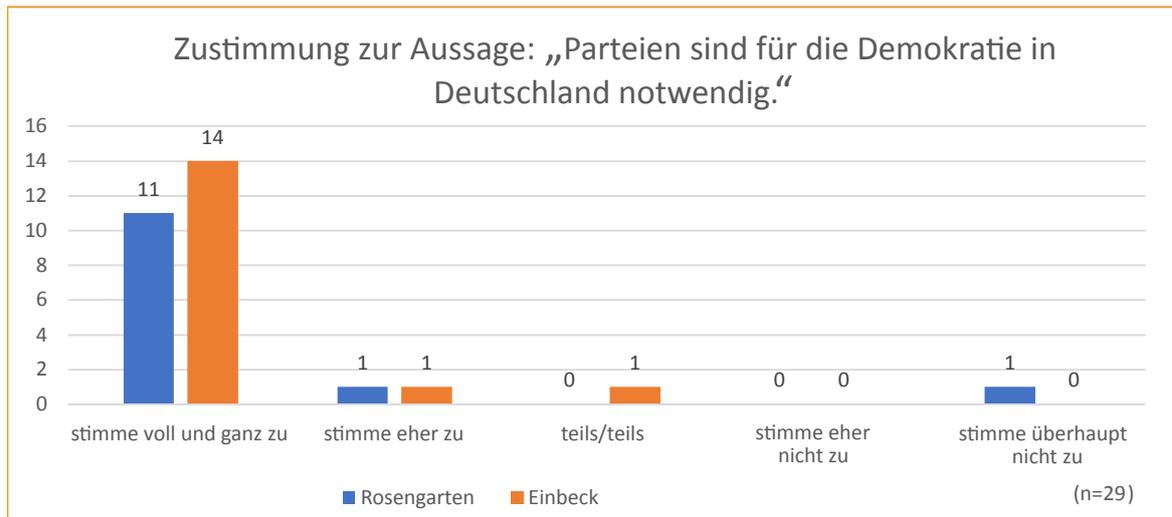


Abbildung 9: Zustimmung zum Parteienprinzip in Einbeck und Rosengarten. Quelle: Eigene Berechnung und eigene Darstellung auf Grundlage der Nachbefragungsbögen.

was jetzt alles in den Parteien halt teilweise stattfindet.

B2: Also ich habe mal Politologie studiert, nicht? Artikel 21, Parteien dienen der politischen Willensbildung. Also es geht darum, dass wir einfach eine Meinung bilden. Und auch herausstellen, wo will denn die Gesellschaft hin. Was haben wir denn für Themen, was haben wir für Probleme, wie lösen wir die? Natürlich geht es darum, aber mit unterschiedlichen Ansätzen. Also, ich finde die Parteien total wichtig.“ (Rosengarten)

In der Beurteilung der Aussagekraft des Demokratierückhalt-Index kann formuliert werden, dass der hohe Stellenwert der Parteien in der bundesrepublikanischen Demokratie den Gesprächsteilnehmer:innen offenkundig bekannt ist. Ihnen ist klar, welche Aufgaben diese Institutionen zu erfüllen haben, und sie sehen grundsätzlich kein Problem darin, dass sie die Politik wesentlich mitgestalten. Hiervon zeugt auch der Umstand, dass Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Parteiendemokratie ausgelotet werden. Man müsse – zu diesem Schluss gelangen die Befragten – aus einem breiten (aber nicht zu breiten) Angebot wählen können, damit Parteien das Spektrum politischer Meinungen überhaupt sortieren und abbilden könnten. Als Referenzpunkte dienen

dabei interessanterweise sowohl den Befragten aus Einbeck als auch denen aus Rosengarten das US-amerikanische und das italienische Parteiensystem. Gefordert wird ein Mittelweg, ein überschaubares Parteienangebot, das vielfältiger ist als das amerikanische, aber nicht so stark fragmentiert wie das italienische:

„B1: Sind ja jetzt mittlerweile schon mal mehr Parteien geworden. Ich denke mal, wenn das zu viele Parteien werden, man sieht das jetzt bei einer Dreierkoalition im Bund [...] ist das, glaube ich, kein ganz einfaches Regieren.

B2: Die Vielzahl der Parteien ist aber auf jeden Fall besser wie zum Beispiel in Amerika, wo es nur schwarz oder weiß gibt und die so weit auseinander sind.

B3: Immer der gute Mittelweg. In Italien ist das auch wieder verkehrt.

B1: Ja, ja, sage ich ja: Wenn zu viele da sind, wird das immer schwieriger. Und in Italien bilden, glaube ich, vier oder fünf Parteien eine Regierung und die hält auch maximal zwei Jahre oder so was, ne? Ist auch kein guter Zustand, denke ich mal, ne?“ (Einbeck)

Dass die Befürwortung politischer Parteien indes nicht ungebrochen bleibt, wurde bereits angedeutet (vgl. Abschnitt 4.2.1). Die Kritik an ihnen hängt sich am Argument eines gemeinwohlschädlichen parteipolitischen Dogmatismus auf und tangiert primär die kommunalpolitische Ebene, bürge Parteipolitik doch gerade hier das Risiko, dass die beteiligten Akteur:innen ihren Fokus auf das örtliche Gemeinwohl aus den Augen verlören. Von einer befragten Person aus Rosengarten abgesehen, erwächst hieraus gleichwohl nicht die Forderung, Parteien grundsätzlich abzuschaffen.

Bezüglich der beiden Kernprinzipien repräsentativer Demokratien, die durch den Demokratierückhalt-Index erfasst werden, offenbaren sich über die Fallregionen hinweg also keine gravierenden Diskrepanzen. Statt der Unterschiede bestechen die Gemeinsamkeiten. Dies gilt in weiten Teilen ebenso für diejenigen Faktoren der Demokratieunterstützung, die durch den Index nicht abgedeckt werden. Ernsthafte Bedenken oder gar konkrete Vorschläge zur Installation einer anderen, besseren Form politischer Herrschaft finden sich an keiner Stelle. Vielmehr dürfe man selbst dann, wenn einem spezifische Aspekte der demokratischen Praxis missfielen, „nicht die Demokratie in Frage stellen auf einmal“ (Einbeck). Äußerungen dieser Art verweisen unmissverständlich darauf, dass die Demokratie gemeinhin als angemessene Regierungsform betrachtet wird. Ihr Legitimitätsanspruch und ihre Anerkennungswürdigkeit sind ungebrochen.

In ihrer Praxis kassieren zwar einzelne Dimensionen demokratischer Politik Vorwürfe, doch selbst diese Kritik am Status quo wirkt in weiten Teilen eher harmlos – insbesondere dann, wenn man sie mit der von Anhänger:innen von sozialen bzw. Protestbewegungen vergleicht (vgl. Walter 2013: 321–324). Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bewegt sie sich sowohl sprachlich als auch inhaltlich auf einem vergleichsweise gemäßigten Niveau, weist vielfach gar in eine konstruktive, die effektive Realisierung demokratischer Antrittversprechen intendierende Richtung. Auffällig ist zudem, dass sich das Gros der Kritik nicht auf systemimmanente Aspekte demokratischer Regierungssysteme, sondern auf

die vermeintlichen Unzulänglichkeiten des gewählten Personals richtet. Die Ursachen beobachteter Praxisprobleme werden vielfach außerhalb des demokratischen Systems verortet und nicht direkt mit ihm in Zusammenhang gebracht. Einigen demokratischen Verfahrensweisen und Konstitutionsprinzipien werden zwar durchaus negative Begleiterscheinungen attestiert – Plädoyers, sie einzutauschen oder zu deinstallieren folgen hieraus gleichwohl nicht. Und selbst die hervorstechende Kritik am politischen Personal, die gerade in Einbeck mitunter vergleichsweise radikal anmutet, wird – wie wir gesehen haben – durch Verständnis- und Zufriedenheitsbekundungen wieder eingeholt.

Selbst in der Praxis schneidet das demokratische System in den Augen unserer Gesprächspartner:innen insgesamt also keinesfalls so schlecht ab, wie es manche Einzeläußerung nahelegen mag. Der hohe demokratische Rückhalt, der sich unseren Befragten bescheinigen lässt, kann insofern auch auf eine (freilich nicht uneingeschränkte) Zufriedenheit mit der Performanz des politischen Systems zurückgeführt werden. Demokratiekonsolidierend wirken ferner das (nur in Ausnahmen erodierte) Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Politik, ein durchweg hohes politisches Interesse, der ausgeprägte Wunsch nach (mehr) Partizipationsmöglichkeiten sowie der weit verbreitete Wille, sich für das Gemeinwesen zu engagieren.²¹ Letzterem Aspekt kommt in dieser Hinsicht offenkundig besondere Bedeutung zu, offenbart sich in den Erzählungen der zivilgesellschaftlich bzw. kommunalpolitisch Engagierten doch oftmals eine beachtliche praktische Vertrautheit mit demokratischen Funktionsdynamiken

²¹ Auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion werden diese Einstellungsmuster als wichtige Voraussetzungen von Demokratiestabilität benannt: Pickel et al. (2022) sehen in der Zufriedenheit mit der Performanz des politischen Systems ein wichtiges Anzeichen für demokratische Stabilität. Almond und Verba (1963) weisen politisches Vertrauen und politisches Interesse bzw. Bewusstsein als wichtige Merkmale einer demokratischen politischen Kultur aus.

wie dem Austarieren von Interessen, die mitunter in eine erfahrungsgestützte Internalisierung demokratischer Tugenden zu münden scheint. Es überwiegt somit der Eindruck, dass es sich bei den Befragten um demokratiegefestigte Bürger:innen handelt, die das Modell eines demokratisch organisierten Gemeinwesens hochgradig unterstützen und lediglich dann kritisieren, wenn sie seine Antrittsverprechen nicht eingelöst sehen.

Nichtsdestotrotz konnten auch Andockpunkte für demokratiedestabilisierende Auffassungen identifiziert werden. Sie lassen sich zwei Bereichen zuordnen: Einerseits sehen wir in der Kritik an Strukturprinzipien der Demokratie (z. B. Parteipolitik, Machtwechsel, Föderalismus oder dem komplexen Entscheidungsmodus) eine potenzielle Bedrohung für den Fortbestand eines ausgeprägten Demokratierückhalts, wohnt ihr doch zumindest potenziell die Gefahr inne, in fundamentale Skepsis gegenüber der Tragfähigkeit und Legitimität von Demokratie umzuschlagen. Auf der anderen Seite lassen sich auch in unserem Material Anzeichen für eine Verschiebung der Deutungsmuster feststellen, die sich zu einer mit den Grundlagen demokratischer Systeme nicht mehr korrespondierenden politischen Kultur verdichten könnten. Ihre jeweilige Stoßrichtung differiert zwischen beiden Fallregionen: In Rosengarten sind es vor allem die lauten Forderungen nach einer Erweiterung der Einflusszonen, mitunter gar einer Herrschaft von fachkundigen Wissenschaftler:innen und Expert:innen, die Anlass zur weiteren Beobachtung bieten. Sie verdichten sich in dem Deutungsmuster eines technokratischen Blicks auf Politik (vgl. Kapitel 4.2.1), das sich in weiten Teilen als unvereinbar mit einem demokratischen Parlamentarismus und Kernprinzipien wie der Volkssouveränität entpuppt. In Einbeck lässt sich hingegen eine gewisse Virulenz von rechtspopulistischen Argumentationsweisen und Narrativen beobachten, die mit einer mitunter stigmatisierenden Fundamentalkritik an der politischen Führungsriege einhergeht und liberaldemokratischen Werten zuwiderläuft (vgl. Kapitel 4.2.3).

5.3 Zwischenfazit: Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Bewertung von Politik und Demokratie

Der Blick der von uns befragten Einwohner:innen des ländlichen Raumes in Niedersachsen auf Politik und Demokratie ist facettenreich. Es offenbaren sich zahlreiche Gemeinsamkeiten über die Fallregionen hinweg, aber auch einige (wenige) Unterschiede. Ebenso deutet unsere Analyse sowohl auf Übereinstimmungen mit als auch Abweichungen von Ergebnissen hin, die im Rahmen vorangegangener Untersuchungen des NDM zu Tage gefördert wurden.

Mit Blick auf die Wahrnehmung von Politik halten wir folgendes fest:

- Das Interesse an Politik ist auch unter den von uns befragten Niedersächs:innen groß. Als wichtige Themen gelten ihnen insbesondere solche, die das lokale Zusammenleben vor Ort betreffen, wie z. B. das „Vereinssterben“ oder Probleme im Bereich der Daseinsvorsorge und der Verkehrsinfrastruktur. Allerdings bereiten auch größere Themen wie der Klimawandel oder die Bildungssituation den Befragten Sorgen. Erwartungsgemäß hat die Corona-Pandemie an Bedeutung eingebüßt und der Krieg in der Ukraine mit seinen gravierenden Folgen für Wirtschaft und (Energie-)Sicherheit dazugewonnen. Doch führte keines dieser Themen innerhalb der Gesprächsgruppen zu einer inhaltlichen Polarisierung.
- Das Politikbild der Befragten spannt sich zwischen „großer“ Bundespolitik und „kleiner“ Kommunalpolitik auf. Die Landesebene spielt nur eine untergeordnete Rolle; sie verschmilzt mit der Bundespolitik zu einer undifferenzierten „(großen) Politik“. Noch weniger Bedeutung messen die Befragten Frage- und Themenstellungen der internationalen Politik bei, was in Anbetracht unseres Gesprächsrahmens wenig überrascht.

- Sowohl zur Bundes- als auch zur Kommunalpolitik haben die Befragten grundsätzlich ein differenziertes Verhältnis, das sowohl Kritik als auch Lob zulässt. Die Vorzeichen divergieren jedoch, je nachdem, welche der beiden Ebenen evaluiert wird: So wie die Bewertung bundespolitischer Zusammenhänge eine Tendenz zur (Über-)Betonung von Problemen und Funktionsdefiziten aufweist, so weist der Blick auf kommunalpolitische Prozesse und Akteur:innen prinzipiell eine positive Konnotation auf. In beiden Fällen handelt es sich jedoch um Wahrnehmungstendenzen, welche die jeweils gegenläufigen Betrachtungsweisen nicht per se verunmöglichen.
 - Die Kritik, die gerade der Bundes-, in geringerem Maße aber auch der Kommunalpolitik entgegengebracht wird, ist breit gefächert. Es muss zwischen Vorwürfen, die sich auf vermeintlich charakterlich und/oder fachlich ungeeignetes politisches Personal richten, und solchen, die eher struktureller bzw. systemischer Natur sind, differenziert werden. Die Kritik an einem rigiden parteipolitischen Dogmatismus ist besonders augenfällig, betrifft allerdings vorrangig die Kommunalpolitik. In Einbeck werden die Vorwürfe mitunter sehr scharf und mit Hilfe von Semantiken ausformuliert, die auch von Populist:innen benutzt werden.
 - Lob und Zufriedenheitsbekundungen werden erkennbar häufiger an die Kommunal- als an die Bundespolitik gerichtet. Erstere wird in der Regel als bürger-nah und responsiv ausgezeichnet und erscheint vielen daher als demokratischer Raum schlechthin. Einen positiven Bezug zur Bundesebene finden wir vorrangig in Einbeck, sodass sich (in Anbetracht der auch hier artikulierten schärferen Kritik) der Eindruck einer gewissen Polarisierung im Verhältnis zur „großen“ Politik aufdrängt.
- Hinsichtlich der Wahrnehmung und Bewertung des demokratischen Ordnungsmodells können wir folgende Befunde festhalten:
- Im Demokratieverständnis der Gesprächsteilnehmer:innen lassen sich – trotz individueller Akzentuierungen – keine Anzeichen für stark divergierende Auffassungen finden. Als Kernelemente gelten ihnen die Prinzipien der Volkssouveränität und der Partizipation – im Unterschied zu den Befragten im NDMQ 2020, die in der Meinungsfreiheit das wesentliche Element der Demokratie identifiziert hatten. Für zentral gehalten werden darüber hinaus der Konflikt samt seiner Auflösung durch den Kompromiss, die Herrschaft des Rechts (und nicht der Religion) sowie die damit verbundene Gewährleistung positiver und negativer Freiheiten sowie die Einschränkung der Herrschaftsgewalt durch Aufspaltung in Regierung und Opposition sowie das Prinzip des demokratischen Machtwechsels. Demokratie entpuppt sich erneut als *fuzzy term*, der mit unterschiedlichen Bedeutungen aufgeladen werden kann.
 - Zum Prinzip des Konflikts herrscht ein merkwürdig ambivalentes Verhältnis: Einerseits betrachten die Befragten ihn nicht als demokratischen Stör-, sondern als Normalfall, schreiben ihm mitunter gar die Fähigkeit zur Vitalisierung des Politikbetriebs zu. Andererseits begrenzen sie ihn zumeist auf den offenen, aber regulierten Schlagabtausch unterschiedlicher Meinungen in Deliberationsprozessen, an dessen Ende der harmonisierende, den Konflikt auflösende Kompromiss zu stehen habe.
 - Eine Differenz zwischen den betrachteten Fallregionen offenbart sich mit Blick auf das Prinzip der Partizipation. Während in Rosengarten etwas stärker das republikanische Idealbild des Aktivbürgers bemüht und ein eigeninitiatives, über den Gang zur Wahlurne hinausgehendes Engagement eingefordert wird, fokussie-

ren sich die Befragten in Einbeck etwas stärker auf die staatlichen Aufgaben und Pflichten. Nichtsdestotrotz ist das Bild des engagierten Bürgers bzw. der engagierten Bürgerin grundsätzlich in beiden Fallregionen sehr präsent.

- Sowohl in Einbeck als auch in Rosengarten zeigen sich die Befragten wesentlich zufriedener mit der *Idee* der Demokratie als mit ihrem *praktischen Funktionieren* – ein Muster, das nicht nur charakteristisch für die Menschen in Niedersachsen ist, sondern sich in einen deutschlandweiten Trend einreihet (exempl. Decker et al. 2019: 76). Im Gesprächskontext überwiegt die Kritik am Status quo. Die Einbecker:innen äußern am ehesten dezidierte Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis, allerdings lässt sich hier ebenso (erneut) die schärfste Kritik beobachten. In dieser Fallregion zeichnen sich noch am ehesten die Umriss einer polarisierten Demokratiezufriedenheit ab, die im NDM 2021 konstatiert wurde.
- Die Abweichungen im Bereich des Demokratierückhalts, die sich anhand des Index im NDM 2021 für die betrachteten Fallregionen konstatieren ließen, spiegeln sich in unserem Forschungskontext nicht wider. In den Gesprächen finden wir keine Anhaltspunkte dafür, dass in der strukturschwächeren, dienstleistungszentrumsfernen Gemeinde Einbeck eher Menschen mit Deutungsmustern vorzufinden sind, die den beiden exemplarisch herangezogenen Kernprinzipien repräsentativer Demokratien – Parteien und Opposition – zuwiderlaufen.²²

- Beide Elemente unterliegen allerdings einer Besonderheit auf der Ebene lokaler Politikgestaltung: Politische Parteien werden hier mitunter für obsolet oder gar kontraproduktiv gehalten. In beiden Regionen werden Forderungen laut, das Prinzip der Partei- aus der Kommunalpolitik herauszuhalten oder zumindest abzuschwächen. Zudem geht das omnipräsente Bedürfnis, auf kommunaler Ebene eine möglichst geschlossene und konfliktfreie politische Zusammenarbeit im Sinne des lokalen Allgemeinwohls zu bewerkstelligen, mit einer indirekten Delegitimierung des Oppositionsprinzips einher. Diese Differenz zwischen den politischen Ebenen gilt es in zukünftigen Untersuchungen zu berücksichtigen.
- Gemeinsamkeiten überwiegen auch hinsichtlich weiterer Facetten des Demokratierückhalts. Die Demokratie genießt durchweg hohes Ansehen und wird als das angemessene Regierungssystem wahrgenommen, das man nicht gegen andere Herrschaftssysteme ersetzt sehen möchte. Zudem scheint sich die hohe Demokratiefestigkeit aus einer Zufriedenheit ihrer Performanz zu speisen, auf die die relative Harmlosigkeit der Kritik an der demokratischen Praxis hindeutet. Potenzielle Gefahren für den soliden Demokratierückhalt sehen wir in Rosengarten in der Wirkmächtigkeit des Deutungsmusters eines technokratischen Blicks auf Politik und in Einbeck in einer gewissen Virulenz rechtspopulistischer Argumentationsweisen und Narrative, die demokratischen Werten wie Pluralismus mitunter entgegenstehen.

²² Das heißt selbstverständlich nicht, dass dem nicht doch so sein könnte. Die empirische Validität des Index lässt sich an dieser Stelle allein schon deshalb nicht final überprüfen, weil unser Forschungsdesign lediglich Indizien, jedoch keine handfesten Beweise für Verteilungs- und Häufigkeitsaussagen ermöglicht, die über unser Sample hinausreichen. Gleichwohl gilt es festzuhalten, dass statt Unterschieden in der Frage des Demokratierückhalts

die Gemeinsamkeiten deutlich überwiegen – zumindest in unserem Forschungskontext und im Hinblick auf das Parteien- und Oppositionsprinzip als Basis-elemente repräsentativer Demokratien.

6 Kollektive Identitäten: Ein Blick auf die normativen Elemente des Universalismus- Partikularismus-Cleavage

Im folgenden Kapitel werden wir Identitätskonstruktionen unserer Befragten analysieren, um über die dritte Leitfrage Auskunft zu geben, ob sich auf der Ebene der kollektiven Identitäten in Niedersachsen Hinweise auf eine mögliche Polarisierung zwischen (universalistisch geprägter) Stadt und (partikularistisch geprägtem) Land finden lassen. Hierfür haben wir im ersten Schritt möglichst offen nach Hinweisen auf Gruppenidentifikationen der Befragten gesucht und im Anschluss deren politisches Aktivierungspotenzial ergründet. Erst im zweiten Schritt gehen wir hypothesentestend vor und suchen nach Hinweisen auf Gruppenidentifikationen im Kontext des Universalismus-Partikularismus-Cleavage²³. Dieser Zweischritt ermöglicht uns die Identifikation neuer Problemkonstellationen, die möglicherweise gleichfalls durch bestehende Konfliktlinien aufgegriffen und politisiert werden können. Deshalb stehen die hier beschriebenen Gruppenidentifikationen in einem engen Verhältnis zu den analysierten Deutungsmustern (vgl. Kapitel 4.2),

die konzeptionell als Brücke für die Aktualisierung einer Konfliktlinie durch eine aktuelle gesellschaftliche Herausforderung verstanden werden können.

Ausgehend von bisherigen Forschungen, die im Folgenden kurz erläutert werden, möchten wir kollektive Identitäten beziehungsweise politisierbare Identitäten in den Blick nehmen. Auf diese Weise bekommen wir auch jene Identitätskonstruktionen in den Blick, die außerhalb der Differenz von Universalismus und Partikularismus bzw. Stadt und Land wurzeln (Kapitel 6.2), allerdings ohne für diese Konfliktkonstellation „blind“ zu werden (Kapitel 6.2.4). Wie bereits in der Einleitung angedeutet, können kollektive Identitäten ein Element der politischen Kultur sein. Sie werden maßgeblich über die Deutungskultur geformt und sind den Individuen stärker bewusst als Deutungsmuster und vor allem Mentalitäten, dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um politisierte kollektive Identitäten handelt.

23 Da wir an die Forschungstradition von Bornschieer et al. anknüpfen, verwenden wir die Termini Partikularismus bzw. Universalismus anstelle von Kosmopolitismus und Kommunitarismus, wie noch in den vorangegangenen NDMs.

6.1 Soziale und kollektive Identitäten: Definitionen und Abgrenzungen

Seit den 1960er Jahren leistet die Cleavage-Theorie von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan mit ihrer These einer Strukturierung des politischen Wettbewerbs durch lange bestehende soziale Konfliktlinien einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der Entstehung und Entwicklung westlicher Parteiensysteme. Die Forscher identifizierten vier, die westlichen Gesellschaften maßgeblich prägende, Konfliktlinien zwischen Staat und Kirche (1), Arbeit und Kapital (2), Zentrum und Peripherie (3) sowie Stadt und Land (4).

Während diese theoretische Grundlage lange Zeit die Stabilität von Parteiensystemen zu erklären vermochte, veranlassten besonders die in den späten 1970er und 1980er Jahren beobachteten Veränderungen der Parteienlandschaften theoretische Modifikationen und Weiterentwicklungen. Unter dem Einfluss der Globalisierung und deren vielfältigen Folgen verblassten die alten Konfliktlinien. Gleichzeitig trat zunehmend eine neue Polarisierung zwischen Globalisierungsgewinner:innen und -verlierer:innen hervor. Der unter etlichen Bezeichnungen sowie in diversen theoretischen Entwürfen mit divergierenden Stoßrichtungen skizzierte neue Cleavage (u. a. Kommunitarismus vs. Kosmopolitismus, Universalismus vs. Partikularismus; vgl. zur Cleavage-Theorie Kapitel 1.1) ist Gegenstand zahlreicher empirischer Untersuchungen: Nach Peter Mair (2006) besteht ein voll ausgebildeter Cleavage aus drei konstituierenden Merkmalen: der Verankerung des Cleavage in einer spezifischen Sozialstruktur (sozio-strukturelles Element), dem Gefühl einer kollektiven Identität unter den sich gegenüberstehenden Gruppen (normatives Element) sowie der Sichtbarwerdung des Konfliktes durch einen organisatorischen Ausdruck (organisatorisches Element). Obwohl erst die Vereinigung aller drei Elemente die Bestimmung als Cleavage zulasse, liegt der Fokus der empirischen Forschung überwiegend auf der Untersuchung der Verknüpfung der sozialstrukturellen Komponente mit dem Parteienwettbewerb als or-

ganisatorischem Ausdruck eines Cleavage. Weitgehend unterbelichtet bleibt hingegen die normative bzw. sozialkulturelle Komponente (Westheuser 2022: 3). Gerade weil die gesellschaftlichen Konflikte, die das Parteiensystem strukturieren, nicht eingefroren sind (vgl. Mair 2001), sondern einem stetigen graduellen Wandel unterliegen, der sich sowohl auf den gut sichtbaren sozialstrukturellen und organisatorischen Ebenen, aber gleichfalls auch auf der eher verborgenen normativen Ebene vollziehen kann, ist die Analyse dieses Aspekts umso wichtiger. Grund für die ausbleibende Auseinandersetzung mit der sozialkulturellen Ebene des Cleavage ist vermutlich das Fehlen analytischer Werkzeuge. Häufig wird hierfür auf die Erfassung der (individuellen) Wertorientierung und Einstellung zurückgegriffen (Wurthmann 2022). Im Rahmen der Cleavage-Theorie sind es jedoch Kollektive, die eine sozialstrukturelle Basis bilden, deren kollektive Identitäten im Politischen durch Parteien vertreten werden. Allerdings ist das Konzept der kollektiven Identitäten schwer greifbar. Laut Bornschier et al. (2021) resultiere aus dieser Unbestimmtheit in der Praxis häufig eine Gleichsetzung der Gruppenidentitäten mit soziostrukturellen Kategorien (vgl. auch Kriesi et al. 2008) oder streng parteipolitischen Identifikationen (vgl. Bartolini und Mair 1990). Um herauszufinden, was Wähler:innen wollen, und ihre Motive zu verstehen, müssten Wissenschaftler:innen jedoch die normative Komponente näher beleuchten und das Selbstverständnis der Wählenden klarer beschreiben (vgl. Bornschier et al. 2021: 6).

In jüngster Zeit hat sich insbesondere ein Forscherteam aus der Schweiz um Simon Bornschier und Delia Zollinger der empirischen Untersuchung kollektiver Identitäten gewidmet. Mithilfe unterschiedlicher Forschungsdesigns näherten sich die Wissenschaftler:innen der Frage, ob Wähler:innen den vermuteten Antagonismus zwischen Universalist:innen und Partikularist:innen wahrnehmen oder sich sogar als Teil davon verstehen. Durch die Verwendung geschlossener (Bornschier et al. 2021) und offener Antwortkategorien (Zollinger 2022) im Rahmen von zwei Online-Umfragen in der Schweiz (2018–2020)

wurde die Beschreibung der In- und Outgroups, als konstitutives Element einer kollektiven Identität, von Wähler:innen der Neuen Linken und Extremen Rechten geleistet, um deren Identitätsmuster zu rekonstruieren (Zollinger 2022: 1f). Ausgangspunkt für die Konzeptualisierung der normativen Cleavage-Komponente war bei diesen Analysen ein Verständnis von aggregierten kollektiven Identitäten (Zollinger 2022: 4), die vordringlich durch antagonistische Grenzziehungen geprägt seien. Die Forschenden bauten ihre Arbeiten auf sozialpsychologischen Ansätzen auf (vgl. Tajfel/Turner 1979; Bartolini 2005; Stubager 2009), da mit diesen der Cleavage-Theorie durch den Blick auf das Individuum zusätzlich eine theoretische Mikrobasis verliehen würde (Bornschieer et al. 2021:5). Des Weiteren ermögliche diese Perspektive eine präzisere Rekonstruktion der individuellen In- und Outgroup-Markierungen sowie eine Anreicherung der abstrakten theoretischen Konzeptualisierungen kollektiver Identitäten. So könnten die Befunde berücksichtigt werden, dass Individuen zum Beispiel mehrere, potenziell widersprüchliche Identitäten beherbergen und diese in eine individuelle Bedeutungshierarchie einbinden. Ebenso bieten sozialpsychologische Ansätze laut den Forschenden einen Erklärungsrahmen für die politische Aktivierbarkeit spezifischer Gruppenidentitäten durch die Analyse der normativen Ausrichtung oder der persönlichen Relevanz einzelner Identitäten (ebd.).

Wenngleich der Mehrwert der sozialpsychologischen Perspektive nicht negiert werden soll, verwischt ihre Einbindung die theoretischen Grenzen zwischen sozialen und kollektiven Identitäten und lässt somit den eigentlichen Untersuchungsgegenstand nur vage skizzieren zurück. Dies spiegelt sich auch in der Operationalisierung wider, welche sich auf die Frage nach einer gefühlten Nähe zu ausgewählten gesellschaftlichen Gruppen beschränkt oder eine Beschreibung der persönlichen In- und Outgroups verlangt. Die vorgegebenen Antwortkategorien bergen das Problem, nur eine Teilmenge möglicher sozialer und kollektiver Identitäten erfassen zu können und nehmen somit Einfluss auf das Forschungs-

ergebnis. Die Verwendung offener Fragen zur Untersuchung der soziokulturellen Cleavage-Komponente überwindet zwar diese Schwachstelle, allerdings ermöglicht diese Vorgehensweise lediglich die Erfassung einzelner Bestandteile der individuellen Identitäten und führt zu einer Reduktion der Komplexität des Geflechts sozialer und kollektiver Bezüge. Zudem beeinträchtigt die Erhebungsmethode die Möglichkeit, Rückschlüsse auf das politische Mobilisierungspotenzial zu ziehen, denn sie lässt nur die Wiedergabe bewusster Identitäten zu, während (noch) nicht vollständig reflexiv verfügbare Bestandteile des eigenen Selbstkonzeptes hier kaum Eingang in die Analyse kollektiver Identitäten finden können. Überdies muss die im Rahmen der Befragung gelieferte Beschreibung der In- und Outgroup nicht zwingend ausschlaggebend für das angegebene Wahlverhalten sein, da persönliche, soziale und kollektive Identitäten durchaus unterschiedliche Konstrukte sind.

Für die Unterscheidung zwischen sozialen und kollektiven Identitäten möchten wir eine Orientierung an dem theoretischen Verständnis von Jacquelin van Stekelenburg (2013) sowie Bert Klendermans und Marga de Weerd (2000) nahelegen. Sie verstehen Identitäten als Merkmal von Kollektiven und Subjekten und unterscheiden auf individueller Ebene zwischen dem Subjekt als Träger einer *persönlichen Identität* sowie vielzähliger *sozialer Identitäten* (vgl. auch Tajfel/Turner 1979). Beide Ausprägungen sind nach diesem Verständnis Bestandteil des eigenen Selbstkonzeptes, erstere in Form persönlicher Eigenschaften und zweitere als Zugehörigkeit zu sozialen Entitäten (vgl. van Stekelenburg 2013: 1). Das Individuum kann sich im Laufe des Lebens variabel Eigenschaften wie z. B. Zielstrebigkeit, Sportlichkeit und Kreativität zuschreiben und sich gleichzeitig als Mitglied und Vertreter:in spezifischer Gruppen (zum Beispiel die der Hundebesitzer:innen, der Eltern oder der Klimaaktivist:innen) verstehen. Entsprechend kann ein Mensch als Individuum oder als Mitglied einer spezifischen Gruppe denken, fühlen und handeln. *Kollektive Identitäten* sind hingegen kein Element der persönlichen Identität, sondern ein Gruppenmerkmal, welches eigentlich nur

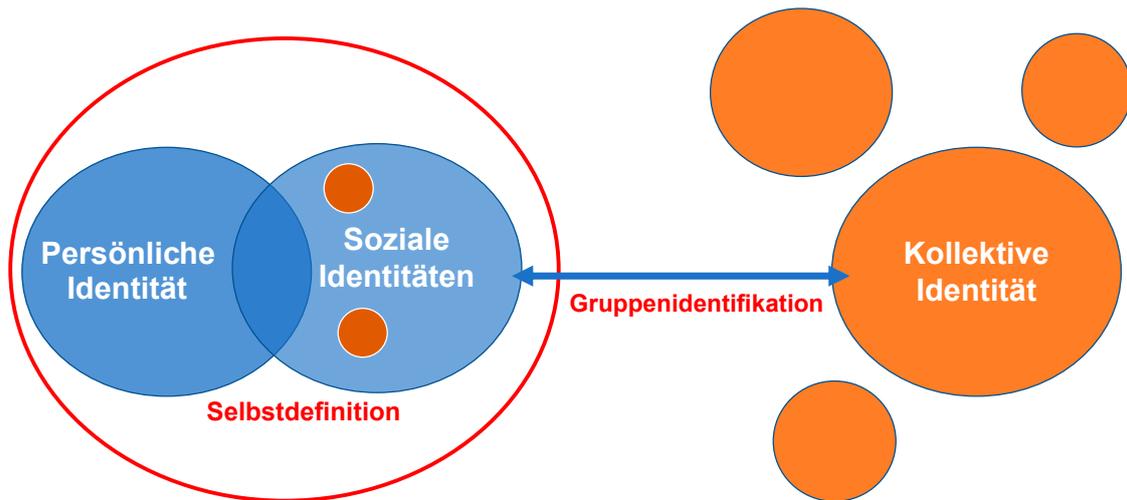


Abbildung 10: Interdependenzen zwischen sozialen und kollektiven Identitäten. Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an van Stekelenburg (2013).

durch die Analyse der Gruppe selbst rekonstruiert werden kann. Die kollektive Identität ist demzufolge Ausdruck der Selbstdefinition einer Gruppe, die sich aus geteilten Interessen und Erfahrungen sowie der unter den Mitgliedern vorhandenen Solidarität ergibt (Taylor und Whittier 1992). Diese kollektiven Identitäten sind stets konstruiert und heterogen. Sie müssen permanent diskursiv und symbolisch aktualisiert werden (analytisch erfassbar auf der Ebene der Deutungskultur), wodurch sich auch ihre Identitätsbestandteile verändern können. Die wissenschaftliche Erschließung kann durch die Untersuchung von Gruppensymbolen, Ritualen, Vorstellungen oder Werten erfolgen.

Mit dieser Differenzierung sozialer und kollektiver Identitäten soll keinesfalls der Eindruck erweckt werden, es handele sich um gänzlich voneinander separierte Konstrukte. Als verbindendes Element zwischen den beiden Identitätsformen fungiert die von Klandermans und de Weerd (2000) eingeführte *group identification*. Gemeint ist die persönliche Identifikation des Individuums mit bestimmten Gruppen, welche durch die Analyse individueller Einstellungen, Meinungen, der Engagementbereitschaft für die Gruppe, der Teilnahme an Ritualen oder der Adaption von Gruppensymbolen beschrieben werden kann (van Stekelenburg 2013: 1). Je stärker die Gruppenidentifikation ausgeprägt ist, desto

mehr gemeinsame Überzeugungen werden in die soziale Identität des Einzelnen aufgenommen und desto eher sind Menschen bereit, im Namen der Gruppe zu handeln. Die kollektive Identität (als Ergebnis eines Gruppenidentifikationsprozesses) spiegelt sich folglich auf individueller Ebene in Form einer selektiven Aneignung wider. Dies führt dazu, dass nicht alle Mitglieder einer Gruppe eine identische soziale Identität aufweisen, aber sich durch identitäre Schnittmengen als Gemeinschaften erkennen (van Stekelenburg 2013: 3). Wenn wir also kollektive Identitäten als Teil der normativen Cleavage-Komponente vom Individuum ausgehend erfassen wollen, richtet sich unser Erkenntnisinteresse auf die Gruppenidentifikation von Subjekten, welche eine idiosynkratische Aneignung der kollektiven Identität auf individueller Ebene darstellt (vgl. Abbildung 10).

Auch wenn wir davon ausgehen, durch die Analyse individueller Gruppenidentifikationen Ausschnitte kollektiver Identitäten rekonstruieren zu können, stellt sich für die Untersuchung von Cleavage-Strukturen die Frage, inwiefern diese politisches Aktivierungspotenzial aufweisen. Zwei grundlegende Faktoren verlangen bei der Beantwortung Berücksichtigung: der Grad der reflexiven Verfügbarkeit von Identitäten und die ihnen zugeschriebene Relevanz (durch die Individuen).

In der Literatur wird davon ausgegangen, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl von Gruppen, also deren kollektive Identität, erst durch Interaktionen und sichtbare Organisation entsteht (vgl. exempl. Rucht 1995). Aus unserer Perspektive und mit Blick auf die normative Cleavage-Komponente setzt die Konstitution kollektiver Identitäten beziehungsweise Prozesse der Gruppenidentifikation jedoch bereits früher ein, indem beispielsweise alltägliche unbewusste Abgrenzungen zu anderen Gruppen vorgenommen werden (Ingroup- und Outgroup-Setzungen). Dementsprechend können sich kollektive Identitäten durch Erfahrungen, Gruppenerlebnisse und Organisationen ausbilden oder als Gruppenzugehörigkeitsgefühl verstanden werden, welches im Grad des Bewusstseins variieren kann und deshalb nur vage Gruppenmerkmale aufweist. Und eben diese teilweise unbewussten Prozesse der Gruppenidentifikation lassen sich mit unserem Forschungsdesign identifizieren. Wir gehen so nicht nur Anhaltspunkten für bereits politisierte Gruppenzugehörigkeiten nach, sondern sind gleichfalls in der Lage, kollektive Verbundenheit zu identifizieren, die noch keinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat, potenziell jedoch eine Aktivierungsgrundlage für Trägergruppen bieten könnte. Die an der Formierung kollektiver Identitäten beteiligten Akteur:innen (z. B. Agent:innen der Deutungskultur wie Politiker:innen) können durch ihre Mobilisierungsstrategien die Konstruktionsprozesse von Kollektiven beeinflussen. Im Rahmen der aktualisierten Cleavage-Theorie wird diese Rolle primär Parteien zugeschrieben (vgl. Schmitt 2001), allgemeiner gedacht kann diese aber sowohl von Individuen als auch von anderen gesellschaftlichen Akteur:innen übernommen werden. Unsere Analyse zielt folglich auf die Erfassung kollektiver Identitäten vor der Manifestation in Parteipräferenzen ab. Des Weiteren beleuchten wir die individuelle Relevanzzuschreibung identifikativer Bezüge: Je bedeutsamer die Verbundenheit mit einem spezifischen Kollektiv ist, desto eher ist auch eine politische Aktivierbarkeit zu vermuten (Polletta und Jasper 2001).

Über diese beiden Faktoren hinaus geben uns zudem die von Jacquelin van Stekelenburg, Anouk van Leeuwen und Dunya van Troost (2013: 1620f.) angeführten Merkmale politisierter kollektiver Identitäten weitere Anhaltspunkte für unsere empirische Untersuchung. Ihnen zufolge beginne die Politisierung von Identitäten mit dem Bewusstsein gemeinsamer Missstände, für die andere Kollektive verantwortlich gemacht würden und aus denen häufig Entschädigungsansprüche resultierten. Zweitens nehmen imaginäre Grenzziehungsprozesse eine wichtige Rolle bei der Konstitution und Politisierung kollektiver Identitäten ein. Mitglieder politisierter Kollektive tendieren dazu, Demarkationslinien zwischen dem antagonistischen Gegenüber und verbündeten Gruppierungen zu ziehen (Mouffe 2017). Es ist folglich ausschlaggebend zu rekonstruieren, wer im Zuge alltäglicher Klassifizierungen des Selbst und des Anderen als Teil der In- und der Outgroup wahrgenommen wird. Um diese Unterscheidung zu treffen, können verschiedene Modi der Grenzziehung ausschlaggebend sein. Auf Grundlage unterschiedlicher theoretischer Ansätze (vgl. Eisenstadt und Giesen 1995; Delitz 2018; Westheuser 2022) lassen sich drei zentrale Klassifizierungsschemata ableiten: Dies ist zum einen die moralisch-symbolische Form der Grenzziehung, die besonders von Linus Westheuser (2022) hervorgehoben wird. In seiner Verknüpfung der Cleavage-Theorie mit Ansätzen der kulturellen Soziologie (u. a. Lamont 2001; Lamont und Molnar 2002; Pachucki et al. 2007) arbeitete er die herausragende identitätsstiftende Funktion von moralischen Grenzen für die Konstruktion kollektiver Identitäten heraus. Geteilte Normen, Werte und Eigenschaften können demzufolge als einheitsstiftende Merkmale mit erhöhter Bindungswirkung betrachtet werden. Des Weiteren können, zweitens, Klassifizierungen durch räumliche Grenzziehungen auf verschiedenen Ebenen erfolgen (Eisenstadt und Giesen 1995: 74) wie z. B. die Identifikation mit dem eigenen Nationalstaat oder einer spezifischen Region. Der dritte zentrale Grenzziehungsmodus ist die Temporalität, welche die erzeugte und erzählte Geschichte eines Kollektivs meint, mit der die

eigene Existenz über einen bestimmten Zeitraum stabil gehalten werden soll (Delitz 2018: 24f.). Sichtbarkeit erlangt dieser Modus beispielsweise in Form von Mythen und Narrativen. Gruppenbildungen, die sich auf multimodale Abgrenzungen berufen, sind – so unsere Hypothese – eher als Ausdruck tiefer Gräben und konsolidierter Gruppenidentitäten zu interpretieren, als jene, die beispielsweise nur auf eine Grenzziehung verweisen. Neben der Festlegung von In- und Outgroups vermuten wir, dass Mitglieder politisierter Kollektive Verhaltenskorrelate aufweisen, sie also bereit sind, in ähnlicher Art und Weise für die Erreichung der Gruppenziele zu handeln (van Stekelenburg et al. 2013: 1621).

Auf Grundlage dieser Theoriebausteine lassen sich drei Subtypen kollektiver Identitäten ableiten, die für unser Erkenntnisinteresse zusätzlich Relevanz entfalten (und deren Differenzierung ein Ergebnis unseres Forschungsprozesses ist, vgl. Abbildung 11): Dies sind einerseits Identitäten, die kein politisches Mobilisierungspotenzial aufweisen. Es handelt sich um Gruppen wie Hundebesitzer:innen, Sportler:innen oder Musiker:innen, die sich durch die Zuschreibung ähnlicher Merkmale und Interessen konstituieren, aber keinerlei politischen Gehalt oder gemeinsame Ziele aufweisen. Damit ist nicht gemeint, dass Hundebesitzer:innen keine Lobby oder politischen Ziele hätten, sondern dass die Individuen, also jene von uns in den Fokusgruppen befragten Personen, selbst diesem Kollektiv

keinerlei politischen Gehalt zuweisen. Als zweiter Typ sind Kollektive mit politischem Aktivierungspotenzial zu nennen, weil in der kollektiven Identität das Politische bereits Bedeutung erlangt hat. Je nach normativer Ausrichtung oder der zugeschriebenen Relevanz, lassen sich für diese Gruppen begründete Hypothesen zur politischen Resonanzfähigkeit ableiten. So ist beispielsweise die normative Ausrichtung von Identitäten entscheidend für eine affektive Polarisierung. Der Grad des Bewusstseins über die Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv kann stark variieren. Zuletzt sind die Kollektive zu nennen, die bereits politisch aktiviert wurden. Mitglieder dieser Gruppen verfügen über das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft mit gemeinsamen politischen Interessen und Zielen. Häufig treten erst durch die Präsenz politischer Missstände oder Konflikte kollektive Identitäten in die politische Sphäre ein und werden zum Zielobjekt beispielsweise von Parteien. Oft ist bei politisierten Kollektiven auch eine stärkere Ausprägung antagonistischer Gruppenidentitäten beobachtbar, also die Abgrenzung von einem klar definierten politischen Gegner. Diese Klassifizierung kann zwar in ihrer Klarheit variieren, entsprechend der Cleavage-Theorie sind kollektive Identitäten von politisierten Kollektiven jedoch eine zentrale Voraussetzung, um von einer politischen Konfliktlinie (Cleavage) sprechen zu können, die das Parteiensystem strukturiert.

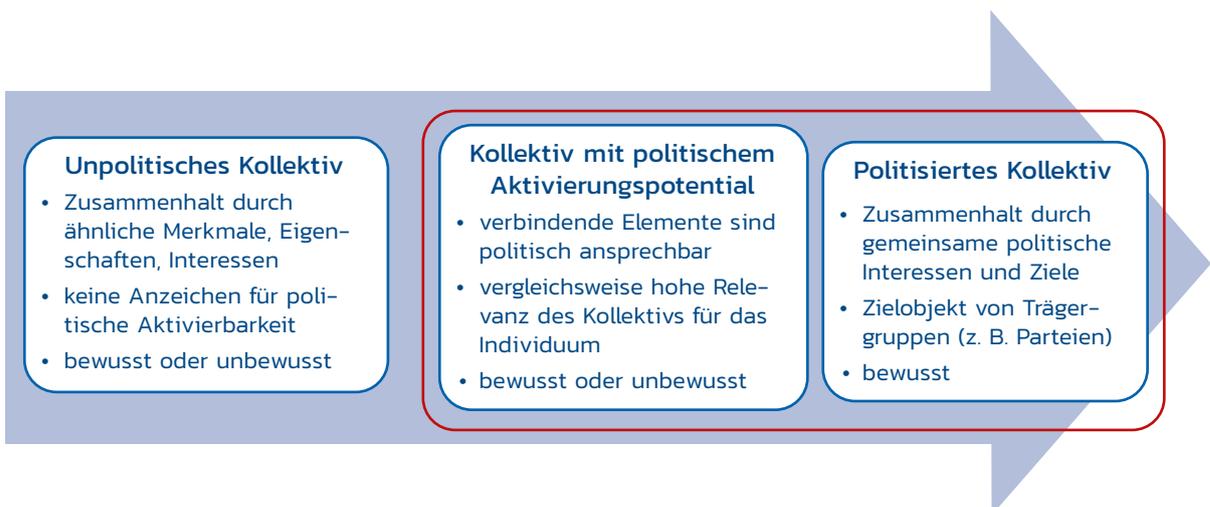


Abbildung 11: Grad politischer Aktivierbarkeit kollektiver Identitäten. Quelle: Eigene Darstellung.

6.2 Empirische Befunde: Welche Kollektive sind politisch aktivierbar?

Grundsätzlich lässt sich feststellen: Die Erzählungen der von uns befragten Bewohner:innen ländlicher Räume beinhalten zahlreiche Identitätskonstruktionen. Es werden diverse In- und Outgroups benannt, Demarkationslinien gezogen und Selbst- und Fremdbeschreibungen vorgenommen – und zwar nicht nur in den Diskussionen über Politik und Demokratie, sondern auch in Schilderungen des eigenen (Dorf-)Alltags. Entsprechend vielfältig treten Identitätskonstruktionen in unserem Material in Erscheinung: Sie differieren nicht nur hinsichtlich ihres jeweiligen Bezugsrahmens (z. B. Politik) und damit verbundener inhaltlicher Konkretisierungen (z. B. „Linke:r“). Sondern auch die Spezifizierungsgrade, die subjektiven Bedeutungsgehalte und affektiven Bindungen sowie die Prägungs- und Mobilisierungskraft unterscheiden sich je nach Identitätsangebot und befragter Person. Und schließlich folgen die Relationen zwischen In- und Outgroups ebenso wie die Formen der Grenzziehung keinem einheitlichen Muster: Einige Identitätskonzepte basieren auf antagonistischen Abgrenzungen symbolisch-moralischer Art, andere fußen auf räumlichen oder zeitlichen Unterschieden, andere wiederum scheinen völlig ohne Gegenstück auszukommen. Kurzum: Uns präsentiert sich ein komplexes, sogar unübersichtliches Bild identifizativer Bezüge, das nach Strukturierung verlangt.

Selektiert man die Gruppenidentifikationen entsprechend der politischen Aktivierbarkeit, fällt auf, dass die *sozialen Identitäten* ohne jeglichen Bezug zur politischen Sphäre in den Erzählungen der Befragten deutlich stärker herausstechen. Bei dem überwiegenden Teil der rekonstruierbaren Gruppenidentifikationen – gerade bei jenen, die explizit benannt werden – handelt es sich um Bestandteile des eigenen Selbstkonzeptes, die Verbundenheit zu anderen Gruppenmitgliedern durch ähnliche Merkmale, Eigenschaften oder Interessen vermitteln. Ein Bezug zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen und Themen ist kaum bis gar nicht existent, es sind vorwie-

gend apolitische Identitätskonzepte, die sich im Alltäglichen erschöpfen. So geben unsere Befragten beispielsweise an, sich als Familienmenschen, Hundebesitzer:in, Sportler:in, Musiker:in oder als Künstler:in zu verstehen. Diese Identitätskonstruktionen speisen sich häufig aus dem unmittelbaren, auf die eigene Lebensgestaltung bezogenen Nah- bzw. Erfahrungsraum, sind den Befragten in aller Regel reflexiv zugänglich, können relativ problemlos benannt und ausformuliert werden und schwimmen dadurch gewissermaßen „an der diskursiven Oberfläche“, wodurch sie methodisch leichter zugänglich sind.

„I: Aber zum Beispiel sehe ich [auf den präsentierten Bildern, Anm.d.Verf.] zweimal Künstler respektive Künstlerinnen. Fühlen Sie sich denn dieser Gruppe besonders nah?“

B1: Ja. Ich würde sagen, ich bin selber einer. Ich habe halt Freunde oder Freundinnen, die sehr künstlerisch engagiert sind.

B2: Und ich lerne von meiner Tochter, die gerade Theaterregie fertig studiert. Und ich finde das, was sie macht und wie sie denkt und wie sie tickt, wäre sehr bereichernd für uns alle.

B3: Also spontan nehme ich die Nummer 20. Da sieht man eine Tennisspielerin. Und wir hier im Dorf halten das ja ein bisschen kleiner und spielen Tischtennis. Bin ich auch sehr engagiert dabei.“ (Rosengarten)

Auffällig ist, zweitens, dass derartige Identitäten zumeist „freistehend“ auftreten und ohne Alterisierung und Grenzziehungen auskommen. Zwar hebt die Theorie sozialer Identitäten hervor, wie konstitutiv der Abgleich mit anderen Gruppen für die eigene identitäre Profilierung sei (vgl. Tajfel und Turner 1986), doch zeigen sich in unserem Material oftmals Abweichungen von diesem Konstitutionsmuster. Das im Zitat zum Ausdruck kommende Identitätskonzept besitzt häufig kein „konstitutives Außerhalb“ (Mouffe 2017: 23), steht

nicht in Opposition zu anderen Kollektiven, gewinnt sein Profil nicht durch die Markierung einer Outgroup. Klar: Auch für die Eigengruppe der Familienmenschen, Hundebesitzer:innen oder der Künstler:innen lässt sich in der Theorie durchaus ein entsprechendes Gegenstück bilden. Die Befragten selbst benennen dieses in vielen Fällen jedoch nicht, was wir als Hinweis darauf lesen, dass es in ihrer Vorstellungswelt entweder überhaupt nicht existiert oder in einem Raum des Vorbewussten und Imaginären verbleibt, der sich Artikulationsversuchen entzieht. Viele der von uns rekonstruierten sozialen Identitäten zeichnen sich insofern nicht durch Antagonismen und Wir-Sie-Beziehungen aus, sondern durch eine unabhängige, sich häufig aus der eigenen Biografie ergebende Bedeutung. Ihnen fehlt damit eine Komponente, die für kollektive Identität, auch für das Politische als solches konstitutiv ist (Mouffe 2017).

So banal sie zunächst auch anmuten mögen, für unser Untersuchungsvorhaben sind diese Feststellungen gleich in doppelter Hinsicht von Bedeutung: Zum einen weisen diese Aspekte auf einen apolitischen Grundcharakter sozialer Identitäten hin. Der bestenfalls eklektische Bezug zur gesellschaftspolitischen Sphäre sowie das weitgehende Fehlen von Outgroup-Markierungen sind als Hinweise zu lesen, dass diesen Gruppenidentifikationen keine politisch aktivierbaren Identitätskonstruktionen zugrunde liegen. Zudem lässt die starke diskursive Präsenz apolitischer Gruppenbezüge eine wichtige Schlussfolgerung mit Blick auf einen anderen Erkenntnisgegenstand unserer Studie zu: Wir deuten sie als Anzeichen für die fortwährende Wirkmächtigkeit einer kleinbürgerlichen Mentalität, offenbart sich hierin doch dessen charakteristische Fokussierung auf das soziale Nahfeld sowie eine partielle Scheu vor politischer Konfrontation (vgl. Kapitel 4.3.1).

Gleichwohl finden wir in nicht minder vielfältiger Gestalt identifikative Bezüge, welche potenziell Bestandteil einer normativen Cleavage-Komponente sein könnten. Obwohl unser Material wenig Anhaltspunkte für Beziehungen zu bereits politisierten kollektiven Identitäten liefert, offenbaren sich bei eini-

gen Befragten Bindungen zu Kollektiven, die durchaus *politisches Mobilisierungspotenzial* aufweisen und potenziell durch Trägergruppen angesprochen werden können. Gemein ist vielen dieser Gruppenidentifikationen, dass sie aktuell auf einer kaum reflexiv verfügbaren Ebene verweilen und sich primär durch unbewusste Grenzmarkierungen konstituieren. Diese Konstitutionsstruktur der Grenzziehung zwischen der In- zur Outgroup beinhaltet stets ein gewisses Spannungspotenzial, das sich politisch adressieren lässt und als Hinweis auf gesellschaftliche Konflikt- und Spaltungslinien interpretiert werden kann. Sie stehen im Mittelpunkt unseres Erkenntnisinteresses und werden deshalb nachfolgend näher beleuchtet. Wir konzentrieren uns auf ausgewählte Gruppenidentifikationen, denen wir vor dem Hintergrund unseres Untersuchungsrahmens besondere Bedeutung beimessen beziehungsweise die im Material präsent waren: Engagierte vs. Unengagierte, Moderate vs. Radikale, Dorfbewohner:innen vs. Städter:innen und „Partikularist:innen“ vs. „Universalist:innen“.

6.2.1 Engagierte vs. Unengagierte

Sowohl in Rosengarten als auch in Einbeck versteht sich ein beachtlicher Teil der Fokusgruppenteilnehmer:innen als engagiert. An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Präsenz der Engagierten besonders durch die Zusammensetzung der Fokusgruppen begründet ist. Wir können daher keine Rückschlüsse auf die Relevanz eines solchen Gruppenbezugs in den untersuchten Ortschaften generell ziehen. Aufgrund des politischen Mobilisierungspotenzials der Gruppenidentifikation und da wir den Befragten als Produzent:innen der Deutungskultur für die regionale politische Kultur eine hohe Relevanz zuschreiben, lohnt es sich jedoch, diesen Bezug näher zu betrachten. Die Befragten heben hervor, in der Kommunalpolitik oder im Sportverein aktiv (gewesen) zu sein, den allwöchentlichen Jazztanz-Abend mitzuveranstalten, in der Kirche Orgel zu spielen, einen Fitnessverein gegründet zu haben oder sich in anderer Form für die Belange des Dorfes und seiner Gemeinschaft stark zu ma-

chen. Für diese Gruppe ist es von zentraler Bedeutung, sich aktiv und „mit Herzblut“ für etwas zu engagieren, egal ob auf zivilgesellschaftlichem oder (kommunal-)politischem Wege.

Es geht den Engagierten in der Regel nicht darum, *wo* beziehungsweise *wie* man sich einbringt, sondern *dass* man überhaupt etwas macht; eine Hierarchisierung verschiedener Engagement- und Partizipationsformen können wir nicht feststellen. Zumindest nach innen hat die Gruppe der Engagierten dadurch einen offenen Charakter: Zugehörigkeit wird allen angeboten und gewährt, die den Mindestanspruch – für viele ist bereits die Teilnahme an Nachbarschaftsfesten ausreichend – erfüllen können. Auf diese „interne Toleranz“ zahlreicher anderer sozialer Identitäten (die nicht unbedingt mit der kollektiven Identität in Gänze konvenieren müssen) ist es wiederum zurückzuführen, dass die Gruppe der Engagierten verschiedene soziale Identitäten (z. B. Feuerwehrmann-/frau, Sportler:in oder Politiker:in) unter einem Dach versammeln kann.

Andererseits stellen wir fest, dass die Demarkationslinie nach außen umso härter gezogen wird. Von denjenigen, die sich nicht aktiv einbringen, die dem Dorfleben völlig passiv und desinteressiert gegenüberstehen, grenzen sich die Engagierten gleich in mehrfacher Hinsicht strikt ab. Am auffälligsten ist ein moralisch-symbolischer Modus der Differenzmarkierung, durch den die Ingroup positiv und die Outgroup negativ attribuiert wird. Auf seine beziehungsweise ihre Tätigkeit in Kommunalpolitik oder Vereinswesen verweisend, definiert sich der beziehungsweise die Engagierte:r gemeinhin als solidarischer, gemeinwohlorientierter und pflichtbewusster. Das Gegenstück bilden die Unengagierten, die im Spiegel dieser Selbstwahrnehmung als unsocial, gemeinschaftsfeindlich und egoistisch erscheinen (müssen). Weil sie sich nicht in die Dorfgemeinschaft einbrächten, ihr passiv und desinteressiert gegenüberstünden, seien sie weitgehend unbekannt und unsichtbar. Häufig handele es sich um Zugezogene, die sich in ihren neu erworbenen Häusern „abkapseln“ würden:

„Und das ist auch unterschiedlich, ob, nenne ich es einfach mal Neubürger, einfach nur zum Wohnen auf das Land gezogen sind oder ob sie sich in der Gemeinschaft, im Sportverein, über Politik, im Zusammenhalt engagieren wollen oder auch nicht. Das ist auch unterschiedlich. Es gibt einige, die machen das und andere nicht. Aber den sieht man dann auch nicht, ne?“ (Einbeck)

Im Gegensatz zu jenen, die sich einem Engagement verweigern, hätten die Engagierten die Fähigkeit und Bereitschaft, soziale Verantwortung zu tragen. Sie würden insofern eine Vorbildfunktion erfüllen. Gleichwohl wird das eigene Engagement nicht – was durchaus naheliegen würde – als Ausdruck eines reinen Altruismus ausgewiesen. Einige Engagierte betonen explizit, ihre Tätigkeit in einer kommunalpolitischen oder zivilgesellschaftlichen Einrichtung habe nicht nur positive Effekte für Andere, sondern auch für sie selbst. So erfahre man in diesem Kontext Anerkennung, Lob, Dankbarkeit, komme in geselligen Runden zusammen und erlebe Gemeinschaft.

Aus Sicht (nicht nur) dieser Befragten würden in gemeinnützigen Diensten also Fremd- und Eigennutz in einer für beide Seiten vorteilhaften Art und Weise konvergieren. Freilich: Zu solchen Synergieeffekten kann es kommen. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, auf die Implikationen dieser Vorstellungen hinzuweisen. Wenn nämlich Engagement per se nichts Destruktives an sich haben kann – weder für einen selbst, noch für die anderen –, dann wird auch mögliche Kritik in den Raum des Unsagbaren und Illegitimen abgeschoben. Engagierte grenzen sich durch ihre vermeintlich moralische Überlegenheit von den Unengagierten als Outgroup ab und knüpfen hierbei auch an die politische Leitvorstellung des guten demokratischen Staatsbürgers an (vgl. Kapitel 5.2.1).

Die Erwartungshaltung der Engagierten ist derart hoch, dass selbst jene ihr nicht gerecht werden können, die ihr Nicht-Engagement mit dem Verweis auf gesellschaftlich akzeptierte Gründe wie Zeitmangel oder familiäre Verpflichtungen zu rechtfertigen versuchen. Dass

diese Legitimationsbemühungen erfolglos bleiben, zeigt nicht nur eine Geringschätzung von Care-Arbeit, sondern auch den absoluten Charakter der Grenze zwischen Engagierten und Unengagierten. Trotz vordergründiger Bekundung von Verständnis, sind Absichts- und Willenserklärungen nicht ausreichend, um sich das Wohlwollen der Engagierten, geschweige denn die Zugehörigkeit zu ihrer Gemeinschaft zu sichern. Was zählt, ist die Tat, und wer kein Engagement nachzuweisen hat, der fällt durch das moralische Raster und wird nicht als Teil der Gemeinschaft wertgeschätzt:

„B1: Also, wir haben drei Kinder, ich arbeite dreißig Stunden, also ich habe keinen Krümel Zeit über [...] Ich mache ganz viel mit Geld, dass wir Spenden sammeln [...] Aber ich hätte jetzt nicht noch Zeit, fünf Stunden irgendetwas die Woche noch zu unterstützen. Das ist in der Momentphase mit drei Kleinkindern und dem Job und dem Haus nicht möglich (lacht).

B2: Das würde meinem Garten wahrscheinlich auch besser tun. Ich arbeite sechzig Stunden plus, mache noch Feuerwehr, mache noch ein paar andere Sachen ehrenamtlich. Aber das gehört irgendwo dazu. Mein Garten würde sonst besser aussehen, muss ich ganz ehrlich sagen. Also das ist aber auch dieses, was möchte ich abends? Möchte ich abends vor der Klöne sitzen und drei Stunden irgendeinen Schwachsinn gucken, oder mache ich lieber was? Kann ich eh nicht stillsitzen. Gehört vielleicht mit dazu.

B3: Gut, aber mit drei Kleinkindern, denke ich, ist wirklich ein anderes Thema, ja.

B2: Klar, irgendwann ist der Tag vorbei. Wie gesagt, ich bin nun auch viel unterwegs [...] 2019 weiß ich nicht, hatte ich irgendwie sechzig Flüge beruflicher Natur, habe trotzdem versucht, nebenbei die Feuerwehr zu machen. Ja, es sind eben immer Themen, ich glaube schon, wie man seine Prioritäten auf der einen Seite setzt, aber auch, wie man es vielleicht

auch sein Leben lang gemacht hat, wie man aufgewachsen ist.“ (Rosengarten)

Die moralisch-symbolische Ebene ist gleichwohl nicht die einzige, um identitätsstiftende Differenzen zwischen In- und Outgroup zu markieren. Rekonstruieren lässt sich ferner ein temporal strukturierter Modus der Grenzziehung, der sich erst vor dem Hintergrund des bereits skizzierten Deutungsmusters der bedrohten Lebenswelt (siehe Kapitel 4.2.2) entfalten kann und beiden Gruppen oppositionelle Rollen zuweist: Während die Engagierten sich im Rahmen dieser Bedrohungserzählung diskursiv zu jenen stilisieren, die vermittels ihrer gegenwärtigen Bemühungen um eine funktionierende Dorfgemeinschaft deren zukünftige Fortexistenz – „das Überleben“ – sicherstellen (oder zumindest daran beteiligt sind), werden die Unengagierten als Teil des Problems ausgemacht. In ihrem fehlenden Solidarbeitrag, ihrer Unwilligkeit, sich in lokale Strukturen einzubringen, wird eine der Hauptursachen für den Niedergang der Dorfstrukturen gesehen.

Überraschend ist die Rigidität, mit der sich Engagierte um Abgrenzung nach Außen bemühen, keineswegs. Im Gegenteil: Es ist durchaus nachvollziehbar und geradezu notwendig, eine derart harte Trennlinie zu ziehen, kann doch nur so gewährleistet werden, dass die unterschiedlichen (Teil-)Gruppen, die sich – wie wir gesehen haben – unter dem Oberbegriff „Engagierte“ subsumieren lassen, auch „zusammenwachsen“ und eine kollektive Form annehmen. Das Gemeinsame muss offenkundig immer dann stärker durch Abgrenzung zu einem konstitutiven Außen her(aus)gestellt werden, wenn die internen Differenzen (beispielsweise durch weit voneinander entfernt liegende soziale Identitäten) groß sind. Ein flüchtiges und fluides „wir“ kristallisiert sich – hierfür ist die kollektive Identität der Engagierten ein Beleg – erst durch ausgeprägte Alterisierung und Abgrenzung von einem „sie“ heraus.

Diese Grenzziehung, der verbindende moralische Wertekompass sowie das gemeinsame Bewusstsein für lokale Missstände, für welche die Unengagierten zumindest teilweise

verantwortlich gemacht werden, lassen eine politische Aktivierbarkeit der Engagierten vermuten. Die Gruppe der Engagierten weist die Besonderheiten auf, sowohl potenziell als eigenständiges Kollektiv fungieren zu können als auch eine Symbiose mit anderen kollektiven Identitätskonstruktionen eingehen zu können und mit dieser Annäherung die Handlungsbereitschaft der Mitglieder zu fördern. Die politische Sphäre betrachtend dürfte ein Appell an die moralische Überlegenheit der Engagierten ein besonders günstiger Anknüpfungspunkt für Trägergruppen zur politischen Mobilisierung sein. Die politische Ausrichtung ist dabei recht flexibel, können die konstituierenden Merkmale der Engagierten doch variabel in die eigene Programmatik eingeflochten und in Stellung gebracht werden. Da auch die Ausrichtung und Art der individuellen Handlungsbereitschaft für die Befragten kaum Relevanz besitzt, steht für eine politische Mobilisierung in erster Linie Anerkennung des Engagements im Vordergrund.

6.2.2 Moderate vs. Radikale

Eine weitere kollektive Identitätsformation, die wir in beiden Fallregionen rekonstruieren können, basiert auf der Abgrenzung von Radikalen. Viele Fokusgruppenteilnehmende distanzieren sich dezidiert – insbesondere dann, wenn der entsprechende Erzählstimulus gesetzt wird – von Personengruppen, denen extreme (politische) Überzeugungen attestiert werden. Einig ist man sich insbesondere darin, dass politisch radikale Kräfte – von links oder rechts – die eigenen, als demokratisch ausgewiesenen Wertvorstellungen missachten, sie gar fundamental bedrohen würden. Die vehemente Distanzierung von rechten, vor allem rechtsradikalen Akteuren sticht dabei besonders ins Auge und wurde bereits in den Beschreibungen der eigenen Lebenswelt (s. Kapitel 3) sowie als integraler Bestandteil der kleinbürgerlichen Attitüde thematisiert (s. Kapitel 4.3.1). Wir stellen fest, dass einige Befragte rechtsradikale Einstellungsmuster externalisieren und auf eine spezifische Klientel verengen. Wenn sie über rechtsradikale Per-

sonen und Ideologien sprechen, scheinen sie weiterhin das Bild des gewaltbereiten Neonazis im Kopf zu haben, welchen sie mit einem stereotypen äußeren Erscheinungsbild verknüpfen. Dass rechtsradikales Gedankengut schon immer in der Mitte der Gesellschaft beheimatet war (vgl. exempl. Dudek und Jaschke 1984), bleibt weitgehend außen vor. Auch die Anschlussfähigkeit einiger Diskussionsbeiträge nach rechtsaußen wird nicht erkannt, geschweige denn zum Anlass genommen, die entsprechenden Redner:innen moralisch zu diskreditieren. Die Abgrenzung von Rechtsradikalen ist also keineswegs so stabil, wie es die Vehemenz, mit der sie vorgetragen wird, suggeriert. Man distanziert sich allerdings auf moralischer und symbolischer Ebene nicht nur von Personen mit rechtsradikalen Überzeugungen und „Coronaskeptiker:innen“ bzw. „Querdenker:innen“, sondern auch religiöse Radikale und Anhänger:innen von „Political Correctness“ sowie vermeintlicher Sprachbevormundung werden exkludiert (s. dazu auch Kapitel 4.3.2).

Hier wird eine Parallele zur Gruppe der Engagierten ersichtlich: So wie es den Engagierten egal ist, wofür man sich engagiert, ist es für Moderate in der Regel irrelevant, inwiefern Personen radikal eingestellt sind. Ausschlaggebend ist für beide, dass sie es sind. Anders formuliert: Den Befragten geht es um die Ablehnung des Radikalen, weniger um die dahinterstehenden Ideologie(n). Welche Inhalte oder Überzeugungen „radikal“ sind, scheint für viele Teilnehmer:innen offenkundig irrelevant zu sein und bedarf keiner näheren Ausführung. Erst so wird nachvollziehbar, wie religiöse Extremist:innen und Personen, die um eine geschlechtergerechte Sprache bemüht sind, in einem Atemzug genannt und kritisiert werden können, ohne dabei inhaltliche Differenzierungen vorzunehmen. Ihnen wird gleichermaßen eine radikale Grundhaltung attestiert, die bei unseren Befragten für Empörung sorgt. Im Unterschied zu den Engagierten ist nun allerdings nicht mehr die In-, sondern die Outgroup diejenige, die sich prinzipiell aus unterschiedlichen Subgruppen und sozialen Identitäten zusammensetzt und somit einen äußerst heterogenen Charakter besitzt.

Ist die Gruppe der Radikalen diskursiv umrissen, dient sie dem Gros unserer Befragten schließlich als eine Art „negative Interpretationsfolie“, vor der sie sich als Moderate und Gemäßigte begreifen (können). Die Mitte, das am dichtesten besiedelte Biotop politischer Selbstverortung, ist eindeutig der Platz, an dem sich auch unsere Befragten am wohlsten fühlen und der Raum für die Entfaltung der kleinbürgerlichen Mentalität bietet. Die Ausführungen der Befragten verdeutlichen die Existenz dieser Gruppenidentifikationen, die Überwiegend im Unbewussten lagert: Weder bezeichnen sie sich dezidiert als „Moderate“ bzw. „Gemäßigte“, noch scheint ein kollektives Bewusstsein darüber zu existieren, was diese Gruppe inhaltlich charakterisiert, abgesehen von ihrer Differenz zu den Radikalen. In ähnlicher Weise wie bei den Engagierten ermöglicht diese kollektive Identität daher die Adressierung durch ein breites politisches Spektrum.

6.2.3 Landbevölkerung vs. Stadtmenschen

Die Unterscheidung von urbanen und ländlichen Räumen und den entsprechenden Lebensweisen stellt ein wiederkehrendes Thema in den Fokusgruppen dar und ist tief in die Alltagserzählungen der Befragten eingeschrieben. Die Teilnehmenden in beiden Fallregionen begreifen sich durchweg als Bewohner:innen ländlicher Räume beziehungsweise als Dorfgemeinschaft und bringen eine spezifische Lebensform damit in Verbindung, für die sie sich bewusst entschieden haben:

„B1: Ich habe mich bewusst dafür entschieden, hier herauszuziehen. Und ich weiß die Vorteile sehr zu schätzen. Und die – in Führungsstrichen – Nachteile, also, dass ich jetzt vielleicht nicht zu Fuß mal eben überall hingehen kann, die kann ich ja kompensieren. Oder gönne mir dann halt mal ein Taxi, wenn ich einmal im Jahr feiern gehe (lacht).“

B2: Also ich vermisse das auch nicht [...] Ich möchte auch nicht mehr in der Stadt leben. Und das finde ich auch ganz er-

staunlich, dass sich das einfach auch ändert. Also ich möchte das nicht mehr.“
(Rosengarten)

Eine Grenze, die Stadt(bewohner:innen) und Land(bewohner:innen) voneinander trennt, ist in der Vorstellungswelt unserer Befragten klar vorhanden. Ähnlich wie die Identitätsformation der Engagierten, fußt auch die Gruppenidentifikation der Landbewohner:innen auf mehreren Differenzkategorien. Wir können sowohl einen symbolisch-moralischen, einen zeitlichen als auch einen räumlichen Modus der Grenzziehung rekonstruieren. Letzterer richtet sich primär auf Stadt und Land als geografische Räume mit divergierenden Eigenarten. Der Verweis auf die räumliche Differenz von Stadt und Land nimmt zwei Formen an: Er bezieht sich, erstens, auf die Grenze zwischen einem Innen (Land) und einem Außen (Stadt) sowie, zweitens, auf die Rangordnung eines Oben (Stadt) und Unten (Land). Die Innen-Außen-Unterscheidung fokussiert auf die von den Befragten imaginierten strukturellen Differenzen der beiden Siedlungsräume und die damit verbundenen Unterschiede der alltagsweltlichen Erfahrungen. Zudem können wir feststellen, dass das Verhältnis der beiden geografischen Siedlungsräume zum Teil in eine Hierarchie eingebettet wird, die das Stadt-Land- als Zentrum-Peripherie-Verhältnis rahmt (und dabei dem eigenen Lebensraum beziehungsweise der eigenen Ingroup eine unvorteilhafte Stellung politische Maßnahmen betreffend zuweist). Das dahinterstehende Argument rekurriert auf die vertikale beziehungsweise föderale Gliederung der Bundesrepublik und wird folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

„Schauen wir doch mal von der Bundespolitik bis zum kleinen Dorf. Kommt denn aus dem fernen Berlin, was dort entschieden wird von den Leuten, die mit den Tretrollern fahren, kommt von diesen Leuten eine Entscheidung in unserem Dorf an?“ (Rosengarten)

Während die Abgrenzung von urbanen Räumen und den dort vorherrschenden Lebens-

weisen ausführlich thematisiert wird, finden wir eine dezidierte Abgrenzung von Städter:innen als wahrgenommener Outgroup etwas weniger deutlich und wenn, dann zielen sie auch nicht auf alle Stadtbewohner:innen in toto, sondern vielmehr nur auf die urbane Elite. Die populistisch anmutende Vorstellung der Befragten lautet: Wichtige politische Verantwortungsträger:innen würden in den urbanen Zentren wie Berlin und der Landeshauptstadt Hannover sitzen und von dort aus Entscheidungen mit weitreichenden Konsequenzen für das Dorfleben treffen, ohne dieses überhaupt zu kennen. Entsprechend „undurchdacht“ und „realitätsfern“ seien diese Entscheidungen, wie vor allem mit Blick auf das Thema Verkehr(swende) thematisiert wird:

„B1: Plus, dass die Busse hier katastrophal fahren. Wir sollen alle auf Bus umsteigen. (lacht) Ja, schön, danke [...] Also es ist wirklich eine Katastrophe.“

B2: Aber ich frage mich, wie kann man in Deutschland nur so partikularistisch denken?

B1: Weil die Politiker in Berlin in ihrer Stadt sitzen [...] Da wohnt ja keiner auf dem Dorf.“ (Rosengarten)

Generell fällt jedoch auf, dass solche Alterisierungen rar gesät sind. Ein erheblicher Teil der Fokusgruppenteilnehmer:innen scheint davor zurückzuschrecken, „Städter:innen“ explizit zu adressieren und als Teil einer Outgroup darzustellen, die sich durch eine andere, „urbane“ Einstellung und Mentalität kennzeichne. Räumlich-strukturelle Unterschiede zwischen Stadt und Land sind also deutlich schneller ausgemacht und hervorgehoben als charakterliche Differenzen der hier lebenden Personen – vermutlich auch, weil einige Befragte länger in Städten gelebt und sich womöglich selbst als „Stadtmensch“ identifiziert haben. Hier wird auch deutlich, dass die Hybridisierung der verschiedenen Räume im Grunde weit vorangeschritten ist, ihre Imaginationen jedoch noch immer nachwirken.

Gleichwohl lassen sich bei einigen Befragten ausgeprägte Bemühungen um die symbolische Abgrenzung von einer städtischen Lebensweise nachweisen. Gerade in Rosengarten wird argumentiert, im nahegelegenen Hamburg lebe jeder für sich, weitgehend isoliert und ohne Bezug zu seinem unmittelbaren sozialen Umfeld. Anonymität, sogar Atomismus kennzeichne hier das Zusammenleben, das strenggenommen nicht als solches bezeichnet werden könne. Ohne explizit ausformuliert zu werden, schwingt in dieser Vorstellung die These mit, dass der Stadtmensch – korumpiert durch sein gemeinschaftsfeindliches Umfeld – ein Einzelgänger sei, der sich nicht um seine Mitmenschen schere. Doch gilt er einigen Befragten nicht nur als „einsamer Wolf“, sondern vereinzelt lässt sich sogar eine Praxis der Abwertung feststellen, die Bewohner:innen urbaner Räume eine „unnormale“, „weltfremde“ Lebensweise zuschreibt, die sinnbildlich in der Praxis des Genders und dem pedantischen, radikalen Beharren auf der eigenen moralischen Überlegenheit zum Ausdruck käme. Städter:innen seien also nicht nur von der Gemeinschaft entfremdet, sondern auch von der sie umgebenden Realität. Eine ähnliche Differenz wird zwischen den ländlichen und städtischen Politiker:innen hergestellt, wenn letzteren ein verzerrtes Verständnis von Nachhaltigkeit unterstellt wird. Urbanen Politiker:innen wird das Bewusstsein für Lebensmittel und ihre Herkunft abgesprochen, gegenläufige Aussagen seien nicht mehr als ein „grüner Selbstanstrich“:

„Wissen die, dass das, was sie in dem Bio-Supermarkt, wo sie einkaufen, irgendwo auf dem Acker wachsen muss? Und dass nun mal auf dem Acker nichts wächst, wenn da nicht vorher Scheiße raufkommt, um zu düngen?“ (Rosengarten)

Die Ingroup wird auf Grundlage dieser Fremdcharakterisierungen schließlich als das genaue Gegenbild der Stadtbewohner:innen gezeichnet. Auf dem Land würden die Menschen mit-, statt nebeneinander leben, hier kenne jede:r jede:n, wasche eine Hand die andere. Auch der Ursprung dieses kollektivistis-

tischen Charakterzugs wird benannt: Gerade, weil die öffentliche Infrastruktur in den Dörfern so prekär, das Dienstleistungsangebot so eingeschränkt sei, sei man aufeinander angewiesen und müsse zusammenrücken (z. B. in Form von Fahrgemeinschaften). Dennoch wird dieser Umstand nicht als Zwang oder Nachteil erfahren. Im Gegenteil: Die Nicht-Anonymität und das Zusammenleben im engen Kreis werden in aller Regel wertgeschätzt. So sehen es auch zwei Teilnehmer:innen aus Einbeck, die die dörfliche Praxis des Aufeinanderachtgebens nicht als Bspitzelung oder Voyeurismus missverstanden wissen möchten:

„B1: Zum Beispiel, meine Frau und unsere Nachbarin: Wenn da der Rollladen nicht hoch geht [...], dann sagt die, Mensch, ich muss mal anrufen, die macht den Rollladen nicht hoch. Neulich ist sie gestürzt [...] Ich will damit sagen, man hilft sich in der Nachbarschaft und das ist auf dem Dorf relativ gut. Und das ist schön, dass es sowas gibt [...] Ist ja auch verständlich, bei so einem alten Menschen. Und das ist auf dem Dorf noch vorhanden, dass man sich kümmert. Und das hat nix mit Neugierde zu tun, das ist einfach so gewachsen.“

B2: Gefühlt ein Auge haben. Aber das fände ich andersrum auch nicht schlimm, also, das Gefühl, dass irgendwer guckt oder so [...] Das würde mich gar nicht stören. Wenn mich ein Nachbar anruft und sagt, euer Dachfenster ist offen, dann sage ich nicht, was interessiert dich mein Dachfenster? (Gelächter) Sondern ich bedanke mich, laufe da hoch und dann kriegt der nen Blumenkohl am nächsten Tag oder sowas und dann ist gut.“ (Einbeck)

Die Tatsache, dass diese Vorstellungen über den ländlichen und städtischen Raum von Klischees, Stereotypen und schematischen Deutungen durchzogen sind, fügt der Grenzziehung zwischen Stadt und Land auch eine temporale Komponente hinzu. Denn: Sie mobilisiert gesellschaftlich tief verankerte, zeitlich weit zurückreichende Differenzvorstellun-

gen, die sich in stereotypisierenden Alltagserzählungen manifestieren (kann). In unseren Fokusgruppen sind es vor allem die Topoi der familienfreundlichen, behüteten Dorfidylle und der anonymen, gefährlichen Stadt – „dem Großstadt-Dschungel“ –, die kulturell tradierte Zerrbilder in der Gegenwart reproduzieren. Sie weisen – so wurde bereits im NDMQ 2020 mit Blick auf den kleinstädtischen Raum festgestellt – eine lange geistesgeschichtliche Tradition auf, die intensiv mit der Verhandlung der Moderne und ihrer sich neu herausbildenden Metropolen verwoben ist (Schenke et al. 2020: 17f.). Auch wenn diese Perspektive sicherlich an Strahlkraft eingebüßt hat, so scheint sie nicht völlig aus den Mentalitätsbeständen verschwunden zu sein.

Die Ergebnisse verdeutlichen für die Gruppe der Landbevölkerung – im Kontrast zur identifizierten Gruppenidentifikation als Engagierte und Moderate – eine wesentlich konsolidiertere Form der Gruppenzugehörigkeit. Obwohl auch dieser identifikative Bezug weitgehend unbewusst bleibt, man sich nicht als Kollektiv mit fester politischer Agenda und gemeinsamen Zielen versteht, zeigt sich für die Gruppe eine stärkere Verbundenheit, befördert durch eine klarere Kontur des gemeinsamen Kerns. Dieser besteht in der eindeutigen Definition des antagonistischen Gegenübers. Für Moderate und Engagierte ist eine Imagination als Gruppe aufgrund der offengelegten Überschneidungen sozialer Identitäten denkbar, wir finden bei diesen kollektiven Identitäten kaum Hinweise darauf, dass das imaginierte Gegenüber eine handfeste Gruppe formt, vielmehr wird auf Individuen verwiesen, von denen eine explizite Distanzierung notwendig erscheint. Anders ist dies im Falle der identifizierten sozialen Identität als Landbewohner:in, welche kaum ohne die Abgrenzung zu den urbanen Gebieten und den dort lebenden Menschen auskommt. Die Augenscheinlichkeit des Antagonismus und die Vorstellung eines einfach zu definierenden Kollektivs der „Städter:innen“ konstituieren sich als Ausdruck der tiefen Wurzeln dieser Demarkationslinie. Diese Differenzierung hat im Laufe der Zeit multimodale Grenzziehungen ermöglicht, welche heute größtenteils in ste-

reotypen Denkmustern Ausdruck finden und ihre Wirkmächtigkeit in Alltagsdiskursen entfalten, d.h. durch aktuelle Problemkonstellationen erneuert werden können. Auch wenn in Folge der Urbanisierung und räumlicher Veränderungsprozesse die Trennlinie zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zunehmend verschwimmt, enthalten die Erzählungen der Befragten stets eine intuitive räumliche Trennung. Denn Ländlichkeit zeichnet sich für sie nicht nur durch infrastrukturelle Gegebenheiten oder Siedlungsdichte aus, sondern steht in enger Verbundenheit mit einer gemeinschaftlichen Lebensweise. Je stärker diese abnehme, desto eher könne man von urbanen Lebensformen sprechen.

Besonders die Selbstcharakterisierung und die zugeschriebenen Präferenzen der Menschen in ländlichen Räumen, welche in beiden Fallregionen sehr ähnlich skizziert werden, zeugen von einer existierenden kollektiven Identität der Landbewohner:innen. Dieses gemeinsame Verständnis der Mitglieder der Ingroup und ihrer Charakteristika, findet in Einzelfällen auch Ausdruck in der Vorstellung, Bewohner:innen ländlicher Räume bildeten ein Kollektiv mit gemeinsamen politischen Interessen. Besonders im Bereich Verkehrspolitik weisen die Befragten auf Herausforderungen und divergierende Ausgangssituationen von städtischen und ländlichen Gebieten hin, wodurch implizit auch die Notwendigkeit einer politischen Interessenvertretung beider Räume benannt wird. Das normative Cleavage-Element ist folglich in seiner Anlage präsent und bietet Ansatzpunkte zur Aktivierung dieser kollektiven Identität durch Trägergruppen.

Allerdings finden wir in unserem Material – und hier sei erneut auf die Besonderheit unserer Untersuchungsgruppe verwiesen – keine Anzeichen für eine bereits erfolgte politische Aktivierung dieser kollektiven Identität als Anhänger:innen und Wähler:innen einer bestimmten Partei. Das organisatorische Cleavage-Elemente ist demzufolge nicht existent, wie die Wahlpräferenzen der Befragten zeigen. Dies verwundert vor dem Hintergrund der Heterogenität ländlicher Räume und ihrer Bewohner:innen kaum. Allein die Untersuchung

der beiden exemplarischen Fallregionen illustriert die strukturellen und teilweise auch kulturellen Unterschiede ruraler Gegenden, welche in divergierende Herausforderungen und Zukunftsvorstellungen münden. Die aufgrund der Ausdifferenzierung und Heterogenisierung des ländlichen Raumes schrumpfenden Interessenschnittmengen der ruralen Bevölkerung erschweren eine kollektivistische Ansprache dieser Gruppe. Schließlich muss berücksichtigt werden, dass Identitäten konstruiert und stets im Wandel sind. Der Verweis auf sozial-räumliche Grauzonen und die Tatsache, dass einige der Befragten selbst einen Lebensabschnitt in urbanen Räumen verbracht haben, weicht die harten Grenzen zwischen den Gruppen auf und bietet Identitätsformationen Raum, die sowohl Eigenschaften von Land- als auch von Stadtbewohner:innen aufnehmen können.

Das Material hat jedoch gezeigt, dass sich dieses Heterogenitätsdilemma für die Befragten teilweise umgehen lässt, wenn die räumliche Grenzziehung in eine populistische Diskurslogik eingebettet wird, die stets auf die Konstruktion einer Gegenüberstellung von einem „wir hier unten“ und einem „die da oben“ gerichtet ist. Die kollektive Identität der Land- bzw. Dorfbewohner:innen könnte somit Andockstellen für populistische Akteur:innen aufweisen, die über eine programmatische Adressierung des Stadt-Land-Gefälles zu reüssieren versuchen (Haffert 2022).

6.2.4 „Universalist:innen“ vs. „Partikularist:innen“?

Die Positionierungen der Fokusgruppenteilnehmer:innen sind so heterogen wie ihre biografischen Hintergründe. Doch finden wir in den Erhebungsregionen auch Einstellungen, die sich in universalistische und partikularistische differenzieren lassen? Während wir in Kapitel 4.3.1 der These einer kosmopolitischen Bildungsemphase als Mentalitätsbestandteil der Niedersächs:innen nachgegangen sind, widmen wir uns nun der Frage, inwiefern unser Material Hinweise auf identifikative Bezüge der Befragten zur Gruppe der „Partikularist:innen“ und „Universalist:innen“ bietet.

In Kapitel 4 zu Deutungsmustern und Mentalitäten wurde bereits beschrieben, dass keine allgemeingültige kosmopolitische Mentalität für unsere Erhebungsregionen attestiert werden kann. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Material Anhaltspunkte für In- und Outgroup-Markierungen bietet, die in die Richtung eines solchen theoretischen Antagonismus weisen. Diese analytische Ebene ist indes von der Rekonstruktion der zuvor beschriebenen Identitäten zu unterscheiden: Während „Universalist:innen“ und „Partikularist:innen“ *deduktive* Kategorien sind, welche am Material einer Prüfung unterzogen werden, gingen die bisher beschriebenen Gruppenidentifikationen (Engagierte, Moderate, Landbevölkerung) induktiv aus dem Gesprächsmaterial hervor.

Die Ergebnisse legen nahe, dass wir durchaus Formen der Grenzziehung feststellen können, die theoretische Aspekte dieses Cleavage reflektieren (und somit eine Zuordnung zu den jeweiligen Lagern analytisch möglich machen). Von den Befragten selbst werden diese Gruppen jedoch nicht (explizit) adressiert, geschweige denn mit unterschiedlichen politischen Lagern in Verbindung gebracht.²⁴ Ihrem Wesen nach ist diese Spaltungslinie vorrangig eine symbolisch-moralische: Auf der einen Seite stehen die weltoffenen, egalitaristischen und kulturell liberalen „Kosmopolit:innen“, auf der anderen die traditionalistischen, nativistischen und autoritären „Partikularist:innen“ – so zumindest in der Theorie (Zollinger 2022; Bizeul 2019). Empirisch zeigt sich, dass eine Zuordnung der von uns befragten Personen häufig nicht eindeutig möglich ist und prinzipiell in beide Richtung verlaufen kann: Mal erscheinen die „Universalist:innen“ eher als In- und die „Partikularist:innen“ als Outgroup. Dies deckt sich mit der simultanen Verwendung beider Argumentationsweisen wie sie in

Kapitel 4.3.2 dargelegt wurde. Das heißt, jene, die sich vordergründig als „Universalist:innen“ geben, lassen im Laufe des Gesprächs auch deutlich partikularistische Züge erkennen.

Potenzielle Anknüpfungspunkte zur Ausbildung einer universalistischen kollektiven Identität zeigen sich in der Affinität einiger Befragter zu „alternativen“ Einstellungen, die sich in unseren Gesprächsrunden allerdings nicht in Träumereien von einer anderen, besseren Welt offenbaren, sondern vereinzelt im Hang zu postmateriellen Werten:

„Ja, auch wieder so einen Anker zu legen Richtung Non-Profit, dass man auch mal Sachen macht, die einfach nur schön sind und gut sind und nicht unbedingt irgendein Ziel haben, wie irgendwas noch mehr Geld irgendwann bringen muss.“ (Rosengarten)

Damit verbunden ist zum Teil eine dezidierte Befürwortung nachhaltiger Konsum- und Lebensformen, deren Bedeutung im Angesicht des Klimawandels stetig zunehme. Das Selbstverständnis als weltoffen, egalitaristisch, umwelt- und diversitätsbewusst, alternativ und progressiv fungiert als verbindendes Element. Es wird durch Grenzziehungen unterstützt, wobei insbesondere rechtsradikale Akteur:innen am deutlichsten als symbolisch-moralisches Außen adressiert werden, zu dem man sich kontrastiv als offen und tolerant begreifen kann. Diese Abgrenzung kann als formierendes Element dienen, wie die Beschreibung der „moderaten“ kollektiven Identität demonstriert.

„I: Wenn wir noch mal auf die Bilder gucken, gibt es denn dort Gruppen, die Sie gar nicht mögen?“

B: Ja, diese Rechtsradikalen. Da habe ich ein Problem mit. Gebe ich ganz offen zu. Am besten finde ich natürlich Bild zwei [Bild einer Pride Parade, Anm.d.Verf.]. Das finde ich wirklich gut, den CSD.“ (Rosengarten)

²⁴ Wir haben uns deshalb entschlossen, die entsprechenden Gruppenbezeichnungen in Anführungszeichen zu setzen. Auf diese Weise soll verdeutlicht werden, dass es sich bei dieser Gegenüberstellung primär um eine akademische Konstruktion handelt, die (noch) keine Entsprechung in den Selbst- und Fremdwahrnehmungen unserer Befragten aufweist.

Gleichzeitig zeigen sich ebenfalls Kristallisationspunkte für die Entstehung einer partikularistischen Identität. Dabei stellt zuvorderst die Identifikation mit der lokalen Gemeinschaft einen zentralen Bezugspunkt dar, wobei die Möglichkeit diesen Gemeinschaftssinn auf vielfältige Kontexte auszuweiten einen übergeordneten Rahmen für die kollektive Identität bietet. Momente der gemeinschaftlichen Verbundenheit entzünden sich vornehmlich an einem Blick in die Vergangenheit (und etwas weniger an der alltäglichen gegenwärtigen Praxis), sodass einige Befragte für die Bewahrung kultureller Traditionen und Gepflogenheiten plädieren, die aus ihrer Sicht zunehmend an Bedeutung verlieren würden:

„Weil in der Schule nichts mehr gelehrt wird. Das ist das große Problem. Wir haben noch Volkslehre gelernt, als wir jung waren, als wir hier nebenan in der Grundschule waren, und heute wird nichts mehr gemacht. Da flöten sie irgendwie rum, aber dass da Lieder gesungen werden, deutsche Lieder oder überhaupt Lieder gesungen werden, Volkslieder, egal, welcher Art auch immer. Das gibt es nicht mehr in den Schulen. Und dadurch stirbt das aus.“ (Einbeck)

Diese Form der symbolisch-moralischen Selbstbeschreibung zeigt, wie sich die kollektive Identität der „Partikularist:innen“ konstituieren könnte: Die ihr Zugehörigen fühlen sich miteinander verbunden durch ihr Traditionsbewusstsein, durch Gemeinschafts- und Heimatverbundenheit, womöglich auch durch nationalistische bzw. patriotische Einstellungen. Ebenso dürfte deutlich geworden sein, wer ihnen als „das Andere“ gilt und im Prozess der Identitätskonstruktion die Rolle des konstitutiven Außen übernimmt. Es handelt sich um diejenigen, die keinen Bezug mehr zur Gemeinschaft und ihrer (deutschen) Kulturtradition hätten, die Karl May verbieten wollen und sich um „die Anderen“ anstatt um die „eigenen Leuten“ sorgen würden, die einem vorschrieben, wie man sich auszudrücken hätte. Es sind – anders ausgedrückt –

die Befürworter:innen von Political Correctness, von Diversity und Genderpraxis.

Wenngleich wir also im Hinblick auf die normative Cleavage-Komponente keine eindeutigen Belege für die Existenz partikularistischer oder universalistischer kollektiver Identitäten identifizieren konnten, können unsere Ergebnisse als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen dienen und Hinweise für potenziell identitätsstiftende Gruppenmerkmale und -charakteristika bereithalten. Das politische Aktivierungspotenzial geht hier vornehmlich aus symbolisch-moralischen Differenzen hervor, welche einerseits eine Mobilisierbarkeit beider Lager entlang der Konfliktlinie in den Fallregionen ermöglichen. Der lediglich schemenhafte Umriss der In- und Outgroup vermindert jedoch andererseits die politische Empfänglichkeit für Mobilisierungsversuche entlang des vermeintlichen Cleavage auf der normativen Ebene.

Insgesamt bleiben die identifikativen Bezüge zu den Gruppen äußerst vage, selektiv und unbewusst, sodass die Festigung einer kollektiven Identität der Befragten, welche die Gegenüberstellung eines partikularistischen und eines universalistischen Lagers beinhaltet, kaum vorstellbar erscheint. Eine zukünftig strukturierende Kraft der neuen Konfliktlinie ist zwar nicht auszuschließen, für Niedersachen – oder vorsichtiger formuliert: für unser Sample – ist indes die Schlussfolgerung zu ziehen, dass diese aufgrund der bisher geringen Ausprägung auf normativer Ebene kaum festzustellen ist. Dies ist vor dem Hintergrund der Befunde der jüngsten Cleavage-Forschung, welche von einer erst kürzlichen Bedeutungszunahme der neuen Konfliktlinie zwischen Globalisierungsgewinner:innen und -verlierer:innen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern wie der Schweiz oder Frankreich ausgeht (Haffert et al. 2022), verwunderlich. Der Befund der Autoren des Bandes „The Struggle over Borders“ (Strijbis et al. 2019), kommunitaristische und nationalprotektionistische Orientierungen seien in Deutschland verglichen mit anderen europäischen Ländern – und zwar unabhängig vom formellen Bildungsgrad – statistisch gesehen rar gesät, liefert eine mögliche Erklärung für

die in unserem Sample ausbleibende Polarisierung und Bildung kollektiver Identitäten entlang dieses Cleavage.

6.3 Zwischenfazit: Herausforderungen und Potenziale empirischer Untersuchungen der normativen Cleavage-Komponente

In diesem Abschnitt haben wir uns einem bisher unterbelichteten Aspekt der Cleavage-Forschung gewidmet und die normative Komponente sowohl theoretisch, durch eine Präzisierung der Differenz zwischen sozialer und kollektiver Identität, als auch empirisch weiter aufgeschlüsselt.

- Wir haben aus dem Material drei induktive Gruppenidentifikationen mit politischem Aktivierungspotenzial herauspräpariert: Engagierte vs. Unengagierte, Moderate vs. Radikale, sowie Landbevölkerung vs. Stadtmenschen.
- Schließlich haben wir im Anschluss an die aktuelle Cleavage-Forschung die Hypothese zur Existenz universalistischer und partikularistischer Identitäten getestet. Die Differenzierung zwischen „Universalist:innen“ und „Partikularist:innen“ entpuppt sich als eine vornehmlich akademisch-theoretische Kategorisierung, die in den Deutungsmustern, Mentalitäten und kollektiven Identitätsvorstellungen unserer Befragten keine Entsprechung findet. Auch wenn sich vereinzelt Ansatzpunkte für derartige Gruppenidentifikationen zeigen, ist unseren Befragten die Zugehörigkeit zum jeweiligen Kollektiv weder bewusst, noch begreifen sie ihr konstitutives Außen als eine geschlossene Gruppe, mit der man sich im politischen Raum zu messen hätte. Trotz Selbst- und Fremdcharakterisierungen, die mit der vermuteten Konfliktlinie korrelieren, rechnen sich die Befragten selbst *nicht* einem linksliberalen Lager einerseits oder einem rechtskonservativen Lager andererseits

zu. Vielmehr vereinen sie Elemente *beider* Lager. Unscharfe In- und Outgroup-Vorstellungen bremsen die Ausbildung entsprechender kollektiver Identitäten aus. Die Assoziationen mit und Vorstellungen von beiden Gruppen sind (noch) nicht konkret und greifbar genug, um ein intersubjektiv geteiltes Gefühl der Zugehörigkeit hervorrufen zu können.

- Während das Mobilisierungspotenzial der Gruppenbezüge stark variiert (und damit auch die Attraktivität für politische Trägergruppen), ist allen Identitäten eines gemein: Sie sind für das Individuum kaum reflexiv verfügbar beziehungsweise werden nicht aktiv artikuliert und adressiert. Die Identifikation als Bewohner:in eines ländlichen Raumes transzendiert am ehesten die Bewusstseinsschwelle und legt damit den Grundstein für eine Formierung einer kollektiven Identität.
- Eine Herausforderung unserer offenen Erhebungsmethode für die Analyse der normativen Ebene einer möglichen Konfliktlinie ist indes die Selektion identifikativer Bezüge hinsichtlich ihrer politischen Relevanz. Zukünftige Untersuchungen sollten daher die systematische Untersuchung des politischen Aktivierungspotenzials identifikativer Bezüge frühzeitig in der Studienkonzeption berücksichtigen. Der unterbreitete theoretische Aufschlag kann hierfür eine Grundlage bieten, bedarf jedoch weiterer empirischer Überprüfung.

Da die Stadt-Land-Differenz das höchste Aktivierungspotenzial vermuten lässt, wäre die Untersuchung der Gruppenidentifikationen der Städter:innen im Bundesland von Interesse. Erhellend erscheint ebenso ein Blick auf die Angebotsseite, um die Adressierung der rekonstruierten sozialen Identitäten auf Parteebene zu eruieren, beziehungsweise die konkreten Wechselwirkungen zwischen den drei konstitutiven Cleavage-Elementen, der strukturellen, der normativen und der organisatorischen Ebene, stärker in den Blick zu nehmen.

7 Schlussbetrachtung

Mit dem NDMQ 2023 sollte – ausgehend von den Befunden der vorangegangenen Niedersächsischen Demokratie-Monitore (NDM 2019, NDMQ 2020 und NDM 2021) und vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftspolitischer Problemlagen – die politische Kultur des Bundeslandes Niedersachsen eingehender untersucht werden. Während im Rahmen der repräsentativen Erhebungen (NDM 2019 und NDM 2021) die Erfassung der Einstellungen der Befragten im Vordergrund steht, dringen wir mit Hilfe der Vertiefungsstudien (NDM 2020 und NDM 2023) in die den Einstellungen zugrundeliegenden Schichten der politischen Kultur vor und beleuchten das Zusammenspiel von Deutungs- und Soziokultur.

Hierfür haben wir die regionale politische Kultur zweier ländlicher Gemeinden, Rosengarten im Landkreis Harburg und Einbeck im Landkreis Northeim, betrachtet. Im ersten Schritt haben wir die historisch fundierten Traditionsbestände der regionalen politischen Kultur erarbeitet (Kapitel 3). Im zweiten Schritt sammelten wir in mehreren Feldbesuchen (unter anderem auf Dorffesten und Gemeindejubiläen) Kenntnisse über die Strukturierung des Raumes, seine Infrastruktur und Verkehrsanbindung, über Problemwahrnehmungen der Bewohner:innen, ihre symbolischen Setzungen, identifikatorischen Anker und vieles mehr. Im dritten Schritt haben wir im 2. und 3. Quartal des Jahres 2022 in beiden Regionen jeweils zwei Fokusgruppen mit insgesamt 29 Personen durchgeführt. Aufbauend auf den Erkenntnissen der Forschungsliteratur, den Feldforschungsdaten und der

Analyse der transkribierten Gruppendiskussionen haben wir die Deutungsmuster, in denen sich – so unsere These – das Wechselverhältnis zwischen Deutungs- und Soziokultur auskristallisiert, und Mentalitäten analysiert (Kapitel 4). Schließlich haben wir uns die genuinen Inhalte der politischen Kultur, die Bewertung des politischen Systems und seiner Akteur:innen, vorgenommen (Kapitel 5). Wir gehen davon aus, dass im Rahmen dieser Politischen Kulturforschung beziehungsweise mit der Auswertung der von uns erhobenen Daten auch ein Beitrag zur Cleavage-Forschung geleistet werden kann: Mit der Analyse der kollektiven Identitäten, die wir von persönlichen und sozialen Identitäten unterscheiden, und mit der Differenzierung zwischen (aus Sicht der Befragten) unpolitischen Kollektiven, Kollektiven mit politischem Aktivierungspotenzial und politisierten Kollektiven haben wir die Kenntnisse über die normative Ebene des Universalismus-Partikularismus-Cleavage angereichert (Kapitel 6).

Mit dem NDMQ 2023 sollten drei inhaltliche Schwerpunkte verfolgt werden. Anknüpfend an die Ergebnisse des NDMQ 2020 wurde, **erstens**, gefragt, ob die dort herausgearbeitete „ungeschriebene Verfassung“ Niedersachsens – trotz vielfältiger aktueller Krisen wie dem Ukraine-Krieg, der Corona-Pandemie oder dem Klimawandel – weiterhin Gültigkeit beanspruchen kann, also ob die kleinbürgerliche Mentalität noch immer durch eine „heimelige Selbstzufriedenheit“ und eine „kosmopolitische Bildungsemphase“ geprägt ist (Schenke et al. 2020: 88). Neben der Frage, ob diese Mentalitätsbestände durch die gegenwärtigen Herausforderungen einem sichtbaren

Wandlungsprozess unterliegen, sollte untersucht werden, ob sie gleichermaßen für den ländlichen Raum Niedersachsens gelten, da die Erhebungsorte im NDMQ 2020 allesamt großstädtisch geprägt waren. Auch im NDMQ 2023 konnte die Glorifizierung des Dörflich-Familiären bestätigt und eine Trennung von gesellschaftspolitischer und privater Sphäre sowie eine damit verbundene exklusive Fokussierung auf den eigenen Nahraum festgestellt werden. Symbolisch kann die Verbundenheit zur eigenen Familie, zum Dorf oder der Region als Wurzelwerk betrachtet werden, welches das Fundament für die kleinbürgerliche Mentalität bildet. Dieser eher apolitische Mentalitätsbestand als Bodendecker der politischen Kultur ist gekennzeichnet durch Verästelungen der Rationalität, Mittigkeit, selektiven politischen Aktivierbarkeit sowie durch das Bedürfnis nach familiär-dörflicher Gemeinschaftlichkeit. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund unseres Samples wenig überraschend und tritt sogar noch deutlicher hervor als im NDMQ 2020. Das Dorf avanciert in unserer Studie zu einem wichtigen, romantisiert verhandelten Signum für Beständigkeit, Vertrautheit und Sicherheit. In beiden Fallregionen nahmen die Befragten ihr Lebensumfeld gleichermaßen als „dörflich“ oder „ländlich“ wahr, wobei die Begriffe von unseren Gesprächspartner:innen synonym verwendet wurden. Dieser Befund ist insofern überraschend, als das Rosengarten in unmittelbarer Nachbarschaft zu Harburg liegt und damit im Großraum Hamburg verortet werden muss, während die untersuchte Region in der Gemeinde Einbeck eine knappe Autostunde von der nächsten größeren Stadt entfernt liegt. Trotz dieser stark voneinander abweichenden Grade von Ländlichkeit erfüllt der Rekurs auf das Dörflich-Familiäre in beiden Fällen die gleiche Kompensationsfunktion: Er bietet Stabilität und Orientierung in der zunehmend (globalisierten) und als unübersichtlich empfundenen Welt. Überdies projizieren die Befragten eine Idealvorstellung von der Gesellschaft auf das Dorf, die durch die Begriffe Zusammenhalt, Hilfsbereitschaft und Tradition charakterisiert werden kann. Eine solche Gemeinschaft ist grundsätzlich auch jenseits des

dörflichen Zusammenhangs für die Befragten wünschenswert – sie wird außerhalb, in der „großen“ Gesellschaft, jedoch als untergegangen und zerstört wahrgenommen.

Ungeachtet der Nachwirkungen der Corona-Pandemie, der Folgen des Ukraine-Krieges oder des anthropogenen Klimawandels (alles Themen, die im Untersuchungszeitraum in der öffentlichen Debatte virulent waren), kreisen viele Erzählungen der Befragten beinahe schon in apolitischer Manier um die eigene Lebenswelt, die individuellen Alltags Herausforderungen oder die kleinen Probleme des Ortes beziehungsweise der Gemeinde. Gesamtgesellschaftliche oder gar internationale Problemlagen rücken so in den Hintergrund beziehungsweise werden bewusst ausgeblendet – dies tritt noch deutlicher als im NDMQ 2020 hervor. Dieser Befund lässt zwei Deutungen zu: Entweder sind die Krisen für die Befragten nur dann relevant, wenn sie im Alltag zu spezifischen Deutungen und Handlungen herausfordern oder aber – und das erscheint uns wahrscheinlicher – der Rückzug in die dörfliche oder familiäre Gemeinschaft ist Ausdruck der Überforderung der Befragten durch die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Sichtbarer Ausdruck dieser kleinbürgerlichen Mentalität als „untergründige verklammernde und vermittelnde Sinnstruktur“ (Schenke et al. 2020: 470) sind die von uns identifizierten Deutungsmuster. Sie bieten dem Subjekt relevante Denk- und Handlungskategorien im Alltag, sie vermitteln zwischen kollektiven Sinn- und Wissensstrukturen auf der Makro- und dem individuellen Handeln auf der Mikroebene (Bögelein und Vetter 2019: 15) und sie entfalten sich vor dem Möglichkeitsraum der Mentalitäten. Wir konnten mit dem technokratischen Blick auf Politik (naturwissenschaftlich geprägtes, rationales Denken und Handeln mache die Politik effizienter und Krisenlösungen nachhaltiger), der Bedrohung der eigenen Lebenswelt (Wandlungsprozesse im Nahbereich werden nicht als Chance sondern als Bedrohung empfunden) und des Anprangerns des vermeintlichen Verfalls der Demokratie (die attestierten mangelnden Fähigkeiten des politischen Personals führten zu

einer Verschlechterung der demokratischen Qualität) drei Deutungsmuster identifizieren, die teilweise bereits im NDMQ 2020 herausgearbeitet wurden. Vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Problemlagen können bestehende Deutungsmuster adaptiert werden oder sich neu entwickeln und in Folge langfristig in die Mentalitätsbestände eingehen. Von den identifizierten Deutungsmustern besitzt der technokratische Blick auf Politik, so unsere These, das größte Potenzial Mentalitätsbestände nachhaltig zu beeinflussen. Wenngleich dies für Menschen in Niedersachsen zunächst nur vermutet werden kann, weil dieses Deutungsmuster nicht bei all unseren Befragten in vollumfänglicher Breite und Tiefe verankert zu sein scheint, gibt die Forschungsliteratur zu Technokratie vielfältige Hinweise darauf, dass die Wirkmächtigkeit dieses Deutungsmusters möglicherweise weitreichender ist als aus unseren Befunden abgeleitet werden kann (vgl. Bertsou und Caramani 2022). Das rationalistische Weltbild, das Selbstverständnis als Wissensgesellschaft sowie die Wertschätzung epistemischer Tugenden forcieren den Eindruck, die Wissenschaftsgläubigkeit der Moderne würde eine Renaissance erleben, welche sich zugespitzt als „allgemeiner Glaube an die Allmacht des Wissens“ (Bogner 2020: 16) beschreiben lässt.

Neben diesen Wandlungstendenzen sehen wir im Vergleich zum NDMQ 2020 gleichfalls Diskontinuitäten in der „ungeschriebenen Verfassung“ Niedersachsens, die zumindest in dem von uns analysierten Ausschnitt des ländlichen Raumes Geltung beanspruchen können: Die von uns Befragten zeichnen sich nicht durch Resignation oder individuelle Verantwortungsabwehr aus, sondern durch Tatendrang und eine hohe Engagementbereitschaft. Für sie ist der Konflikt eher ein demokratischer Normal- statt ein Störfall. Sie neigen nicht zu reduktionistischen und simplifizierenden Deutungen, sondern verfügen über komplexe Erklärungsangebote. Dies mag sicherlich auch mit der speziellen Zusammensetzung unseres Samples zusammenhängen. Unsere Bemühungen, flächendeckend Personen für die Studie zu gewinnen, waren nur bedingt erfolgreich, sodass wir schließlich ge-

zielt über örtliche Vereinsstrukturen und lokale politische Institutionen Gesprächspartner:innen rekrutierten. Daher sind 85 Prozent der Befragten Mitglieder in Vereinen oder Organisationen und eher der Mittelschicht und oberen Mittelschicht zuzurechnen. Doch können gerade die gesellschaftlichen Multiplikator:innen als Produzent:innen der lokalen Deutungskultur betrachtet werden, sodass deren Beitrag zur politischen Kultur der untersuchten Regionen trotz des Sample-Bias nicht unterschätzt werden sollte. Schließlich passt die mangelnde Gesprächsbereitschaft der angefragten Dorfbewohner:innen auch in die von uns herausgearbeitete Mentalität und kann als Selbstfokussierung und Konzentration auf den eigenen Nahbereich interpretiert werden.

Unser **zweiter** Untersuchungsschwerpunkt fokussierte auf den Demokratierückhalt-Index aus dem NDM 2021. Dieser legte mit der Erfassung von niedrigeren Zustimmungswerten zu Elementen der repräsentativen Demokratie in dienstleistungsfernen ländlichen Räumen im Gegensatz zu höheren Zustimmungswerten in dienstleistungsnahen ruralen Gebieten in Niedersachsen eine erste Spur. Dieser gingen wir nach, indem wir mit Rosengarten eine Gemeinde in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Großstädten Harburg und Hamburg auswählten (Dienstleistungszentrumsnähe), die sich nicht nur durch einen relativ hohen Demokratierückhalt auszeichnet, sondern gleichfalls ein überdurchschnittlich hohes Haushaltseinkommen, eine geringe Überschuldung, einen stabilen Finanzhaushalt, eine hohe Wahlbeteiligung und eine positive demografische Entwicklung aufweist. Demgegenüber ist Einbeck durch eine größere Distanz zu großstädtischen Zentren (Dienstleistungszentrumsferne) und einen niedrigeren Demokratierückhalt gekennzeichnet, sowie durch einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang, eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung, einen hohen kommunalen Schuldenstand und ein geringes Haushaltseinkommen geprägt. Diese Strukturdaten wurden durch eine Analyse der historischen Entwicklung und durch Feldforschung ergänzt. Während Rosengarten seit den 1970er Jahren aufgrund der Nähe zur Metropolregion Hamburg und der damit ver-

bundenen Ansiedlung einer gutsituierten Anwohnerschaft zu einer der wohlhabendsten Gemeinden Niedersachsens avancierte, kann sich die Gemeinde Einbeck hingegen nicht auf die Vorteile einer zentrumsnahen Lage stützen und befindet sich seit den 1970er Jahren auf einer Talfahrt, die sich in wirtschaftlicher Rezession, Abwanderung von Personen und Gewerbe sowie einer formalen bzw. gebietskörperschaftlichen Degradierung manifestiert(e). Dennoch ist erkennbar, dass – basierend auf der Unterstützung durch Förderprogramme – eine kommunale politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Elite um die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der südniedersächsischen Region bemüht ist. In Einbeck wiegen viele Mängel des ländlichen Raumes, gerade die infrastrukturelle Unterversorgung, faktisch schwerer, da sich keine Metropole in der unmittelbaren Nähe befindet, die diese Nachteile kompensieren könnte. Ausbleibende Investitionen und der durch die Verschuldung begrenzte kommunale Handlungsspielraum begünstigen zudem weitere Problemlagen, wie z. B. Gebäudeleerstand oder Sanierungsstau. Die Gemeinde Rosengarten ist hiervon weitgehend gefeit, hat dafür jedoch mit den negativen Begleiterscheinungen und strukturellen Herausforderungen zu kämpfen, die aus einer rasanten Suburbanisierung resultieren, zum Beispiel Flächenmangel, hohe Grundstückspreise, ein starkes Verkehrsaufkommen durch großstädtische Wochenendausflügler:innen oder eine empfundene Bedrohung der „Dorfidentität“.

Trotz dieser heterogenen Problemlagen konnten wir in beiden Regionen sehr ähnliche Vorstellungen über politische Institutionen und Demokratie identifizieren. Die Hinweise auf einen unterschiedlich ausgeprägten Rückhalt für die Demokratie, welche der im NDM 2021 berechnete Index gab, konnten sich demzufolge in unserer Studie nicht bestätigen. Die Befragten haben gleichermaßen einen vornehmlich negativ geprägten Blick auf die Bundespolitik; überwiegend positiv konnotiert ist er, wenn die Kommunalpolitik ins Visier gerät. Die Landesebene und die europäische oder internationale Politik werden beinahe ausnahmslos ausgeblendet. Das bedeu-

tet auch, dass das Bundesland Niedersachsen kein identifikatorischer Bezugspunkt für die Mentalitätsbestände oder Deutungsmuster der Befragten ist. Das Demokratieverständnis zeichnet sich in beiden Orten durch eine Wertschätzung der repräsentativen Elemente aus: Volkssouveränität und die Herrschaft des Rechts werden gleichermaßen ins Zentrum gerückt, sowie (Meinungs-)Freiheit hochgeschätzt. Die öffentliche Debatte, politische Auseinandersetzungen oder gesellschaftliche Konflikte werden von den Befragten gleichfalls als konstitutive Bestandteile der Demokratie gefasst. Differenzen sollen jedoch letztlich durch Moderation und Kompromisslösung aufgelöst werden. Dauerhafte Polarisierungen oder langanhaltende sichtbare Interessensgegensätze schätzen die Befragten demzufolge nicht. In beiden Untersuchungsregionen konnten wir ein starkes Zufriedenheitsgefälle im Hinblick auf die Demokratie als theoretisches Konstrukt und auf ihre praktische Ausgestaltung feststellen. Eine Kritik am wahrgenommenen parteipolitischen Dogmatismus und demokratischen Prinzipien Deutschlands (wie die Ausgestaltung des Wahlsystems, der regelmäßige Machtwechsel oder Föderalismus) findet sich nur vereinzelt. Diese Aspekte mögen Andockstellen für populistische Akteur:innen bieten, spielen jedoch insgesamt – auch für uns überraschend – nur eine untergeordnete Rolle.

Die Dienstleistungszentrumsnähe und -ferne der Untersuchungsregionen hat zwar durchaus strukturierende Auswirkungen auf den Raum an sich, aber weniger auf die Mentalität und die Deutungsmuster der Befragten sowie auf deren Vorstellungen von Politik im Allgemeinen. Die deutlichen räumlichen Unterschiede hinsichtlich Verkehrsanbindung, Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge und vieles mehr, werden hingegen durch eine stereotypisierende und harmonisierende Perspektive der Befragten auf ihr Dorf eingeebnet. Sie evozieren ein einheitliches Bild ihres ruralen Lebensumfeldes, obwohl im Rahmen der Fallanalyse gezeigt werden konnte, dass ländliche Gegenden mit sehr unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Bei zukünftigen Untersuchungen sollte stär-

ker berücksichtigt werden, dass Zentrumsnähe nicht ausschließlich positive Konsequenzen für die Menschen vor Ort haben muss. Das Zentrum hält zwar eine vielfältige Infrastruktur bereit, doch gibt es bei den Bewohner:innen der umliegenden ruralen Gebiete nicht immer Bedarf an Theatern, Kinos, Restaurants, Konzerten oder sportlichen Großevents. Demgegenüber können die negativen Auswirkungen der sich ausdehnenden Stadt als Bedrohung empfunden werden, die eine Fokussierung auf das eigene Dorf und dessen Idealisierung befördert. Dies gilt auch umgekehrt: Zentrumsferne kann auch positive Folgen zeitigen. Da keine Großstadt mit ihrem Angebot lockt, ist es die selbstorganisierte Gestaltung des Lebensumfeldes, die den Alltag jenseits der Erwerbstätigkeit strukturiert. Hieraus können lebendige Kollektive und individuelle Selbstwirksamkeitserfahrungen resultieren.

Schließlich hat unsere Studie gezeigt, dass politisches und zivilgesellschaftliches Engagement und die Erfahrungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kleinen eine demokratiestabilisierende Ressource insbesondere im ländlichen Raum sein können. Doch gleichzeitig können sich aus diesem Engagement auch Frustrationserfahrungen speisen, die mitunter in Elitenkritik und eine negative Sichtweise auf das politische System münden. Hiervon sind insbesondere die politischen Parteien als wichtiger Transmissionsriemen innerhalb einer repräsentativen Demokratie betroffen. Die starke Präferenz für unabhängige Wähler:innenbündnisse, parteiübergreifende Zusammenarbeit oder parteilose Exekutivspitzen ist zwar der Forschung bekannt, in dieser Intensität jedoch überraschend. Parteien bedeuten selbst für die lokalpolitisch engagierte Elite einen negativen Erfahrungsraum. Dies führt bei einigen Befragten zu einem stärkeren Ausweichprozess mit einer Konzentration auf die Institutionen vor Ort und bei anderen zu einer pauschalisierenden negativen Beurteilung der Problemlösungskompetenzen von Parteien.

Mit unserer **dritten** Fragestellung schlossen wir an die Cleavage-Forschung an und untersuchten, ob sich in unserem maximal-kontrastiven Sample (mit Bezug auf Dienst-

leistungszentrumsnähe und -ferne sowie hinsichtlich der damit verbundenen Entwicklungspotenziale und Problemlagen) auf der Ebene der kollektiven Identität Hinweise für eine Polarisierung zwischen einer eher partikularistisch gesinnten Land- und einer universalistisch orientierten Stadtbevölkerung finden lassen. Insgesamt deuten unsere Befunde auf eine weiter vorhandene (oder sich verstärkende) Wirkmächtigkeit des Stadt-Land-Konfliktes auf der Ebene der kollektiven Identität hin, aber wir konnten keine Überlappung mit einem Universalismus-Partikularismus-Cleavage (oder Zentrum-Peripherie-Cleavage) entdecken. Die Gemeinsamkeiten innerhalb der untersuchten Räume waren, wie bereits ausgeführt, deutlich wirkmächtiger als die Unterschiede. Die einen expliziten Fokus auf den eigenen Nahraum beinhaltende Mentalität und die sich daraus ergebenden Deutungsmuster des Politischen, sowie die Bezugnahmen zu kollektiven Identitäten sind in beiden Regionen sehr ähnlich. Auch das Verhältnis zwischen Universalismus und Partikularismus ist gleich gelagert: Wir fanden keine Hinweise darauf, dass im zentrumsfernen Einbeck stärker partikularistische und im zentrumsnahen Rosengarten eher universalistische Deutungsmuster oder Identitätskonstruktionen präsent sind. Vielmehr finden wir in beiden Regionen eine amalgamierte Form der Werte, die diesen Cleavage adressieren, eine „Mischidentität“, die es aktuell erlaubt, partikularistische und universalistisch konnotierte Vorstellungen auszuprägen. Wir finden demzufolge liberal-individualistische und universalistisch grundierte Begründungszusammenhänge ebenso wie traditionell-konservative Argumentationen gepaart mit der Betonung des Eigenen oder der nationalen Souveränität. In jüngeren Studien wurden ähnliche Befunde erarbeitet (vgl. Lux et al. 2022) und die Träger dieser Mischmentalität als „Einstellungskombinierer“ (Mau 2021: 171) bezeichnet.

Die Analyse unseres Materials legt für diese Amalgamierung anscheinend widersprüchlicher Identitätsbestände unterschiedliche Erklärungen nahe. Erstens konnten wir in beiden Fällen einen ländlichen Konservatismus als einen bis ins Kaiserreich zurückrei-

chenden und weiterhin wirkmächtigen Traditionsbestand herausarbeiten. Die darin angelegten partikularistischen Mentalitätsbestände überlagern beziehungsweise durchbrechen häufig die universalistische Selbstinszenierung. Die Strukturunterschiede zwischen unseren Untersuchungsregionen zeichneten sich seit den 1970er Jahren ab, die politische Vergangenheit weist hingegen Gemeinsamkeiten auf: Zu Beginn des Kaiserreiches bestimmten in beiden Gebieten die konservativ-föderalistische DHP und die Nationalliberale Partei das politische Klima. Die Sozialdemokratie gewann bereits in der Spätphase der deutschen Monarchie an Bedeutung und war dann – sowohl im jetzigen Rosengarten als auch Einbeck – durchweg die stärkste politische Kraft. Dies galt jedoch nur bis zum Aufstieg der NSDAP, die sowohl in Rosengarten als auch in Einbeck überdurchschnittlich viel Zuspruch erhielt.

Schließlich konnten wir herausarbeiten, dass sowohl die drückenden Umstände in Einbeck als auch die gedeihlichen Bedingungen in Rosengarten nicht unbedingt ausschlaggebend für die Positionierungen unserer Befragten sind. Ungeachtet der gegenwärtigen Rezession und Strukturschwäche sind die Befragten in Einbeck recht hoffnungsvoll und zufrieden. Eine populistisch durchgedrungene Verfallserzählung, die hier durchaus etablierbar wäre, finden wir nicht. Wir sehen auch keinen kollektiven Politikverdrossenheit, der den Rückhalt der Demokratie weitreichend unterminieren würde. Vorsichtig lässt sich formulieren, dass in den Mentalitätsbeständen der Region vor dem Hintergrund eines weit zurückreichenden Erfahrungsraumes Hinweise darauf eingeschrieben sein könnten, dass auf wirtschaftliche Abschwungbewegungen auch wieder positivere Entwicklungen folgen können (während die Bierbrauereistadt Einbeck im Mittelalter ein hohes Ansehen genoss, glitt sie in der Frühen Neuzeit in die Bedeutungslosigkeit ab, erlebte jedoch im 19. Jahrhundert erneut einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung) – was möglicherweise ein Grund für die zuversichtlichen Perspektiven sein könnte. Demgegenüber sind die gegenwärtigen negativen Auswirkungen, die sich für Rosengarten aus der Nähe zu Hamburg ergeben, offenbar

für die von uns Befragten so stark, dass sie sich auf die Deutungsmuster und Vorstellungen niederschlagen.

Zweitens muss stets berücksichtigt werden, dass die Zusammensetzung unseres Samples die Ergebnisse sicher beeinflusst hat. Wir haben in beiden Gemeinden mit Personen gesprochen, die hochgradig in die Kommunalpolitik und die lokale Zivilgesellschaft involviert sind. Beinahe alle sind mit dem demokratischen Politikbetrieb auf praktischer Ebene in Kontakt gekommen, haben dort womöglich Erfahrungen gemacht, die in einem ähnlichen Blick auf Politik und Demokratie münden (z. B. die Ablehnung von Parteipolitik auf kommunaler Ebene, die Differenz zwischen lokaler als „gut“ imaginiertes und nationaler Politik, die negativ bewertet wird). Darüber hinaus kann, drittens, auch die geteilte Perspektive auf den eigenen ländlichen Lebensraum, dem unabhängig von den strukturellen Unterschieden sehr ähnliche Eigenschaften und Problemlagen zugeschrieben werden, ein Grund für gleiche Deutungsmuster und Mentalitätsbestände sein.

Viertens ist die von uns beschriebene kollektive Identität der Landbevölkerung, die in beiden Räumen deutlich hervortritt, ein weiterer Grund für die unerwarteten Gemeinsamkeiten. In dieser kollektiven Identität sehen wir auch die größten Anknüpfungspunkte und Potenziale für eine politische Adressierung und Mobilisierung. Die an diese kollektive Landidentität anknüpfenden Probleme wie Verkehr, Bildung, Demografie, die Daseinsvorsorge oder Energieversorgung beeinflussen nicht nur das individuelle ländliche Lebensumfeld, in dem sich aus Perspektive der Befragten möglichst wenig wandeln soll, sondern zählen gleichfalls zu den größeren Herausforderungen unserer bunderepublikanischen Gesellschaft. Allerdings haben sie für die Landbevölkerung völlig andere sicht- und spürbare Konsequenzen als für die Bewohner:innen städtischer Räume.

Da wir mögliche kollektive Identitäten über Gruppenidentifikationen offen erfasst haben, kamen neben der angenommenen, jedoch nicht nachweisbaren Polarisierung zwischen Partikularismus und Universalismus und der

wirkmächtigen kollektiven Identität der Landbevölkerung im Gegensatz zu Stadtmenschen weitere kollektive Identitäten in den Blick: Die Engagierten (im Gegensatz zu den Unengagierten) und die Moderaten (die sich von den Radikalen abgrenzen). Diese identifizieren sich jedoch am schwächsten ausgeprägt und schlagen sich auch überwiegend nur in der Selbstbeschreibung der eigenen Ingroup nieder – als Engagierte und Moderate. Sie treten weniger in Abgrenzungsprozessen zu den Outgroups, also den Unengagierten und Radikalen, in Erscheinung. Weil in der Bezugnahme auf diese kollektiven Identitäten die Grenzziehungen weniger erkennbar sind, schreiben wir diesen auch ein geringeres politisches Mobilisierungspotenzial zu, als der Gruppe der Landbevölkerung.

Auf Basis dieser Ergebnisse lassen sich drei grundlegende Forderungen an zukünftige Vertiefungsstudien im Rahmen des Niedersächsischen Demokratie-Monitors stellen. Auch in der vorliegenden Studie konnte die politische Kultur nur in Ansätzen erfasst werden. Interaktionsprozesse zwischen der politischen, kulturellen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Elite mit den Menschen vor Ort konnten wir nur bedingt während der Feldforschung beobachten. Damit blieb die Ebene der politischen Performanz und des politischen Imaginären (Diehl 2019) unterbeleuchtet. Gleiches gilt für politische Handlungen, die wir nur über die Aussagen der Befragten erfassen konnten. Hier müssten, neben qualitativen und quantitativen Befragungsinstrumenten, verstärkt ethnografische Methoden zur Anwendung kommen. Auch lassen sich langfristige Veränderungen in den Mentalitätsbeständen oder die Adaption bestehender sowie die Genese neuer Deutungsmuster als Reaktion auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen nur in einem umfangreicheren Untersuchungsrahmen und über einen längeren Untersuchungszeitraum erfassen. All dies spricht dafür, zukünftig – statt in wechselnden Orten Niedersachsens – die Qualitative Vertiefungsstudie wiederholt in den gleichen Regionen als Längsschnittstudie durchzuführen. Durch langfristige und wiederholte Anwesenheit der Forscher:innen vor Ort könnte – so

die Hoffnung – auch zu jenen Menschen Kontakt aufgenommen werden, die sich bisher der Beforschung verweigern. Doch nur durch eine Inklusion auch dieser Vorstellungen des Politischen wird das Bild über die politische Kultur komplettiert.

Hinsichtlich der Frage, inwiefern mit Hilfe eines Demokratierückhalt-Index die Zustimmung und Ablehnung zu Elementen der repräsentativen Demokratie erfassbar ist, muss ergänzt werden, dass die strukturellen Faktoren auf der einen Seite nicht zu verfrühten und pauschalen Erklärungen und Deutungen verleiten sollten. Auf der anderen Seite haben wir – bei großer vordergründiger Zustimmung zur Idee der Demokratie – Hinweise gefunden, die diese positive Bezugnahme brechen und die sich lohnen, im Rahmen einer repräsentativen Erhebung näher ausgeleuchtet zu werden: Dies ist, erstens, die unterschiedliche Bewertung der regionalen (positiv) gegenüber der nationalen und internationalen Politik (negativ) und die damit zusammenhängende populistisch gefärbte Elitenkritik. Zweitens sind die Selbstfokussierung auf die dörflich-private Lebenswelt und die damit verbundenen rückwärtsgewandten Sehnsüchte, die wir mit Bauman als Retrotopie bezeichnet haben, Zeichen, dass die Offenheit der Demokratie möglicherweise im Mentalitätsbestand (der Menschen in Niedersachsen) an Relevanz verlieren könnte. Drittens sind die mit einem technokratischen Blick auf Politik zum Ausdruck gebrachten Bedürfnisse sowie der Wunsch nach einer Auflösung des Konflikts Hinweise darauf, dass die Zustimmung zu wichtigen Prinzipien unserer demokratischen Gemeinschaft an Bedeutung verlieren könnte. Zumindest einige dieser Aspekte sollten, wenn möglich, im Instrument des sich entwickelnden Demokratierückhalt-Index aufgegriffen werden.

Mit Blick auf die Erfassung kollektiver Identitäten, die neben strukturellen und organisatorischen Elementen eine gesellschaftliche Konfliktlinie erst komplementieren, reicht es nicht – so zeigen unsere Ergebnisse – individuelle Nähebekundungen zu Kollektiven und Gruppen zu erfassen. Vielmehr muss ermes- sen werden, inwiefern die Befragten diesen Kollektiven auch politische Relevanz zuschrei-

ben. Schließlich müssen die kollektiven Identitäten auch über das Individuum hinaus auf einer kollektiven Ebene beschrieben und analysiert werden. Die in der vorliegenden Studie zur Anwendung gelangte Hilfskonstruktion über eine offene Erfassung von Gruppenidentifikationsprozessen war ein erster Schritt in diese Richtung. In Kombination mit den oben geforderten langfristigen Beobachtungen von Interaktion, symbolischen Setzungen und politischem Handeln könnte durch die Beobachtung von Gruppen die Entstehung und Weiterentwicklung kollektiver Identitäten analysiert werden.

8 Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1999):** Studien zum autoritären Charakter, 3. Aufl., Frankfurt am Main.
- Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney (1963):** The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton.
- Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V. (2013):** Umkämpfte Räume. (Extrem)Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme, URL: https://www.vielfalt-mediathek.de/material/rechtsextremismus/umkaempfte-raeume-extrem_rechte-strukturen-in-hamburg-und-das-zivilgesellschaftliche-engagement-gegen-sie-eine-bestandsaufnahme [eingesehen am 27.06.2023].
- Arndt, Olaf/Freitag, Kathleen/Mayimona, Marcel/Schenten, Christina (2022):** Prognos Zukunftsatlas 2022. Das Ranking für Deutschland, URL: https://dl.prognos.com/downloads/publications/Prognos_Zukunftsatlas_2022.pdf [eingesehen am 27.06.2023].
- Dörner, Andreas (2006):** Politische Kulturforschung, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft: Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg, S. 587–619.
- Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia (2011):** Die multiple Krise: Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise: Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 11–28.
- Bartolini, Stefano (2005):** Restructuring Europe. Centre formation, system building and political structuring between the nation-state and the European Union, Oxford.
- Bartolini, Stefano und Mair, Peter (1990):** Policy competition, spatial distance and electoral instability, in: West European Politics, Jg. 13, H. 4, S. 1–16, URL: <https://doi.org/10.1080/01402389008424816> [eingesehen am 28.06.2023].
- Bertsou, Eri und Caramani, Daniele (2022):** People Haven't Had Enough of Experts. Technocratic Attitudes among Citizens in Nine European Democracies, in: American Journal of Political Science, Jg. 66, H. 1, S. 5–23, URL: <https://doi.org/10.1111/ajps.12554> [eingesehen am 28.06.2023].
- Bauman, Zygmunt (2017):** Retrotopia, Berlin.
- Becker, Wolfgang und Tiedemann, Axel (2001):** Harburg von A–Z. Das Stadtteillexikon, Hamburg.
- Bielefeldt, Henry (2020/2021):** MOIN! Rosengarten 2020/2021. Gemeinde- und Gewerbführer 2021, URL: <https://www.moin-rosengarten.de/2020-2021/#0> [eingesehen am 15.03.2023].
- Bielefeldt, Henry (2022/2023):** MOIN! Rosengarten 2022/2023. Gemeinde- und Gewerbführer 2023, URL: <https://www.moin-rosengarten.de/2022-2023/#0> [eingesehen am 15.03.2023].
- Bizeul, Yves (2019):** Ein neuer politischer Cleavage. Die Konfliktlinie zwischen offener und geschlossener Identität, in: Bizeul, Yves/Lutz-Auras, Ludmila/Rohgalf, Jan (Hrsg.): Offene oder geschlossene Kollektividentität, Wiesbaden, S. 1–21.
- Bögelein, Nicole und Vetter, Nicole (2019):** Deutungsmuster als Forschungsinstrument – Grundlegende Perspektiven, in: Dies. (Hrsg.): Der Deutungsmusteransatz. Bestandsaufnahme und methodologische Fortentwicklung, Weinheim, S. 12–39.

- Bogner, Alexander (2021):** Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Ditzingen.
- Bohnsack, Ralf (2014):** Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden, Opladen/Toronto.
- Bornschier, Simon (2010):** The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe, in: *West European Politics*, Jg. 33, H. 3, S. 419–444, URL: <http://dx.doi.org/10.1080/01402381003654387> [eingesehen am 28.06.2023].
- Bornschier, Simon/Häusermann, Silja/ Zolinger, Dilia/Colombo, Céline (2021):** How “Us” and “Them” Relates to Voting Behavior—Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice, in: *Comparative political studies*, Jg. 54, H. 12, S. 2087–2122, URL: <https://doi.org/10.1177/0010414021997504> [eingesehen am 29.06.2023].
- Bornschier, Simon/Haffert, Lukas/Steenbergen, Marco/Zollinger, Delia (2022):** Identity Formation between Structure and Agency. How ‘Us’ and ‘Them’ Relates to Voting Behavior in Contexts of Electoral Realignment. Letzte Version vorgestellt auf der ECPR – General Conference Innsbruck 2022, URL: <https://www.simon-bornschier.eu/publications/identity-formation-between-structure-and-agency-how-us-and-them-relates-to-voting-behavior-in-contexts-of-electoral-realignment/> [zuletzt eingesehen am 09.06.2023].
- Braun, Julia (2012):** Einbeck. Hintergrundinformationen Einbeck um 1933, URL: <http://erinnern-suedniedersachsen.de/orte-d-g-einbeck-1.html> [eingesehen am 27.06.2023].
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (2013):** Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung, Konstanz.
- Bröckling, Ulrich (2007):** Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main.
- Bundeswahlleiter 2023 (Hrsg.):** Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953. Endgültiges Ergebnis nach Wahlkreisen der Bundestagswahl 1953, URL: https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/44e3b6bb-dfd4-4474-a9e5-7d57b507339e/btw53_kerg.csv [einsehen am 27.06.2023].
- Burschel, Peter (1990):** Erstarrung und Wandel. Einbeck 1600–1750, in: *Einbecker Geschichtsverein e.V. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Einbeck. Band 1: Von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts*, Einbeck, S. 191–202.
- Cramer, Katherine J.J. (2016):** *The Politics of Resentment: Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*, Chicago.
- Decker, Frank (2018):** Was ist Rechtspopulismus?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 59, S. 353–369, URL: <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0062-3> [eingesehen am 27.06.2023].
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019):** *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik*, Bonn.
- Delitz, Heike (2018):** *Kollektive Identitäten. Ein-sichten*, Bielefeld.
- Demirović, Alex (2013):** Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 43, H. 171, S. 193–215, URL: <https://doi.org/10.32387/prokla.v43i171.266> [eingesehen am 29.06.2023].
- Denkhaus, Markus (2013):** *Eine dörfliche Gemeinde am Stadtrand von Hamburg: Ehestorf-Alvesen*. Norderstedt.
- Deppisch, Larissa (2019):** „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn“. Eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus, Braunschweig.
- Diehl, Paula (2019):** Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre: Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung, in: *Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse*, Bielefeld, S. 39–57.
- Downs, Anthony (1985):** *An economic theory of democracy*, Boston.
- Dudek, Peter und Jaschke, Hans-Gerd (1984):** *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*, Bd. 1, Wiesbaden.

- Durkheim, Émile (1994):** Die elementaren Formen des religiösen Lebens, Frankfurt am Main [1912].
- Dürr, Tobias (2005):** Bewegung und Beharrung: Deutschlands künftiges Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33, S. 31–38.
- Eisenstadt, Shmuel/Giesen, Bernhard (1995):** The construction of collective identity, in: Archive européenne de sociologie, Jg. 36, S. 72–102, URL: <https://doi.org/10.1017/S0003975600007116> [eingesehen am 29.06.2023].
- Entman, Robert M. (1993):** Framing. Towards Clarification of a Fractured Paradigm, in: Journal of Communication, Jg. 43, H. 4, S. 51–58, URL: <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x> [eingesehen am 29.06.2023].
- Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/Holz, Jana/Koch, Philip/Pungas, Lilian/Schmelzer, Matthias (2021):** Mentalities Matter. Sozial-ökologische Mentalitäten und ihre Bedeutung in post-fossilen Transformationen, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, BMBF-Nachwuchsgruppe „Mentalitäten im Fluss“, Working Papier Nr. 5, URL: <http://dx.doi.org/10.22032/dbt.49142> [eingesehen am 09.06.2023].
- Finkbeiner, Florian/Dewitz, Dominik/Trittel, Katharina/Brühl, Ellen/Schröder, Niklas/Nolte, Marie (2021):** Rechtsradikalismus in sozialdemokratischen Kerngebieten. Eine Regionalstudie zur deutungskulturellen Verarbeitung der AfD in Salzgitter, FoDEX-Studie 6, Göttingen, URL: <https://www.fodex-online.de/publikationen/rechtsradikalismus-in-sozialdemokratischen-kerngebieten/> [eingesehen am 20.03.2023].
- Finkbeiner, Florian und Trittel, Katharina (2019):** Politische Kulturforschung. Zugang zur Analyse rechtsradikaler Bewusstseinsformen, in: Demokratie Dialog 4, S. 57–64.
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars (2019):** Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld.
- Flaig, Egon (2011):** Habitus, Mentalitäten und die Frage des Subjekts: Kulturelle Orientierungen sozialen Handelns, in: Jaeger, Friedrich und Liebsch, Burkhard (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Stuttgart, S. 356–371.
- Franke, Berthold (1988):** Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt/New York.
- Franzmann, Simon (2016):** Parteistrategien auf Oligopolistischen Issue-Märkten. Eine empirische Analyse der Wahlprogrammatische in Deutschland, Dänemark, Österreich und den Niederlanden mit Hilfe des Gutenberg-Modells, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 47, H. 4, S. 571–594, URL: <http://dx.doi.org/10.1007/s11615-006-0342-1> [eingesehen am 29.06.2023].
- Franzmann, Simon T. und Helmer, Joschua (2022):** Wo sind all die Rechten hin? Demokratie Dialog 11, S. 82–94.
- Freeden, Michael (1998):** Is Nationalism a Distinct Ideology?, in: Political Studies, Jg. 46, H. 4, S. 748–765, URL: <https://doi.org/10.1111/1467-9248.00165> [eingesehen am 30.06.2023].
- Gabriel, Oscar W. und Holtmann, Everhard (2007):** Ober sticht Unter? Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Kontext, theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 38, H. 3, S. 445–462, URL: <http://dx.doi.org/10.5771/0340-1758-2007-3-445> [eingesehen am 29.06.2023].
- Gebhardt, Winfried und Kamphausen, Georg (1994):** Zwei Dörfer in Deutschland: Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung, Opladen.
- Geiger, Theodor (1972):** Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziologische Gegenwartsfragen, Darmstadt [1932].
- Gerhards, Jürgen (1993):** Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie, Wiesbaden.
- Goebel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut (2012):** Bestimmt die wirtschaftliche Dynamik der Städte die Intensität der Einkommenspolarisierung?, in: Leviathan, Jg. 40, H. 3, S. 371–398, URL: <http://dx.doi.org/10.5771/0340-0425-2012-3-371> [eingesehen am 29.06.2023].
- Gödecke, Axel (2019):** Farbbeutel-Attacke auf Häuser in Einbeck. Dort wohnen Mieter aus der rechtsextremistischen Szene, in: HNA.de, 18.09.2019, URL: <https://www.hna.de/lokales/northeim/einbeck-ort55445/einbeck-farbbeutel-auf-haus-mieter-aus-rechtsextre>

- men-szene-13015516.html [eingesehen am 09.06.2023].
- Grande, Edgar und Kriesi, Hanspeter (2012):** The Transformative Power of Globalization and the Structure of Political Conflict in Western Europe, in: Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Dolezal, Martin/Helbling, Marc/Höglinger, Dominic/Hutter, Swen/Wueest, Bruno (Hrsg.): Political conflict in Western Europe, Cambridge u. a., S. 3–35.
- Haffert, Lukas (2022):** Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München.
- Haffert, Lukas/Bornschier, Simon/Häusermann, Silja/Steenbergen, Marco/Zollinger, Delia (2022):** Group identities and their perceived representation in the party system: evidence from four European countries. Early Draft vorgestellt auf der ECPR – General Conference Innsbruck 2022. URL: <http://siljahaeusermann.org/wp-content/uploads/2022/08/Haffert-et-al-for-ECPR.pdf> [eingesehen am 09.06.2023].
- Hauptmeyer, Carl-Hans (2004):** Niedersachsen. Landesgeschichte und historische Regionalentwicklung im Überblick, Oldenburg.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carol J. (2002):** Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?, in: Comparative political studies, Jg. 35, H. 8, S. 965–989, URL: <http://dx.doi.org/10.1177/001041402236310> [eingesehen am 29.06.2023].
- Huber, Robert A. und Schimpf, Christian H. (2017):** On the Distinct Effects of Left-Wing and Right-Wing Populism on Democratic Quality, in: Politics and Governance, Jg. 5, H. 4, S. 146–165, URL: <https://doi.org/10.17645/pag.v5i4.919> [eingesehen am 29.06.2023].
- Hutter, Swen (2014):** Protesting culture and economics in Western Europe. New cleavages in left and right politics, Minneapolis.
- Iversen, Torben und Soskice, David W. (2019):** Democracy and prosperity. Reinvention of capitalism in a turbulent century, Princeton/Oxford.
- Jungmann, Martin (2002):** Einbecker Vereine im Kaiserreich 1871–1914. Eine exemplarische Untersuchung zum Vereinsleben einer Kreisstadt in der preußischen Provinz Hannover von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, Göttingen.
- Kenny, Michael und Luca, Davide (2021):** The urban-rural polarisation of political disenchantment: an investigation of social and political attitudes in 30 European countries, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, Jg. 14, H. 3, S. 565–582, URL: <https://doi.org/10.1093/cjres/rsab012> [eingesehen am 29.06.2023].
- Klandermand, Bert und de Weerd, Marga (2000):** Group identification and political protest, in: Stryker, Sheldon/Owens, Timothy, J./White, Robert W. (Hrsg.): Self, Identity, and Social Movements, Minneapolis, S. 68–90.
- Knoblauch, Hubert (2001):** Fokussierte Ethnographie: Soziologie, Ethnologie und die neue Welt der Ethnographie, in: Sozialer Sinn, Jg. 2, H. 1, S. 123–141, URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoa-6930> [eingesehen am 29.06.2023].
- KONTOR 21 (2016):** Zukunftskonzept Gemeinde Rosengarten 2030. Langfassung. Nenndorf und Hamburg, URL: <https://www.gemeinde-rosengarten.de/portal/seiten/zukunftskonzept-rosengarten-2030-900000033-20170.html> [eingesehen am 15.03.2023].
- KONTOR 21 und Niedersächsische Landesgesellschaft mbH (2008):** Entwicklungskonzept Regionalpark Rosengarten. Hamburg und Lüneburg, URL: https://www.regionalpark-rosengarten.de/wp-content/uploads/2017/10/REK_RP_Rosengarten_2008.pdf [eingesehen am 15.03.2023].
- Koopmans, Ruud und Zürn, Michael (2019):** Cosmopolitanism and Communitarianism. How Globalization Is Reshaping Politics in the Twenty-First Century, in: de Wilde/Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hrsg.): The Struggle Over Borders Cambridge, S. 1–34.
- Kriesi, Hanspeter (1998):** The transformation of cleavage politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture, in: European Journal of Political Research, Jg. 33, H. 2, S. 165–185.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Marin/Bornschier, Simon/Frey, Timotheos (2008):** West European Politics in the Age of Globalization, Cambridge.
- Kriesi, Hanspeter (2012):** Restructuring the National Political Space. The Supply Side of National Electoral Politics, in: Kriesi, Hanspeter/

- Grande, Edgar/Dolezal, Martin/Helbling, Marc/Höglinger, Dominic/Hutter, Wen/Wüest, Bruno (Hrsg.): *Political Conflict in Western Europe*, S. 96–126.
- Krueger, Richard A. (1998):** Focus group kit, Thousand Oaks.
- Kuhlemann, Frank-Michael (1996):** Mentalitätsgeschichte. Theoretische und methodische Überlegungen am Beispiel der Religion im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 16, S. 182–211.
- Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (2008):** Wahl zum Niedersächsischen Landtag der 16. Wahlperiode am 27. Januar 2008, URL: <https://www.statistik.niedersachsen.de/download/58357> [eingesehen am 27.07.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2014):** Bevölkerung der Gemeinden am 9. Mai 2011 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Altersgruppen, URL: <https://www.statistik.niedersachsen.de/download/86248> [eingesehen am 27.06.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2023):** LSN-Online – Regionaldatenbank für Niedersachsen, URL: <https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp> [einsehen am 27.06.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2023):** Kommunalwahlen 2021, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/Vision/map.html> [eingesehen am 27.06.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2023):** Kommunalwahlen 2016, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/Vision/map.html> [eingesehen am 27.06.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2023):** Kommunalwahlen 2011, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/Vision/map.html> [eingesehen am 27.06.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2023):** Landtagswahl 2013, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/Vision/map.html> [eingesehen am 27.06.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2023):** Landtagswahl 2017, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/Vision/map.html> [eingesehen am 27.06.2023].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (2023):** Landtagswahl 2022, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/Vision/map.html> [eingesehen am 27.06.2023].
- Lamont, Michèle (2001):** Culture and Identity, in: Turner, Jonathan H. (Hrsg.): *Handbooks of Sociology and Social Research*, Wiesbaden, S. 171–185.
- Lamont, Michèle und Molnár, Virág (2002):** The study of boundaries in the social sciences, in: *Annual review of sociology* 28, S. 167–195.
- Lepsius, Mario Rainer (1973):** Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 59–80.
- Lepsius, Mario Rainer (1990):** Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen.
- Lepsius, Mario Rainer (2015):** Soziale Schichtung in der industriellen Gesellschaft, Tübingen [unveröffentlichte Habilitationsschrift aus dem Jahr 1963].
- Lessenich, Stephan (2022):** Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs, Berlin.
- Lewandowsky, Marcel (2022):** Populismus. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Lux, Thomas/Mau, Steffen/Jacobi, Aljoscha (2022):** Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32, S. 173–212, URL: <https://doi.org/10.1007/s11609-021-00456-4> [eingesehen am 29.06.2023].
- Linz, Juan J. (1978):** The Breakdown of Democratic Regimes. Crisis, breakdown and reequilibration. *The breakdown of democratic regimes*, Baltimore.
- Lipset, Seymour Martin und Rokkan, Stein (1967):** Party Systems and Voter Alignments. *Cross-National Perspectives*, New York/London.
- Lyons, Jeffrey und Utych, Stephen M. (2021):** You're Not From Here! The Consequences of Urban and Rural Identities, in: *Political Behavior*, Jg. 45, H. 1, S. 1–27, URL: <http://dx.doi.org/10.1007/s11109-021-09680-3> [eingesehen am 29.06.2023].
- Mair, Peter (2006):** Cleavages, in: William Crotty und Richard S. Katz (Hrsg.): *Handbook of Party Politics*, London, S. 371–375.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana Belle (2013):** „Wenn man

- was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin“. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen, Reinbek bei Hamburg, S. 94–138.
- Marg, Stine (2014):** Mitte in Deutschland. Zur Vermessung eines politischen Ortes, Bielefeld.
- Marg, Stine (2017):** Heimat. Die Reaktivierung eines Kampfbegriffes, in: Hoefft, Christoph/Messinger, Sören/Zilles, Julia (Hrsg.): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld, S. 221–232.
- Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Schenke, Julian (2019):** Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischen der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexion im Forschungsprozess, in: Demokratie Dialog 5, S. 2–13.
- Marquardt, Wilhelm (1981):** Eine Chronik der vier Walddörfer am Kiekeberg des Landkreises Harburg: Alvesen, Ehestorf, Sottorf, Vahrendorf 1294–1980, Hamburg.
- Mau, Steffen (2021):** Konturen einer neuen Klassengesellschaft?, in: Leviathan, Jg. 49, H. 2, S. 164–173.
- Maxwell, Rahsaan (2019):** Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects?, in: American Political Science Review, Jg. 113, H. 2, S. 456–474, URL: <https://doi.org/10.1017/S0003055418000898> [eingesehen am 29.06.2023].
- Maxwell, Rahsaan (2020):** Geographic divides and cosmopolitanism. Evidence from Switzerland, in: Comparative Political Studies, Jg. 53, H. 13, S. 2061–2090, URL: <https://doi.org/10.1177/0010414020912289> [eingesehen am 29.06.2023].
- Merkel, Wolfgang (2017):** Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, governments and elites: The comparative study of democracy, Wiesbaden, S. 9–23.
- Merkel, Wolfgang (2018):** Die Populistische Revolte, in: Blumenreich, Ulrike/Dengel, Sabine/Hippe, Wolfgang/Sievers, Norbert (Hrsg.): Welt, Kultur, Politik – Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung, Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18, Bielefeld, S. 63–68.
- Mittendorf, Hans-Norbert (1992):** Einbecker Geschichte vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen, in: Einbecker Geschichtsverein e.V. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Einbeck. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Bd. 2, Einbeck, S. 7–70.
- Moffit, Benjamin (2020):** Populism, Cambridge.
- Mouffe, Chantal (2017):** Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main.
- Mudde, Cas (2004a):** The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition, Jg. 39, H. 4, S. 541–563, URL: <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x> [eingesehen am 29.06.2023].
- Mudde, Cas und Kaltwasser, Christóbal Rovira (2019):** Populismus. Eine sehr kurze Einführung, Berlin.
- Oevermann, Ulrich (2001a):** Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, in: Sozialer Sinn, Jg. 2, H. 1, S. 3–33.
- Oevermann, Ulrich (2001b):** Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung, in: Sozialer Sinn, Jg. 2, H. 1, S. 35–81.
- Ostiguy, Pierre und Casullo, Mariá Esperanza:** Left versus Right Populism: Antagonism and the Social Other, Working Paper, Presented at the 67th PSA Annual International Conference. Glasgow 2017, URL: https://www.psa.ac.uk/sites/default/files/conference/papers/2017/Ostiguy%20and%20Casullo_0.pdf [eingesehen am 21.3.2023].
- O.V. (2020):** Nebeltöpfe und Hitlergruß: Ermittlungen nach Demo in Einbeck, in: Süddeutsche Zeitung Online, 10.10.2020, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-einbeck-nebeltoepfe-und-hitlergruss-ermittlungen-nach-demo-in-einbeck-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201010-99-899291> [eingesehen am 27.06.2023].
- Pachucki, Mark/Pendergrass, Sabrina/Lamont, Michèle (2007):** Boundary processes: Recent theoretical developments and new contributions, in: Poetics 35, S. 331–351, URL: <http://dx.doi.org/10.1016/j.poetic.2007.10.001> [eingesehen am 29.06.2023].
- Paul, Reimer (2020a):** Neonazis vor Gericht, in: nd-online, 23.11.2020, URL: <https://www.nd-ak->

- tuell.de/artikel/1144811.einbeck-neonazis-vor-gericht.html [eingesehen am 27.06.2023].
- Paul, Reimer (2020b):** Haftstrafen nach Anschlag, in: taz-online, 25.11.2020, URL: <https://taz.de/Urteil-gegen-Einbecker-Neonazis/!5727360/> [eingesehen am 27.06.2022].
- Peters, Michael (1997):** Geschichte der zehn Rosengarten-Gemeinden in der Zeit des Nationalsozialismus. „Nationale erobern Preußens Selbstverwaltung“, Rosengarten.
- Pfister, Sandra Maria (2020):** Deutungsmuster als forschungsheuristisches Konzept, in: Sozialer Sinn, Jg. 21, H. 1, S. 149–183, URL: <https://doi.org/10.1515/sosi-2020-0006> [eingesehen am 29.06.2023].
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert /Gittner, Natalie/Celik, Kazim/Decker, Oliver (2022):** Demokratie und politische Kultur, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen, S. 185–208, URL: <https://doi.org/10.30820/9783837979190> [eingesehen am 29.06.2023].
- Pohl, Thomas (2019):** Reurbanisierung am Beispiel Hamburgs: Befunde und Erklärungsansätze, in: Scholich, Dietmar (Hrsg.): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen, Hannover, S. 75–97.
- Polletta, Francesca und Jasper, James M. (2001):** Collective Identity and Social Movements, in: Annual review of sociology, Jg. 27, H. 1, S. 283–305.
- Puche, Dirk und Brudniok, Hajo (2015):** 2. Fortschreibung und Ergänzung 2015 Integriertes Städtisches Entwicklungs- und Wachstumskonzept (ISEK 2007, Darlegung, Ableitung und Aktualisierung der Ziele zum Städtebauförderungsprogramm ‚Städtebaulicher Denkmalschutz‘, URL: <https://www.einbeck.de/portal/seiten/integriertes-staedtisches-entwicklungs-und-wachstumskonzept-der-stadt-einbeck-isek--900000233-30110.html> [eingesehen am 27.07.2023].
- Priester, Karin (2012):** Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 62, H. 5–6, S. 3–9.
- Reiser, Marion/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2021):** Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Demokratie in der Coronapandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021, URL: https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thueringen_Monitor_2021_bf.pdf [eingesehen am 15.03.2023].
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2022):** Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022, URL: https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/TM2022_lang_bf.pdf [eingesehen am 06.06.2023].
- Richter, Hedwig (2017):** Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert, Hamburg.
- Rode, Ronny (2018):** Die Fusion der Stadt Einbeck und der Gemeinde Kreiensens, in: Einbecker Geschichtsverein e.V. (Hrsg.): Einbecker Jahrbuch 53, S. 141–146.
- Rohe, Karl (1987):** Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit: Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk und Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland: Bilanz und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 18, Wiesbaden, S. 39–48.
- Rohe, Karl (1991):** Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?, in: Oberndorfer, Dieter und Schmitt, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale politische Tradition in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, S. 17–37.
- Rohe, Karl (1992):** Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main
- Rohe, Karl (1994):** Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzeptes, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Leverkusen, S. 1–20.
- Rucht, Dieter (1995):** Neue Soziale Bewegungen. Soziale Bewegungen und kollektive Identität, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 8, H. 1, S. 9–23.

- Salzborn, Samuel (2009):** Der Vergleich politischer Kulturen: Theorien, Konzepte und Methoden, in: Ders. (Hrsg.): Politische Kultur: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Frankfurt am Main u. a., S. 45–60.
- Schenke, Julian (2020):** Student und Demokratie, Bielefeld.
- Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/ Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen (2021):** Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, FoDEX-Studie 8, Göttingen, URL: <http://doi.org/10.17875/fup2021-1817> [eingesehen am 06.06.2023].
- Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie (2020):** Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors, FoDEX-Studie 5, Göttingen, URL: <https://www.fodex-online.de/publikationen/die-ungeschriebene-verfassung-der-niedersachsen/> [eingesehen am 15.03.2023].
- Schlinkert, Simon/Klaus, Susanne/Mertes, Michael/Voss, Max/Schlinkert, Reinhard/Krüger, Stefan/Mühle, Robert (2022):** Sachsen-Monitor 2021/22, URL: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2021-22-8310.html> [eingesehen am 06.06.2023].
- Schmitt, Hermann (1998):** Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten: Forschungsfragen, Analysestrategien und einige Ergebnisse, in: Klingemann, Hans-Dieter und Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden, S. 623–646.
- Schöne, Helmar (2005):** Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. Methodologische Reflexion und Werkstattbericht, in: Historical Social Research, Jg. 30, H. 1, S. 168–199, URL: <https://doi.org/10.12759/hsr.30.2005.1.168-199> [eingesehen am 29.06.2023].
- Schröder, Valentin (2016a):** Deutschland vor 1918 Reichstagswahlen, Preußischer Regierungsbezirk Lüneburg, URL: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/kurbloeneburg.htm> [eingesehen am 27.06.2023].
- Schröder, Valentin (2016b):** Deutschland vor 1918 Reichstagswahlen, Preußischer Regierungsbezirk Hannover, URL: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/kurbhannover.htm> [eingesehen am 27.06.2023].
- Schubert, Ernst (1997):** Der Zustand des Landes um 1820, in: Hucker, Bernd Ulrich (Hrsg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen, S. 337–349.
- Schumpeter, Joseph A. (1997):** Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen.
- Schwelling, Birgit (2001):** Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische: Überlegungen zu einer Neuorientierung der politischen Kulturforschung nach dem „cultural turn“, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 11, S. 601–629.
- Strijbis, Oliver/Teney, Céline/Helbling, Marc (2019):** Why Are Elites More Cosmopolitan than Masses?, in: Wilde, Pieter de/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn Michael (Hrsg.): The Struggle Over Borders, Cambridge, S. 37–64, URL: <https://doi.org/10.1017/9781108652698.002> [eingesehen am 29.06.2023].
- Stubager, Rune (2009):** Education-based group identity and consciousness in the authoritarian-libertarian value conflict, in: European Journal of Political Research, Jg. 48, H. 2, S. 204–233, URL: <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2008.00834.x> [eingesehen am 29.06.2023].
- Taggart, Paul A. (2000):** Populism. Concepts in the social sciences, Buckingham/Philadelphia.
- Tajfel, Henri und Turner, John C. (1986):** The Social Identity Theory of Intergroup Behavior, in: Austin, William G. und Worchel, Stephen (Hrsg.): Psychology of Intergroup Relation, Chicago, S. 7–24.
- Tajfel, Henri und Turner, John C. (1979):** An integrative theory of intergroup conflict, in: Austin, William G. und Worchel, Stephen (Hrsg.): Psychology of Intergroup Relation, Brooks/Cole, S. 33–48.
- Taylor, Verta und Whittier, Nancy E. (1992):** Collective identity in social movement communities: Lesbian feminist mobilization, in: Morris, Aldon D./Mueller, Carol McClurg (Hrsg.): Frontiers of Social Movement Theory, New Haven, S. 104–129.
- van Stekelenburg, Jacquélien (2013):** Collective identity, in: Snow, David A./della Porta, Dona-

- tella/Klandermand, Bert/McAdam, Doug (Hrsg.): The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements, Blackwell, S. 219–225, URL: <https://doi.org/10.1002/9780470674871.wbespm039> [eingesehen am 29.06.2023].
- Van Stekelenburg, Jacquélien/Leeuwen, Anouk van/van Troost, Dunya (2013):** Politicized Identity, in: Snow, David A./della Porta, Donatella/Klandermand, Bert/McAdam, Doug (Hrsg.): The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements, Blackwell, S. 1619–1622, URL: <https://doi.org/10.1002/9780470674871.wbespm163> [eingesehen am 29.06.2023].
- Volpers, Simon (2019):** Provokation in der Provinz, in: Die Zeit, 04.12.2019, URL: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/12/04/provokation-in-der-provinz_29362?wt_ref=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F&wt_t=1675767504626 [eingesehen am 09.06.2023].
- Wagner, Frank (2022):** Standorte im Wettbewerb 2022: Eine Struktur und Standortanalyse der IHK-Region Hannover. Kartographische Darstellung ausgewählter Standortdaten, URL: <https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/5673742/135b70c02227ecdf1e-33743fe13dd3d9/standorte-im-wettbewerb-2-data.pdf> [eingesehen am 27.06.2023].
- Wallbaum, Klaus (2022):** Neue Stufe in der Beobachtung: Die AfD in Niedersachsen wird ein „Verdachtsfall“, in: Rundblick. Politikjournal für Niedersachsen, 16. Juni 2022, URL: <https://www.rundblick-niedersachsen.de/neue-stufe-in-der-beobachtung-die-afd-in-niedersachsen-wird-ein-verdachtsfall/> [eingesehen am 06.04.2023].
- Walter, Franz/Dürr, Tobias (2000):** Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin.
- Walter, Franz (2013):** Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger, Reinbek bei Hamburg, S. 301–343.
- Weber, Max (1965):** Die protestantische Ethik, München [1920].
- Wehner, Martin (2020):** 750 Jahre Stadt Einbeck, in: Einbecker Geschichtsverein e.V. (Hrsg.): Einbecker Jahrbuch 48, S. 5–12.
- Westheuser, Linus (2022):** Theorizing Cleavage Identities: The Contribution of Cultural Sociology, 2022, URL: <https://doi.org/10.31235/osf.io/xv6se> [eingesehen am 09.06.2023].
- Westle, Bettina und Gabriel Oscar W. (2009):** Politische Kultur. Eine Einführung, Baden-Baden.
- Werz, Nikolaus und Koschkar, Martin (Hrsg.) (2016):** Regionale politische Kultur in Deutschland, Fallbeispiele und vergleichende Analysen, Wiesbaden.
- Wittrock, Christine (201):** Idylle und Abgründe. Die Geschichte der Stadt Einbeck mit dem Blick von unten 1900–1950, Bonn.
- Wurthmann, Lucas Constantin (2022):** Wertorientierungen und Wahlverhalten. Effekte gesellschaftlicher Wertorientierungen bei den Bundestagswahlen 2009–2017, Wiesbaden.
- Zeit-Online (2022):** Gehaltsvergleich. Was man in Deutschland wo verdient, URL: <https://www.zeit.de/arbeit/2022-09/gemeinde-gehalt-deutschland-vergleich-daten-entwicklung> [eingesehen am 27.06.2023].
- Zollinger, Delia (2022):** Cleavage Identities in Voters' Own Words: Harnessing Open-Ended Survey Responses, in: American Journal of Political Science 2022, online first, URL: <https://doi.org/10.1111/ajps.12743> [eingesehen am 09.06.2023].

Autor:innen



Nina Kerker war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung mit den Forschungsschwerpunkten lokale Konflikte im Kontext der Energiewende, Populismus, Stadt-Land-Disparitäten, qualitative Methoden empirischer Sozialforschung. Aktuell ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Nationale Forschungsdateninfrastruktur für die interdisziplinäre Energieforschung (NFDI4Energy)“ am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen.



Lucas Kuhlmann (M.A.), ist Soziologe und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Er arbeitete überwiegend im Projekt „DEMOKON – Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende.“



Dr. Stine Marg ist Politikwissenschaftlerin und Geschäftsführerin des Instituts für Demokratieforschung. Sie arbeitet schwerpunktmäßig im Bereich der politischen Kulturforschung sowie der Protest- und Bewegungsforschung.



Annemieke Munderloh (M. A.), ist Soziologin mit Fokus auf interpretative Sozialforschung im Themenspektrum der Migrations-, Ungleichheits- und Rassismusforschung. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Niedersächsischer Demokratie-Monitor“ bei FoDEx am Institut für Demokratieforschung und führt aktuell im Rahmen ihrer Tätigkeit am Institut für Allgemeinmedizin der Universitätsmedizin Göttingen eine projektbegleitende Prozessevaluation durch.



Christopher Schmitz (M. A.), ist Politikwissenschaftler und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind historische und kulturelle Grundlagen des Internets sowie Protest- und politische Kulturforschung. Aktuell ist er Gewerkschaftssekretär bei ver.di.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Schematische Darstellung der behandelten Elemente politischer Kultur.....	15
Abbildung 2:	Die Erhebungsgebiete Landkreis Harburg und Landkreis Northeim.....	16
Abbildung 3:	Strukturdaten der NDM-Studien im Vergleich.....	18
Abbildung 4:	Zusammenhang von Deutungsmustern und Mentalitäten	39
Abbildung 5:	Politisches Interesse in Einbeck und Rosengarten.....	60
Abbildung 6:	Zufriedenheit mit der Demokratie als Idee.....	73
Abbildung 7:	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie	73
Abbildung 8:	Zustimmung zum Oppositionsprinzip.....	76
Abbildung 9:	Zustimmung zum Parteienprinzip.....	77
Abbildung 10:	Interdependenzen zwischen sozialen und kollektiven Identitäten.....	86
Abbildung 11:	Grad politischer Aktivierbarkeit kollektiver Identitäten.....	88

Herausgegeben von der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen
am Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701 00
Fax: +49 551 39 1701 01
E-Mail: kontakt@fodex-online.de

Wissenschaftliche Leitung

Prof. Dr. Simon T. Franzmann

Projektmanagement

Dr. Philipp Harfst

Stv. Projektmanagement

Lino Klevesath

Ansprechpartnerin Studie

Dr. Stine Marg

Gestaltung

Dr. Robert Lorenz

Layout und Bildbearbeitung

Katja Töpfer

Lektorat und Publikationsmanagement

Dr. Katharina Trittel

Rechte

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.



© 2023 Universitätsverlag Göttingen
<http://univerlag.uni-goettingen.de>

Impressum

FoDEx
Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

If|Dem
Institut für Demokratieforschung Göttingen

Nachweise

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL
Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

ISSN 2628-3743 **FoDEx-Studie (Print)**
ISSN 2628-3751 **FoDEx-Studie (Online)**
ISBN 978-3-86395-600-4
doi: <https://doi.org/10.17875/gup2023-2408>

Göttingen, August 2023

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online) 2628-3751

ISBN 978-3-86395-600-4

doi: <https://doi.org/10.17875/gup2023-2408>

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

If|Dem

Institut für | Demokratieforschung Göttingen

www.demokratie-goettingen.de